REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 463 · 21.6.2002

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Radikal Campen 2002
2. Veranstaltung der ak-Redaktion zu Israel/Palästina: Schrecken ohne Ende?
3. Benzin ins Feuer. Verdeckt durchgeführte Waffenlieferungen auf dem Balkan - Thomas Klein
4. Kein Ort für alle. Beirut ist konfessionell gespalten. Linke Jugendliche wollen das ändern - Hannah Wettig
5. Antisemitismus als politisches Projekt. Möllemann, Westerwelle und ihre Vorgänger - Js.
6. Ab ins Kosovo. Innenminister: Vertriebene Roma sollen nach Jugoslawien - Boris Kanzleiter
7. Das braune Erbe der FDP - mb.
8. Schonmal ein "Paradies" besetzt? For Freedom of Movement - "Camp 02" in Jena - h., ag3f Hanau
9. "So kann's nicht weitergehen." Rechte Gewalt und jugendliche Gegenwehr in Brandenburg - Albrecht Kieser
10. rassismus.aufzeigen_dagegen.agieren. Trotz Schwierigkeiten: Antirassistische Jugendarbeit ist möglich - Robert/Philipp (DJB e.V.)
11. "Die Rechten beherrschen das Stadtbild." Rassistischer Mord in Wittstock - Interview mit der Opferperspektive Brandenburg - Interiew: mb., Berlin
12. Die Gnade der späten Ankunft. Zwei Publikationen in Sachen Biopolitik-Mainstreaming: Keine Rezension - Stefanie Gräfe
13. Aktivieren, schikanieren, eliminieren. Rüde Methoden der Arbeitsämter bereinigen die Statistik - b., m.
14. Vorsicht Eingliederungsvereinbarung! - g.
15. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit
16. Lichter der Großstadt. Demonstrieren und konferieren: sozialpolitischer Aktivismus in Hamburg - dk
17. Die Vier steht nicht. Die Streiks in der Metallbranche dienten vor allem zum Dampfablassen - Georg Wißmeier
18. Dümmer als die Polizei erlaubt. Der 11. September und die "Fahndungspannen" der US-Geheimdienste - Knut Mellenthin
19. Israel und Palästina: Zeichen paradoxer Hoffnung (Aufruf) - medico international
20. "Komisches Gefühl". Drei Jahre nach den NATO-Bomben beginnt in Pancevo das langsame Sterben - Boris Kanzleiter
21. Gratwanderungen in Kashmir. Krise zwischen Indien und Pakistan ist auch Folge des "Krieges gegen den Terror" - Lou Marin
22. Für ein Ende des Embargos. Internationale Friedensdelegation in den Irak. - Karin Leukefeld
23. Leben in Bagdad: Krieg, Embargo - und wieder Krieg? Eine Reportage über den Alltag im Irak. - Karin Leukefeld
24. Radioaktive Panzerwracks. Alltägliche Umweltkatastrophen im Irak - Interview: Karin Leukefeld
25. "Der Galizier ist der Neger Spaniens." Zwischen Stillstand und Aufbruch in Galizien - Gaston Kirsche
26. Eine Justiz im Exil. Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen in Guatemala. Kampf gegen Straflosigkeit in Lateinamerika - Knut Rauchfuss
27. Mörderischer Saubermann. Uribe Vélez' Verbindung mit Drogenmafia und Paramilitärs - Raul Zelik
28. Präsident der Paramilitärs. Rechtsextremer Uribe Vélez erobert Macht in Kolumbien - Dario Azzellini
29. Widersprüchlich Widerständig. Erstes Europäisches Sozialforum im November in Florenz - Monika Bricke/ Till Baumann
30. Globalisierungskritik in der Praxis. Zur Gründung des "social forum" in Tübingen - Vorbereitungsgruppe des
31. Selbstverständnis des social forum Tübingen. Zur Notwendigkeit neuer Politikformen
32. Mehr als gute Laune. Kanak Attak entdeckt Kampagnenpolitik - Silvester Stahl
33. Der Frieden findet nicht im Jungle statt. Friedensdemos im Mai und antideutsche Antworten - Georg Wißmeier
34. Ohne Buko ist alles Käse. Eindrücke vom BUKO 25 in Frankfurt/M. 9.-12. Mai 2002 - Stefanie Gräfe/Georg Wißmeier

35. Widerstand oder Repatriachalisierung? Frauen in islamistischen Bewegungen - Tanja Scheiterbauer
36. Das Phänomen der Huntington-Linken. Interview mit Gazi Caglar über die Debatte vom "Kampf der Kulturen" nach dem 11.September - Interview: Tom Binger
37. Kuratieren gegen den Strich. Die documenta_11 will den Blick für postkoloniale Perspektiven auf Kunst schärfen - Matilda Felix
38. Künstler oder Revolutionär? Neben vielen peinlichen Auftritten hat "Starbuck Holger Meins" durchaus sehenswerte Passagen - Peter Nowak
39. Afrikanische Kindheit(en). Kinder und Jugendliche in neuen afrikanischen Filmen - Lutz Gräfe
40. Trau einer über dreißig! Graswurzelrevolution feiert Geburtstag, wir gratulieren.
41. Ein Film gegen das Wegschauen. Costa Gavras' "Stellvertreter" und sein Held: SS-Mann Gerstein - Raphaela Kula
42. Von Porto Alegre nach Florenz
43. LESERINNENBRIEFE
44. AUFGEBLÄTTERT
45. KALENDER
46. Melting Pot der Multitude
47. EDITORIAL
48. aktiv - passiv - aktiv - passiv - aktiv

1. Radikal Campen 2002

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/campen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:campen

Abdeckhauben für Sonnenschirme Abwassertank Entleerungssystem Abfallbehälter Ablagenetz Ablagen und Konsolen Abreißseil Abspannleiterelemente ADAC-Führer Alarmanlage Anti-Rutsch-Unterlage Aufblasartikel Ausgleichskeile Autoradio AQUA BOY Aquamobil Autoteppiche Anhängerkupplungen Antennenmast 5. Antirassistisches Grenzcamp Jena 12. - 19.7.2002 Batterien + Lampen Batterie-Controller Becherhalter Be- und Entlüftungsteile Besteck Bettbezug Blockbatterie Bodenroste Boote Boiler Bremsleuchten Brustbeutel Buszelt Bücher Camping Gaz Artikel Campingführer Campingküche Campingmöbel Campingschränke Campingzubehör CaravanStore CaravanWaage CarryBike Cassettenrollos CassettenToilette CD-Wechsler Cerankochfeld Certisil Clogs Crespo Crossover Summer Camp Cottbus 3. - 10.8.2002 Dachkoffer Dachlüfter Deichselkasten Deichselstützräder Deichselschutzhauben Dichtungsmittel Diebstahlsicherung Drehkonsolen Dunstabzugshaube Duschen Duftlampen + Öle Eingangsmarkise Einhängeleitern Einstieghilfen Einstiegstufen Elektroinstallation Elektroleitung Ersatzräder Ersatzhalter Elektrogeräte 12 V Elexier Fachbücher Fahrradträger Fenster Fenstermarkisen Fernsehantennen Fernsehgeräte Feuerlöscher Flötenkessel Fußmatten Fußpumpen Gardinenspirale Gardinen Gasflaschen Gasflascheninhaltsmesser Gasinstallation Gasrohr Gasschlauch Gel-Batterien Gerätezelt Gespannlotsen Generatoren Geschirr Geschwindigkeitsregler Gewürze Gleichrichter Gleitschutz Glühbirnen Grills Hakenleiste Handwaschmaschine Hängematte Hagelschutzhauben für Dachluken Haushaltsartikel Heißwassergeräte Heizofen Heizstrahler Hebekippdach Heringe Heringsauszieher Imprägniermittel Insektenvernichter Instrumententafel Isolierflaschen Kabeltrommeln Kaffeemaschine Karabinerhaken Karosserieklappen Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen Bremen / Berlin 17.8 - 21.9.2002 Katalyt-Heizgeräte Kehrbesen Kehrschaufel Keder Kederbürste Kinderartikel Klebefolien für Wohnwagen Kleiderbügel Kleiderschränke Klemmösen-Set Klemmschellen Klimageräte Kochergas Kochertisch Kochgeschirr Kochmulden Kombi-Rollo Kompressor-Kühlschränke Kopfkeile Kraftstofftank Küchenschränke Kühlboxen Kühlschränke Kühltaschen Kugelkupplung Kugelschutzkappen Kurbelstutzen Lampen Lampendochte Lampenöl Lampenschirme Lastenroller Lattenroste Leisten Leitern Leuchten Liegematten Luftbetten Luftentfeuchter Luftfedern Luftmatratzen Luftpumpen Kompressor Markise mit Vorzelt Markisen Fenster Markisen Markisenvorzelt Safari Boom Markisengestänge Matratzen Matratzenschutz Mobilfunkzubehör Moskitonetze Mülleimer Müllbeutel Multifunktionsträger für Abwassertank Multisafe Niveau-Regulierungen No Border Camp Imatra (Finnland) 5. - 11.8.2002 Outdoor Rucksack Paella-Pfannen Parkwarntafel Partylichter Pavillion Petroleumofen Pfannen Pflegemittel Picknick-Kofferset Planschbecken Polsterauflagen Powerstarter Proviantschränke Radkelle Radklemmen Radzierblenden Räder Rasierer Rastrollos Receiver Regenrinnen Reifendruck-Überwachungssystem Reinigungsmittel Reiseartikel Reiseführer Reisemobilzelte Reizgas Rohrsysteme Rolladenfenster Rollos Rolltanks Rückfahrhilfe Sans frontières Camp Strasbourg (Frankreich) 19. - 28. 7.2002 Sanitärartikel Satellitenantennen Scharniere Schlafsäcke Schlemmerofen Schlösser Schmutzfänger Schonbezüge Schrauben Schuhabstreifer Schuhe Schutzhüllen Schwimmweste Sicherheitsartikel Solaranlagen Sonnendächer Sonnenschirme Sonnenschirmständer Toilettenentlüftung Spannbettücher Spanngurte Spiegel Autospiele Sportartikel Springrollos Spülen Staubehälter Staubsauger Steckdosen Steppbett Strandmuschel Stromerzeuger Stühle Stützböcke Taschenlampen Tauchermasken Tauchpumpen Tefal-Geräte Teppiche Thermometer Tische Tischdecken Tischfuß Toaster Toiletten Toilettenpapier Toilettenzelt Töpfe Trampermatten Tresor Trinkbecher Türschlösser Universalvorzelte Utensilientaschen Ventilatoren Vorzelte Wäschespinne Wäschetrockner Wagenheber Warntafeln Waschbecken Wasseraufbereiter Wasserhähne Wasserkanister Wasserpumpe Wasserschlauch Wassertaxi WC-Garnituren Wertdepot Windblendschienen Windräder Windschutz Wintermatten Wintervorzelte Wohnwagen-Schutzhüllen Zelte Zelten in Hamburg: Land in Sicht 16. - 22.8.2002 Zelthammer Zeltleinen Zeltsack Zusatzgestänge

2. Veranstaltung der ak-Redaktion zu Israel/Palästina: Schrecken ohne Ende?

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:45

Die Mehrheit der Israelis ist bereit, einen palästinensischen Staat zu akzeptieren; die Mehrheit der PalästinenserInnen stellt das Existenzrecht Israels nicht in Frage. Dennoch ist eine weitere Eskalation des Krieges wahrscheinlicher als die Einleitung eines Friedensprozesses, der diesen Namen verdient. Wie ist das zu erklären? Kann es Frieden nur ohne Sharon und Arafat geben? Wer könnte an ihre Stelle treten? Ist eine Lösung des Konflikts ohne Einmischung von außen überhaupt vorstellbar? Welche Möglichkeiten gibt es für deutsche Linke, die zum Dialog bereiten Kräfte auf beiden Seiten zu unterstützen? Diese und andere Fragen wird unser Autor Achim Rohde auf einer Veranstaltung der ak-Redaktion zu beantworten versuchen - jenseits von "traditionellem Antiimperialismus" und "antideutschen Meinungspeitschen" (ak 461).

Hamburg, 27.6., 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32 (Altona)

3. Benzin ins Feuer. Verdeckt durchgeführte Waffenlieferungen auf dem Balkan

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Rüstungsexport; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:28

Trotz UN-Waffenembargo sind Mitte der neunziger Jahre umfangreiche Waffenlieferungen an Bosnien und Kroatien getätigt worden. Mit maßgeblicher Unterstützung der USA. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des niederländischen Geheimdienstexperten Cees Wiebes.

Die Studie ist Teil einer 7000-seitigen Dokumentation des Niederländischen Instituts für Kriegsdokumentation zur Bosnien-Politik der eigenen Regierung und dem Fall der UN-Schutzzone Srebrenica. Cees Wiebes Recherchen, die er auf der Grundlage von Geheimdienstdokumenten, unveröffentlichtem Archivmaterial und Zeitzeugeninterviews erstellte, sind von erheblicher Brisanz. Denn bisher wurden Vorwürfe, es habe mittels umfangreicher Waffenlieferungen bereits vor der Entsendung von Soldaten auf den Balkan eine verdeckt laufende Intervention gegeben, von offiziellen Stellen strikt abgestritten.

Wie die Frankfurter Rundschau in ihrer Ausgabe vom 7. Juni berichtete, wurden die nach Angaben der niederländischen Studie regelmäßig stattfindenden Waffenlieferungen an die kroatische und bosnisch-muslimische Kriegspartei von den USA durch "freundliche Tolerierung" begleitet. Der US-Geheimdienst CIA geht demnach davon aus, dass zwischen 1994 und 1996 immerhin 14.000 Tonnen Kriegsmaterial aus dem Iran über eine "kroatische Pipeline" nach Bosnien flossen. Dabei handelte es sich vornehmlich um Kleinwaffen, also Gewehre, Mörser, Minen und dergleichen. Das "Transitland" Kroatien behielt einen Teil der Lieferungen als "Gebühr" ein. Die Lieferungen verstießen gegen ein UN-Waffenembargo, das seit September 1991 für alle ex-jugoslawischen Staaten galt.

USA und BRD brachen UN-Embargo

Als die USA nach dem Dayton Abkommen, das den Krieg in Bosnien-Herzegovina beendete, 1996 selbst Bodentruppen in der kleinen Republik stationierte, wurde die "kroatische Pipeline" verstopft, stellt die Studie fest. In der Folge wurden die Waffenlieferungen aus dem Iran durch Lieferungen des NATO-Partners Türkei ersetzt. Die Waffen seien bei geheimen Nachtflügen ins ostbosnische Tuzla transportiert worden und hätten immer dann stattgefunden, so Wiebes, wenn die Awacs-Aufklärungsflugzeuge der NATO ausschließlich mit US-Mannschaften besetzt waren und der "Türkei-Connection" Rückendeckung gaben.

Der Türkei waren in den Jahren zuvor von den USA und Deutschland umfangreiche Waffengeschenke gemacht worden. Von der Auflösung der Nationalen Volksarmee (NVA) der ehemaligen DDR und der US-Abrüstungsmasse nach Ende des Kalten Krieges, hatte Ankara in besonderer Weise profitiert. Allein aus NVA-Beständen wurden im Jahr 1991 über 250.000 Kalaschnikow-Maschinenpistolen und über 1,5 Millionen Stück Munition geliefert. Für ihren Krieg in Kurdistan konnte die türkische Armee diese Waffen nur zum Teil gebrauchen. Ausgestattet mit dem deutschen G-3-Gewehr von Heckler& Koch benötigten die Streitkräfte z.B. die hundertausende von Kalaschnikows nicht für den eigenen Bedarf. Tatsächlich ist hier vielmehr ein Waffenkarussell in Gang gesetzt worden: Abrüstungsmaterial und überschüssige Waffen wurden an einen NATO-Partner verschenkt, der wiederum die Waffen zur Aufrüstung befreundeter Kriegsparteien nutzte.

Die Meldung, dass unter anderem auch aus deutschen Beständen stammendes Kriegsgerät nach Aserbaidschan geliefert wurde, dementierte die Türkei seinerzeit noch nicht einmal. Als Mitte der 90er Jahre allerdings berichtet wurde, dass NVA-Waffen via Türkei in Bosnien auftauchten, folgten stets Dementis von offizieller Seite. Das Ganze galt als politisch zu brisant und sollte vor der Öffentlichkeit so weit wie möglich geheim gehalten werden.

Neben der für die bosnische Seite wichtigen, auf die Unterstützung der USA und von NATO-Staaten zählende "Türkei-Connection", gab es aber bereits in den Jahren zuvor eine massive Intervention mittels Waffenlieferungen, die die Aufrüstung der kroatischen Kriegspartei zum Ziel hatte.

Welche Länder sich beim Bruch des UN-Waffenembargos besonders hervor getan haben, hatten bereits vor Jahren die Militärexperten der britischen Fachzeitung Jane's Defense Weekly für den Zeitraum 1992 bis 1994 dokumentiert. Danach hat Kroatien von den Waffenlieferungen mit einem geschätzten Gesamtvolumen von zu

diesem Zeitpunkt 660 Millionen Dollar fast die Hälfte, genauer gesagt 320 Millionen Dollar, aus Deutschland erhalten. Die nächst größeren Posten in der Auflistung der britischen Militärexperten betragen 90 und 61 Millionen Dollar und entfallen auf die Schweiz und Österreich.

Deutsche Öffentlichkeit bedrückend still

Wie dieser Sachverhalt zu bewerten ist, dazu äußerte sich seinerzeit der deutsche Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom: "Die Mehrzahl der von Kroatien importierten Rüstungsgüter ist deutschen Ursprungs". Unter den Bedingungen eines UN-Embargos sei dieser Umstand nur so zu erklären, dass es ein geheimdienstliche Unterstützung von deutscher Seite in großem Stil gegeben haben müsse. "Ob es sich um Waffen der ehemaligen NVA, von MBB entwickelte Panzerabwehrwaffen des Typs Armbrust aus Singapur, Schnellfeuerwaffen von Heckler & Koch oder die Einschaltung des internationalen Waffenhändlers Karl Heinz Schulze durch einen deutschen Konsul handelt - der Bundesnachrichtendienst (BND) hat, was Kroatien betrifft, den größten Anteil an der Aushöhlung der Beschlüsse der Vereinten Nationen", so Schmidt-Eenbooms Bilanz.

Auf politischer Bühne hatte es zuvor die dazu passenden Stellungnahmen gegeben. Während im Herbst 1991 in Jugoslawien und auf dem internationalen diplomatischen Parkett noch darüber diskutiert wurde, wie Jugoslawien als Föderation oder Konföderation erhalten bleiben könnte, um eine Esklation der schon laufenden bewaffneten Auseinandersetzungen zu verhindern, preschte die deutsche Bundesregierung unter Helmut Kohl und seinem Außenminister Hans Dietrich Genscher in Einheit mit Österreich mit einer einseitigen Anerkennungspolitik gegenüber Kroatien und Slowenien vor.

Diese wurde damit begründet, dass Jugoslawien als föderaler Staat, in dem unterschiedliche Nationalitäten zusammenlebten, ein "Kunstprodukt" sei. So sagte beispielsweise Bundesverteidigungsminister a.D. Rupert Scholz, bis heute einflussreicher Politiker der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion, bei einer Tagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zum Thema "Fragen an das Selbstverständnis der Deutschen" an der Fliegerschule im bayerischen Fürstenfeldbruck vor den anwesenden Managern und Offizieren: "Der Jugoslawienkonflikt" habe "unbestreitbar fundamentale gesamteuropäische Bedeutung. Wir glauben, dass wir die wichtigsten Folgen des Zweiten Weltkrieges überwunden und bewältigt" haben. Nun gehe es darum, noch die Folgen des Ersten Weltkrieges zu bewältigen: Jugoslawien sei eine "mit dem Selbstbestimmungsrecht nie vereinbar gewesene Konstruktion". Das bedeute, so Scholz weiter, "dass Kroatien und Slowenien völkerrechtlich unmittelbar anerkannt werden müssen. Wenn eine solche Anerkennung erfolgt ist, dann handelt es sich im Jugoslawienkonflikt nicht mehr um ein innenpolitisches Problem Jugoslawiens, in das international nicht interveniert werden dürfe".

Dass bosnisch-muslimische Politiker wie der Republikspräsident Alija Izetbegovic damals davor warnten, dass eine Anerkennung Kroatiens, den Ausbruch eines Kriegs in Bosnien-Herzegovina bedeuten würde, nahm die deutsche Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis. Tatsächlich warteten kroatische und serbische Nationalisten nur darauf, Bosnien-Herzegovina unter sich aufzuteilen.

Der renommierte norwegische Friedensforscher Johann Galtung, Nestor der deutschen Friedens- und Konfliktforschung, wunderte sich rückblickend über den Zustand kritischer Öffentlichkeit hier zu Lande. In Hinblick auf die beschriebenen Ereignisse auf dem Balkan fällt sein Urteil eindeutig aus: "Ich sage, dass Deutschland hier ein Verbrechen begangen hat". Dennoch sei für ihn nicht Außenminister Genscher, mit seiner selbst gegen den Widerstand von Verbündeten betriebenen "Anerkennungspolitik" ge-genüber Slowenien und Kroatien das Bedrückendste, "sondern dass man das nicht diskutiert hat. Das Schlimmste hat eigentlich mit der Öffentlichkeit in Deutschland zu tun."

Und dort beherrschte jahrelang in der Tat die Frage, ob es nicht an der Zeit wäre "endlich einzugreifen", die öffentliche Debatte. Eine Frage, die die Fakten auf den Kopf stellte. Die deutsche Regierung hatte, zunächst sogar gegen den Willen enger Verbündeter, nicht nur auf politischer Ebene mit ihrer Anerkennungspolitik in den Konflikt eingegriffen. Auch beim Bruch des UN-Waffenembargos war es in den Jahren danach der Waffennachschub aus NATO-Ländern, für die kroatische Kriegspartei von deutscher, und für die bosnische von türkischer Seite, der unter Duldung bzw. mit Unterstützung der USA zu Zeiten eines UN-Waffenembargos den Bruch von internationalem Recht betrieb. Und so konnten letztlich eigene Interessen zielgerichtet durchgesetzt werden.

Thomas Klein

4. Kein Ort für alle. Beirut ist konfessionell gespalten. Linke Jugendliche wollen das ändern

Autor: Hannah Wettig · Rubrik: Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:05

Bei "Chez André" hängt ein vergilbtes Schild über der Theke: "Keine Politik!" steht darauf. Die in einer Westbeiruter Einkaufspassage versteckte Kneipe rühmt sich, den ganzen Bürgerkrieg geöffnet gewesen zu sein. Hier sollen christliche und muslimische Milizen ihr Nachmittagsbier getrunken haben, bevor sie sich in der Nacht bekämpften.

Heute trifft sich bei André die Beiruter Politszene. Am einen Ende der Theke erläutert Achmed, ein junger Aktivist, einem kanadischen Journalisten, wer Dschihad Dschibril ermordet hat: "Diesmal war es nicht der syrische Geheimdienst, sondern der Mossad", sagt er. Dschibril, der Chef der PFLP - GC, einer Abspaltung der Volksfront für die Befreiung Palästinas, wurde vor einigen Wochen Opfer einer Autobombe in Beirut.

Geheimdienste sind wie in allen arabischen Ländern ein großes Thema im Libanon. Der Unterschied zu den Nachbarn ist, dass offen und laut darüber diskutiert wird. Das liegt daran, dass hier weniger der eigene Geheimdienst seine Bevölkerung bespitzelt. Es sind vielmehr die anderen: Syrer, Israelis, Amerikaner. Die Libanesen fühlen sich immer noch als Spielball der Weltpolitik. Die Erinnerung an den 1990 beendeten Bürgerkrieg ist noch frisch. In dem fünfzehn Jahre währenden Krieg unterstützte Israel die rechtsextreme Phalange um die maronitischen Christen Pierre und Bashir Gemayel, die Syrer bauten die islamistische Hizbollah auf - beides passierte, so die Überzeugung vieler Libanesen, mit dem Einverständnis der USA.

Heute ist die Hizbollah eine normale Partei. An den Straßenkreuzungen verteilen ihre Mitglieder Aufkleber, auf denen ihr Generalsekretär Hassan Nasrallah neben Staatspräsident Emil Lahoud in die Kamera lächelt. In der ganzen Stadt rufen Plakate der schiitischen Islamisten zum Boykott amerikanischer Produkte auf, sogar auf dem Campus der Amerikanischen Universität. Ramzi Sawma, Aktivist in der linken Studentengruppe "Keine Grenzen", zuckt mit den Achseln. "Hier kriegen die Islamisten keinen Fuß auf den Boden", sagt er. Doch dann redet er sich in Rage. "Die Hizbollah will die Geschichte des kommunistischen Widerstands im Bürgerkrieg ausradieren", sagt er.

Die Kämpfer der Hizbollah gelten heute im Libanon als Helden: Der Abzug des israelischen Militärs aus dem Süden des Landes vor zwei Jahren wird ihnen gut geschrieben. Im Gedächtnis der Bevölkerung waren es auch die Islamisten, die die Israelis 1985 aus Beirut vertrieben haben. Doch während des Bürgerkriegs kämpften auch Tausende Kommunisten gegen die rechtsextreme Phalange und die Israelis, die zwischen 1982 und 1985 Beirut besetzt hielten. Die Kommunisten waren in den 70er Jahren eine der stärksten Oppositionsparteien im Libanon, die Hizbollah wurde erst 1982 gegründet. "Viele Väter von Freunden sind dabei umgekommen, nicht wenige wurden von den Islamisten ermordet", erzählt Ramzi. Dass die Hizbollah sich heute als alleinige Trägerin des Widerstands darstellen kann, liegt auch daran, dass die baathistische Regierung Syriens die Islamisten konsequent unterstützt und die Kommunisten verfolgt hat. "Die Syrer wollten nicht mit mehreren Parteien verhandeln, die Hizbollah erschien ihnen leichter manipulierbar", erläutert Fawaz Traboulsi, Professor an der Libanesisch-Amerikanischen Universität und Mitbegründer der "Organisation für kommunistische Aktion".

"Demokratie" als Gleichgewicht der Konfessionen

Die Präsenz des syrischen Militärs und Geheimdienstes im Libanon ist heute für die libanesische Linke der Hauptstreitpunkt. Das 1989 zwischen den Bürgerkriegsparteien abgeschlossene Taif Abkommen bestimmte, dass syrisches Militär zunächst zur Stabilisierung der Lage im Land bleiben sollte. "Nach zwei Jahren sollten sie abziehen. Doch dann kam der Golfkrieg dazwischen. USA und Syrien verständigten sich, dass eine weitere militärische Präsenz notwendig sei", erläutert Hassan Krayem, Professor an der amerikanischen Universität.

Die mehrheitlich konservativen Maroniten agitieren seit Anfang der 90er gegen die syrische Besatzung - während des Krieges haben sie sie bekämpft. Sie sehen in den arabischen Nachbarn eine muslimische Bedrohung und orientieren sich eher nach Europa. Die mehrheitlich muslimische Linke setzt dagegen auf arabische Solidarität und wendet sich gegen die westlichen Imperialisten. Deshalb haben sie lange die

Präsenz der Syrer gut geheißen. Doch inzwischen kritisieren insbesondere jüngere Aktivisten die rigiden Eingriffe des Nachbarlandes in die Politik des Libanon.

"Die Syrer können 90 Prozent der Abgeordneten im Parlament auf ihre Linie einschwören"; sagt Ramzi. Hassan Krayem, der eine Organisation zur Überwachung von Wahlen gegründet hat, erzählt, dass die Wahllisten nur unter Aufsicht der Syrer zusammen gestellt werden können: "Wenn ein Kandidat zu kritisch ist, wird er vom Militär solange unter Druck gesetzt, bis er zurücktritt".

Staatsbankrott und private Profiteure

Doch das ist nur ein Grund, warum die Libanesen lachen, wenn man sie nach ihrer Demokratie befragt. "Wir haben keine Demokratie, wir haben keine Diktatur, wir haben schlichtweg gar keinen Staat", ruft jemand an der Theke bei "Chez André". Demokratie heißt im Libanon vor allem, dass das Gleichgewicht zwischen den Konfessionen gewahrt bleibt. Ist der Präsident sunnitischer Muslim, muss der Ministerpräsident Maronit sein und umgekehrt. Das Amt des Parlamentssprechers geht an einen Schiiten, Druzen und griechisch-orthodoxe Christen erhalten wichtige Ministerposten. Politische Ansichten spielen dabei keine Rolle. Die Vertreter der jeweiligen Konfession sind meist Angehörige ehemals feudaler Klans oder gehören aus anderen Gründen zur Schicht der Superreichen. Diamanten-, Waffen- und Drogenhandel waren lange die Hauptquelle von Wohlstand im Libanon. Der derzeitige Ministerpräsident Rafik Hariri ist Multimilliardär und soll fünf Millionen Dollar für seinen letzten Wahlkampf ausgegeben haben. So viel Einsatz muss sich natürlich rechnen.

Am Platz der Märtyrer, wo einst die alte Innenstadt Beiruts stand, klaffte noch vor sechs Jahren eine riesige Ruinenwüste. Heute steht hier ein Virgin Super Store - das östliche Ende der neuaufgebauten "Altstadt". Häuser aus rötlichem Sandstein mit Spitzbögen und arabischen Ornamenten säumen die Straßenzüge. Das wirkt wie eine Hollywoodkulisse für Tausend und eine Nacht. Doch die Schaufenster sind mit Nike-, Nokia- und Benetton-Artikeln gefüllt. In Straßencafés trinkt man Cafe Latte und isst dazu Brownies. Dieses Wunderwerk an Wiederaufbau hat die staatliche Firma Solidère vollbracht. Mit viel Geld, das der Staat nicht hat. Dafür mussten acht Prozent der gesamten Stadtfläche enteignet werden. Hinterher wurde wieder privatisiert.

Doch für die ehemaligen Besitzer waren die neubebauten Flächen zu teuer geworden. Der Staat verkaufte den Besitz an Immobilienfirmen, von denen es heißt, dass die meisten der Familie des Ministerpräsidenten oder seinen Freunden gehören. In ähnlicher Art wird gerade mit dem Mobilfunksektor verfahren. Die wenigen Abgeordneten, die sich gegen derartige Privatisierungen wenden, werden schnell zum Schweigen gebracht: Schließlich verlangen IWF und Weltbank noch weitere Privatisierungen. Deren Kredite hat Libanon bitter nötig. Das gerade mal 3,5 Millionen Einwohner zählende Land hat rund 30 Milliarden Dollar Schulden, der Schuldendienst beträgt 55 Prozent des Bruttosozialprodukts. Libanon steht kurz vor dem Staatsbankrott.

So viel die neue Innenstadt auch gekostet hat, ihre frühere Funktion hat sie verloren. "Vor dem Bürgerkrieg war die Altstadt Treffpunkt aller Menschen in Beirut, egal welcher Konfession - heute ist sie nur noch für die Reichen", sagt Hassan Krayem. Damit sei eine wichtige Möglichkeit zur Aufarbeitung des Bürgerkriegs verspielt worden, glaubt der Professor. "Die Konfessionen sind heute weiter entfernt voneinander als vor dem Bürgerkrieg. Jede hat ihr eigenes Stadtviertel, eigene Schulen und Universitäten." Selbst die einzige staatliche Universität hat mittlerweile separate Abteilungen in Ost- und Westbeirut, im Osten für die Christen, im Westen für die Muslime.

Tarek Mourad, Student an der St. Joseph Universität, will deshalb mit Straßenaktionen die Leute zusammen bringen. Vor zwei Jahren hat er mit Freunden eine Kunstausstellung an der Strandpromenade aufgebaut. Doch die Kunst war nur Vorwand. Die Aktivisten und Künstler wollten mit den Passanten diskutieren: Über den libanesischen Kapitalismus, Palästina, Religion, die Präsenz der Syrer, Sex und Homosexualität. Das war nicht immer leicht. "Am zweiten Tag sprang ein Trupp Vermummter aus einem Wagen und schmiss einen Stand ins Meer", erzählt Tarek. Er glaubt, dass es Islamisten waren. "Viele Passanten haben uns attackiert, weil unsere Aktion angeblich gegen die Religion sei. Aber wir haben gesagt: Dann lasst uns endlich über Religion reden."

"Wir brauchen Orte für alle"

Trotz vieler teils handgreiflicher Auseinandersetzungen wertet er die Aktion als Erfolg. "Sowas ändert so viel in unserer Kultur. Die Leute erfahren plötzlich, dass sie ein Recht auf Meinungsäußerung haben." Seine nächste Aktion hat er für August geplant. Im Sico-Haus, einem Gebäude, in dem viele Initiativen ihre Räume haben, will

er ein öffentliches Forum für Diskussionen schaffen mit Videoinstallationen, Musikperformances und Sprühaktionen. Doch das soll nur ein Test sein. Das gleiche will er in den Einkaufspassagen und in der Innenstadt wiederholen. "Die Innenstadt muss wieder unsere werden. Jetzt fühle ich mich dort wie ein Tourist", sagt er. Doch im Libanon geht es dabei um mehr als die Rückgewinnung öffentlichen Raums. "Wir brauchen Orte für alle, um eine Identität zu schaffen", sagt Tarek.

Identität ist im Libanon maronitisch, griechisch-orthodox, sunnitisch, schiitisch, druzisch, armenisch, kurdisch, palästinensisch ... Die Bewohner gehören 17 verschiedenen Konfessionen an. Jahrhundertelang waren der Berg Libanon und die umliegenden Regionen ein Rückzugsgebiet für verfolgte Minderheiten. Die katholischen Maroniten siedelten sich hier an, weil sie von der Kirche in Byzanz verfolgt wurden. Die Druzen flüchteten hierher, weil sunnitische wie schiitische Muslime sie als Abtrünnige sahen. Später kamen Schiiten in den Süden des Landes, weil sie von den sunnitischen Muslimen weiter östlich unterdrückt wurden. Zwischen diesen Gruppen kam es immer wieder zu Kämpfen. Vor allem aber machte es die Region anfällig für die Machtinteressen anderer. Jede Gruppe hat ihre eigene Schutzmacht. Die Maroniten wurden lange von den Franzosen unterstützt. Die Druzen standen gut mit Großbritannien. Die Griechisch-Orthodoxen bekamen Hilfe aus Russland.

Der heutige Staat unternimmt wenig, um die Spaltung in der Gesellschaft abzubauen. Beispielsweise ist eine zivile Eheschließung immer noch nicht möglich. Das heißt, theoretisch können Angehörige unterschiedlicher Konfessionen nicht heiraten. "Meine Eltern mussten nach Zypern fahren", erzählt Ramzi, sein Vater ist Christ, seine Mutter Muslimin. Linke und Demokraten organisieren seit Jahren Protestaktionen gegen diese Gesetzgebung. Doch der Widerstand von Klerus und Islamisten ist groß. Jetzt soll ein neues Gesetz erarbeitet werden. Aber Ramzi und sein Mitstreiter Fathi glauben nicht daran, dass es jemals zu Stande kommt. "Die Regierung hat Angst, irgend etwas zu ändern", sagt Fathi. Er sieht im heutigen Staat ein Pulverfass: "Es braucht nur irgendwas Außergewöhnliches zu passieren: eine paar Bomben aus Israel, eine Invasion der Syrer, dann haben wir den nächsten Bürgerkrieg".

Hannah Wettig, Beirut

5. Antisemitismus als politisches Projekt. Möllemann, Westerwelle und ihre Vorgänger

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; FDP · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:23

"Wir sind nicht schuld, die Nationen sind nicht schuld, wenn sie sich gegen die Juden erheben, sondern die Juden sind schuld, wenn sie die Nationen bis aufs Blut reizen" - das war die Botschaft des am Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland florierenden "modernen Antisemitismus". "Die Juden sind schuld am Antisemitismus" verkünden auch die "postmodernen" Antisemiten des Jahres 2002. Steckt mehr dahinter als das Spekulieren auf Wählerstimmen? Hat politischer Antisemitismus im 21. Jahrhundert wieder Aussicht auf Erfolg?

Der Historiker Moshe Zimmermann hat in seinem Aufsatz "Die ‚Judenfrage' als die ‚soziale Frage`" (1) bedenkenswerte Beobachtungen über "Kontinuität und Stellenwert des Antisemitismus vor und nach dem Nationalsozialismus" notiert. Er sieht zwei Ursachen für den Rückgang des Antisemitismus in Europa nach 1945: "In Europa schwächte sich der Antisemitismus ab, eben weil die ‚soziale Frage` neu formuliert wurde oder mindestens weil die Shoah den Antisemitismus unrespektabel machte." Letzteres wurde von Horkheimer und Adorno nach 1945 auf die - wörtlich genommen natürlich falsche - Formel gebracht: "Es gibt keine Antisemiten mehr."

Was aber hat die "Judenfrage" mit der "sozialen Frage" zu tun? Für diejenigen, die am Ende des 19. Jahrhunderts den Antisemitismus zum Kristallisationspunkt einer politischen Bewegung machten, war beides mehr oder weniger identisch. Am deutlichsten formulierte das Otto Glagau: "Die soziale Frage ist die Judenfrage. (...) Los von den Juden, und die soziale Frage ist gelöst!" Wilhelm Marr, der als Begründer des Begriffs Antisemitismus gilt, vermengte beides noch mit der "nationalen Frage", die durch die Verdrängung der Juden zu lösen sei.

Der "moderne" Antisemitismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts kombinierte die Stereotypen der traditionellen christlichen Judenfeindschaft mit pseudo-naturwissenschaftlichen Rassentheorien; Gobineaus "Essai sur l'inegalité des races humaines" erschien 1853-55 in Paris. In Deutschland war der protestantische Hofprediger Adolf Stoecker dann ab 1879 der "erste Politiker, der den Antisemitismus erfolgreich als wirksames Instrument der Massenmobilisierung einsetzte" (Helmut Berding). Stoeckers Agitationsmuster schildert Berding so: "Zuerst sprach er die Sorgen und Nöte seiner Zuhörer an, zeigte Verständnis für ihre miserable Situation, gab dem Liberalismus und Sozialismus, den wichtigsten politischen Gegnern des protestantischen Konservativismus, die Schuld daran, stellte als eigentlichen Drahtzieher das Judentum hin und lenkte auf diese Weise die Unzufriedenheit der Menschen von den politisch herrschenden und verantwortlichen Kreisen auf die jüdische Minderheit ab." (2)

Während Stoecker und seine Christlich-Soziale Partei sich zum Rassenantisemitismus nicht eindeutig erklärten, vertraten extreme antisemitische Vereinigungen die Vorstellung von einem germanisch-jüdischen Rassenantagonismus. Wilhelm Marr, der Begründer der Antisemiten-Liga, rief das "Germanentum" dazu auf, im Kampf gegen das die Weltherrschaft erstrebende "Semitentum" seinen eigenen Untergang zu verhindern. Theodor Fritsch ging in seinem "Antisemitenkatechismus" noch weiter und forderte die "Ausscheidung der jüdischen Rasse aus dem Völkerleben." Unüberhörbar sind hier Anklänge an den nazistischen "Erlösungsantisemitismus" (Saul Friedländer), der sich dann im Völkermord an den europäischen Juden materialisierte.

Antisemitismus als kultureller Code

Nach anfänglichen Erfolgen auch bei Reichstagswahlen fristeten die antisemitischen Parteien bald ein Schattendasein. Ihr politisch-ideologischer Einfluss aber war immens, besonders unter Studenten, Handwerkern, Händlern, Bauern, kleinen Angestellten, Staatsbeamten und Intellektuellen. Deren Vereinigungen wurden neben nationalistischen Organisationen, von denen vor allem der "Alldeutsche Verband" zu nennen ist, zu den bedeutendsten Trägern des Antisemitismus im deutschen Kaiserreich. Der Antisemitismus wurde zunehmend zur Weltanschauung, er verwandelte sich in "ein Symbol, ein Kürzel für ein ganzes System von Ideen und Einstellungen", in einen "kulturellen Code" (Shulamit Volkov). Am Ende des 19.

Jahrhunderts hatte sich dieser kulturelle Code durchgesetzt. Seine "Nützlichkeit" beschreibt Shulamit Volkov so: "Da er im wesentlichen verbal blieb und für die Entscheidung der wichtigeren Tagesfragen wenig praktische Bedeutung hatte, war er um so besser geeignet, symbolischen Wert anzunehmen." (3) Anders gesagt: Antisemitismus als kultureller Code ist ein "zum Symbol erhobener Judenhass", im Kaiserreich stand er gleichzeitig für Anti-Modernismus, Antifeminismus, aggressiven Nationalismus, Expansion des Reiches, Rassismus, Antisozialismus, Militarismus und Unterstützung einer autoritären Regierung.

Dass Antisemitismus auch im neuen Deutschland zum kulturellen Code werde, behauptete der Historiker Wolfgang Wippermann schon Ende 1998. Den Anschlag auf das Grab des langjährigen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, sah Wippermann auch in Verbindung mit der "Hoffähigmachung des Antisemitismus". Im taz-Interview (22.12.98) sagte Wippermann: "Die sogenannte Ausländerfeindlichkeit - eigentlich ja blanker Rassismus - ist zum kulturellen Code dieser Gesellschaft geworden. Die Vorstellung, wir könnten die Juden davon ausnehmen, weil sie ja was Besonderes sind, ist falsch. Allgemeiner Rassismus ergreift notwendigerweise auch den Antisemitismus. Und der wird in allen gesellschaftlichen Schichten stärker, teilweise noch unter der Hand, aber teilweise auch schon nicht mehr unter der Hand." Als Beispiele nannte Wippermann den Streit um das Berliner Holocaust-Mahnmal, die Vorwürfe gegen Ignatz Bubis nach dessen Kritik an Martin Walser ("geistige Brandstiftung") und die Medienkampagne zum "Schwarzbuch des Kommunismus", gipfelnd in der Behauptung Stéphane Courtois', die Juden instrumentalisierten die Shoah.

Dass "jüdische Geschäftemacher" aus dem Leid der NS-Opfer Gewinn ziehen würden, war auch ein gängiger Vorwurf in der Debatte um die Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen. Allein an dieser Frage lässt sich, auch in der als "seriös" geltenden Presse, die systematische Verwendung antisemitischer Stereotypen nachweisen: die weltumspannende Macht des Judentums, die Gerissenheit und Geldgier des "jüdischen Anwalts aus New York", jüdische Unversöhnlichkeit und Rachsucht. Durch die Verwendung dieser Stereotypen wird das Täter-Opfer-Verhältnis umgekehrt: Die deutsche Industrie, der Staat, am Ende gar der Steuerzahler erscheinen als Opfer einer jüdischen Erpressung. Lars Rensmann, der diesen Diskurs untersucht hat, spricht von "Motiven des sekundären Antisemitismus", die einer "kollektiven Selbstverteidigung" der Deutschen dienen. Sie zielten darauf, "die ‚nationale Identität` als Opfergemeinschaft zu konstruieren und zu rehabilitieren." (4)

Im Entschädigungsstreit hatten sich deutsche Politiker, an vorderster Front Lambsdorff und Schröder, vornehmlich als Interessenvertreter der deutschen Industrie und ihres Begehrens nach "Rechtssicherheit" engagiert. Die ideologische Begleitung überließen sie weitgehend den Medien - die klassische Arbeitsteilung zwischen Staatsapparat und "Zivilgesellschaft". Wenn heute eine als demokratisch und verfassungstreu akzeptierte Partei systematisch mit antisemitischen Stereotypen Politik macht, dann ist das einerseits für die bundesdeutsche Gesellschaft nicht neu (siehe den nebenstehenden Artikel); andererseits ist es mehr als ein Rückfall in die 1950er Jahre. Waren damals alte Nazis die Träger dieser Politik, so sind es heute die jung-dynamischen Karrieristen der Generation Guido und der nur unwesentlich ältere Möllemann mit seiner "arabisch imprägnierten Judenfeindschaft" (Micha Brumlik).

Es gibt keinen bloß "taktischen" Antisemitismus

Die Schutzbehauptung, Möllemann und sein Ziehsohn Karsli hätten nur die israelische Politik gegenüber den PalästinenserInnen kritisieren wollen und das müsse doch erlaubt sein, ist leicht zu durchschauen: Ihre angebliche Israel-Kritik war von vornherein von antisemitischen Stereotypen überlagert: die Gleichsetzung der Sharon-Regierung mit den Nazis, die erdrückende Macht der von Juden beherrschten Presse, die Juden als Verursacher des Antisemitismus, schließlich Möllemanns rassistische Argumentation, Karsli könne gar kein Antisemit sein, da er als gebürtiger Syrer selbst ein "Semit" sei. Die FDP-Führung, namentlich Kanzlerkandidat Westerwelle, hat wochenlang allenfalls "unglückliche Formulierungen" beanstandet und gleichzeitig durch Attacken gegen den Zentralrat der Juden ("unanständig", "ehrverletzend") einen wesentlichen Beitrag zur Kampagne geliefert. Erst als die ganze Partei dabei in die Defensive geriet, ihre "Geschlossenheit" und die "Führungsstärke" des Vorsitzenden ins Gerede kamen, steuerte Westerwelle um. Wobei er mit seinem Bekenntnis, gezielt im "rechtspopulistischen Lager" (d.h. unter rechtsextremen WählerInnen) für die FDP werben zu wollen, seine strategische Übereinstimmung mit Möllemann erklärte.

Die in etlichen Kommentaren zu lesende These, Ziel der Möllemann-Westerwelle-FDP sei die Schlagzeilen produzierende "Regelverletzung" um jeden Preis, geht am Kern der Sache vorbei. Die FDP hat nicht irgendein beliebiges "Tabu" gebrochen, sie hat gezielt das antijüdische Ressentiment geschürt und dabei auch die voraussehbare Empörung einkalkuliert. Es geht ihr dabei nicht nur um die Stimmen der immer wieder genannten wahlberechtigten Muslime. Der Spiegel (3.6.) sieht die FDP auch sozialpolitisch in der Offensive, um "die Massen zu finden (...) Der Umgang mit der deutschen Geschichte soll zum Testfall für das neue Selbstverständnis avancieren." Das Testergebnis kann die Matadoren des "Projekt 18" durchaus zufrieden stellen: Nach Umfragen (ZDF und Die Zeit) halten 28 Prozent der Deutschen Möllemanns Vorwürfe gegen Friedmann für gerechtfertigt; nur 9 Prozent sehen die FDP auf dem Weg nach rechts.

Ob Möllemann und Westerwelle Antisemiten im ideologischen Sinne sind oder nicht, ist für die Bewertung ihrer Kampagne nebensächlich. "Die Unterscheidung zwischen echtem und vorgeschobenen Antisemitismus ist unhaltbar und irreführend", schreibt Shulamit Volkov - entscheidend sind seine Folgen: 30.000 fast ausschließlich zustimmende Briefe und E-Mails will Möllemann bekommen haben, Haider und Schönhuber gratulierten, REPs und NPD klatschen Beifall. Zwar musste er sich dem öffentlichen Druck ein Stück weit beugen, er bleibt aber im Amt, seine Bataillone innerhalb und außerhalb der FDP stehen geschlossen zu ihm - ein Beispiel für das "Bündnis von Elite und Mob" (Jan Philipp Reemtsma), das für Hannah Arendt eines der Erfolgsmomente des Nationalsozialismus war.

Ob sich die Sache für die FDP bei der Bundestagswahl am 22. September auszahlt, bleibt offen. Eindeutig verschoben hat sich das, was als politisch erlaubt gilt. Der kulturelle Code der "selbstbewussten Nation" hat sich durch die gezielte Konfrontation mit dem Zentralrat der Juden erweitert; von "denen" muss sich ein gestandener deutscher Politiker nichts mehr sagen lassen, er darf sogar seinerseits eine Entschuldigung fordern, wenn er des Antisemitismus bezichtigt wird. Von der SPD, die sich lautstark entrüstet, kommt in dieser Frage keine Gegenwehr. So galt Schröders Sorge einmal mehr dem durch Möllemann beschädigten "deutschen Ansehen" in der Welt und der dadurch eingeschränkten Regierungsfähigkeit des potenziellen liberalen Koalitionspartners. Schröders Treffen mit Martin Walser war ein Signal an die gleiche Klientel, die auch Westerwelle und Möllemann umwerben. Die deutsche Sozialdemokratie, so die Botschaft, ist "selbstkritisch, aber auch selbstbewusst patriotisch" (SPD-Generalsekretärs Müntefering). Im Verein mit dem deutschen Nationaldichter Günter Grass wies Schröder zudem die Kritik an Walsers neuestem Roman pauschal zurück - einem Buch, das Elke Schmitter im Spiegel (3.6.) überzeugend als "antisemitisch und diffamierend" beschrieben hat.

Js.

Anmerkungen:

1) In: Christof Dippe, Rainer Hudemann, Jens Petersen (Hrsg.): Faschismus und Faschismen im Vergleich; Köln (SH-Verlag) 1998

2) Helmut Berding: Moderner Antisemitismus in Deutschland; Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1988

3) Shulamit Volkov: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert; München (C.H. Beck) 1990

4) In: Rolf Surmann (Hrsg.): Das Finkelstein-Alibi. "Holocaust-Industrie" und Tätergesellschaft; Köln (PapyRossa) 2001; vgl. auch Rezension in ak 449

6. Ab ins Kosovo. Innenminister: Vertriebene Roma sollen nach Jugoslawien

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:38

Ein dauerhaftes Bleiberecht für Minderheiten aus dem Kosovo ist in Deutschland ausgeschlossen. Das vereinbarten die Innenminister der Länder auf ihrer Konferenz am 5. und 6. Juni in Bremerhaven. Damit sehen sich Tausende von Flüchtlingen, vor allem Roma, die seit 1999 von albanischen Nationalisten aus dem Kosovo vertrieben wurden und heute in Deutschland leben, einer lebensgefährlichen Bedrohung ausgesetzt.

Bereits vor der Frühjahrskonferenz der Innenminister (IMK) hatte Bremens Innensenator Kuno Böse (CDU) angekündigt, die Länder seien sich "ziemlich einig", wenn es um die Rückführung der Kosovo-Flüchtlinge ginge. Bisher wurde den Flüchtlingen meist eine auf drei bis sechs Monate befristete Duldung erteilt, die nach Ablauf verlängert wurde. Im Beschlussprotokoll der IMK heißt es nun, die Innenminister "appellierten" an die betroffenen Flüchtlinge, eine "freiwillige Rückkehr in Betracht zu ziehen". Gleichzeitig geht die Konferenz aber davon aus, "dass die Voraussetzungen für eine zwangsweise Rückführung noch im Laufe dieses Jahres gegeben sein werden", heißt es im Protokoll. Duldungen von "ausreisepflichtigen Minderheitenangehörigen aus Kosovo" - und dazu zählen die Kriegsflüchtlinge - würden nur noch so lange verlängert, "bis im Einzelfall die Rückführung möglich ist." Im Klartext heißt dies: Die Innenminister der Länder bereiten eine häppchenweise Massenabschiebung von nach Schätzungen etwa 30.000 Menschen vor, die sich als Kriegsflüchtlinge aus Kosovo in Deutschland befinden.

Bei den Betroffenen handelt es sich zum größten Teil um Roma, die nach dem Krieg um das Kosovo im Frühjahr 1999 aus der serbischen Provinz vertrieben wurden. Als damals bewaffnete albanische Nationalisten die Kontrolle übernahmen, kam es zum "größten Pogrom an Roma seit dem Zweiten Weltkrieg", schreibt das European Roma Rights Center (ERRC) aus Budapest.

Der Rom e.V. aus Köln fasst Augenzeugenberichte zusammen: "Gleichzeitig mit dem Einmarsch der NATO besetzten Einheiten der UCK alle Orte des Kosovo. Es begann die systematische Zerstörung fast aller Siedlungen der Serben, Roma und anderer Minderheiten und deren Vertreibung." Die Vertreibung liefen dabei fast immer nach demselben Schema ab: "Ein Trupp Bewaffneter, oft in UCK-Uniformen, drang in die Häuser von Serben, Roma, Goranen und Juden ein: ‚Ihr habt eine halbe Stunde, dann seid ihr weg oder tot.` Dieses Grundschema wurde variert: Mal wurde einer der Bewohner mit einer Eisenstange zusammengeschlagen oder direkt erschossen, mal gleich das Haus angezündet oder junge Mädchen vor den Augen der Familie vergewaltigt, mal flog eine Handgranate ins Haus, mal wurde der Sohn entführt. Die Botschaft war immer klar: Raus - und kommt ja nie wieder."

Bei den Pogromen wurden mehrere hundert Roma und SerbInnen ermordet. Nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR wurden seit Juli 1999 über 100.000 Roma und ebenfalls über 150.000 SerbInnen aus der unter UN-Verwaltung stehenden Provinz vertrieben. Viele der Roma versuchten über Montenegro nach Italien zu gelangen. Dutzende ertranken dabei in der Adria. Andere haben sich in Mazedonien oder Serbien in Sicherheit gebracht, wo sie heute unter menschenunwürdigen Bedingungen in Flüchtlingscamps oft ohne gesundheitliche Betreuung und ohne ausreichende Ernährung leben. Nach den Zahlen des Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFL) stellten seit Juli 1999 über 13.000 Roma aus dem Kosovo Erstanträge auf Asyl in Deutschland.

Innenminister bereiten Abschiebung vor

Die etwa 50.000 Soldaten der NATO geführten KFOR-Truppe, darunter etwa 5.000 Soldaten der Bundeswehr, die seit Juni 1999 in der Provinz stationiert sind, konnten oder wollten die Pogrome, die sich vor ihren Augen abspielten, nicht stoppen. Auch drei Jahren nach dem Einmarsch der NATO besteht die Gefährdung für Roma und Serben im den albanischen Mehrheitsgebieten weiter fort. In einem Bericht des UNHCR vom April 2002 heißt es: "Personen aus dem Kosovo, die nicht albanische Volkszugehörige sind, bleiben weiterhin ernsthaften Gefahren ausgesetzt, die ihr Leben und ihre grundlegenden Freiheiten bedrohen." Zur Situation von SerbInnen heißt es in dem Bericht: "Die kosovo-serbische Gemeinschaft bleibt das primäre Ziel ethnisch motivierter Gewaltattacken, einschließlich Granaten, neu gelegten Landminen, Sprengfallen, Schießereien aus

vorbeifahrenden Autos und Brandstiftungen." Die Verbrechen sollten sicherstellen, "dass Kosovo-Serben die Provinz verlassen oder nicht zurückkehren", schreibt das UNHCR. Die wenigen im Kosovo verbliebenen Roma befinden sich in einer ähnlichen Situation. Auch sie leben unter permanenter Bedrohung zusammengepfercht in kleinen Enklaven.

Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Bedrohungssituation für nicht-albanische Minderheiten im Kosovo mittelfristig verändert. Alle maßgeblichen politische Akteure in Kosovo wenden sich in Stellungnahmen zwar gegen die Politik der "ethnischen Säuberungen". Tatsächlich agieren die Terrorkommandos jedoch ohne behelligt zu werden. Auch die Institutionen der "internationalen Gemeinschaft" scheinen außer Stande, die albanischen Nationalisten zu kontrollieren. Selbst die UN-Übergangsverwaltung im Kosovo (UNMIK), die von dem deutschen Karrierediplomaten Michael Steiner angeführt wird, warnt vor zwangsweisen Rückführungen.

Doch anstatt in dieser Situation den Flüchtlingen, die immerhin auch Opfer der Unterstützung albanischer Nationalisten durch die rot-grüne deutsche Bundesregierung sind, ein Bleiberecht in Deutschland zu gewähren, haben sich die Innenminister eine Alternative zu den Abschiebeplänen nach Kosovo ausgedacht, falls diese nicht umzusetzen sind. Im Beschluss der IMK fordern die Innenminister der Länder Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) auf, bei Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung darauf hinzuwirken, "dass in absehbarer Zeit auch nichtalbanische Minderheiten aus dem Kosovo in das übrige Gebiet der Bundesrepublik Jugoslawien zurückgeführt werden können."

Auch wenn außerhalb des Kosovo keine Pogromstimmung gegen Roma herrscht, würde eine Abschiebung die Roma in eine verzweifelte Situation bringen. Zu den Lebensumständen von Roma in Jugoslawien schreibt die Schweizer Flüchtlingshilfe: "Ihr niedriger sozialer Status, ihr nicht vorhandener rechtlicher Schutz, ihre oft elenden Lebensbedingungen und der fehlende Zugang zur sozialen Infrastruktur, zu höherer Bildung und zu medizinischer Versorgung lassen ihre Situation als sehr prekär erscheinen." Sie seien außerdem "mehr als alle anderen Opfer von polizeilicher Willkür und privater Übergriffe."

Roma Organisationen haben gegen den Beschluss der Innenminister in Bremerhaven und Berlin demonstriert. Hunderte Roma setzten sich über die "Residenzpflicht" hinweg, um sich an den Protesten zu beteiligen. Die Öffentlichkeit nimmt davon allerdings kaum Notiz. Die VerfechterInnen der Menschenrechtenrechte in den Medien, Nichtregierungsorganisationen und der Politik scheinen gerade im Urlaub zu sein. Vielleicht wickeln sie auch ein Projekt in Afghanistan ab.

Boris Kanzleiter

7. Das braune Erbe der FDP

Autor: mb. · Rubrik: FDP; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:42

Es ist kein Zufall, dass gerade die FDP mit antisemitischen Stereotypen Politik macht. Ein Blick in ihre Parteigeschichte zeigt: Aus der FDP heraus gab es immer wieder Versuche, eine rechtsbürgerliche Sammlungsbewegung zu initiieren.

Nach 1945 war die Zielbestimmung der FDP klar. Sie wollte bürgerliche Sammlungspartei gegen Sozialdemokratie und Kommunisten sein; wegen ihres Säkularismus und der Betonung individueller Freiheit und Verantwortung geriet sie dabei auch in Frontstellung zur konfessionell gebundenen Union. In der Gründungsphase dominierte zunächst der nationalliberale Flügel. So bildete die FDP im ersten Bundestag eine Fraktionsgemeinschaft mit der Deutschen Partei (DP). Deren Abgeordneter Wolfgang Hedler machte 1949 mit folgender Äußerung auf sich aufmerksam: "Man kann offenkundig geteilter Ansicht darüber sein, ob die Gaskammern das geeignete Mittel waren, um sich der Juden zu entledigen. Vielleicht hätte es noch andere Möglichkeiten gegeben, um diesen Zweck zu erreichen."

Trotzdem stand die DP weiter im Zentrum der "nationalen" Sammlungsbemühungen der Nationalliberalen. 1953 löste sich der NRW-Landesverband der DP in die FDP auf. Anfang desselben Jahres hatte die Verhaftung von Werner Naumann durch die britischen Besatzungsbehörden viel Aufmerksamkeit erregt: Naumann, ehemals Mitarbeiter des Reichspropagandaministeriums unter Goebbels, hatte in der NRW-FDP eine nationalsozialistische Zelle aufgebaut. Hier wie auch in Niedersachsen unterwanderten organisierte Nazi-Kreise die FDP, indem sie nach und nach höhere Funktionärsposten und Geschäftsführerstellen besetzten. So etwa stand dem NRW-Landesvorsitzenden der FDP, Friedrich Middelhauve, ein SS-Mann als persönlicher Referent zu Seite. Der Flügel um Middelhauve legte noch nach der Verhaftung Naumanns sein "Deutsches Programm" vor, das der FDP endgültig den Weg zu einer deutschnationalen Sammlungspartei rechts von der CDU/CSU ebnen sollte. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl Ende 1953 kam es allerdings nicht dazu, die verscheidenden Flügel der Partei einigten sich auf einen Burgfrieden.

In den 50er und 60er Jahren stand die FDP in Fragen wie Entschädigung von Nazi-Opfern und Amnestie von NS-Tätern rechts von der CDU/CSU. 1952 sprach sich die FDP auf ihrem Essener Parteitag erneut für eine Generalamnestie für NS-Kriegsverbrecher aus. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, drohten drei FDP-Bundestagsabgeordnete, gegen die Ratifizierung des Deutschland- und EWG-Vertrages zu stimmen, falls nicht eine große Anzahl Kriegsverbrecher freigelassen würde. Unter diesen drei Abgeordneten war auch der spätere FDP-Vorsitzende Erich Mende, der sich rühmte, als erster "entnazifizierter" Ritterkreuzträger (mit entferntem Hakenkreuz) in der Öffentlichkeit aufgetreten zu sein. 1965 votierte die FDP-Fraktion geschlossen gegen die Verlängerung der Verjährungsfristen für Mord, mit der die weitere Verfolgung von Nazi-Kriegsverbrechern ermöglicht werden sollte. Nach Verabschiedung des Gesetzes erklärte Bundesinnenminister Ewald Bucher (FDP) seinen Rücktritt.

Ende der 60er Jahre geriet der rechte Flügel in die Minderheit; während der Zeit der großen Koalition (1966-1969) profilierte sich die FDP als linksliberale Opposition. Als sie 1969 als Partner der SPD in die Regierung eintrat, verließen Teile des nationalliberalen Milieus die Partei und gründeten Gruppen wie die "National-Liberale Aktion" (NLA), die im politischen Spektrum rechtsaußen angesiedelt war. Sprecher war der Bundestagsabgeordnete Siegfried Zoglmann, ein ehemaliger Gebietsführer der Hitlerjugend. Auch Erich Mende, der vehement gegen die Ostpolitik Willy Brandts polemisierte, trat aus der FDP aus. Viele aus diesem Spektrum landeten später in der CDU/CSU, manche beteiligten sich in den 70er Jahren auch an Versuchen zur Bildung einer rechten "Vierten Partei".

Anfang der 90er Jahre lebten entsprechende Bestrebungen innerhalb der FDP wieder auf und bekamen durch Jörg Haiders Erfolge neuen Antrieb. Ein Kreis um den Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl und den damaligen Welt-Redakteur Rainer Zitelmann proklamierte die "Rettung" der FDP, die nur in der Besinnung auf die Nation eine Chance habe. Im Kern ging es erneut um den Traum eines Formierungsprozesses rechts von der Union. Noch Ende der 90er Jahre versuchte dieser Flügel den Berliner Landesverband zu übernehmen, erlitt aber Schiffbruch.

mb.

8. Schonmal ein "Paradies" besetzt? For Freedom of Movement - "Camp 02" in Jena

Autor: h., ag3f Hanau · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:43

Rasenmühleninsel heißt ein schöner, innenstadtnaher Parkstreifen in Jena-Paradies, den die Vorbereitungsgruppe des fünften Grenzcamps als Zeltplatz auserkoren hat. Doch die Stadt Jena sagt bislang nein und bemüht in ihrer umfangreichen Ablehnungsbegründung Ruhe, Ordnung und Sauberkeit bis zum Abwinken. So wird nun zur Innenstadtkundgebung und anschließenden Besetzung des paradiesischen Platzes aufgerufen, am Freitag, dem 12. Juli, wenn das kein mensch ist illegal-"Camp 02" startet.

Ein Konzert ist zum Auftakt in Planung, am letzten Tag dann will ein Konvoi, mit Zwischenstopp am Frankfurter Flughafen, direkt zum ersten internationalen "noborder"-Camp nach Strasbourg weiterziehen. Die Tage dazwischen sind angefüllt mit der campüblichen Mischung aus Diskussion und Aktivismus. Die Aktionen werden sich dabei schwerpunktmäßig gegen die Isolation und Kontrolle, gegen die Entrechtung und Abschiebung von Flüchtlingen richten. Doch "die Entscheidung, das Camp dieses Jahr in Jena stattfinden zu lassen, ist (auch) als Schritt dahin zu verstehen, die Dominanz von weißen, mehrheitsdeutschen AntirassistInnen zu brechen, um in der Kooperation mit selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen eine antirassistischidentitätsübergreifende Organisierung voranzutreiben", so heißt es im Aufruf.

Thüringen als Austragungsort des "Camp 02" hatten The Voice und die Brandenburger Flüchtlingsinitiative in die Debatte gebracht. Beide Selbstorganisationen verbanden damit ihre Kritik an mangelnder Zusammenarbeit und Einbeziehung im letzten Camp mit diesem praktischen Vorschlag. Da sich in Jena das zentrale Büro von The Voice befindet, bestehen hier wohl am ehesten die Voraussetzungen, um eine Vielzahl von Flüchtlingen zu mobilisieren und damit erstmals zu einer ganz neuen, "gemischten Zusammensetzung der Grenzcampgesellschaft" zu kommen. Zudem wurde bereits im Vorfeld des Camps auf zwei "Extrameetings" der Versuch begonnen, die Auseinandersetzungen zwischen "refugees und nonrefugees" zu intensivieren.

"Who supports whom?", lautet einer der Fragen, die dort behandelt wurden. "Wir euch immer nur bei der Residenzpflichtkampagne", formulieren kritisch einige AntirassistInnen mit deutschem Pass. "Wir euch täglich beim Aufbau einer mutltiethnischen offenen Gesellschaft", konterten AktivistInnen der Selbstorganisationen selbstbewusst. Bei den Diskussionen ging es um Identität, Differenz und transidentitäre Organsierung. In einem zusammenfassenden Diskussionspapier konnte man drüber folgendes lesen: "Die Selbstorganisierung von ‚Betroffenen`-Gruppen ist nötig und wichtig, um die jeweiligen Unterdrückungen klar benennen und spezielle Forderungen und Kämpfe dagegen entwickeln zu können. Z.B. organisieren sich Schwarze oder KurdInnen oder Flüchtlinge, weil sie ihre berechtigten Interessen im allgemeinen Kampf für eine bessere Gesellschaft nicht ausreichend wiederfinden bzw. weil z.B. Weiße, TürkInnen oder Nichtflüchtlinge die Strukturen dominieren und ihre Interessen zumeist an die erste Stelle setzen. Gruppenspezifische, ‚identitäre` Organisierung im Sinne von Selfempowerment bildet eine Grundlage für die Herausbildung eines umfassenden Blickwinkels im Kampf um Emanzipation und Befreiung. Doch diese Organisierungen können in neue Dominanzen, Nationalismen und reine Partikularinteressen abdriften, wenn nicht der Blick und das Ziel gleichzeitig auf interessens- und identitätsübergreifende Schritte gelegt werden. Gegenseitiges Interesse und Offenheit einerseits, Transparenz und Vermittlung der jeweiligen Organisierungen andererseits könnten diesen doppelförmigen, ambivalenten Prozess in der Balance halten. Also Raum und Zeit (eigene Treffen, eigene Organisierung ...) für spezifische Interessen eröffnen bzw. respektieren, zum anderen immer wieder Schnittpunkte schaffen und Fragen nach möglichen übergreifenden Perspektiven aufmachen. Geht es dann - in unserem Kontext - letztlich um eine multiethnische Organisierung? Oder - weitergefasst - um das Zusammenkommen in einer Multitude, einer horizontal vernetzten Struktur, in der die Autonomien der jeweiligen Ansätze respektiert und davon ausgehend Gemeinsamkeiten entwickelt werden? Und/oder was ist mit transidentitärem Prozess gemeint?"

Im Vorfeld des Camps wurde offener und interessierter denn je gestritten. Wenn es gelingt, den "spirit" solcher Diskussionsprozesse in das "Camp 02" zu verlängern, auf dem aller Wahrscheinlichkeit nach einige hundert refugees mit einigen hundert nonrefugees zusammentreffen, dann stehen die Chancen gut, mit dem Anspruch intensivierter Zusammenarbeit und "identitätsübergreifender Organisierungen" wirklich weiterzukommen.

Doch auch um eine "themenübergreifende Außenwirkungen" soll es auf dem "Camp 02" gehen. Damit sind nicht allein, wie bei früheren Camps im Osten, antifaschistische Aktivitäten gegen neonazistische Treffpunkte gemeint. Beispielsweise soll auch die Debatte "um die rassistische Kategorisierung von Menschen nach ihrer Verwertbarkeit" im neuen "Zuwanderungsgesetz" oder das Verhältnis von Kapitalismus und Rassismus insgesamt weitergeführt werden. Mit Jenoptik und vor allem Carl Zeiss sitzen in Jena zwei Unternehmen, die in "optronische" Rüstungsproduktionen involviert sind. Und letzteres verkauft seine "Präzisionsoptik" über die Oberkochener Tochterfirma nicht nur an "Heer, Luftwaffe und Marine", sondern auch an den Grenzschutz. "Zur Überwachung von Grenzen und großen Arealen finden international Grenzraumüberwachungsfahrzeuge der Zeiss Optronik GmbH Verwendung", heißt es stolz auf der Zeiss-Homepage. Insofern symbolisiert die Firma geradezu idealtypisch den Zusammenhang von Krieg nach außen und Kontrolle nach innen - und gerät damit "zielsicher ins Fadenkreuz" des "Camp 02".

h., ag3f Hanau

Weitere Infos: www.nadir.org/camp02

Die Beteiligung vieler Flüchtlinge im Camp erfordert höhere Finanzmittel. Bitte spendet auf folgendes Konto: Camp AG, Konto: 10155606, BLZ 830 94 454, Volksbank Saaletal

Aus dem "Camp 02"-Programm

Freitag, 12.7.02

Anreise, Platzbesetzung (?), Eröffnungskonzert

Samstag, 13.7.02

12 Uhr: Begrüßungsdemonstration durch Jena, Besuche in Flüchtlingsheimen der Region

20 Uhr: Eröffnungsplenum und Disko

Sonntag, 14.7.02

13 Uhr: Aktionshappening für die sofortige Abschaffung der Residenzpflicht in der Nähe der Flüchtlingsunterkunft in Markersdorf

16 Uhr: Antifaschistische Kundgebung und Demonstration in Gera

21 Uhr: Die Kampagne gegen die Residenzpflicht als Kampf gegen rassistische Verfolgung - Bilanz und Perspektiven der "free Movement"-Kampagne

Anschließend Campkino

Montag, 15.7.02

Arbeitsgruppen zum Verhältnis zwischen "refugees und nonrefugees"

15 Uhr: Kundgebung am Flüchtlingslager Jena-Forst

23 Uhr: Veranstaltung zum "noborder"-Camp in Strasbourg

Dienstag, 16.7.02

Forum der Karawane 2

Am Nachmittag: Kundgebung bei Carl Zeiss in Jena, sowie weitere dezentrale Aktionen, u.a. bei Jenoptik

17 Uhr: Veranstaltung zum Grenzregime

21 Uhr: Perspektiven der Karawane

anschließend Campkino

Mittwoch, 17.7.02

Veranstaltungen und Arbeitsgruppen zu

- Arbeitsmarkt und -rechten von Flüchtlingen

- Asylbewerberleistungsgesetz, Sachleistungsprinzip, Widerstand

- Vorstellung der mobilen "expertbase" von jeder mensch ist ein experte

- "Recht auf Legalisierung" - Kampagnenvorschlag von Kanak Attak

Dezentrale Aktionen: Universitätsstadt Jena - von der Situation migrantischer StudentInnen über rechte Philosophieprofessoren bis zum Standort des Genom-Projekts

21 Uhr: Veranstaltung zum neuen Zuwanderungsgesetz

Anschließend Campdisko

Donnerstag, 18.7.02

Bilanz und Perspektiven, Antifaschistische, antirassistische Abschlussaktion in Jena

Abschlussplenum und -konzert

Freitag, 19.7.02

10 Uhr: Abfahrt des Konvois zum internationalen "noborder"-Camp nach Strasbourg

9. "So kann's nicht weitergehen." Rechte Gewalt und jugendliche Gegenwehr in Brandenburg

Autor: Albrecht Kieser · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:03

Vor drei Jahren, als in Bernau ein Gambier und ein Vietnamese am helllichten Tage überfallen wurden, haben Jugendliche die "Aktion Noteingang" gegründet. Diese Aktion war als Nothilfe gegen aktuelle Angriffe gedacht. Heute sind in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt zahlreiche Jugendgruppen und Bürgerbündnisse in der "Aktion Noteingang" zusammengeschlossen. Es geht ihnen nicht nur um den Schutz von Fremden, es geht ihnen auch um Jugendliche, die zur unangepassten Minderheit gehören und ebenfalls Angriffen ausgesetzt sind. Sie beteiligen sich an Diskussionen und sie organisieren eigene Veranstaltungen, in denen sie zum Widerstand gegen das rassistische Klima ermutigen.

Also es gab damals keinen, der gesagt hat: ‚Nazis sind Scheiße`, oder: ‚Das sind Nazis`. Das gab's nicht. Es war auch nicht möglich, es war ein viel zu hohes Eskalationsniveau, das war lebensgefährlich. Also klar, ich hab es mir erlaubt, irgendwie einen kleinen Farbton in meine Haare zu tun. Aber das konnte ich mir auch nur erlauben, weil ich nur am Wochenende da war und weil ich wusste, zu welcher Uhrzeit ich wie lang gehen muss. Du musstest dir überlegen, welchen Zug du nimmst, wann du wo lang fahren kannst, welches Stadtgebiet du nicht betreten darfst, du musstest diese Standards schon einhalten."

Suse ist 25 Jahre alt. 1991 ist sie aus Schwedt weggegangen. Schwedt, die Vorzeigestadt der DDR, das in den 60er Jahren explodierende Wirtschaftswunder Schwedt, das nach der Wende fast zusammen gebrochen wäre und der Stadt die Vorherrschaft rechter und rechtsradikaler Jugendkultur eingebracht hat. Schwedt an der Oder. Eine Reißbrettstadt nach preußischem und DDR-Muster zugleich. Mit dem Charme eines Schachbretts aus Beton. Der Stolz der realsozialistischen Petrochemie glänzte hier und zog die Menschen während der 60er Jahre in die neue Stadt. Arbeit und Wohnung wurden hier geboten und zwar sofort. Zehngeschossige Wohnhäuser säumen überbreite Straßen, schnurgerade am "Platz der Befreiung" vorbei, der noch heute so heißt.

Der fußballfeldgroße Platz an der heutigen Lindenallee wird begrenzt von zwei flachen, kantigen Kaufhaus-Quadern. Lange Zeit war das asphaltierte Rechteck in der Hand von Glatzen, von bekennenden Neonazis. Heute kurven auch jugendliche Skater dort umher. Doch die Zeiten direkt nach der Wende sind nicht vergessen und vorbei. Damals stürzte die deutsche Einheit die Stadt in heftige Turbulenzen. Zehntausenden Chemiearbeitern brachte sie das Aus, die Arbeitslosigkeit stieg auf über 20 Prozent und in dieser Höhe blieb sie auch stehen. Die Stadt verlor in den letzten Jahren 10.000 ihrer ehemals 50.000 Einwohner, ein ganzes Stadtviertel wurde deshalb abgerissen.

Tia ist 19 und hat gerade Abitur gemacht. Sie arbeitet bei Pukk mit, weil sie letztes Jahr mit ihrer englischen Freundin durch die Stadt spazierte, beide sprachen englisch miteinander, und sie wurde angepöbelt. Sie fasst sich an den Kopf: angepöbelt, bloß weil sie englisch sprach. Deshalb also Pukk. Pukk heißt in ganzer Länge: Politik und kritische Kultur, alternative Jugend Schwedt/Oder. Die Gruppe, die aus etwa 20 Jugendlichen besteht, gibt es seit 1998. Vier Jahre Friedhofsruhe lagen da hinter den Jugendlichen dieser Stadt, die sich nicht dem rechten Zeitgeist unterwerfen wollten. Denn 1994 hatte sich die letzte Jugendgruppe aufgelöst, die nicht zum rechten Lager gezählt werden konnte. Die meisten waren aus der Stadt regelrecht geflüchtet.

Suse berichtet von einem Beinahe-Totschlag 1992, der den Gipfel des rechtsradikalem Horrors gegen andere Jugendliche darstellte. Lange Monate lag ein Opfer von Nazi-Schlägern im Krankenhaus, lange Monate in der Reha, allmählich ging es besser. Aber damals war klar, sagt Suse:

Antifaschistische Arbeit unter Hochdruck

"So kann's nicht weitergehen. So kann's auf gar keinen Fall weitergehen. Wir können nicht so weitermachen. Geht nicht. Dann gab's eine große Kampagne, einen ARD-Bericht, einen Spiegel-Bericht - und dadurch ist der öffentliche Druck entstanden, ist ein neuer Richter eingesetzt worden, sind ein paar Verfahren anders gelaufen, sind ein paar Nazis verurteilt worden. Also da gab's einen Umschwenk in der Linie, durch den öffentlichen Druck. Und die Antifas wurden gebeten, die Stadt zu verlassen, weil ihr Schutz nicht mehr

gewährleistet werden kann. Vom Bürgermeister. Wir hatten uns dann auch aufgelöst. Und der Bürgermeister war wahrscheinlich einfach nur froh, dass die Leute endlich weg sind."

Diese Ereignisse sind in Schwedt nicht vergessen. Engagement gegen rechts, das wissen alle, ist gefährlich. Tias Eltern wollten deshalb nicht, dass sie mitmacht bei Pukk. Für sie war 1992, 1994 noch gestern. Tia ist trotzdem zu Pukk gegangen, hat die Gruppe mit aufgebaut, hat auch die "Aktion Noteingang" mit gemacht, organisiert Konzerte, politische Diskussionen. Pukk hilft Flüchtlingen, ein antifaschistisches Straßenfest haben sie letztes Jahr auf die Beine gestellt, sogar unter Schirmherrschaft des Bürgermeisters, desselben übrigens, der Jahre zuvor die Sicherheit von Suse und anderen nicht mehr garantieren mochte. Pukk wird unterstützt von den Uckermärkischen Bühnen in Schwedt, im Schauspielhaus fanden bereits Theateraufführungen und Diskussionsveranstaltungen statt. Trotzdem wurde im März 1999 der libanesische Asylbewerber Yasser auf offener Straße von einem 19-jährigen Rechtsextremen niedergestochen.

Die Pukk-Leute arbeiten nicht gerade unter anziehenden Umständen. Die Stadt hat den Jugendlichen einen kleinen Raum in einer ehemaligen Schule zugewiesen, dort treffen sie sich wöchentlich in einer schmalen, hohen Kammer, ziemlich unwirtlich, wenn auch immerhin beheizbar. Doch die Stimmung steckt an, die Zuneigung, die untereinander herrscht, die Gleichberechtigung, die fehlende Hierarchie, der Witz, die Spontaneität.

Pukk ist noch kein Jugendclub. Ganz anders das "Horte": Ein ganzes Haus haben sich die Jugendlichen in Strausberg, einer Garnisonsstadt in der Nähe von Berlin, erstritten und erkämpft, selbstverwaltet natürlich, mit Kneipe bzw. Café, Büro, Veranstaltungs- und Gruppenräumen, eigenem Hof und in der ersten Etage Platz für mehr als ein Dutzend Leute, die hier wohnen.

Jeden Montag sitzen die Aktiven im "Horte" zusammen, planen nicht nur den Thekendienst, sondern auch die nächsten Veranstaltungen, reden und entscheiden über politische Aktionen und streiten sich darüber, ob das letzte Konzert gut organisiert war oder nicht.

Auch hier dieses Gefühl, gegen die Bedrohung der Nazis zusammenhalten zu müssen und nur als Gruppe dagegenhalten zu können. Genauso z.B. in Spremberg, im Süden von Brandenburg, Kombinat Schwarze Pumpe, ausgelaufen nach der Wende. Dort sind in den vergangenen Jahren mehrere Punker oder irgendwie "links" aussehende Jugendliche fast totgeschlagen worden. Dort gibt es den "Piraten e.V.", antifaschistische, antirassistische Arbeit unter Hochdruckbedingungen. Überall Hochdruck: Das "Horte" wurde noch vor zwei Jahren von 15 bewaffneten Nazis bedroht, die nur deshalb den Rückzug antraten, weil die Jugendlichen des "Horte" deutlich in der Mehrheit und entschlossen waren, sich zu wehren. Ähnliches haben die im "Mittendrin" in Neuruppin erlebt. Neo-Nazi-Aufmarsch vor der Tür, 60-80 Glatzen, zwei Jahre ist das her. Das "Mittendrin" ist auch ein dicker Laden, der gerade ausgebaut wird, im oberen Geschoss ein eigenes Wohnprojekte für sechs bis zehn Jugendliche.

Antirassistische Jugendarbeit ...

Das "Mittendrin", das "Horte" und die "Piraten" sind selbstverwaltet und unterscheiden sich an einem wichtigen Punkt von den "offiziellen" Jugendprojekten. Diese alternativen Projekte lehnen jede Form so genannter akzeptierender Sozialarbeit ab. Nazis kommen bei ihnen nicht rein, eine Diskussion mit bekennenden Rassisten und Faschisten findet nicht statt. Denn die Analyse der Gruppen, die über das Demokratische Jugendforum Brandenburg verbunden sind, zeigt, dass die Stärke der Rechtsradikalen auch aus Mangel an Alternativen herrührt. Den antifaschistisch orientierten Projekten geht es deshalb darum, eine antirassistische Jugendkultur aufzubauen, den Jugendlichen zu zeigen und vorzuleben, dass es zu den Rechtsradikalen eine Alternative gibt, dass man sich mit ihnen weder gemein machen noch die Trennlinien verwischen muss. Andere Musik, andere Kleidung, andere Umgangsformen werden gelebt.

Das "Mittendrin" hat sich deshalb auch schon heftig mit Jugendeinrichtungen gestritten, die das mit den Rechtsradikalen nicht so genau nehmen ... René, Ende Zwanzig, seit Anfang an im "Mittendrin" dabei, mittlerweile sogar als bezahlte Kraft: "Wir hatten nämlich einen Fall, dass Jugendeinrichtungen teilweise Leute halt reingelassen haben, die wir definitiv zum rechten oder teilweise auch zum rechtsextremen Spektrum gezählt haben, die sich aber auch an der ‚Aktion Noteingang` beteiligen wollten, bzw. auch beteiligt haben. Da hing aber draußen z.B. der Aktion-Noteingang-Aufkleber, Du bist dann da halt irgendwann hingegangen und hast dann halt oben irgendwie den stellvertretenden Vorsitzenden der NPD vom Landkreis sitzen sehen mit

einem white-power-T-Shirt. Das war dann für uns der Punkt, wo wir gesagt haben: Hey Leute, hallo, merkt ihr noch irgendwas? Irgendwie läuft hier was schief. Und das war dann schon irgendwie eine sehr, sehr spannende Diskussion, Sätze wie: Na ja, ihr habt halt eure Gegen-Nazis-Aufnäher und die haben halt ihrs, und solange keiner was macht und sich alle lieb haben, ist es ja okay. Und da haben wir an dem Punkt halt gesagt, nö, läuft nicht, geht nicht, könnt ihr die ‚Aktion` nicht mittragen, dann fliegt ihr halt da raus. Da müsst ihr euch ne Birne machen. Und ich denke schon, dass es mit ein Punkt war, warum sich verschiedene Jugendeinrichtungen halt wirklich ne Birne halt gemacht haben und sich seitdem entsprechend verhalten."

In Neuruppin trug die Arbeit vom "Mittendrin" dazu bei, dass schließlich ein bekennender Nazi-Jugendtreff, der sogenannte "Bunker", von der Stadtverwaltung geschlossen wurde. Daraufhin marschierten die Rechtsradikalen vor den anderen Jugendprojekten auf, blockierten sie, warfen Scheiben ein. René ist froh, dass die Stadt nicht eingeknickt ist. Es blieb bei der Schließung. Den Nazis wurde ein wichtiger Treffpunkt genommen, an seiner Stelle wurde eine neue, stadtteilbezogene Jugendeinrichtung für Jugendliche von 13 bis 17 Jahren geschaffen.

Dass die verschiedenen alternativen Jugendclubs voneinander wissen, mehr noch: miteinander zu tun haben, liegt am Demokratischen Jugendforum Brandenburg (DJB). Und an der "Aktion Analyse", die unter dem Dach des DJB von ihnen allen ausgekocht wurde. Sinn und Zweck der Aktion, die hauptsächlich zwischen 1998 und 2000 lief, schildert Suse so:

"Der erste Anlauf von ‚Aktion Noteingang` hatte ja das Ziel, eine Hilfsinstanz zu schaffen. Wir haben dagegen gesagt: Nee, wir wollen keine Hilfsinstanz schaffen, weil klar ist, dass wir die so nicht schaffen können. Keiner, der verfolgt ist, rennt in irgend einen Laden, weil da ein Aufkleber dran ist, wird dahin rennen und sich eine Telefonnummer abschreiben und anrufen. Das funktioniert doch nicht, ist doch Mist, wissen wir doch selber, dass das nicht geht. Wir hatten einen anderen Schwerpunkt der ‚Aktion Noteingang`, es geht uns um die öffentliche Diskussion. Wir wollen in die Mitte der Gesellschaft, wir wollen die konfrontieren, wir wollen die ansprechen. Jetzt geht's nicht um Antifa, jetzt geht's nicht um Nazis, jetzt geht's um die öffentliche Diskussion. Wir hatten damals ein paar Ziele formuliert, und eins war gewesen: Wir wollen, dass nicht mehr über Jugendgewalt gesprochen wird, wir wollen, dass nicht mehr über irgendwelche lapidare Fremdenfeindlichkeit gesprochen wird, sondern wir wollen, dass über Rassismus geredet wird und über Rechtsextremismus. Oder Neofaschismus. Weil, das sind die Probleme. Und wenn wir das schaffen, die öffentliche Diskussion und Debatte darüber zu führen, dann haben wir was erreicht. Das war damals unser Ziel. Und das ließ sich ja auch erreichen. Wir haben offene Türen eingerannt."

Im Sommer 1998 wurden in Bernau ein Gambier und ein Vietnamese in aller Öffentlichkeit auf Straße überfallen und zusammengeschlagen. Die Taten waren, auch nach Ansicht der Staatsanwaltschaft, rassistisch motiviert. Und es waren keine Einzeltaten. Das Demokratische Jugendforum Brandenburg, ein Netzwerk verschiedener Jugendgruppen in Brandenburger Städten und Gemeinden, schuf die "Aktion Noteingang" als Antwort. Man entwarf einen Aufkleber und einen Fragebogen. Damit gingen Jugendliche in Gaststätten, zu Ladenbesitzern, zu Kultur- und Sozialeinrichtungen, in die Rathäuser und fragten die Verantwortlichen: Wie stehen Sie zu rassistischer Gewalt? Gewähren Sie Betroffenen Schutz? Bringen Sie den Aufkleber "Aktion Noteingang" deutlich erkennbar in Ihrem Geschäft oder Ihrer Einrichtung an? Der Aufkleber, in schwarz und gelb gehalten, zeigt das Piktogramm eines flüchtenden Menschen, der in eine offene Tür läuft. "Wir bieten Schutz und Informationen bei rassistischen und faschistischen Übergriffen" steht in der Tür.

An der "Aktion Noteingang" beteiligten sich bis ins Jahr 2000 hinein Jugendgruppen aus 13 brandenburgischen Gemeinden. Im Sommer 2000 legten sie eine Broschüre mit ihren Erfahrungen vor. Elf Jugendgruppen berichteten, auch ein landesweites Resümee wurde gezogen. Die Hälfte der fast 1.000 angesprochenen Ladenbesitzer, Bürgermeister, Schuldirektoren, Kneipenwirte hatten die Fragebögen zurückgegeben, 22 Prozent aller Angesprochenen hingen den Aufkleber aus. In manchen Städten, in Fürstenwalde z.B., brachte sogar über die Hälfte der Angesprochenen den Aufkleber an, in Potsdam aber waren es nur 8 Prozent. In Bernau verdonnerte der Bürgermeister die Stadtverwaltung, sich nicht an der Aktion zu beteiligen, in Schwedt klebte der Bürgermeister den Aufkleber quasi eigenhändig an die Rathaustür.

Die "Aktion Noteingang" wurde im Jahre 2000 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Die Brandenburger Landesregierung dagegen tat sich schon mit der bloßen Anerkennung schwer: Bereits bewilligte Gelder wurden nicht ausbezahlt, das Jugendbündnis wurde aus dem landesweiten, von der

Regierung gestützten "Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt" herausgehalten. Dieses Aktionsbündnis war eins der Projekte, die die offizielle Politik auflegte, weil das Ausmaß rechtsradikaler Gewalt Investoren abschreckte und auf die Geschäfte mit dem Tourismus negativ durchschlug. Ein Aufnahmeantrag von "Aktion Noteingang" in das Bündnis wurde zwar verhandelt, aber vom Vorstand zurückgewiesen, weil die "Aktion Noteingang" nur ein Netzwerk sei und keine klaren Strukturen habe.

DJB: Netzwerk von unten

Die Landesregierung, so vermuten Suse und die anderen, hatte Sorge, dass mit Hilfe des Fragebogens die rassistische Stimmung im Lande aktenkundig werden könnte. Und die Tatsache, dass "Aktion Noteingang" gerade auch und immer wieder die politisch Verantwortlichen kritisiert, sei besonders dem christdemokratischen Innenminister Jörg Schönbohm ein Dorn im Auge gewesen.

Jetzt sind das DJB und die verschiedenen alternativen Jugendprojekte dabei, die Fortsetzung der "Aktion Noteingang" zu starten, die "Aktion Analyse". Da soll der Frage nachgegangen werden, was in ihrer Stadt rassistisch ist. Z.B. die Anlage einer Flüchtlingsunterkunft; das soll dokumentiert werden, Aktionen sollen - durch diese Recherche vorbereitet - folgen.

An Aktionen sind die Gruppen ohnehin nicht arm. Eine wird den "Piraten" in Spremberg wohl immer in Erinnerung bleiben, eine Aktion gegen die bekennenden Nazis der Stadt und gegen diejenigen, die die Fremdenfeindlichkeit in den Institutionen verkörpern. Gegen Bürgermeister Egon Wochartz zum Beispiel. Sachse erzählt:

"Geplant war, in der Fascho-Kneipe, im Tümmels, ne fette Beach-Party zu feiern, also da wirklich kiloweise Sand auszuschütten; Wirt, um 17 Uhr macht der auf, also den total zu überrumpeln, wenn noch keine Gäste drin sind, dem klar machen: Wenn du ruhig bleibst, passiert nichts, wir wollen alle was trinken, du kannst das Geschäft deines Lebens machen. Und da richtig mit Reagge-Mucke ne geile Party feiern. Und die Idee war gewesen, Faschoräume wieder in öffentliche Räume zu verwandeln. Weil der Wirt immer sagt: Er mag sie auch nicht, er kann aber nichts machen, sie sind seine einzigen Kunden. Ja, und deswegen ihm sagen: ‚Ey, du kannst auch andere Kunden haben!`

Parallel dazu sollte ein Sondertrupp beim Bürgermeister das Haus in Angriff nehmen, da sollten dann Sprühaktionen, Flyeraktionen, mit Transpis und so ablaufen. Und als Drittes den Bauwagen in Wetzkow draußen, wo die Kiddi-Nazis sich treffen, den irgendwo in stabile Seitenlage zu bringen, oder warmer Abriss oder irgend so was. Das Ding einfach zu beseitigen, unbrauchbar zu machen. Das ganze ist daran gescheitert, dass die Leute den Weg nicht gefunden haben. Da waren 20 Autos auf dem Weg nach Spremberg, die Hälfte ist vorbei gefahren, hat dann genau auf dem Polizei-Vorhof gewendet. Die haben die Bullen mit gehört, da war so ein Funkruf: ‚Was soll das, hier wenden 20 Autos, genau vor der Polizeiwache, wo wollen die hin!? Helft uns!` Die Leute vom Bürgermeister waren aber schon zu zeitig da und haben schon das ganze Haus irgendwie besprüht: ‚Ausgangssperre für den Rassisten Egon Wochartz` und solche Sachen. Da war natürlich dort die ganze Polizei, hat dann versucht, auch wirklich böse ED-Behandlung durchzuziehen. Haben sie dann aber nicht geschafft.

Gegen Nazis und den Rassismus in den Institutionen

Die Bullen haben dann irgendwann gerafft, es geht ums Tümmels, eigentlich, haben dann davor Spalier gestanden und du kamst nicht mehr rein. Da standen dann 300 Leute vor dem Tümmels auf dem Platz, bei Mukke und haben dann gesagt, na gut, wir machen kurzfristig eine Demo durch Spremberg. Und auf dieser Demo gab es dann Beiträge, wo der Bauwagen thematisiert wurde. Aber als die Leute am Bauwagen waren, fuhr schon das erste Zivilbullenauto vorbei - und dann haben sie es dann sein gelassen, es wurde zu gefährlich. So lief das Ding eigentlich schief."

Trotzdem war es für die Beteiligten großartig, mal nicht allein oder zu zwei Dutzend Leuten in der Öffentlichkeit aufzutreten, sondern unterstützt zu werden von den Teilnehmern eines antifaschistischen Camps an der polnischen Grenze. Das hätte durchaus Eindruck in der Stadt gemacht, am meisten bei denen, die schon lange gehofft hatten, irgendwann müssten doch bestimmte Leute endlich mal einen Denkzettel kriegen ...

Albrecht Kieser,

Rheinisches JournalistInnenbüro Köln

10. rassismus.aufzeigen_dagegen.agieren. Trotz Schwierigkeiten: Antirassistische Jugendarbeit ist möglich

Autor: Robert/Philipp (DJB e.V.) · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:09

Die Vernetzung von politischen AktivistInnen in einem Flächenland wie Brandenburg stellt eine permanente Herausforderung dar. Sie ist umso größer, wenn Vernetzung nicht nur Selbstzweck ist, sondern eine praktische Zusammenarbeit in überregionalen Kampagnen und Initiativen zum Ziel hat. Eine solche Vernetzung realisiert das Demokratische Jugend Forum Brandenburg (DJB e.V.) seit etlichen Jahren mit unterschiedlichsten Aktions- und Organisationsformen.

Nachdem die AktivistInnen 1998/ 99 eine massives Ablehnung ihres Engagements im Rahmen der "Aktion Noteingang" durch die Kommunen erfahren hatten, setzte mit dem "Sommer der Betroffenheit" im Jahr 2000 eine Trendwende ein. Es ließ sich feststellen, dass inzwischen alle vernommen hatten, dass Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Allerdings wollte niemand es gewesen sein und die politisch Verantwortlichen lagerten die Verantwortung aus: Alle sollen mehr Zivilcourage zeigen. Aus dieser Situation heraus bildeten sich allerorts Bürgerbündnisse "gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit", das Land Brandenburg schuf sein Handlungsprogramm "Tolerantes Brandenburg" und der Bund das Millionen-Förderprogramm "civitas" für Strukturförderung gegen Rechts.

Schnell wurde klar, was all diese Institutionen gemein hatten: Wirklich ernst gemeintes antifaschistisch-antirassistisches Engagement, welches die wahren Ursachen der angeprangerten Zustände benennt, ist unerwünscht. Dies wird besonders in der finanziellen Förderpraxis deutlich. So wurde uns vom Landesjugendamt Brandenburg mitgeteilt, dass es eine Prioritätenverschiebung in der Förderung gebe und eine Förderung von Strukturen wie der unseren nach zehnjähriger Förderung keine Priorität mehr habe. Zudem würden etablierte Träger schon lange gegen Rechts arbeiten. Nun - wir machen dies nahezu seit der Wende und ein weiterer Träger, der dies in Brandenburg mit eben solchem Engagement seit nunmehr elf Jahren und mit gleicher Kompetenz tut, ist uns nicht bekannt.

In diesem Kontext ist auch die Trendwende in der "civitas"-Förderung zu sehen. Eine Rückkehr zur "Normalität" erfolgt; denn scheinbar ist das Problem Rechtsextremismus erfolgreich bewältigt: "Die Zahl der Übergriffe sinkt beständig"; wer das nicht so sehen will, braucht nicht mehr auf finanzielle Unterstützung zu warten, denn die Hand, die einen füttere, so wurden wir belehrt, die beiße man schließlich nicht. Gerade das Anprangern staatlicher Asylpraxis ist den Verantwortlichen ein Dorn im Auge. Und so werden immer mehr Anträge abgelehnt, die selbstorganisiertes Handeln Jugendlicher in Initiativen und Vereinen gegen Rassismus und Rechtsradikalismus fördern wollen.

Die Motivation der Akteure des "Sommers der Betroffenheit" war eben sehr unterschiedlich. Manche Einzelpersonen waren ernsthaft daran interessiert, die Lebensbedingungen von Nicht-Deutschen zu verbessern. Antirassistische Gruppen wollten die Debatte nutzen, um die rassistische Alltagskultur zu kritisieren. Die Innen- und SicherheitspolitikerInnen von SPD und CDU begriffen den Kampf "gegen (Rechts-) Extremismus und Gewalt" jedoch vor allem als autoritäre Aufrüstung des Staates und somit als Abbau von Grund- und Bürgerrechten und einer damit einhergehenden weiteren Diskriminierung von Flüchtlingen.

Aktion Analyse: Research 'n action

Demzufolge stellte sich uns die Frage: Was haben drei Jahre "Aktion Noteingang" und ein Sommer voller Betroffenheit verändert? Nach unserer Meinung hat im Wesentlichen lediglich eine Transformierung des Blut-und-Boden-Rassismus in einen Rassismus nach Kriterien der ökonomischen Verwertbarkeit stattgefunden. Doch gerade dies und die Ergebnisse der "Aktion Noteingang" sind der Grund dafür, neue, weiterführende Konzepte zu ersinnen. So wurde die Idee der "Aktion Analyse" geboren.

Wie hat die gesellschaftliche Sensibilisierung in den Kommunen gewirkt? Was ist aus der Kritik an den diskriminierenden Lebensbedingungen für Flüchtlinge im Land geworden? Wie ist die Situation für alternative Jugendliche heute? Was ist also angekommen, vom "Aufstand der Anständigen" in den Gemeinden und

Städten Brandenburgs? Zu diesen und anderen Fragen haben Jugendgruppen und -initiativen aus zwölf Städten und Gemeinden Brandenburgs im Rahmen der "Aktion Analyse" recherchiert, analysiert und dokumentiert.

Ziel der Aktion war aber nicht nur eine statistische Überprüfung des Ist-Zustandes, sondern auch das Suchen nach lebendigen und nachhaltigen Aktionsformen im Kampf gegen Rechtsradikalismus und Rassismus. Die jeweiligen Herangehensweisen an die Thematik waren sehr unterschiedlich, einerseits bedingt durch den hohen Grad von gewollter Selbstorganisierung der Projekte und andererseits durch die Entstehung neuer antirassistischer Jugendgruppen.

Die antirassistische Kampagne "Aktion Analyse" findet am 1. Juli 2002 mit der Präsentation der Ergebnisse ihren Abschluss. Erstellt wurden einerseits umfangreiche Analysen, wie beispielsweise "Rechtsradikalismus in Eisenhüttenstadt" oder zum Thema Umgang von Schülern mit Rassismus. Aktionsideen reichen vom Durchführen von Schulveranstaltungen wie Projektwochen über Demonstrationen bis zum Konzipieren und Anfertigen eines Brettspiels, das den Prozess des Asylverfahrens nachzeichnet. Die Dokumentationsformen sind ebenso vielfältig: Broschüren, Homepages, Kurzfilme und eine Ausstellung wurden in den letzten acht Monaten angefertigt.

Der Abschluss der Kampagne bedeutet jedoch kein Ende der Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Rassismus in Brandenburg, sondern die Ergebnisse sind die Grundlage für weiteres Handeln und Reflektieren im lokalen wie auch überregionalen Raum. Der Erfolg unserer Kampagne ist und bleibt gekoppelt an die selbst bestimmte Form der politischen Organisierung von Jugendgruppen und deren kritischer Auseinandersetzung mit staatlicher Politik und gesellschaftlicher Wirklichkeit.

Robert/Philipp (DJB e.V.)

Die Abschlussveranstaltung der "Aktion Analyse" findet am 1. Juli ab 11 Uhr im Rathaus Frankfurt (Oder) statt. Weiter Informationen unter: www.aktion-analyse.org

11. "Die Rechten beherrschen das Stadtbild." Rassistischer Mord in Wittstock - Interview mit der Opferperspektive Brandenburg

Autor: Interiew: mb., Berlin · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:07

Spätestens seit Mitte der 90er- Jahre gilt Wittstock an der Dosse als eines der übelsten Zentren braunen Terrors und Organisierung in Brandenburg. Die Liste der rechten Übergriffe, Demos, Propagandadelikte, der verharmlosenden Statements und der halbherzigen Beteuerungen seitens der Stadt ist lang. Seit dem Mord an dem 24-jährigen Kajrat B. macht Wittstock erneut Schlagzeilen. Wir sprachen über die Situation in Wittstock und den Mord an dem Russlanddeutschen mit Dominique John von der Opferperspektive Brandenburg.

ak: Am 4. Mai wurde Kajrat B. und sein Freund Max Opfer eines rassistischen Angriffs. Beide sind russlanddeutsche Aussiedler. Wie ist die Situation der Russlanddeutschen in Wittstock und Umgebung?

Dominique John: Die russlanddeutsche Community steht in Wittstock massiv unter Druck. Viele wollen weg. Es gibt keinen einzigen öffentlichen Ort, an dem sich Aussiedler angstfrei treffen können. Der einzige Ort, wo Russlanddeutsche zusammentreffen, ist der obligatorische Sprachkurs. Jede Familie, zu der wir bisher Kontakt aufgenommen haben, berichtete über rassistische Beschimpfungen oder gar Angriffe auf der Straße, in den Wohnblocks und auch in den Schulen. Aus Angst weigern sich Kinder zum Teil in die Schule zu gehen. Ein ganz großes Problem ist auch die Situation im Öffentlichen Nahverkehr, wo immer wieder Russlanddeutsche angemacht werden. Die Lage ist so zugespitzt, dass es sogar Überlegungen bei der Polizei gibt, die Busse zu begleiten.

Die Familie von Kajrat ist in einem Dorf bei Wittstock untergebracht, in dem bereits im letzten Jahr eine russlanddeutsche Aussiedlerfamilie angegriffen wurde. Jugendliche hatten damals die fünf Brüder der Familie auf dem Marktplatz des Dorfes schwer zusammengeschlagen. Als wir Anfang des Jahres erfahren haben, dass in dem Dorf erneut zwei Aussiedlerfamilien untergebracht wurden, haben wir den Kontakt zu diesen Familien gesucht. Einige Wochen später hat sich dann der Bruder von Kajrat bei uns gemeldet. Er war von Nazis angepöbelt worden. Die per Mobiltelefon hinzugerufene Polizei hat sich anschließend geweigert eine Anzeige aufzunehmen. Erst mit unserer Unterstützung hat die Polizei am 3. Mai dann doch eine Anzeige wegen Nötigung und Beleidigung angenommen. Am nächsten Abend passierte dann der Angriff auf Kajrat und seinen Freund in einem Club in Wittstock.

Was ist dort passiert?

Es handelt sich um einen Veranstaltungsort, wo privat Feten veranstaltet werden können. Als die beiden dort auftauchten, haben sie relativ schnell gemerkt, dass sie am "falschen Ort" waren. Sie überlegten, wie sie aus der Situation am besten herauskommen, und entschieden sich dafür im Hintergrund zu bleiben und abzuwarten, bis das Gros der Leute gegangen ist. Als die Fete am abklingen war, sahen sie den rechten Zeitpunkt gekommen. Auf dem Weg nach draußen wurden sie jedoch plötzlich von hinten angegriffen. Es ist bekannt, dass mindestens drei Leuten auf sie eingetreten haben. Einer der Angreifer hat dann einen 25 Kilogramm schweren Feldstein genommen, ihn hochgestemmt und Kajrat auf die Brust geworfen. Nach fast dreiwöchigem Aufenthalt auf der Intensivstation ist Kajrat an seinen inneren Verletzungen gestorben.

Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft drei Personen festgenommen. Wer sind die Täter?

Die Staatsanwaltschaft hat drei Haftbefehle wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen Totschlags erlassen. Sie richten sich, wie wir aus Pressemitteilungen wissen, gegen einen Bundeswehrsoldaten (20), einen Arbeitslosen (21) und einen Maurer-Lehrling (20). Der Soldat war bereits kurz nach dem Angriff festgenommen worden. Die beiden anderen wurden nach Zeugenaussagen gefasst. Die Staatsanwaltschaft spricht davon, dass die drei bislang nicht bei Aufmärschen der Nazis oder ähnlichem aufgefallen seien, auch gebe es keine Hinweise, dass sie der organisierten Nazi-Szene angehören. Allerdings scheint auch die Staatsanwaltschaft Hinweise auf einen rassistischen Hintergrund der Tat zu haben, zumindest ermittelt sie auch in Richtung einer "fremdenfeindlichen Motivation" der Täter. Davon müssen auch wir im Moment ausgehen und übrigens ist dies auch die Überzeugung der Russlanddeutschen in Wittstock.

Es gibt hier nicht nur eine straff organisierte Naziszene, der dreißig bis vierzig Leute zugeordnet werden und die in den letzten Jahren zahlreiche Demonstrationen organisiert hat. Für das, was man als rechte kulturelle Hegemonie bezeichnet, ist Wittstock ein anschauliches und extremes Beispiel. Eine linke, alternative oder wenigstens ausdrücklich nicht-rechte Jugendkultur gibt es in der Stadt nicht. Die Rechten beherrschen - selbst für Brandenburger Verhältnisse - in einem erschreckenden Ausmaß das Stadtbild.

Gab es irgendwelche Reaktionen in Wittstock auf den Mord?

Es gab am Anfang eine große Betroffenheit. Dies gilt vor allem für die Personen, die sich in einem Bündnis engagieren, das sich "Bündnis für ein Wittstock ohne Gewalt" nennt. Dieser Zusammenhang existiert seit November letzten Jahres und es haben sich hier Leute zusammen gefunden, die sich mit der Problematik von Rechtsextremismus und der rechten kulturellen Hegemonie in Wittstock auseinander setzen wollen. Nach dem Mord an Kajrat beginnt nun langsam auch das "Bündnis", in dem Vertreter der Stadt, der Kirchen und Einzelpersonen zusammenarbeiten, über die Situation der Russlanddeutschen nachzudenken. Zuvor hatte man hier die Russlanddeutschen nicht als von rassistischen Angriffen Betroffene wahrgenommen. Dass hängt wohl auch damit zusammen, dass Russlanddeutsche als eine gesellschaftliche Gruppe angesehen werden, um die sich - nach unserem Dafürhalten - fast so etwas wie ein Mythos rankt: Es scheint allgemein angenommen zu werden, dass Russlanddeutsche gut organisiert, schlagfertig und vor allem in der Lage sind zurückzuschlagen. Es sei mal dahingestellt, wie diese Zuschreibungen zu Stande kommen. Klar ist nur, dass die Handlungen der Akteure in der Stadt durch diese Bilder stark beeinflusst sind. Das gilt übrigens auch für die Presse, in der immer wieder von Auseinandersetzungen zwischen gewaltbereiten Jugendgruppen gesprochen wird. Unsere Erfahrungen mit den Opfern dieser Verhältnisse zeigen jedoch, dass eine solche Vorstellung die Realität vollkommen verkennt. Die Gewalt geht eindeutig von Rechts aus. Und dies versuchen wir jetzt den Akteuren in der Stadt zu vermitteln.

Was kann die Opferperspektive gegen diese falsche Zuschreibung tun?

Unser Ansatz ist ein politischer Ansatz. Die Opferperspektive betreut Menschen, die Opfer rechtsextremer oder rassistischer Gewalt wurden. Dabei ist unser Name Programm: Wir wollen in der öffentlichen Diskussion die Perspektive der Opfer stärker in den Vordergrund rücken. Wir machen den Betroffenen praktische Angebote, die von Hilfe in rechtlichen Fragestellungen und der Unterstützung bei Behördengängen über die Vermittlung von psychotherapeutischer Hilfe bis hin zur Begleitung bei Gerichtsverfahren reicht. Gleichzeitig bemühen wir uns aber auch, lokale Initiativen gegen Rechts zu unterstützen und zu vernetzen.

In Wittstock haben wir versucht, diesen Ansatz präventiv umzusetzen, denn es war absehbar, dass es zu erneuten Angriffen kommen würde. Wir wollten nicht erst aktiv werden, wenn etwas passiert ist, sondern schon vorher Kontakt zu den Menschen aufzubauen. Deshalb haben wir schon im Vorfeld Vertretern der Stadt und von gesellschaftlichen Gruppen auf die Situation der Russlanddeutschen aufmerksam gemacht. Das Konzept ist leider nur ein Stück weit aufgegangen.

Das Interview führte mb., Berlin

12. Die Gnade der späten Ankunft. Zwei Publikationen in Sachen Biopolitik-Mainstreaming: Keine Rezension

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:40

"Deutschland ist angekommen im biopolitischen Zeitalter", heißt es hoffnungsfroh im Editorial des ZEIT-Dossiers zum Thema Stammzellen. Ein bei Suhrkamp erschienener Sammelband zum selben Thema heißt gleich schlicht "Biopolitik". Und dazu schreiben u.a.: der Bundeskanzler, der ehemalige Staatsminister für Kultur und jede Menge FAZ-Redakteure. Biopolitik - ein Begriff, der zwischen Staat, Wissenschaft und gebildeter LeserInnenschaft das grüne Band der nationalen Identität knüpft? Es scheint fast so. Frei von herrschaftskritischen Spurenelementen tingelt ein Wort durch die bürgerliche Publikationslandschaft und etabliert, im ständigen Gerede über Rubikone und Grabenkämpfe, einen breiten, eben "biopolitischen" Konsens. Doch wovon spricht man, wenn man von Biopolitik spricht? Und vor allem: Wovon spricht man nicht?

FAZ-Redakteur Geyer mobilisiert in der Einleitung zu dem Suhrkamp-Sammelband das Bild vom "Kulturkampf" für die Beschreibung der "biopolitischen Debatte". Es handele sich um einen Streit um kulturalistische Deutungsmuster, bei dem "scheinbar Ethik gegen Ethik steht". Genau, scheinbar, denn tatsächlich ist dieser "Kampf" ein äußerst zahmer Austausch sattsam bekannter Argumentationen, bei denen man sich vor allem über eins einig ist: Die Fortschritte der biomedizinischen Wissenschaft brechen über uns herein, zwingen uns grundsätzliche Fragen auf, von denen wir alle wissen, dass man sie so oder so oder auch so beantworten kann; wir erschauern ehrfürchtig angesichts der fundamentalen Tragweite dieser Fragen und sind uns einmal mehr gewiss, dass dieses "Wir", dass da so erschauernd-erschüttert im Kulturkampf mit sich selbst liegt, mit Sicherheit nicht zur Debatte steht.

Biopolitisches Zeitalter angebrochen

Man hat die Wahl zwischen Fortschritts-Euphorie und Lebensschutz. Und allem, was dazwischen liegt. Und woran spannt sich diese beeindruckende Spannbreite der Argumentationen auf? Richtig, am Embryo. Nichts lässt sich besser wahlweise als Streitaxt oder Rubikon konstruieren, als das Schicksal dieses kleinen Zellhaufens - doch halt: Bereits der Ausdruck "Zellhaufen" ist ja eine höchst relevante ethische Aussage. Zwischen Petrischale, Uterus und Tiefkühltruhe wirbeln schließlich die Fragen der Menschheit herum: Was ist der Mensch? Wann fängt er an? Und was darf er?

Doch zurück zu dem, was über "uns" hereinbricht. Elisabeth Beck-Gernsheim beschreibt in ihrem Aufsatz des Suhrkamp-Bandes, wie der naturwissenschaftliche "Risiko-Diskurs" mittels Bedrohungsrhetorik, Rettungsrhetorik und Verantwortungsrhetorik der Akzeptanzbeschaffung biomedizinischer Optionen dient, etwa im Bereich der vorgeburtlichen Diagnostik: Immer mehr "Risikoschwangere", ständig neue "genetische Defekte", die pränatal zu verhindern sein sollen. Natur wird also als Risiko konstruiert, und das ist falsch, sagt sie. Denn eigentlich ist es ja die Technik, die diese Risiken produziert, und das hat ihr Ehemann, Ulrich Beck, schließlich immer schon gesagt. Indem sie gegenüber dem naturwissenschaftlichen (schlechten) Risikodenken das sozialwissenschaftlich (gute) Risikodenken à la Beck propagiert, verpasst sie leider die Pointe ihrer eigenen Argumentation: dass nämlich die Sozialwissenschaften, indem sie vor allem die Risiken der Technik ins Zentrum des Problems stellen, eben diese Technik naturalisieren und damit letztlich dem Zugriff politischer Kritik entziehen. Dennoch ist ihr Beitrag wesentlich interessanter als die meisten der 31 anderen in dem Suhrkamp-Sammelband.

In der Tat stellt sich angesichts der Gleichförmigkeit der Argumentationen eine Frage, die Geyer zu Beginn seines Vorwortes stellt, aber unbeantwortet lässt: "Welchen Streit führen wir eigentlich?"

Die Politik, die Gesellschaft und das Leben

Interessanter und leichter zu beantworten ist möglicherweise die Frage danach, wer hier eigentlich einen Streit führt. Offen oder unausgesprochen bezieht man sich in beiden Publikationen immer wieder auf den Habermas'schen Diskursmythos, wonach das beste Argument im liberalen Kulturkampf schon siegen wird und es nicht von Belang ist, dass solche Kämpfe keineswegs in herrschaftsfreien Räumen stattfinden, weshalb manche Argumente immer wieder mehr oder minder gewalttätig zum Schweigen gebracht werden müssen. Es

geht eben um "Moral im Plural" (ZEIT-Dossier, Editorial) und nicht um Politik. Und möglicherweise dienen die Bemühungen, den biopolitischen Diskurs als "Kulturkampf" zu denken, bei dem um rasend grundsätzliche Fragen gestritten wird, eben dem Ziel, diesen vorgängigen Ausschluss zu verschleiern. So genannte "Betroffene" - also Behinderte oder Feministinnen - kommen bei Suhrkamp überhaupt nicht zu Wort. Das hinterlässt eigentlich keinen guten Eindruck von der doch so hoch geschätzten Pluralität der Debatte. Bei der ZEIT war man da klüger: Unter dem schönen Titel "Hättest du mich abgetrieben?" lässt man die parkinsonkranke Gisela Steinert mit dem körperbehinderten Christan Judith miteinander streiten und Judiths radikale Position jeglicher Ablehnung selektiver medizinischer Praktiken damit im "Kampf" der "Betroffenen" untereinander delegitimieren. So dass grundsätzliche Kritik an eugenischer Selektion, sofern sie überhaupt erwähnt wird, nicht mehr ist als eine beliebige weitere kulturalistische Deutung; sie am Rande zu erwähnen, soll den pluralen Charakter der Debatte demonstrieren und den ihr zugrundeliegenden Konsens stärken.

Vom Risiko, ein Risiko zu sein

Dieser biopolitische Konsens besteht erstens eben genau darin, dass nur staatlicherseits anerkannte ExpertInnen legitime DebattenteilnehmerInnen sind, während alle anderen bestenfalls als RepräsentantInnen angeblich speziell "Betroffener" in beschriebener Weise zu Wort kommen. Zweitens fasst der biopolitische Konsens Biopolitik als eine Art vermittelnder, neutraler Instanz. Gero von Randow definiert Biopolitik im ZEIT-Dossier so: "Die Politik soll nichts Geringeres als den Umgang der Gesellschaft mit dem Leben regeln." Biopolitik ist also ein Angebot der Regierenden, mit dem sie der Gesellschaft, die bislang mit ihren urwüchsigen Problemen allein gelassen orientierungslos vor sich hindümpelt, aus der Klemme helfen können. Die Idee, dass Biopolitik selbst ein originär politisches Problem sein könnte, und damit auch ein Problem von Herrschaftsinteressen, würde dem Diskurs wohl zu viel des Erhabenen nehmen. Deshalb fällt auch die Ökonomie, also der Zusammenhang von Kapitalstrategien, Biomedizin und Biopolitik-Diskursen bei den meisten AutorInnen komplett raus. Wobei, das stimmt nicht ganz: In eigenartiger Weise taucht die Ökonomie in dem, was hier biopolitischer Diskurs genannt wird, durchaus auch auf: Während die "Embryo=Zellhaufen"-Fraktion, die ja mehr Freiheit, mehr Forschung, mehr Standort will, sich neben ihren üblichen Heilsversprechungen eifrig auf die Frage nach der Identität des Embryos stürzt, mobilisiert der wertkonservative Philosoph Robert Spaemann in seinem ZEIT-Plädoyer die Menschenwürde des Embryos gegen die "humanbiologische Planwirtschaft". Wir hätten, so Spaemann, ein halbes Jahrhundert lang die Unterlegenheit der Planwirtschaft "gegenüber dem Zusammenwirken zahlloser täglicher Tauschhandlungen, genannt ‚Markt`, demonstriert bekommen." Außerdem kommt es seiner Ansicht nach derzeit zu einer beängstigenden "Marktverzerrung", nämlich durch "die modernen, medizinischen Möglichkeiten, die natürliche Auslese zu verhindern". Das heißt: Würden wir endlich die Natürlichkeit des Marktes und die Marktförmigkeit der Natur begreifen, dann bekämen wir, als Belohnung gewissermaßen, "natürliche Auslese" und "Menschenwürde" im Doppelpack.

Richtig kritisch hingegen merkt der SPDler Michael Müller im ZEIT-Dossier an, im Kern ginge es um die Frage, ob sich eine wissenschaftliche Elite zu einer höheren Gewalt aufspielen und vollendete Tatsachen schaffen darf. Doch auch er kommt, wenig überraschend, zu dem Schluss, dass Europa durch "Pluralität in der Biotechnologie" und deren Rückkoppelung mit der Gesellschaft "nicht nur eine bedeutende ökonomische Rolle, sondern vor allem eine starke moralische" spielen solle. Dagegen wird die wissenschaftliche Elite überhaupt nichts einzuwenden haben; hat doch die "Pluralität" in der Biotechnologie wie in der Ethik die von Müller aktuell diagnostizierte "Goldgräberstimmung" stets vortrefflich gefördert.

Daneben gibt es drittens Einigkeit darüber, dass der letzte Grund des Menschen seine Gene sind. Dabei kommt es aber zu einem interessanten Rollentausch zwischen ehemals "reduktionistischen" und ehemals "ganzheitlichen" Positionen. Denn die ehemaligen Reduktionisten, z.B. die Gen-Mediziner, berufen sich jetzt darauf, dass erst das Soziale aus dem embryonalen Genvorrat einen Menschen macht, der sich auf Menschenwürde berufen kann (deshalb kann man Embryonen ruhig verwerten). Demgegenüber unterstellen die Embryonenschützer, dass im Embryo bereits die ganzen menschlichen Möglichkeiten enthalten sind, was logischerweise heißt , dass die pure genetische Information letztlich doch fürs Ganze steht (deshalb müssen Embryonen vom Gesetz geschützt werden).

Und, last but not least, besteht viertens Einigkeit darüber, dass im Zentrum der biopolitischen Debatte die Frage nach der Identität des menschlichen Embryos steht, und darüber, dass diese Frage geklärt werden muss. Umso erstaunlicher also, dass Feministinnen an der Debatte bei Suhrkamp und in der ZEIT nicht

beteiligt werden, zumal Embryonenschützer wie -verwerter immer wieder die Abtreibungsfrage als zentralen Referenzpunkt ihrer Argumentation aufrufen; die einen, um auf fundamentale Unterschiede zwischen Abtreibung und Stammzellenforschung hinzuweisen, oder, in der konservativen Variante, gleich für ein generelles Verbot der Abtreibung zu plädieren, die anderen, um zu erklären, dass der Embryonenschutz längst sowieso nicht mehr existiert und deshalb jeglicher Verweis auf Menschenwürde Heuchelei ist.

"Bedauert diese Gesellschaft hier irgendetwas? Vermisst sie die jedes Jahr abgetriebenen 250.000 Embryonen?", fragt zum Beispiel der Hamburger Strafrechtler Reinhard Merkel im ZEIT-Dossier. Nein, Herr Merkel. Nur: Wenn das entscheidende Kriterium über Existenz oder Nicht-Existenz von wem auch immer ist, ob "die Gesellschaft" (wer immer das ist) ihn, es oder sie vermissen würde, dann kann man sich das Reden über Grundrechte zukünftig auch gleich sparen. Und die Besonderheit der Abtreibung sollte ja eben darin liegen, dass nicht die Gesellschaft über Wert oder Unwert des Embryos entscheidet, sondern die Schwangere darüber, ob sie ihre Schwangerschaft fortsetzen will.

Wie gesagt: "Deutschland ist angekommen im biopolitischen Zeitalter", stellt Andreas Sentker im Editorial des ZEIT-Dossiers fest und fährt fort: "spät, aber - auch das ist unserer Geschichte zuzuschreiben - gereift." Das ist ja tatsächlich eine Besonderheit der deutschen Geschichte, dass sie dazu beiträgt, Debatten und Diskurse in gewisser Weise zu adeln, dass sie schließlich reif werden und sich vollenden können, bis man zum Beispiel über eugenische Selektion endlich wieder tabufrei und im Sinne einer "Moral im Plural" sprechen kann. Eine ähnliche Argumentationsfigur bemühte kürzlich Eberhard Seidel in der taz (1), als er feststellte, dass dank Möllemanns "Flirt mit dem Antisemitismus" eine "kontroverse und plurale Debatte, die einer offenen Gesellschaft würdig ist" sowie eine "Entkrampfung" möglich wurden. Für Seidel war es, wohl gemerkt, Möllemann und nicht Friedman oder Spiegel, die diese Debatte angestoßen haben.

Plurale Entkrampfung und späte Reifung

Sentker weiß noch mehr über die späte, aber reife biopolitische Debatte in Deutschland: "Sie wird inzwischen ruhiger, klüger und tiefer geführt als in vielen anderen Staaten." Das war nicht anders zu erwarten: Kulturnation bleibt eben Kulturnation. Ob diese Mixtur aus politischer Ignoranz und nationaler Arroganz vielleicht auch "unserer" biopolitischen Geschichte zuzuschreiben ist? Wer weiß.

Stefanie Gräfe

Christian Geyer (Hrsg.): Biopolitik. Die Positionen, edition suhrkamp, Frankfurt/Main 2001, 302 Seiten, 11 Euro

ZEIT-Dokument 1/2002: Stammzellen. Embryonen als Ersatzteillager? Hamburg, 114 Seiten, 5,50 Euro

Anmerkung:

1) taz, 5.6.2002

13. Aktivieren, schikanieren, eliminieren. Rüde Methoden der Arbeitsämter bereinigen die Statistik

Autor: b., m. · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:19

Die Praxis der Arbeitsämter verändert sich. Jetzt schon wird die geplante Abschaffung der Arbeitslosenhilfe aktiv vorbereitet. Diese Veränderungen zeichnen auch ein erstes Bild von der radikalen Umstrukturierung der sozialpolitischen Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Umstrukturierung, der möglicherweise nicht nur die Arbeitslosenhilfe zum Opfer fallen wird, sondern die ggf. sogar die Existenz der Arbeitslosenversicherung als solche in Frage stellt. Die Arbeitlosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) hat diese Praxis am Beispiel des Arbeitsamtsbezirks Oldenburg genauer untersucht. Wir veröffentlichen im folgenden einige Ergebnisse.

Alle bürgerlichen Parteien haben die "Zusammenlegung" von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf ihre Fahnen geschrieben, und selbst die PDS hat für den Wahlkampf ihre Lieblingsidee eines "öffentlich geförderten Beschäftigungssektors" umgemünzt in die Forderung nach einer Art Massen-Arbeitsdienst auf ABM- und SAM-Basis (Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, die allesamt mindestens 20% unter Tarif bezahlt werden müssen).

Dass sich die Praxis der Ämter gegenüber Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen schon jetzt drastisch geändert hat, merken wir tagtäglich in der Sozialberatung - gerade seit der Einführung des Job-Aqtiv-Gesetzes. Um zu sehen, ob sich diese Eindrücke als allgemeiner Trend erweisen, haben wir uns die Vermittlungspraxis des Oldenburger Arbeitsamtes nach dessen eigenen Veröffentlichungen und den regionalen Arbeitsmarkt, wie ihn der SIS-Computer ausweist, einmal genauer angesehen. Zum Bezirk des Arbeitsamtes Oldenburg gehören neben der Stadt Oldenburg die Gemeinden Hatten, Hude, Rastede, Wardenburg, Bad Zwischenahn, Brake, Delmenhorst, Nordenham und Wildeshausen.

Arbeitslose verschwinden

Im April 2002 gab es 26.248 Arbeitslose im Arbeitsamtsbezirk Oldenburg. Diesen standen 4.188 offene Stellen gegenüber. In diesem April wurden dem Arbeitsamt ca. ein Drittel weniger offene Stellen gemeldet als im Vorjahr; seit Jahresanfang sind es insgesamt 28% weniger. Das Arbeitsamt wiederum vermittelt in diesem April 40% weniger Arbeitslose als im Vorjahr.

Insgesamt 4.734 Arbeitslose "verschwinden" im April 2002 aus der Arbeitslosigkeit. Sie haben sich aus der Arbeitslosigkeit abgemeldet. Davon

- haben sich 27,3% (1.294) abgemeldet, ohne ein neues Arbeitsverhältnis einzugehen; warum und wohin sie sich abgemeldet haben - darüber werden in der Veröffentlichung des Arbeitsamtes keine Angaben gemacht.

- haben sich 51,5% (2.440) in ein neues Arbeitsverhältnis abgemeldet,

- und wurden 21,1% (1.000) vom Arbeitsamt rausgeschmissen - und gingen damit meist ihres Lebensunterhaltes verlustig.

Von den 2.440 Abmeldungen wegen Arbeitsaufnahme hat das Arbeitsamt 1.130 vermittelt, davon wiederum nur 841 in Dauer- bzw. längerfristige Beschäftigungsverhältnisse (d.h. in Beschäftigungsverhältnisse von mehr als sieben Tagen Dauer), 48 in Beschäftigungsverhältnisse unter sieben Tagen. 237 Arbeitslose suchten sich selbst einen Job über SIS (Stelleninformationssystem des Arbeitsamtes) oder AIS (Arbeitgeberinformationssystem) und vier über Dritte. Rund 1.000 Arbeitslose (300 mehr als im Vorjahr) werden "wegen fehlender Mitwirkung" aus der Statistik gedrängt, "beispielsweise wenn Einladungen ignoriert wurden oder wenn im Zuge der Vermittlungsoffensive die Beteiligung an einem Profiling-Gespräch verweigert wurde. Folglich nahmen auch die Abmeldungen auf Grund von Meldeversäumnissen oder aus sonstigen Gründen deutlich zu." (AA Oldenburg, Presseinformation Nr. 27/02, 6.5.2002)

Von den 2.440, die in ein neues Arbeitsverhältnis eingetreten sind,

- haben sich 53,7% (1.310) selbst eine Stelle gesucht,

- haben sich 9,7% (237) selbst eine Stelle gesucht, die über die elektronischen Informationssysteme der Arbeitsämter angeboten worden waren,

- hat das Arbeitsamt 2% (48) in Jobs mit einer Dauer unter sieben Tage vermittelt,

- hat das Arbeitsamt 34,4% (841) in längerfristige Beschäftigungsverhältnisse, d.h. in Beschäftigungsverhältnisse über sieben Kalendertage, vermittelt.

Fazit: a) Die überwiegende Zahl der Erwerbslosen sucht sich selbst einen neuen Job. b) Von den neu zu Stande gekommenen Arbeitsverhältnissen vermittelt das Arbeitsamt gerade ein Drittel. und c) Das Arbeitsamt drängt mehr Arbeitslose aus der Statistik und damit aus dem Leistungsbezug (1.000), als es in Arbeitsverhältnisse vermittelt (841).

Je geringer die Zahl der offenen Stellen (im April 2002 ein Drittel weniger als im Vorjahr) und je geringer die Vermittlungen in Arbeit durch das Arbeitsamt (40% weniger als im Vorjahr), desto höher ist die Zahl der Arbeitslosen, die mit Druck aus der Statistik gedrängt werden (300 mehr als im Vorjahr). Je geringer also die Chancen sind, eine Stelle auf dem Arbeitsmarkt zu finden, desto höher ist der Druck, den das Arbeitsamt auf die Arbeitslosen ausübt. Wenn die Zahl der offenen Stellen abnimmt und gleichzeitig das Arbeitsamt weniger vermittelt, dann müsste die Zahl der Arbeitslosen eigentlich steigen. Die Arbeitsämter können jedoch in den Medien einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit für den April verkünden. Sie erreichen das politische Klassenziel: Die Arbeitslosigkeit geht - statistisch - zurück - und die Ausgegrenzten fallen als "Kostenfaktor" weg.

Das Angebot der Woche

Das Arbeitsamt bekommt nicht die Aufgabe, den Rest der Arbeitslosen, die durch den Rost der privaten Arbeitsvermittlung fallen und die selbst nichts mehr auf dem Arbeitsmarkt finden, zu qualifizieren, umzuschulen oder zu vermitteln. Vielmehr sollen diese mit Druck und Schikanen aus der Statistik gedrängt werden. Damit wandelt sich der Auftrag der Arbeitsämter radikal. Arbeitslose, die auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht werden, sollen auch nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden - unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, unabhängig von der Entwicklung der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes, also unabhängig von der Zahl der offenen Stellen. Sie sollen gesellschaftlich nicht mehr als Arbeitslose in Erscheinung treten. Sie sollen gesellschaftlich keine Kosten verursachen. Sie sollen im Schatten der Wohlstandsgesellschaft verschwinden.

Viele Erwerbslose haben noch nie ein (adäquates) Stellenangebot vorgelegt bekommen. Gerne wird deshalb auf den Stellen-Informations-Service (SIS) der Bundesanstalt für Arbeit verwiesen. Also haben wir im März 2002 den SIS-Computer befragt und als Suchkriterien "Stellen der letzten vier Wochen" und die Postleitzahl der Oldenburger Innenstadt eingegeben.

Uns wurden sage und schreibe 257 Datensätze mit insgesamt 285 Stellenangeboten quer durch alle Berufssparten im Verfügbarkeitsbereich der Stadt Oldenburg (also bis nach Delmenhorst) angezeigt! Diese haben wir komplett nach "reiner Papierlage", also ohne deren "Wahrheitsgehalt" zu überprüfen, ausgewertet.

Die Ergebnisse: Nicht einmal zwei Drittel (62,11%) der Angebote im SIS-Computer waren unbefristete Vollzeit-Stellen. Die restlichen verteilen sich auf sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung (23,51%), geringfügige Beschäftigung bzw. Honorartätigkeiten (7,02%) und/oder befristeten Stellen (9,47%). Lediglich ein Viertel dieser befristeten Stellen soll länger als ein Jahr dauern.

Bei den Teilzeitstellen fällt auf, dass die Arbeitszeit häufig keineswegs so liegt, dass Alleinerziehende mit jüngeren schulpflichtigen Kindern sie "locker" annehmen könnten. Bei mehr als der Hälfte aller angebotenen Teilzeitbeschäftigungen ist die Arbeitszeit nach Betriebserfordernissen flexibel, liegt nachmittags oder ist mit Schicht- bzw. Wochenendarbeit verbunden.

Auch sonst gibt es "Tugenden", die nicht jede/r Erwerbslose erfüllen kann: Knapp 17% der Angebote benennen zum Teil sehr genaue Vorstellungen vom Alter der künftigen MitarbeiterInnen, in über 10% der Fälle werden nur Menschen eingestellt, die jünger als 40 Jahre sind.

Auffällig ist, wie viel Mobilität verlangt wird. In fast der Hälfte aller Arbeitsangebote wird der Führerschein zur Einstellungsvoraussetzung gemacht; in mehr als 12% der Fälle soll neben der Arbeitskraft auch gleich das

eigene Auto mit ins Arbeitsverhältnis eingebracht werden. Und bei ca. 18% der Angebote ging es nicht um einen "stationären" Arbeitsplatz, sondern um Montage im Umland/Bundesland (13%) bzw. bundesweit/auch im Ausland (5%).

Jedes fünfte Arbeitsangebot (18,95%) kommt von einer Zeitarbeitsfirma. Hier wird für schlechtere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen viel an Mobilität und Einsatz erwartet: 76% der Stellen beim Sklavenhändler haben den Führerschein (46%) oder gar das eigene Auto als Voraussetzung (30%).

Bliebe noch der zu erwartende Lohn - fast die einzige Rubrik in den Angeboten des SIS-Computers, die eine "Gegenleistung" für die genannten Ansprüche an die Arbeitsuchenden benennt. Man ahnt es schon: Fehlanzeige. Denn 87,02% der Arbeitsangebote benennen eine Bezahlung "nach Vereinbarung", nur ca. 8,5% geben an, nach Tarif bzw. nach Haustarif zu entlohnen. Dies ist in zweierlei Hinsicht problematisch: zum einen in Bezug auf die Zumutbarkeitskriterien, die ja u.a. durch den Vergleich der eigenen Arbeitslosenhilfe mit dem zu erwartenden Lohn festgestellt werden; zum anderen auch deshalb, weil das Arbeitsamt sich damit vor der Verpflichtung drückt, nicht in untertarifliche Bezahlung zu vermitteln. Als Scherz am Rande seien die seltenen Arbeitsangebote bei der öffentlichen Hand erwähnt. Auch dort wurde oft ein "Lohn nach Vereinbarung" in Aussicht gestellt und nicht etwa nach BAT. Eigentlich müssten die Personalräte des öffentlichen Dienstes im eigenen Interesse auf die Art solcher Ausschreibungen achten, wollen sie nicht ihren eigenen Tarif diskreditieren.

In einer Stichprobe haben wir 10% = 29 dieser Stellenangebote zufällig ausgewählt und uns als potenzielle InteressentInnen telefonisch mit den Arbeitgebern in Verbindung gesetzt. Auch damit erlebten wir einige Überraschungen. Ein großer Teil der Stellen war bereits besetzt, in einem Fall wurde uns vom Arbeitgeber sogar versichert, es handele sich um eine Stelle, die er dem Arbeitsamt vor einem Jahr gemeldet habe und die entsprechend schon längst vergeben sei.

Bei den Leiharbeitsfirmen konnten wir uns des Eindrucks nicht erwehren - teilweise wurde es uns auf genaue Nachfrage auch genau so bestätigt -, dass es sich häufig nicht um tatsächliche Stellenangebote handelte. Es ging eher darum, die eigenen Karteien mit potenziellen ArbeitnehmerInnen zu füllen - für den Fall, dass die Zeitarbeitsfirma einmal einen Auftrag bekommen sollte, in der die entsprechende Qualifikation gefragt ist. Auch einige Zumutungen kamen ans Licht. So wurde ein Fleischereihelfer gesucht, der aber erst ein oder zwei Monate Praktikum im Betrieb machen sollte - am besten unbezahlt.

Höchst unangenehm wurden fast alle Arbeitgeber bei unseren höflichen Versuchen, etwas über die Lohnhöhe herauszufinden. Die selben Leute, die ausgiebig Zeit hatten, uns ihre Anforderungen an unsere Qualifikationen zu erklären, verweigerten unter Hinweis auf ihr knappes Zeitbudget die Auskunft über die Löhne.

Dass Erwerbslose durch Maßnahmen des Arbeitsamtes aus der Statistik gedrängt werden, wird in den Pressemitteilungen des Oldenburger Arbeitsamtes deutlich erwähnt. Das zeugt von ungetrübter Sicherheit, dass solche Maßnahmen von der Öffentlichkeit gebilligt werden. Die "Sozialschmarotzer"- und "Drückeberger"-Kampagne zeigt hier Wirkung. Wer aus der Arbeitslosenstatistik rausgeschmissen wird, weil er die Teilnahme an einer Trainingsmaßnahme oder einem Profiling ablehnt - oder beides nicht zur Zufriedenheit des Amtes mitmacht, der war eben nicht richtig arbeitslos. Durch konsequentes "Fordern statt Fördern" werden diejenigen Arbeitslosen ausgesteuert, die dem Arbeitsmarkt "nicht wirklich" zur Verfügung stehen.

Folgende Veränderungen der Arbeitsamtspraxis haben wir in der Sozialberatung festgestellt:

Allenthalben wird vom Königsweg der privaten Arbeitsvermittlung gesprochen. Der eine oder andere Arbeitslose möchte den Gutschein nun in Anspruch nehmen und sich zum "Privaten" begeben. Doch dafür gibt es keinerlei Unterstützung durch das Arbeitsamt. Arbeitslosen wird die Auskunft verweigert, welche Vermittlungsagenturen vor Ort beauftragt werden können.

Arbeitslosen, die bereits vor Eintritt in die Arbeitslosigkeit das Arbeitsamt um Unterstützung aufsuchen (so wie es das Job-AQTIV-Gesetz als Idealfall präventiven Handelns anpreist), werden dort empfangen, als wären sie nicht mehr ganz dicht: "Was wollen Sie denn hier? Sie sind doch gar nicht arbeitslos!"

Schikane statt Vermittlung

Für sinnvolle und von Betroffenen gewünschte Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen fehlen Gelder, während der Topf für Trainingsmaßnahmen ständig aufgefüllt wird. Die Qualität der wenigen geförderten Qualifizierungsmaßnahmen vor allem im Bereich der neuen Technologien ist katastrophal.

Im Prinzip soll jeder Arbeitslose in eine Trainingsmaßnahme gesteckt werden. Diese Maßnahmen helfen aber nur in den seltensten Fällen weiter. Stattdessen dürfen dort zweifelhafte DozentInnen bei teilweise dubiosen und verrufenen Bildungsträgern Inhalte und Methoden anwenden, die teilweise stark an Gehirnwäsche erinnern. So wird z.B. ganz offen "Persönlichkeitsveränderung" gefordert und entsprechend "trainiert".

Nach der Maßnahme werden Beurteilungen über die TeilnehmerInnen geschrieben, die ihren weiteren Lebensweg "via Aktenlage" vermasseln können. Trotz Nachfragens erfahren die meisten nicht, was genau mit ihren persönlichen Daten und Beurteilungen passiert. Kritisches Verhalten in der Maßnahme führt zum Eintrag "notorischer Querulant". Und offene Kritik wird mit Sperrzeiten geahndet.

Trainingsmaßnahmen werden zuerst und gezielt denjenigen Langzeit-Arbeitslosen "verpasst", die bis dahin zwar nicht eine einzige vernünftige Stelle angeboten bekommen haben, die aber ihr Überleben durch einen kleinen, dem Arbeitsamt gemeldeten Nebenjob einigermaßen gesichert haben und damit halbwegs über die Runden kommen. Nehmen sie an der Trainingsmaßnahme teil, sind sie hinterher wieder arbeitslos - und ihr Nebenjob ist weg. Nehmen sie an der Maßnahme nicht teil, fliegen sie aus den Bezügen und aus der Statistik.

Beliebte "Zielgruppe" für Trainingsmaßnahmen sind auch allein erziehenden Frauen. Diese Trainingsmaßnahmen beginnen, anders als alle anderen, morgens eine halbe Stunde, bevor irgendein Kindergarten öffnet, oder werden genau in die Schulferien gelegt. Erklären die betroffenen Frauen, dass sie wegen der Betreuung ihrer Kinder nicht an dieser Maßnahme teilnehmen können, fliegen sie aus den Bezügen und aus der Statistik.

Wenn die Arbeitslosenhilfe zu Gunsten der Sozialhilfe abgeschafft wird, die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld auf maximal zwölf Monate gekürzt ist und die Erwerbslosen auf den Arbeitsämtern das erwartet, was oben beschrieben wurde, dann wird es für ArbeitnehmerInnen immer unattraktiver, in ein solches Versicherungssystem einzuzahlen. Es wird sturmreif geschossen wie die Renten- und Krankenversicherung. An ihre Stelle treten private Versicherungen und private Vorsorge. Wer nicht auf die mangelhaften Leistungen der immer bruchreiferen solidarischen Versicherungssysteme angewiesen sein will, der muss die privatwirtschaftliche Alternative wählen. Und wer ein gutes Einkommen hat, für den sind die privaten Angebote attraktiv. Entsolidarisierung ist vorprogrammiert.

b., m.

Was sind eigentlich offene, also "gemeldete Stellen"? Otto Normalverbraucher denkt, es handele sich dabei um Arbeitsplätze, die einen Menschen, wenn nicht gar die ganze Familie ernähren können - und die der faule Arbeitslose bloß nicht anzutreten gewillt sei. Doch weit gefehlt, denn: "Als gemeldete Stellen gelten den Arbeitsämtern zur Besetzung gemeldete Arbeitsplätze mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Kalendertagen". (nachlesbar unter www.arbeitsamt.de "Statistik"). Im Klartext: Ein unbezahltes Praktikum mit einer Dauer von 14 Tagen gilt als offene Stelle, ebenso wie die Aushilfstätigkeit als Verkäuferin auf dem Weihnachtsmarkt oder ein befristeter sozialversicherungsfreier Honorarjob.

14. Vorsicht Eingliederungsvereinbarung!

Arbeitsämter als Wahlkampfhelfer

Autor: g. · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:20

Wenn trotz Massenentlassungen und -verlust von Arbeitsplätzen (seit Herbst 2001 monatlich saisonbereinigt ca. 15.000) die offizielle Zahl der Arbeitslosen nicht explodiert,

wenn sich das SPD-geführte Arbeitsministerium mit der Meldung feiert, der "Arbeitsmarkt lässt Talsohle hinter sich", am gleichen Tag die Bundesanstalt für Arbeit (BA) jedoch mit Verweis auf den - saisonbereinigten - Anstieg der Arbeitslosigkeit um 6.000 eine "ungüstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit im April feststellt",

wenn die Erfolge "konsequenter Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes" gefeiert werden,

dann muss sich auf dem Arbeitsmarkt Dramatisches zu Lasten von ArbeitnehmerInnen und Erwerbslosen zutragen. Zahlen aus Nürnberg und Erfahrungen aus der Erwerbslosenberatung bestätigen diesen Verdacht.

Die Zahl der Erwerbsarbeitsplätze sank durchschnittlich von Januar bis September 2001 um monatlich 5.000, von Oktober 2001 bis Februar 2002 um 15.000. Im Februar 2002 gab es 146.000 Erwerbsarbeitsplätze weniger als im Vorjahr. Die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm noch deutlicher ab. Sie lag im Dezember 2001 mit 27,61 Mio. um 365.000, im Januar 2002 mit 27,35 Mio. um 302.000 unter Vorjahrsniveau. Die Zugänge in Arbeitslosigkeit lagen 2002 in den ersten drei Monaten mit 1,97 Mio. um 2% über dem Vorjahreswert. Besonders betroffen waren die, die vorher einen regulären Job in den alten Bundesländern hatten (11% mehr Arbeitslosigkeit). Besonders starke Zunahmen der Arbeitslosigkeit verzeichneten Maschinenbau, unternehmensbezogene Dienstleistungen und Datenverarbeitung/Banken.

Der von den Arbeitsämtern ausgewiesene Zugang freier Stellen blieb 2002 in den ersten vier Monaten um 23% oder 327.000 hinter den Vorjahreszahlen zurück. Die Vermittlung freier Stellen brach seit Jahresbeginn um 35% oder 443.000 Stellen ein. Von Januar bis April 2002 waren durchschnittlich 125.000 mehr ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit als im jeweiligen Vorjahresmonat.

Die schlechte konjunkturelle Entwicklung schlägt nicht direkt auf die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen durch. Das ist v.a. den Aktivitäten der Arbeitsämter geschuldet, u.a.:

- verstärkter "Einsatz der Arbeitsmarktpolitik". Mit 1,03 Mio. Maßnahmen gab es im April 2002 6,2% oder 59.000 Maßnahmen mehr als im Vorjahresmonat. Insbesondere verdoppelte sich die Zahl der Kurzarbeitenden auf 245.000 im April 2002, ein Anstieg um 106% bzw. 126.000. Kurzarbeit zählt offiziell zur "aktiven Arbeitsmarktpolitik" !

- zunehmende Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit in den Wehr- oder Zivildienst. In den Neuen Bundesländern begannen von Februar bis April 2002 1.600 junge Männer mehr ihren Dienst. In den alten Bundesländern stieg deren Zahl allein im April um 6.400, was dort die Zunahme beim "Zugang in Arbeit" um 4.900 trotz Arbeitsplatzabbau erklärt;

- die erhöhte Zahl der "Zugänge" in Trainings- bzw. Eignungsfeststellungsmaßnahmen; seit Jahresbeginn ist diese Zahl um 39,2% auf 271.500 gestiegen. (1)

- die "positive Wirkung des Job-AQTIV-Gesetzes" (BA-Präsident Florian Gerster). Mit Eingliederungsvereinbarungen (bis März 2002 180.000) wird die "Ernsthaftigkeit der eigenen Bemühungen der Erwerbslosen" getestet. Nach BA-Angaben sind im März 23.000 Arbeitslose nach Nichterfüllen der Auflagen wegen mangelnder Mitwirkung aus Statistik und Leistungsbezug gestrichen worden. Dies allein bewirkte saisonbereinigt einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 8.000. Ohne diese Ausgrenzungsmaßnahme hätte die Zahl der Arbeitslosen um 15.000 zugenommen. Hinzu kamen 5.900 "Abgänge" (+ 3.000) wegen "Nichterneuerung der Meldung". Auch für die Monate Februar und April 2002 meldet Nürnberg erhöhte Abmeldungen beim Arbeitsamt "wegen Nichterneuerung der Meldung", "mangelnder Mitwirkung", "ohne Nachweis" oder "aus sonstigen Gründen". Diese werden als "Abmeldung in sonstige Nichterwerbstätigkeit" zusammengefasst und wurden vor allem in den alten Bundesländern festgestellt;

- die steigende Zahl des Bezugs von Arbeitslosengeld und -hilfe nach der Regelung des 428 SGB III (ab 58 Jahren: geringere Anforderung an die "Verfügbarkeit"), wobei die Leistungsbeziehenden nicht mehr als arbeitslos gelten;

Während der Arbeitsmarkt Erwerbslosen immer weniger Erwerbsmöglichkeiten bietet, wird seit Anfang des Jahres der repressive Charakter der Arbeitsämter erhöht. Trainingsmaßnahmen und Eingliederungsvereinbarungen werden aufgezwungen, Nachweise über Eigenbemühungen abverlangt, nicht obwohl, sondern gerade weil genau dies für den einzelnen Erwerbslosen immer sinnloser wird. Denn jeder, der an diesen scheinbar sinnlosen Auflagen scheitert, macht in Schröders Wahlkampf Sinn.

"Wir haben das richtige Augenmaß bewiesen: Bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird immer mehr in Richtung der Förderung regulärer Beschäftigung umgesteuert." Mit diesen Worten lobt sich Arbeitsminister Riester und liefert die Arbeitsmarktpolitik noch mehr Kapital- und Unternehmensinteressen aus. Während das Zurückfahren von ABM überwiegend in den neuen Bundesländern erfolgt (von 55.000 Streichungen entfielen 41.000 auf die neuen Bundesländer), geht die mehr als verdoppelte Kurzarbeit ganz überwiegend in die alten Bundesländer (205.000 von 245.000), vor allem in die Wirtschaftszentren Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und NRW (162.000).

ABM bewirkte - einst "zusätzlich und gemeinnützig" - in Regionen höherer Arbeitslosigkeit eine gewisse Umverteilung von Geldern in die (ökonomische) Peripherie der BRD. "Förderung regulärer Beschäftigung", z.B. Finanzierung von Kurzarbeit in den Wirtschaftszentren der BRD, organisiert ein (weiteres) Unternehmens-Sponsoring und treibt die Arbeitskräftewanderung in diese Regionen an - mit allen längst bekannten negativen Auswirkungen für Gesellschaft und Individuum.

g.

Anmerkung:

1) Nach Zahlen des Arbeitsamtes Oldenburg scheiden aus solchen Maßnahmen 30% der Zugewiesenen aus dem Leistungsbezug aus (zumindest vorübergehend), bei Alleinerziehenden sogar 51%.

Vorsicht Eingliederungsvereinbarung!

Im Zuge des Job-AQTIV-Gesetzes legen die Arbeitsämter Erwerbslosen z.Zt. vorgefertigte Eingliederungsvereinbarungen (EV) zur Unterschrift vor, getreu der Devise "Arbeitslose sollen springen, sonst gibt's den Tritt raus aus Amt und Leistungsbezug".

Davon, was in der Gesetzesbegründung zur EV stand ("Freiwilligkeit", "Fairness" etc.), ist nichts übrig. Stattdessen wurde aus den SGB-III-Regeln zu Eigenbemühungen (§ 119 Abs. 5) und zur EV (§ 6) ein schematisch vorgegebener, strikt zu befolgender Anforderungskatalog mit Tabelle zum Eintrag von Eigenbemühungen gestrickt und zur Unterschrift vorgelegt. Dabei gibt das Amt beinahe nebenbei bekannt, dass Aufwendungen für Eigenbemühungen nicht erstattet werden.

Mit der Unterschrift und dem Nichterfüllen der oft sehr umfangreichen, nicht jedoch unbedingt arbeitsmarktlich zweckmäßigen Vorgaben machen Erwerbslose die Falle jedoch erst perfekt. Denn dann wird das Arbeitsamt wegen unzureichender Mitwirkung die Geldleistung streichen!

Wir raten:

- Informiert Euch ausführlich über die EV (z.B. in quer 12/01, S. 4 ff.)

- Keine Unterschriften unter unsinnige Vorgaben

- Debattiert mit dem Amt dessen Vorgaben; lasst Euch unabhängig beraten, schaltet ggf. einen Vorgesetzten ein

- Keine Unterschrift ohne Bedenkzeit

- Keine EV, in der sich das Arbeitsamt nicht zu einem lohnenden zusätzlichen Angebot verpflichtet (z.B. einer ABM)

- Keine Standardformulare unterschreiben; fordert eine individuelle Vereinbarung, in der die Aufgaben und zusätzlichen Angebote des Arbeitsamtes präzise festgehalten werden

- Lasst Euch schriftlich geben, dass die im Zuge dieser EV entstehenden Aufwendungen erstattet werden

Und was ist, wenn die Leistung schon gestrichen wurde?

- Legt sofort Widerspruch ein!

- Beantragt Eure Leistung noch am selben Tag erneut!

15. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:29

Die Haarrisse bedanken sich wieder einmal bei den MacherInnen von www.labournet.de, der unverzichtbaren Informationsquelle in Sachen nationale und internationale ArbeiterInnenkämpfe.

"Nötiger Streik" in Spanien

Nach Griechenland (Renten) und Italien (Renten, Kündigungsschutz) ist es nun auch in Spanien zu einem Generalstreik gegen die Demontage sozialstaatlicher Errungenschaften gekommen.

Die konservative Regierung Aznar bastelt gerade an einem umfangreichen Gesetzespaket, das die Arbeitsbeziehungen in Spanien grundlegend verändern und dabei die Arbeitslosenversicherung demontieren soll.

1,6 Mio. Erwerbslose sind in Spanien offiziell registriert. 43% von ihnen bekommen überhaupt keine staatliche Unterstützung, und die Hälfte der LeistungsbezieherInnen müssen mit dem Mindestbetrag von 330 EUR im Monat auskommen. Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht vor, die Bezugsdauer für Unterstützungszahlungen zu kürzen, die Höhe der Leistungen zu senken und die Zugangsvoraussetzungen generell zu verschärfen. Gleichzeitig müssen die Unternehmer im Falle von Entlassungen keine Abfindungen mehr zahlen, der Kündigungsschutz wird erheblich gelockert und Zeitarbeitsverträge sowie befristete und prekäre Beschäftigung sollen vereinfacht werden. 480 Mio. EUR können die Unternehmen damit voraussichtlich einsparen, zuzüglich zu den geplanten Steuererleichterungen im Umfang von drei Mrd. EUR.

Außerdem sollen besondere Schutzbestimmungen für LandarbeiterInnen in den wichtigen landwirtschaftlichen Produktionsgebieten Andalusien und Estremadura abgeschafft werden. Die Regierung Aznar versucht dies in der Öffentlichkeit als "Beseitigung von Privilegien" zu verkaufen.

Für den 20. Juni hatten die großen spanischen Gewerkschaftsverbände CCOO und UGT unter dem Motto "Zur Verteidigung der Erwerbslosen" zum Generalstreik gegen dieses Gesetzespaket aufgerufen; lediglich die baskischen und die anarchistischen Gewerkschaften hielten sich zurück. Bereits die Mobilisierung für den Generalstreik wirkte sich deutlich auf das politische Klima in Spanien aus. Bis in die großen Medien hinein stößt er auf Zustimmung; El Pais etwa spricht von einem "nötigen Streik".

(www.labournet.de)

Zwangsarbeit ganz legal

Wenn von direkter und unverhüllter Zwangsarbeit die Rede ist, denken die meisten an Diktaturen irgendwelcher Art. Wenigen fällt dabei die Arbeit im Knast ein, obwohl sich einige vielleicht noch dunkel dran erinnern, "dass da doch mal was war, mit IKEA und Knastarbeit und so." In bundesdeutschen Gefängnissen gehört die Zwangsarbeit zum Knastalltag, Arbeit ohne jede ArbeitnehmerInnenrechte, für Cent-Beträge, die die Bezeichnung "Lohn" kaum verdienen, und immer unter der Androhung direkter disziplinarischer Sanktionen. Im Knast ist es vorbei mit dem/der doppelt freien LohnarbeiterIn.

Bis 1998 bekamen Häftlinge nur 5% des deutschen Durchschnittsverdienstes. Das Bundesverfassungsgericht sah darin damals einen Verstoß gegen das Resozialisierungsgebot und forderte eine deutliche Erhöhung. Der Bundestag hat daraufhin eine Erhöhung auf 15% des Durchschnittslohn beschlossen eine Erhöhung, die den Bundesländern eindeutig zu viel war. Sie blockierten den Plan erfolgreich im Bundesrat. Nach einigem Gefeilsche sollen Gefangene nun in Zukunft 9% des bundesdeutschen Durchschnittslohns erhalten, nämlich sage und schreibe 1,50 EUR pro Stunde.

Diese Regelung ist zwar ein Skandal, aber sie ist legal und inzwischen auch höchstrichterlich abgesegnet. Das Bundesverfassungsgericht erkannte in seiner unglaublichen Weisheit, dass die jetzigen Löhne "gerade noch geeignet (seien), die Gefangenen zu überzeugen, dass die Erwerbstätigkeit zur Herstellung einer Lebensgrundlage sinnvoll ist."

(taz)

COBAS subversiv

Am Morgen des 31. Mai ist es in Italien zu einer Reihe von Polizeiüberfällen auf Gewerkschaftsbüros und Privatwohnungen von GewerkschafterInnen gekommen. Die Polizeiaktionen und Hausdurchsuchungen richteten sich insbesondere gegen die Basisgewerkschaften der COBAS in Taranto. Computer und Dokumente wurden beschlagnahmt und einzelne Personen unter Hausarrest gestellt, offenbar vor allem Menschen, die im Gefolge der Ereignisse in Neapel und Genua im letzten Jahr Berichte über Polizeiübergriffe verfasst hatten.

Einigen der Festgehaltenen wird ein Verstoß gegen den § 270 des italienischen Strafgesetzbuches vorgeworfen, d.h. ihnen wird die "Mitgliedschaft in einer subversiven Vereinigung" vorgeworfen. Damit sind sie nicht eines konkreten Vergehens beschuldigt, sondern ihnen wird ihre gesamte politische Aktivität zur Last gelegt - ihre Beteiligung an den sozialen und ArbeiterInnenkämpfen sowie ihr Anti-Kriegs-Engagement.

(www.labournet.de)

Aber mit Füllung!

Wer im DaimlerChrysler-Werk Bremen einkaufen oder die Kantine benutzen will, braucht dafür seine/ihre Werks-Chipkarte - und erlebt einige unangenehme Überraschungen. Einige Stimmen aus dem Kollegen-Info Nr. 444 der oppositionellen Betriebsgruppe der "Kollegen von Daimler":

"Die Preise allgemein sind eine Frechheit. Viel zu kleine Portionen und schlechte Qualität! Man sollte sich einig sein und die gute alte Brotdose wieder mitbringen." "Der Hammer des Tages: 1 Pfund Kaffee im SB-Laden für Euro 5,40!!! Normalpreis 3,57!!! Würde mich mal interessieren, wie dieser Preis begründet wird ..." "Nachtschicht. 01:45, im SB-Laden Halle 8 kein Essen mehr." "Dauerschicht Halle 6 Sonntags und Feiertags überhaupt nix." "Wollte ein schönes Schnitzel essen. Nachdem die Dame hinter der Theke das Essen aufgetan hatte, fragte ich, ob das ein Kinderschnitzel ist oder vielleicht zwei Stückchen pro Menü dazu gehören. Der ganze Spaß sollte dann auch noch 3,10 Euro kosten, Gelächter der Kollegen inbegriffen. Die Küchenleitung sagte nur, die sind jetzt kleiner, aber dafür ist die Qualität besser." "Mir wurde gesagt: Kleiner schon, aber mit Füllung." "Soeben habe ich im SB-Laden ... ein Paket (500g) Jacobs-Kaffee gekauft für sage und schreibe 5,40 EUR, das sind 10,56 DM. UNVERSCHÄMT!!!!" "Vielleicht ist die Schokolade oder andere Sachen in Halle 3 ja billiger, oder in Halle 9 gibt es sie sogar im Angebot. Bald gibt es sogar Sonderbeilagen mit Top-Angeboten für jeden Laden in der Halle (wie bei Aldi!)"

(www.labournet.de)

Provinz ...

Auch unabhängig von irgendwelchen Tarifritualen finden in der Bundesrepublik Arbeitskämpfe statt. Seit einem halben Jahr etwa streiken 32 PhysiotherapeutInnen der Rhein-Sieg-Klinik in Nümbrecht. Sie sind am 10. Dezember letzten Jahres in den Ausstand getreten, um einen Überleitungstarifvertrag zu erkämpfen. Wie anderenorts auch, vollzieht sich an der Rhein-Sieg-Klinik schrittweise die Privatisierung der Gesundheitsversorgung. Die Klinik selbst ist bereits privatisiert, und im Mai letzten Jahres wurde die Physiotherapie in eine KSG Klinik-Service-Gesellschaft ausgegliedert. Damit unterlag sie nicht mehr der Tarifbindung, die drei Jahre zuvor für die Rhein-Sieg-Klinik durchgesetzt worden war.

Die PhysiotherapeutInnen kämpfen gegen die beabsichtigte Tarifflucht der Klinikgesellschaft. Sie wenden sich dabei u.a. auch an die GewerkschaftsvertreterInnen in den Aufsichtsräten der Krankenkassen. Denn obwohl die Rhein-Sieg-Klinik versucht, die volle Auslastung mit weniger Personal bzw. mit gering qualifizierten StreikbrecherInnen zu erreichen, bekommt sie von den Kassen die vollen Sätze abgerechnet.

In einem Brief an die GewerkschaftsvertreterInnen heißt es: "Als BeitragszahlerInnen und GewerkschafterInnen wehren wir uns dagegen, dass mit unseren Beiträgen Tarifflucht, Streikbruch und u.E. auch schlechtere Therapieleistung von den Krankenkassen finanziert werden. Als ArbeitnehmervertreterInnen in den Verwaltungsräten fordern wir Euch auf, umgehend eine Sondersitzung des Verwaltungsrates der Krankenkasse einzuberufen. Bei dieser Sondersitzung sollt Ihr Zweifel an der Qualität der Therapien in der

Rhein-Sieg-Klinik in Nümbrecht anmelden und verlangen, dass Eure Krankenkasse einweisende Ärzte und Kliniken auffordert, keine Patienten mehr an die Rhein-Sieg-Klinik zu überweisen."

(www.labournet.de)

... und Metropole

Wer in der letzten Zeit mal als Tourist nach London gekommen ist, der/die wird sich mit Grausen an die horrenden Preise in Britanniens Metropole erinnern. Und manch einer wird sich gefragt haben, wie die Durchschnittsbritin eigentlich bei solchen Lebenshaltungskosten in dieser Stadt über die Runden kommt. Eine Frage, die sich die LondonerInnen ebenfalls jeden Tag stellen.

Am 14. Mai haben zehntausende von Angestellten des Öffentlichen Dienstes deshalb für eine Erhöhung des "London-Zuschlages" (London Weighting) auf 4.000 Pfund gestreikt, der größte Streik im Öffentlichen Dienst Englands seit 1989. Greater London Provincial Council als öffentlicher Arbeitgeber hatte die Forderung der Streikenden genauso kategorisch zurückgewiesen wie eine Erhöhung des London Weighting überhaupt. Darüber hinaus wird damit gedroht, die Löhne generell einzufrieren und nur dort punktuelle Erhöhungen zuzulassen, wo die Personalprobleme am gravierendsten sind, etwa bei den LehrerInnen oder den SozialarbeiterInnen.

Seit dem 14. Mai scheint ein bisschen Bewegung in die Verhandlungen gekommen zu sein, und UNISON, die federführende Gewerkschaft im Öffentlichen Dienst, hatte für den 13. Juni, dem nächsten offiziellen Verhandlungstag, noch einmal zu einer Großdemonstration in der Londoner Innenstadt mobilisiert. Im Unterschied zum 14. Mai haben sich inzwischen auch die Gewerkschaften GMB (die am 14. Mai noch teilweise Streikbrucharbeiten zugelassen hatte) und T&GWU der Mobilisierung von UNISON angeschlossen.

(www.labournet.net)

16. Lichter der Großstadt. Demonstrieren und konferieren: sozialpolitischer Aktivismus in Hamburg

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:47

Der neue Hamburger Rechtssenat mobilisiert seine GegnerInnen. 50.000 Menschen haben am

10. Juni gegen den geplanten Kahlschlag in der Bildungspolitik demonstriert, die zweite Großdemonstration gegen die neue Bildungs- und Sozialpolitik innerhalb von zwei Monaten. Eine neue soziale Unruhe ist deutlich spürbar, aber entsteht auch eine neue Sozialbewegung?

150 Menschen trafen sich am Sonnabend, den 8. Juni in der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) anlässlich der zweiten Konferenz "Lichter der Großstadt", angesichts der harten Konkurrenz von Mega-Events wie Christopher Street Day und Altonale eine beachtliche Zahl. Wie bereits vor zweieinhalb Jahren war die Konferenz wieder von der "Sozialpolitischen Opposition" Hamburg, der WählerInnenvereinigung "REGENBOGEN - Für eine neue Linke" und der Fachgruppe Soziales, Kinder und Jugend von ver.di organisiert worden.

Über 50 Einrichtungen, Initiativen und Organisationen hatten die Konferenz unterstützt, die diesmal unter dem Motto "Gegen ‚Sicherheit und Ordnung` - Für soziale Grundrechte" tagte. Hintergrund ist der Wandel im sozialpolitischen und gesellschaftlichen Klima unter dem neuen Rechtssenat mit seinem Primat von Law and Order. "Wenn der neue Senat von ‚Sicherheit und Ordnung` redet, so ist das gleichzeitig eine offene Kampfansage an bürgerliche Liberalität, eine offene Kampfansage an jede Form von tatsächlichem oder vermeintlichem abweichenden Verhalten und ein offener Angriff auf soziale Grundrechte", heißt es in der Abschlussresolution der Konferenz. Und weiter: " Im Umkehrschluss heißt das aber, dass menschenrechtliche Positionen, das Beharren auf sozialen Grundrechten für alle und nicht zuletzt auch die Verteidigung bürgerlich-demokratischer Freiheitsrechte nur zu haben sind, wenn wir uns gegen diese Form von ‚Sicherheit und Ordnung` zur Wehr setzen."

Gegen "Sicherheit und Ordnung"

In acht Arbeitsgruppen wurde sehr konzentriert und engagiert diskutiert. Über geschlossene Unterbringung für Kinder und Jugendliche und den Umbau des Kita-Systems, über den Arbeitszwang in der Sozialhilfe, über akzeptierende Drogenhilfe, über die Veränderungen, die Ökonomisierung und Marktlogik für die soziale Arbeit bedeuten, über Migration und Flucht nach Hamburg und über die Bedeutung sozialer Grundrechte für Frauen. Wie ein roter Faden zog sich durch alle Arbeitsgruppen das Thema der repressiven Ausrichtung der Sozialpolitik. Dabei ging es auch um die Frage nach Kontinuität und Bruch in der Sozialpolitik von Rot-grün bis Schwarz-Schill. Große Einigkeit bestand dabei darin, dass der "aktivierende Sozialstaat" der rot-grünen "Neuen Mitte" die Grundlage ist, von der aus auch der neue Rechtssenat operiert: "Weder die Hegemonie von Law and Order noch die konkrete Politik des neuen Senats brechen aus dem Nichts über uns herein. Sie haben vielmehr eine Vorgeschichte und sie haben Wegbereiter. Die Umdefinition von sozialer Gerechtigkeit sowie der Abbau von Rechten und die Betonung von Pflichten stellen das ideologische Kontinuum dar, das sich in der Sozialpolitik des neuen Senats wiederfindet."(aus der Abschlussresolution).

Neben dem Anspruch, eine Fachkonferenz auf hohem Niveau sein zu wollen, ging es den OrganisatorInnen wie den TeilnehmerInnen auch um Perspektiven der politischen Gegenwehr. Neben zahlreichen kleineren und dezentralen Aktionsvorschlägen und der Planung einer neuen Großdemonstration wurden immer häufiger auch Streikmaßnahmen zur Diskussion gestellt, etwa gegen die geplante Wiedereinführung der Heimunterbringung für Kinder und Jugendliche. Gerade hinter den Streiküberlegungen stand die Suche nach Aktionsformen, die die Ebene der reinen Symbolpolitik verlassen. Diese Suche hat nicht zuletzt auch damit zu tun, dass inzwischen viele soziale Einrichtungen in ihrem ureigensten fachlich-politischen Selbstverständnis angegriffen werden, etwa wenn sie in Zukunft geschlossene Heime, Ausreisezentren oder direkte Arbeitszwangsmaßnahmen durchführen sollen.

Im Unterschied zur ersten Konferenz "Lichter der Großstadt" fand die Konferenz am 8. Juni in einer neuen Phase sozialer Unruhe in Hamburg statt, die sich auch ungewohnt deutlich auf der Straße artikuliert. Am 8.

März demonstrierten ca. 2.000 Frauen gegen die Kürzungen bei den Frauen- und Mädchenprojekten. Beim Ostermarsch waren 4.000 Menschen auf der Straße, am 16. April mobilisierten ver.di und Sozialpolitische Opposition ca. 10.000 Menschen "gegen Sozialkürzungen und für eine solidarischen Sozialpolitik". Am 10. Juni kam es unter der Federführung von GEW, SchülerInnenkammer und Lehrerverband zu einer Demonstration von 50.000 gegen den Kahlschlag im Bildungbereich. Am 26. Juni laden Sozialpolitische Opposition und ver.di zu einem zweiten "Sozialforum" ein, auf dem es u.a. auch um Kampfmaßnahmen im Herbst gehen soll. Gleichzeitig finden eine ganze Reihe mehr oder weniger großer Konferenzen und Kongresse statt, die sich kritisch mit der (Sozial-)Politik des neuen Senats auseinander setzen, von der Flüchtlings- und Migrationspolitik über die Perspektiven akzeptierender Ansätze in der Sozialpolitik, über die Privatisierungspläne im Gesundheitsbereich bis hin zu dem geplanten "Land-in-Sicht"-Camp.

Diese "soziale Unruhe" hat sicher ganz erheblich damit zu tun, dass die neue Senatspolitik subjektiv als bedeutender Einschnitt empfunden wird, als Bedrohung bisheriger Spielräume in der fachlichen Arbeit wie auch in der politischen Artikulation. Selbst dort, wo der neue Senat faktisch "nur" die Politik seiner Vorgänger fortführt, wird seine Politik in erster Linie als "Wende" oder gar als "Paradigmenwechsel" wahrgenommen. Der Ausspruch eines alten Kämpen der Straßensozialarbeit - "Sie greifen unsere Vorstellung und unsere Art zu leben an" - bringt diese Stimmung unter engagierten Trägern und Einrichtungen zum Ausdruck. Die soziale Unruhe ist im Wesentlichen eine Unruhe der sozialpolitischen Professionen. Es ist die Unruhe unter LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen, die mit härteren Arbeitsbedingungen, mit Schließungen, mit Stellenstreichungen und nicht zuletzt mit inhaltlichen Eingriffen in ihre Arbeit konfrontiert sind. Es ist eine soziale Unruhe der engagierten StellvertreterInnen, die jedoch zunehmend anfangen, für sich zu sprechen und nicht nur als LobbyistInnen für "ihre Klientel".

rastlos - ratlos: wuselige Unruhe

Die neue "soziale Unruhe" ist trotz aller Betriebsamkeit auch und gerade auf der Aktionsebene ratlos, ein Grund dafür, dass Euphorie und Frust im Moment unglaublich eng nebeneinander liegen. Alle freuen sich über große Demonstrationen, und tatsächlich sind diese Demos im Moment noch in der Lage, Menschen zu erreichen, die bisher nicht auf die Straße gegangen sind. Dennoch ist eigentlich allen Beteiligten klar, dass keine dieser Demonstrationen bisher Ausdruck wirklicher politischer Stärke ist. Ähnliches gilt für die augenblickliche Flut von Konferenzen und Kongressen. So wichtig sie auch für die inhaltliche (Selbst-)Verständigung sind, sie werden als Aktionsform nicht zuletzt auch deshalb gewählt, weil einem nichts anderes einfällt.

Die soziale Unruhe präsentiert sich zum anderen eher als wuseliges Nebeneinander als ein neues Miteinander. Trotz aller Bekenntnisse zu "Offenheit" und zur notwendigen "Gemeinsamkeit" findet eine organisierte Vernetzung kaum statt. Über wenige personelle Kontakte hinaus gibt es kaum inhaltlichen Austausch oder gar eine inhaltliche Bezugnahme. Keine Organisation oder Initiative stellt eine hegemoniale Kraft dar, die qua Namen oder politischen Agierens zum gemeinsamen Orientierungspunkt für alle Spektren der neuen Unruhe avancieren würde. Wenn es in Zukunft über punktuelle und aktionsorientierte Organisationsbündnisse hinaus zu realen Vernetzungen kommen soll, so müssen informelle wie formelle Orte organisiert werden, wo sich unterschiedliche politische und vor allem politisch-kulturelle Szenen treffen und austauschen können. Das kann wohl im Moment nur das Ergebnis mühseliger Kommunikationsarbeit von GraswurzelaktivistInnen sein, denen erstens die Egoismen der eigenen Organisation ein Stück weit egal sind, und die sich zweitens zwischen unterschiedlichen Szenen und Bereichen bewegen können.

dk

Alle Texte und Materialien zur Konferenz "Lichter der Großstadt" finden sich unter www.lichter-der-grossstadt.de.

17. Die Vier steht nicht. Die Streiks in der Metallbranche dienten vor allem zum Dampfablassen

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:26

Trotz hoher Kampfbereitschaft in den Betrieben der Metall- und Elektrobranche wurde Mitte Mai in Baden-Württemberg ein Verhandlungsergebnis erzielt, das bei den Gewerkschaftsmitgliedern keine Begeisterung auslösen konnte. Mehr als 200.000 Menschen in über 120 Betrieben hatten sich an Streiks beteiligt und von der Basis wurde deutlich die Bereitschaft signalisiert, für einen höheren Abschluss auch länger zu streiken. Angesichts dieser Ausgangslage ist das Ergebnis bescheiden ausgefallen.

Mit einer Forderung nach 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt war die IG Metall in die diesjährige Tarifrunde gestartet. Diese Forderung stellte einen innerorganisatorischen Kompromiss dar; in einigen Betrieben waren Forderungen nach zweistelligen Gehaltszuwächsen aufgestellt worden. Angesichts der Gewinnentwicklungen der Branche in den letzten Jahren hätte ein 6,5-Prozent-Abschluss die Unternehmen keineswegs in den Ruin getrieben. Nicht verteilungspolitische Neutralität (Ausgleich der Produktivitätssteigerung und der Inflationsrate) verkündete das Stimmungsbarometer aus den Betrieben; vielmehr forderten die Beschäftigten eine Umverteilungskomponente zu ihren Gunsten. Sowohl die große Beteiligung an den Warnstreiks als auch die überwältigende Mehrheit für Streik bei den Urabstimmungen in Baden-Württemberg und Berlin/Brandenburg machten die Bereitschaft deutlich, diese Forderungen auch durchzusetzen.

Real bleiben nur 3,1 Prozent

"Ich glaube, wir haben den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum ausreichend ausgeschöpft", bewertet der Verhandlungsführer und Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg, Berthold Huber, den Tarifabschluss. Eine Vielzahl von KollegInnen sahen das etwas anders. Nur 56,53 Prozent der befragten IG-Metall-Mitglieder stimmten diesem Abschluss zu. In einigen Verwaltungsstellen lag die Zustimmung deutlich unter 50 Prozent. Die erforderliche Zustimmung der Mitgliedschaft wurde damit zwar erreicht (zur Annahme eines Ergebnisses sind nur 25 Prozent notwendig), aber mit nur einigen Prozentpunkten weniger hätte die IG Metall-Spitze ein erhebliches Legitimationsproblem gehabt. Der Tenor ist allseits, dass in diesem Jahr mehr drin gewesen wäre. Besonders ärgerlich ist, dass wiederum ein Abschluss mit einer langen Laufzeit festgelegt wurde (bis Ende 2003).

Während verstärkt die Ausweitung des Streiks gefordert wurde, kam die Einigung der Verhandlungskommissionen sehr schnell zu Stande. Offensichtlich hatte nicht nur Gesamtmetall-Chef Martin Kannegießer Angst vor der Stimmung in den Großbetrieben. Der Eindruck bleibt, dass der Streik gedeckelt wurde bzw. mit der Streiktaktik in den Betrieben vor allem Dampf abgelassen wurde.

Umso peinlicher ist der Gehalt der Einigung. Die angebliche Vier vor dem Komma ist eine Luftnummer. Bei Lichte betrachtet sieht der Abschluss so aus: Vom 1.6.2002 an gibt es vier Prozent mehr Lohn und Gehalt. Davor liegen zwei Nullmonate und 120 Euro im Mai. Ab dem 1.6.2003 werden die Tarife um 3,1 Prozent erhöht. Dann aber wird es etwas komplizierter: Für den parallel verhandelten Entgeltrahmentarifvertrag zur Angleichung von Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten (ERA), werden 0,9 bzw. 0,5 Prozent der Tariferhöhung in einen Fonds abgezweigt und bei der nächsten Tariferhöhung nicht zur Grundlage genommen. Relevant für Tariferhöhungen bleiben für 2002 lediglich 3,1 Prozent und für 2003 nur 2,6 Prozent. Eine typische Umverteilung "in der Klasse"; für die Unternehmen ist Kostenneutralität angesagt.

Neben dieser Strukturkomponente - die sich nur den TarifexpertInnen erschließt - wurde noch eine Öffnungsklausel in den Tarifvertrag formuliert. Bei Unternehmen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, können Betriebsrat und Unternehmensleitung bei den Tarifparteien eine Bezahlung unter Tarif beantragen. Damit nutzten der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel und der "Modernisierer" Berthold Huber die Tarifrunde, um eine weitere Verbetrieblichung der Tarifpolitik zu forcieren.

Das Zauberwort heißt "Ertragsabhängige Entlohnung". In den Flächentarifverträgen könnte die "verbindliche Grundlage für betriebliche Verhandlungen über Einkommensbestandteile und Ergebnisbeteiligungen geschaffen werden", heißt es im Entwurf für ein Zukunftsmanifest. Auf dem Mitte Juni stattfindenden

Zukunftskongress der IG Metall sollen dafür die Weichen gestellt werden. Das Handelsblatt ist schon voll des Lobes, dass "die IG Metall die Abkehr von tarifpolitischen Tabus" probt. An dieser Frage wird es in nächster Zeit sicherlich einigen innergewerkschaftlichen Konfliktstoff geben.

Vielleicht können die Linken in der IG Metall die Stimmung der diesjährigen Tarifrunde nutzen, um diese Entwicklung aufzuhalten. Immerhin haben mehr als 200.000 KollegInnen wieder konkrete Streikerfahrungen gesammelt. Bei aller Kritik an der Streiktaktik (siehe ak 462) und dem Verhandlungsergebnis ist dies ein positives Moment der Tarifrunde. Die große Beteiligung an den Streiks dürfte auch ein dafür Grund sein, dass sich die Beschäftigten im Handel, bei den Versicherungen oder auf dem Bau auch wieder etwas mehr zutrauen. Es ist dieser Hauch von Gegenmacht der die Unternehmerverbände davon reden lässt, das Bündnis für Arbeit zu verlassen. Ein Schaden wäre es nicht.

Georg Wißmeier, 11.6.02

18. Dümmer als die Polizei erlaubt. Der 11. September und die "Fahndungspannen" der US-Geheimdienste

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:08

Seit über einem Monat diskutieren Medien und Politiker der USA, warum vor dem 11. September eine Reihe von Warnsignalen grob fahrlässig unterschätzt, fehlinterpretiert oder einfach ignoriert wurden. Der ganze Komplex sich aufdrängender Fragen ist inzwischen in einem geheim tagenden Ausschuss des Kongresses gelandet, aus dem bisher nur sehr allgemein gehaltene Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Am Ende wird außer einer Zentralisierung der gesamten geheimdienstlichen Tätigkeit und einer noch stärkeren Konzentration auf das Aufgabenfeld Terrorismus-Bekämpfung (im weitesten Sinn des Begriffs) aus dieser Debatte wohl nichts herauskommen.

Das der CIA angegliederte National Intelligence Council verfasste im September 1999 einen Report über "Soziologie und Psychologie des Terrorismus". Dort war zu lesen: Selbstmord-Attentäter aus dem Umkreis von Bin Laden könnten ein mit hochexplosivem Sprengstoff vollgepacktes Flugzeug in das Pentagon, das Hauptquartier der CIA oder ins Weiße Haus steuern. Diese Vermutung hatte einen konkreten Hintergrund: 1995 hatten islamistische Terroristen in der philippinischen Hauptstadt Manila die Entführung von elf amerikanischen Verkehrsflugzeugen über dem Pazifik geplant, die dann in der Luft gesprengt werden sollten. Außerdem sollte mit einem kleineren, mit Sprengstoff beladenen Flugzeug ein Angriff auf das CIA-Hauptquartier unternommen werden. Dieser Einsatz sollte von einem pakistanischen Piloten durchgeführt werden, der an amerikanischen Flugschulen ausgebildet worden war.

Auch der britische Geheimdienst MI6 warnte die USA angeblich schon zwei Jahre vor dem 11. September, dass Bin Laden die Absicht habe, Flugzeuge "auf unkonventionelle Weise, vielleicht als fliegende Bomben" zu benutzen. Die Warnung, die der amerikanischen Botschaft in London mitgeteilt wurde, soll keine konkreten Hinweise auf bestimmte Ziele oder einen bestimmten Zeitpunkt enthalten haben.

Am 5. Juli 2001, zwei Monate vor dem 11. September, fand im Weißen Haus ein Treffen hochrangiger Vertreter von rund einem Dutzend US-amerikanischer Geheim- und Sicherheitsdienste statt. Der oberste Regierungsverantwortliche für die Terrorismus-Bekämpfung, Richard Clarke, erläuterte den Grund des Treffens: Alle Signale und Informationen deuteten darauf hin, dass eine spektakuläre terroristische Aktion größten Ausmaßes bevorstand, und zwar in allernächster Zeit. Clarke ordnete an, bei allen Diensten sämtliche Urlaube zu streichen, nicht unbedingt notwendige Reisen zu unterlassen. Die Rapid-Response-Teams der Dienste wurden in höchste Alarmbereitschaft versetzt.

Höchste Alarmstufe seit Juli 2001

In diesem Zusammenhang erteilte George W. Bush seiner Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice den Auftrag, eine Analyse der Gefahrenlage erstellen zu lassen. Dieser Bericht - überschrieben "Bin Laden Determined to Strike in U.S." - lag dem Präsidenten am 6. August vor. Eine der Prognosen lautete, dass Bin Laden versuchen könnte, in den USA Flugzeuge entführen zu lassen.

Rice, die sich nach dem verspäteten Bekanntwerden dieses Berichts im Mai 2002 den peinlichen Fragen der JournalistInnen stellen musste, erklärte ganz bieder und beharrlich: Man habe dabei eben nur an "konventionelle" Flugzeugentführungen gedacht, nicht aber an die Möglichkeit, dass die Entführer ein vollgetanktes Flugzeug in ein Ziel steuern könnten. Dabei ist genau dieses Szenario schon seit langem ein viel und ständig diskutierter Albtraum sämtlicher Sicherheitsdienste. Spätestens aber seit dem 21. Februar 1973: An jenem Tag schoss die israelische Luftwaffe über der Sinai-Halbinsel - also klar außerhalb des eigenen Luftraums - eine durch Navigationsschwierigkeiten vom Weg abgekommene libysche Boeing 707 ab, mit der Begründung, man habe nicht ausschließen können, dass sie in einer "Selbstmord-Mission" auf Tel Aviv zusteuerte. 109 Passagiere wurden beim Absturz getötet.

Am 10. Juli 2001 - nur fünf Tage nach der großen Krisensitzung im Weißen Haus - verfasste ein FBI-Agent in Phoenix/Arizona namens Kenneth J. Williams ein Memorandum für seine Vorgesetzten, in dem er Bedenken über die Anwesenheit von militanten Moslem-Fundamentalisten aus Nah- und Mittelost an amerikanischen Flugschulen und luftfahrttechnischen Universitäten äußerte.

In seinem Papier warnte Williams vor Versuchen Bin Ladens, Anhänger an amerikanische Universitäten und Colleges für zivile Luftfahrt zu schicken. Das Memo enthielt die Namen von acht angeblich islamistischen Studenten aus dem arabischen Raum, gegen die Williams ermittelte und die alle an der Aeronautical University in Prescott/Arizona studierten. Sie hatten dort Kurse in Piloten-Training, Luftfahrt-Mechanik und Sicherheit belegt. Williams schlug vor, alle Flugschulen in den USA auf ähnliche Vorgänge zu überprüfen und die Angelegenheit mit anderen Diensten des Landes zu diskutieren.

Das Papier gelangte über die mittlere Ebene des FBI niemals hinaus. Insbesondere kam es nicht zur Kenntnis der für die Terrorismus-Bekämpfung Zuständigen im FBI-Hauptquartier. Auf mittlerer Ebene wurde entschieden, dass angesichts anderer Belastungen des FBI die von Williams vorgeschlagene Überprüfung aller Flugschulen aus Mangel an verfügbarem Personal undurchführbar sei.

Bei der Überprüfung der in Williams' Memo genannten Personen nach dem 11. September wurde angeblich festgestellt, dass diese zu den Ausführenden der Angriffe auf World Trade Center und Pentagon in keiner Beziehung gestanden hatten. Aus den bisherigen Veröffentlichungen ist nicht zu erkennen, was der reale Hintergrund der von Williams registrierten Beobachtungen war.

Die Suche nach dem "20. Mann"

Schon im Mai 1998 hatte der Chefpilot des FBI-Büros von Oklahoma in einem Memorandum darauf hingewiesen, dass eine große Zahl von Männern aus dem arabischen Raum auf Flughäfen des Bundesstaates Flugunterricht nahm. Dies sei ein erst seit kurzem zu beobachtendes Phänomen, das mit geplanten terroristischen Aktivitäten in Zusammenhang stehen könnte. In dem mit "Massenvernichtungswaffen" überschriebenen Papier wurde außerdem davor gewarnt, dass Kleinflugzeuge ein ideales Mittel zur Verbreitung chemischer oder biologischer Kampfstoffe sein könnten.

Zum damaligen Zeitpunkt blieb das Memo unbeachtet. Ein FBI-Sprecher erklärte jetzt dazu: "Wir haben keine Informationen, dass die dort genannten Personen an terroristischen Aktivitäten beteiligt waren."

Zacarias Moussaoui wurde am 16. August 2001 in Minneapolis verhaftet, mangels konkreter Beweise zunächst nur mit der vorgeschobenen Begründung, dass seine Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen war. Der aus Frankreich stammende Marokkaner, der im Februar 2001 in die USA eingereist war, war den Betreibern einer von ihm besuchten Flugschule verdächtig erschienen, weil er weder Starten noch Landen lernen wollte, sondern sich nur für das Steuern des Flugzeugs interessierte. Die Flugschule hatte das FBI informiert, hier bereite sich ein Ausländer möglicherweise auf eine Flugzeug-Entführung vor.

Die FBI-Agenten in Minneapolis wollten daraufhin das in der Wohnung Moussaouis beschlagnahmte Laptop untersuchen und außerdem die Wohnung noch einmal gründlicher in Augenschein nehmen. Um einen richterlichen Durchsuchungsbefehl zu erhalten, hätten sie aber als erstes die Zustimmung des FBI-Hauptquartiers gebraucht. Diese wurde ihnen jedoch "aus juristischen Gründen" mehrfach verweigert. Aus von ihnen erstellten Memos wurden vor Weiterleitung an die FBI-Rechtsabteilung - die die Grundlagen eines Durchsuchungsbefehls prüfen sollte - wesentliche Informationen und Argumente gestrichen.

Agenten des FBI-Büros in Minneapolis wandten sich deshalb aus eigener Initiative direkt an die CIA mit der Bitte um Amtshilfe. Die CIA checkte ihre eigenen Daten und fand keine Eintragungen über Moussaoui. Gleichzeitig leitete die CIA eine Routineanfrage an befreundete ausländische Dienste weiter. Daraufhin kam aus Frankreich die Information, dass Moussaoui dort bereits aufgefallen war, weil er, offenbar im Auftrag islamistischer Kreise, unter französischen Moslems Freiwillige zur Unterstützung des Guerillakriegs in Tschetschenien anzuwerben versucht hatte. Das FBI-Hauptquartier zeigte sich unbeeindruckt und tadelte lediglich die eigenmächtige Kontaktaufnahme der Leute in Minneapolis zur CIA.

Die nach dem 11. September vorgenommene Untersuchung von Moussaouis Laptop ergab, dass dieses tatsächlich Hinweise und Namen enthielt, deren rechtzeitige Kenntnis, in Verbindung mit den zahlreichen anderen vorliegenden Hinweisen gebracht, zur Verhinderung der Anschläge hätte beitragen können.

Jahrelanges Abhören ohne Ergebnis?

Moussaoui ist jetzt der Beteiligung an dem Komplott vom 11. September, einschließlich des mehrtausendfachen Mordversuchs, angeklagt. Die Staatsanwaltschaft unterstellt, er sei als 20. Teilnehmer der Flugzeug-Entführung vorgesehen gewesen und nur durch seine vorzeitige Verhaftung daran gehindert worden.

Wie schon kurz nach dem 11. September bekannt wurde, standen zwei der 19 an den Flugzeugentführungen Beteiligten auf einer Fahndungsliste. Khalid Almihdhar und Nawaf Alhazmi hatten im Januar 2000 an einem Treffen mutmaßlicher Al-Kaida-Anhänger aus mehreren Ländern in Kuala Lumpur (Malaysia) teilgenommen. Die CIA hatte im Voraus - angeblich durch das Abhören eines logistischen Stützpunkts von Al-Kaida im Jemen - von diesem Treffen erfahren und daraufhin den malaysischen Geheimdienst um Hilfe gebeten. Dessen Agenten observierten das Treffen und fotografierten dessen Teilnehmer bei Spaziergängen in der Stadt und in einem Internet-Café. Der malaysische Geheimdienst schickte der CIA außerdem einen ausführlichen Bericht über das Treffen und eine Liste mit Namen mehrerer Teilnehmer.

Die CIA stellte fest, dass zwei der Beteiligten, Almidhar und Alhazmi, mit Aufenthaltsvisen in den USA lebten. Dennoch wurden sie an der Wiedereinreise nicht gehindert. Angeblich hätten dafür nicht genügend Informationen vorgelegen. Erst am 23. August 2001, zweieinhalb Wochen vor dem 11. September, wurden die beiden von der CIA auf eine "Watchlist" gesetzt; FBI, Außenministerium und andere Behörden wurden informiert - zu spät.

Die CIA darf in den Vereinigten Staaten selbst nicht aktiv werden, hätte also die ihr vorliegenden Informationen über terrorismusverdächtige Kontakte von Almidhar und Alhazmi sofort an das FBI weitergeben müssen. Wären die beiden daraufhin, wie es nach ihrer Teilnahme an den Treffen in Kuala Lumpur zwingend gewesen wäre, überwacht worden, wäre nicht nur ihr Besuch von Flugschulen aufgefallen. Da sie sich nachweislich mit mindestens fünf der 19 Flugzeugentführer mehrmals vor dem 11. September getroffen haben, hätte eine Überwachung der beiden eigentlich zu dem gesamten Netz führen müssen.

CIA und FBI weisen sich in dieser Sache gegenseitig die Schuld zu. Anscheinend sind zumindest die Verbindungsleute des FBI beim Counterterrorism Center der CIA über das Treffen von Kuala Lumpur und die Teilnahme von Almidhar und Alhazmi informiert worden. Die wichtigste Information aber, verteidigt sich dagegen jetzt das FBI, sei ihnen vorenthalten worden: dass die beiden bereits in den USA lebten.

Der amerikanische Geheimdienst NSA (National Security Agency), der u.a. mit dem Abhören, Übersetzen und Entschlüsseln fremdsprachiger Kommunikation beauftragt ist, soll Telefongespräche zwischen Mohamed Atta und dem hochrangigen Al-Kaida-Führer Khalid Shaikh Mohammed abgehört haben. Letzterer war nach Aussagen von FBI-Chef Mueller der eigentliche "Kopf" des 11. September. Die NSA habe es versäumt, die aus diesen Gesprächen gewonnenen Erkenntnisse - die der Öffentlichkeit immer noch vorenthalten werden! - den anderen amerikanischen Diensten mitzuteilen. Außerdem seien einige der auf Arabisch geführten Gespräche nicht rechtzeitig übersetzt worden.

Die NSA soll auch die von Bin Laden geführten Telefongespräche jahrelang abgehört haben. Auf diese Weise sei der Geheimdienst sogar über die geplanten Bombenanschläge gegen die US-Botschaften in Kenia und Tansania (August 1998) vorher informiert gewesen, habe sein Wissen aber nicht weitergegeben. Als Begründung wird angeführt, dass die NSA nicht über genügend Fremdsprachen-Kundige verfüge, um die anscheinend riesengroße Menge der von ihr abgehörten Gespräche zügig zu übersetzen.

Der Abgewiesene - ein V-Mann?

Nicht öffentlich diskutiert wurde bisher in den USA, warum die Einreisebehörden nicht schon Monate vor dem 11. September auf Mohamed Atta aufmerksam wurden. Atta reiste am 3. Juni 2000 mit einem Touristenvisum in die Vereinigten Staaten ein, das ein halbes Jahr lang gültig war. Im Dezember 2000 oder Januar 2001 flog er nach Madrid. Als er sechs Tage später in die Staaten zurückkehren wollte, wurde festgestellt, dass sein Visum abgelaufen war. Er wurde am Flughafen festgehalten und vernommen. Dabei ging es auch um den Flugunterricht, den Atta als Tourist nicht hätte nehmen dürfen. Am Ende jedoch konnte Atta erstaunlicherweise doch wieder mit einem um acht Monate verlängerten Touristenvisum einreisen. Im April 2001 soll Atta sich in Prag mit einem bekannten irakischen Agenten getroffen haben, im Juli 2001 dann fast zwei Wochen in Spanien gewesen sein. Diese Reisetätigkeit hätte eigentlich, nach den in den USA für InhaberInnen eines Touristenvisums üblichen Standards, dazu führen müssen, Atta schärfstens zu beobachten oder ihm spätestens im Juli 2001 die Wiedereinreise in die USA zu verweigern.

Nach wie vor unklar ist die Rolle von Ramzi Binalshibh, der in Hamburg studiert hatte und zeitweise zusammen mit Mohamed Atta in der Harburger Marienstraße 54 wohnte. Auch dieses Thema scheint aber die US-amerikanischen Medien bisher nicht sonderlich zu interessieren.

Offenbar war Binalshibh als einer der Piloten vorgesehen, die am 11. September die entführten Verkehrsflugzeuge ins Ziel steuern sollten. Er hatte sogar schon eine Anzahlung an eine Flugschule in den USA überwiesen. Sein Einsatz scheiterte jedoch daran, dass zwischen dem 17. Mai und dem 25. Oktober 2000 vier Mal sein Antrag auf Erteilung eines Einreisevisums von den US-Behörden abgelehnt wurde. Da die anderen Beteiligten, darunter mehrere mit eindeutig fundamentalistischem und mindestens zwei sogar mit Terrorismus-verdächtigem Hintergrund, keine Probleme mit dem Visum hatten, steht die Frage, warum gerade Binalshibh abgewiesen wurde. Eine offizielle Erklärung US-amerikanischer Stellen für diesen Vorgang gibt es nicht; das zuständige Außenministerium lehnte einen Kommentar sogar ausdrücklich ab.

Eine denkbare Erklärung für die Verweigerung des Visums wäre, dass gegen Binalshibh ganz schwerwiegende konkrete Verdachtsmomente und Erkenntnisse vorlagen. Voraussetzung dafür wäre, dass er schon mehr als ein Jahr vor dem 11. September irgendeinem - nicht unbedingt einem amerikanischen - Geheimdienst aufgefallen war und observiert wurde. Dann müsste dieser Dienst aber auch an der gesamten Gruppe um die Marienstraße und deren Plänen sehr dicht dran gewesen sein, was jedoch von allen Seiten offiziell bestritten wird.

Die Menge der Zufälle nährt Zweifel

Eine andere Erklärung wäre, dass Binalshibh durch die Verweigerung des Visums davor geschützt werden sollte, das Schicksal der anderen Beteiligten zu teilen. Dies wäre eine völlig plausible Annahme, falls er als V-Mann für einen Geheimdienst tätig war. In diesem Fall benötigte er, wenn er sich nicht selbst als Agent enttarnen wollte, einen glaubwürdigen Vorwand, um die ihm zugedachte Rolle als Selbstmord-Pilot nicht spielen zu müssen.

Nach Presseberichten ist Binalshibh, nachdem er Hamburg kurz vor dem 11. September verließ, in Karachi, Pakistan aufgetaucht. Der Spiegel meldete etwas später, er sei bei den Kämpfen in Afghanistan getötet worden, doch gibt es dafür offenbar keinen Anhaltspunkt.

Im Januar dieses Jahres wurde bekannt, dass Binalshibh auf einem von fünf in Kabul gefundenen Videos zu sehen ist, mit denen künftige Selbstmordattentäter ihr politisch-religiöses Bekenntnis ablegten und sich von ihren Verwandten verabschiedeten. Außer Binalshibh wurden die auf den Videos gezeigten Männer bisher nicht identifiziert. Jedenfalls soll es sich nicht um Beteiligte an der Terror-Aktion vom 11. September handeln.

11. September 2001: Um 8.40 ging bei der den Flugverkehr überwachenden Militärdienststelle NORAD die erste Mitteilung ein, dass ein Flugzeug entführt worden war. Es war dasjenige, das fünf Minuten später in den Nordtower des World Trade Centers gelenkt wurde. Um 8.43 wusste NORAD, dass ein weiteres Flugzeug entführt worden war. Um 9.03 traf dieses den Südturm. Und es vergingen immer noch 37 Minuten - eine ganze Stunde seit der ersten Entführungsmitteilung - bis um 9.40 ein weiteres Flugzeug in einem eigentlich nur von einem erfahrenen Piloten durchzuführenden Tiefflug ins Pentagon krachte.

Dass solche Angriffe grundsätzlich möglich sind - auch wenn sie vor dem 11. September 2001 noch niemals vorgekommen sind - war seit über 20 Jahren bekannt und immer wieder diskutiert worden. Durch die Aufdeckung konkreter Pläne, ein mit Sprengstoff beladenes Flugzeug in ein zentrales Regierungsgebäude Washingtons zu lenken (1995), und durch die schon Wochen vor dem 11. September herrschende Alarmstimmung wegen eines angeblich unmittelbar bevorstehenden spektakulären Schlags gegen die USA hatte dieses Risiko spezielle Brisanz erhalten. Zusammengenommen mit den Erkenntnissen über den Aufenthalt Terrorismus-verdächtiger Personen an US-amerikanischen Flugschulen hätte man offenbar nur noch zwei und zwei zusammenzählen müssen.

Ohnehin hätte bis zum 11. September 2001 als absolut sicher gelten dürfen, dass die Hauptstadt der USA durch einen präzisen Notfall-Plan, insbesondere durch ständig sofort einsetzbare Kampfflieger, gegen solche jederzeit möglichen Überraschungen geschützt wäre. Es war ganz und gar nicht so. Die Zweifel angesichts so vieler Zufälle bleiben.

Knut Mellenthin

19. Israel und Palästina: Zeichen paradoxer Hoffnung (Aufruf)

Autor: medico international · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:34

medico international: Ein Aufruf zur Hilfe und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen für Zusammenarbeit und demokratische Partizipation(Dokumentation)

Es gehört zur Tragik des israelisch-palästinensischen Konfliktes, dass mögliche politische Lösungen von den Konfliktparteien als Bedrohung ihrer jeweiligen Existenz betrachtet werden. Die fatale Dynamik, die daraus resultiert, wird solange anhalten, wie Israelis und Palästinenser nicht in einen Prozess der Versöhnung eintreten, der von den zivilen Gesellschaften getragen wird. Versöhnung ist nicht das Ergebnis politischer Friedenslösungen, sondern deren Voraussetzung.

Im Nahen Osten wird heute deutlich, was auch für andere Konflikte der Welt gilt: Gesicherte Existenz liegt nicht in der Abgrenzung, dem Separieren von Staaten und dem Aufbau von Feindbildern, sondern nur im gleichberechtigten Neben- und Miteinander. Auf Dauer würde Palästina die Abkopplung von dem hohen israelischen Entwicklungsstand ebenso wenig Vorteil und Zukunft bringen wie Israel das Festhalten an Vorherrschaft und dem Dogma, dass eigene Sicherheit nur durch Überlegenheit gewährleistet ist.

Die aktuelle Politik der Kriegsparteien ist bei aller militärischer Ungleichheit letztlich von derselben Logik dominiert. Sie zielt auf die Unsicherheit und Demütigung der jeweiligen Gegenseite und hat die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten zu Geiseln des Konflikts werden lassen. Selbstmordattentate und Übergriffe gegen Flüchtlingslager erzwingen nationale Identifikationen und fördern den gegenseitigen Hass. Solche Identitäten aber sind nicht von Dauer und schaffen keine Sicherheit.

Es mag als hoffnungsloses Unterfangen erscheinen. Trotzdem. Wir rufen auf zu direkter und unmittelbarer Hilfe. Denn es gibt Israelis und Palästinenser, die sich der weiteren Polarisierung ihrer Gesellschaften entgegenstellen; denn es gibt Juden und Araber, die in ihren Handlungen tagtäglich die Grundsätze der Unteilbarkeit der Menschenrechte und die Werte der Aufklärung in gegenseitiger Hilfe füreinander und miteinander praktizieren.

Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland stehen in einer historischen Verantwortung gegenüber dem Staat Israel. Der Holocaust als singuläres Verbrechen und Zivilisationsbruch markiert das Scheitern der europäischen Moderne und bleibt Teil der Gründungsgeschichte Israels.

Ein verantwortlicher Umgang mit den Ereignissen im Nahen Osten kann nicht geprägt sein von Bekenntniszwang und Identitätssuche derer, die sich die Tragödie aus sicherer Entfernung anschauen. Es gibt in diesem Konflikt keinen sicheren Grund, von dem aus man einfache Lösungen vorschlagen könnte.

Das unbestreitbare Existenzrecht Israels aber legitimiert nicht die Menschenrechtsverletzungen gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser, die Zerstörung ihrer zivilen Infrastruktur und die de facto Besetzung der Autonomiegebiete. Genauso wenig entschuldigen die Unterdrückung und Ohnmacht der palästinensischen Gesellschaft die unheilvollen Selbstmordattentate gegen die israelische Zivilbevölkerung. Auch in bewaffneten Konflikten muss das humanitäre Völkerrecht gelten und ist nicht jedes Mittel erlaubt. Auch darf der Menschenrechtsdiskurs nicht durch politische Opportunitätserwägungen, von welcher Seite auch immer, missbraucht werden.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, erklären unsere Unterstützung für zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die der zunehmenden Verfeindung zwischen Israelis und Palästinensern eine bewusste Zusammenarbeit entgegensetzen. Wir rufen zur Bildung eines zivilen Fonds auf, der Initiativen fördert, die auf Zusammenarbeit setzen und dabei in ihrer alltäglichen Arbeit für die demokratische Ausgestaltung ihrer Gesellschaften streiten.

Exemplarisch stehen dafür die gemeinsamen Projekte der israelischen Physicians for Human Rights mit der Union of Palestinian Medical Relief Committees. Beide betreiben seit mehr als zehn Jahren gemeinsam eine mobile Klinik auf der Westbank. Für die israelischen Ärztinnen und Ärzte haben alle Bewohner Israels und

Palästinas ohne Ansehen ihrer Herkunft und Religion Anspruch auf eine medizinische Grundversorgung. Die Union of Palestinian Medical Relief Committees ist in der medizinischen Versorgung der aktuellen Kriegsopfer engagiert. Ihr Leiter, Dr. Mustafa Barghouti fordert zusammen mit anderen palästinensischen Intellektuellen das Ende der israelischen Besatzung und die Demokratisierung der palästinensischen Gesellschaft.

Die Zusammenarbeit beider versucht nicht nur eine Notversorgung der unter den Gewalthandlungen leidenden Menschen zu gewährleisten, sondern sie ist ein manifester Beweis dafür, dass auch jetzt noch gleichberechtigte und freie Beziehungen zwischen Arabern und Juden möglich sind, die in der scheinbaren Hoffnungslosigkeit von unten "Inseln der Vernunft" schaffen.

Unterzeichen Sie diesen Aufruf mit ihrer Spende für den zivilen Hilfsfond für Israel/Palästina. Das Stichwort dafür lautet: "Israel - Palästina", Kto. 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Zu den etwa 130 Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichnern (Stand 12.6.2002) gehören u.a. Ali Ahmad Sa'îd Esbir Adonis (Dichter, Paris) Heinz Aebi (Landrat/Gemeindepräsident, Nenzlingen), Prof. Richard J. Bernstein (New School for Social Research, New York), Prof. Christina Bicchieri (Universität Pittsburgh), Prof. Micha Brumlik (Leiter des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt am Main), Tsafrir Cohen (Publizist, Berlin), Daniel Cohn-Bendit (MdEP, Frankfurt am Main), Lini Culetto, (Präsidentin "Frauen für den Frieden" Schweiz), Prof. Sara Danius (Universität Uppsala), Prof. Heinrich Detering (Universität Kiel), Prof. Beshara B. Doumani (Universität Berkeley), Prof. Dirk Fabricius (Universität Frankfurt), Prof. Suraiya N. Faroqhi (Universität München), Balthasar Glättli (Gemeinderat, Zürich), Angelika und Thomas von Freyberg-Wolff (Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main), Prof. Joachim Hirsch, (Vorsitzender medico international, Universität Frankfurt/Main)(Leiter des Instituts für Sozialforschung, Universität Frankfurt/Main), Alfred Hrdlicka (Bildhauer, Wien), Prof. Walter Jens (Tübingen), Prof. Stefan Jonsson (Universität Stockholm), Hans Koschnick (Regierender Bürgermeister a.D., Bremen), Dr. Martin Leuenberger (Generalsekretär der Erziehungs- und Kulturdirektion des Kanton Basel-Landschaft, Liestal), Philippe Lévy (Präsident Neuer Israel Fonds Schweiz, Bern), Prof. René Levy (Universität Lausanne), Prof. David McDougall (Australian National University), Heinz Plehn (Internationale der Kriegsdienstgegner/innen, Berlin), Ursula Rosenzweig (Präsidentin Schweiz. Freundeskreis von Givat Haviva, Forch), Dr.med. Adriano Sassi (Präsident der Centrale Sanitairia Suisse CSS della Svizzera Italiana, Cureglia), Alexandra Senfft, Prof. Uta Klein, Christian Sterzing, Jörn Böhme, Tobias Kriener (alle Vorstand des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten, Düsseldorf), Prof. Pedro Cruz Villalon (Universität Sevilla)

Die ständig aktualisierte Liste der UnterzeichnerInnen finden Sie unter www.medico.de

20. "Komisches Gefühl". Drei Jahre nach den NATO-Bomben beginnt in Pancevo das langsame Sterben

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:37

"Immer mehr Leute in der Stadt sterben an Krebs", sagt Ivan Zafirovic fast beiläufig. Der schlaksige junge Mann sitzt in seinem Büro im zweiten Stock des Rathauses von Pancevo und wippt in einem Plastikledersessel. Als einziger Abgeordneter der Grünen Partei im Stadtparlament ist er zuständig für den Umweltschutz. Zafirovic blickt hilflos auf Unterlagen, die sich vor ihm auf dem Tisch stapeln. Es sind Berichte über die ökologischen Folgen der NATO-Bombardements vor drei Jahren. "Heute sterben viel mehr Leute als vor den Bombardements 1999. Aber es ist ein Tabu darüber zu reden", wiederholt er sich.

An 17 Tagen und Nächten trafen im Frühjahr vor drei Jahren Marschflugkörper und Bomben Ziele in der knapp 100.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt. Was Zehntausenden Arbeit und bescheidenen Wohlstand einbrachte, wurde zum Fluch für die BewohnerInnen. Pancevo ist einer der wichtigsten Industriestandorte in Jugoslawien. Hier, nur zwanzig Kilometer die Donau entlang flussabwärts hinter der Zwei-Millionen-Metropole Belgrad, konzentriert sich die petrochemische Industrie des Landes. Benzin, Düngemittel, Kunststoffe, Lacke und Öle stellen die ArbeiterInnen im Industrierevier her.

"Am 24. März 1999 um 20:40 Uhr schlugen die ersten Bomben ein", erinnert sich Ivan Zafirovic. Der 24. März war der erste Tag des Krieges, fünf Tage zuvor waren die Hoffnungen auf eine Verhandlungslösung im Kosovo-Konflikt im Schloss Rambouillet bei Paris gescheitert. "Zuerst trafen die Bomben die Fabrik Lola Utva, dort wurden Kleinflugzeuge für die Landwirtschaft montiert", sagt Zafirovic. Dann, in den folgenden Wochen, trafen die Bomben die Raffinerie, die Düngemittelfabrik Azotara und die Kunststofffabrik Petrohjemija. Immer wieder bis zum letzten Tag des Kriegs am 8. Juni, als ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet wurde und sich die jugoslawische Armee aus dem Kosovo zurückzog.

"Es ist ein Tabu darüber zu reden"

Die Bombenangriffe auf Pancevo wurden akribisch dokumentiert. Schon im Oktober 1999, nur vier Monate nach Ende des Krieges, veröffentlichte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) einen ausführlichen Bericht über die ökologischen Konsequenzen der Bombardements. Die ExpertInnen der Genfer Behörde hatten in den Wochen nach dem Abschluss der Waffenstillstandsvereinbarung Recherchereisen durch Jugoslawien unternommen und mit WissenschaftlerInnen und AugenzeugInnen vor Ort versucht, eine Bestandsaufnahme durchzuführen. Pancevo identifizierten sie neben der Industriestadt Kragujevac als "am schlimmsten" betroffen.

"Es war ein Albtraum", sagt Zafirovic und versucht zu lächeln, denn schließlich ist das alles schon so lange her. "Die Bomben haben große Teile der Tanks getroffen, in denen die Grundstoffe für die Produktion gelagert waren." Insbesondere in der Woche zwischen dem 13. und dem 20. April geriet die Bevölkerung in Panik. In jeder Nacht rasten die Cruise Missiles in das Industriegebiet, das direkt an ein Wohnviertel anschließt. Flammen loderten in den Nachthimmel. Tagsüber blieb es dunkel, weil sich eine gewaltige Rauchwolke über die Stadt wölbte. Erst als es anfing zu regnen, lichtete sich der Himmel. "Auf den Autos, auf den Straßen, überall klebte ein schwarzer schmieriger Schleim", erinnert sich der junge Abgeordnete. "Viele Menschen sind damals aus Pancevo zu Freunden oder Verwandten nach Belgrad oder in andere Städte geflüchtet", erzählt er. "Die Menschen hatten Angst. Viele schwangere Frauen haben abgetrieben, weil sie sich vergiftet vorkamen." Dazu hatten ihnen die Ärzte in den Krankenhäusern geraten.

Die Katastrophe kam unerwartet über die Stadt. Pancevo liegt in der Vojvodina-Region, die Grenze zu Ungarn und Rumänien ist viel näher als Pristina. Von den Auseinandersetzungen im Süden lasen die Menschen nur in der Zeitung. Dass die Fabriken in der Nachbarschaft gefährlich waren, wussten sie allerdings genau. "Die Chemieindustrie war schon immer eine Bedrohung", sagt Zafirovic. "Die Arbeiter hier sterben jung." Beim Aufbau der jugoslawischen Chemieindustrie in den 60er und 70er Jahren spielten Umweltbestimmungen keine wichtige Rolle. Als "Pancevo-Krebs" bezeichneten die Ärzte eine Krankheit, unter der insbesondere die

Arbeiter der PVC-Fabrik Petrohjemija litten, ein Krebs, der die Leber befällt. Verantwortlich dafür machten sie hauptsächlich die Chemikalien Ethylen-Dichlorid (EDC) und Vinyl-Chlorid-Monomer (VCM), die Grundstoffe der PVC-Produktion. Der "Pancevo-Krebs" greift nun weiter um sich, denn es sind gerade diese Chemikalien, die durch die NATO-Bomben in großem Umfang freigesetzt wurden.

Das Umweltlexikon beschreibt die Wirkung von Ethylen-Dichlorid: "Hautreizend, narkotisierend, mutagen und karzinogen" ist der Stoff. Die Vergiftungssymptome bestehen aus "Kopfschmerzen, Übelkeit mit Erbrechen, blutigen Durchfällen, Koliken, tiefer Narkose". Langzeitbelastung verursacht "Depressionen und Magenbeschwerden mit Erbrechen". Es drohen "starke Organschädigungen (Leber, Niere, Blut). Erhöhung der Frühgeburts- und Totgeburtenrate". Auch Vinylchlorid wird als "eindeutig Krebs erzeugender Stoff" ausgewiesen. "Es kann kein medizinisch unbedenklicher Grenzwert festgelegt werden, da jede noch so geringe Konzentration schädigend wirkt", heißt es. Für Arbeitsplätze gilt in Deutschland die Überschreitung einer Konzentration von 3 ppm (ml/m3) als nicht mehr tolerierbar. In Jugoslawien liegt der Grenzwert bei 5 ppm (ml/m3).

Die Messteams des Institutes für Gesundheitsschutz in Pancevo haben am 18. April 1999, die Fabriken brannten lichterloh, an verschiedenen Punkten der Stadt eine VCM-Konzentration gemessen, die den jugoslawischen Grenzwert um das 7.200- bis 10.600fache überschritt. Der Berichte der UNEP nennt weitere Zahlen. In der Plastikfabrik Petrohjemija flossen 2.100 Tonnen des giftigen Ethylen-Dichlorid (EDC) aus. 460 Tonnen Vinyl-Chlorid-Monomer (VCM) verbrannten.

Auch andere toxische Substanzen wirbelten mit den Flammen durch die Luft, versickerten im Boden oder flossen in die Donau. Acht Tonnen Quecksilber wurden in Petrohjemija freigesetzt, ein Schwermetall, das sich in der Nahrungskette anreichert. Und in der neben der Plastikfabrik liegenden Raffinerie verbrannten nach Angaben der Genfer ExpertInnen mindestens 80.000 Tonnen Rohöl und Ölprodukte. Dabei entstanden ebenfalls Krebs erregende polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAH).

"Gesundheitssystem ist pleite"

Nicht alle Substanzen wurden unmittelbar durch die Bombardierungen freigesetzt. Zwei Tage nachdem am 13. April die massive Angriffswelle eingesetzt hatte, entschlossen sich die Geschäftsführer der Kunstdüngerfabrik Azotara, 250 Tonnen flüssiges Ammoniak in einen offenen Kanal zu leiten, der in die Donau führt. Dort setzte anschließend ein Fischsterben ein, aber die Azotara-Manager hatten Schlimmeres befürchtet, wären Bomben in die vollen Tanks gefallen. Tatsächlich wurden die entleerten Tanks einen Tag später getroffen.

"Es war gut, dass die UNEP-Experten so schnell vor Ort waren", meint Ivan Zafirovic. "Wir wissen nun, was damals geschah." Aber seitdem sei so gut wie nichts passiert, um die Bevölkerung zu schützen. Zwar könne man die Vergiftung nicht mehr rückgängig machen, aber heute würden die Bauern auf den Feldern Gemüse produzieren, über die damals der schwarze Regen niederging. Noch nicht einmal verlässliche Statistiken über die Todesfälle gibt es, erklärt Zafirovic. "Das Gesundheitssystem ist pleite und es gibt auch keine Vergleichswerte zu früher."

Roeland Kortas ist Chef des Clean-Up-Programms der UNEP. Mit seinen zehn Mitarbeitern sitzt er in einem Büro im Belgrader Stadtviertel Zemun, dort wo Sava und Donau zusammenfließen, um vereint in Richtung Schwarzes Meer zu fließen. Clean Up ist eigentlich das falsche Wort für Kortas' Arbeit. "Bisher wurden keine Maßnahmen ergriffen, um Wasser und Böden in Pancevo zu entgiften", sagt er. "Wir können uns nur auf die dringendsten Aufgaben konzentrieren." Und diese bestehen momentan beispielsweise darin, einen Abwasserkanal zu sichern, der vom bombardierten Pancevoer Industriegebiet in die Donau führt. In diesem Kanal landeten Tonnen gefährlicher Substanzen, die sich weiter zu verbreiten drohen. "Bei der Bombardierung ist die Kläranlage zerstört worden", erläutert Kortas. An anderen Orten versucht die UNEP ausgelaufene Chemikalien einzusammeln, die Verbreitung von kontaminiertem Grundwasser einzudämmen oder hochgradig vergiftete Böden abzutragen. Es geht darum zu verhindern, dass die Schäden nicht noch größer werden, könnte man den Ansatz der UNEP zusammenfassen.

"Die UNEP hat nach dem Krieg in Jugoslawien 26 Projekte identifiziert, die dringend durchgeführt werden müssten, um das Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung zu reduzieren. Für die Umsetzung benötigen wir 20 Millionen Dollar", sagt Kortas. Bis jetzt seien bei Sammelaktionen in den europäischen Hauptstädten aber nur 11 Millionen zusammengekommen. Deutschland ist mit 870.000 Dollar dabei. Während die NATO-Staaten in

den drei Kriegsmonaten etwa 12 Milliarden Dollar ausgaben, um den Angriff auf Jugoslawien zu führen, scheint nun kein Geld mehr in den Kassen zu sein, um dem Land beim Wiederaufbau zu helfen. "Um wirklich Clean Up durchzuführen, würden wir hunderte von Millionen Dollar benötigen", sagt Kortas. "Aber Umweltschutz ist keine Top-Priorität."

Im Stadtkern von Pancevo sitzen Jugendliche in den Cafes. Straßenverkäuferinnen versuchen eine Zeitung loszuwerden. Lieferwagen biegen um die Ecke. Die Menschen kaufen ein, gehen zur Arbeit oder fahren ins nahe Belgrad, um ins Kino zu gehen. Drei Jahre nach dem Bombardement simulieren die Menschen Normalität. "Die Leute hier versuchen alles zu vergessen", meint Alexandar Weisner. Er ist Mitglied einer Friedensgruppe und hat mit seinen FreundInnen in den vergangenen zehn Jahren den oft aussichtslos scheinenden Kampf gegen Nationalismus und Krieg geführt. Heute versucht er die Menschen auf die Umweltkatastrophe aufmerksam zu machen. Aber die Bevölkerung ist wie gelähmt. "Die Leute haben andere Probleme. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und die Löhne liegen bei 150 Euro im Monat. Alle versuchen irgendwie zu überleben", sagt er.

Niemand scheint ein Interesse zu haben, über die Folgen der Bombardements zu reden. "Die Regierung käme doch unter den Druck der Bevölkerung etwas zu tun", meint Weisner. "Aber es gibt kein Geld", sagt er. Nach Angaben des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic haben die NATO-Bombardements Schäden in Höhe von fünf Milliarden Dollar verursacht. Von den versprochenen großzügigen Hilfeleistungen nach dem Sturz Slobodan Milosevic' sind bisher gerade 500 Millionen Dollar überwiesen worden. Überall ist dringender Investitionsbedarf. Krankenhäuser und Schulen sind in einem erbärmlichen Zustand, die ohnehin niedrigen Löhne können oft nicht ausgezahlt werden.

"Fast jeder kennt jemanden, der krank ist

Auch die internationale Gemeinschaft schweigt lieber. Käme die Zerstörung der Fabriken von Pancevo zur Sprache, müssten viele Fragen beantwortet werden, die man in Brüssel, Berlin oder Washington lieber nicht hören möchte. Warum wurden die Fabriken von Pancevo bombardiert, obwohl dort gar keine Waffen hergestellt wurden? Ging es den NATO-Zielplanern also um die Zerstörung eines wichtigen Industriekomplexes, um die Wirtschaftskraft des Landes zu schwächen? Oder wollten sie nur die Raffinerie zerstören, die immerhin die größte in Jugoslawien war und Treibstoffe herstellte? Warum wurden aber dann die Kunststofffabrik und die Düngemittelfabrik an mehreren aufeinander folgenden Tagen bombardiert? In den Zusatzprotokollen zu den Genfer Konventionen steht, dass "Kriegführung, die ausgedehnte, lang anhaltende oder schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursacht", verboten ist. Warum hat das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag selbst Ermittlungen gegen die NATO-Planer abgelehnt?

Alexandar Weisner weiß es nicht. Doch er weiß etwas anderes: "Fast jeder hier kennt jemanden, der krank ist. Das ist ein komisches Gefühl."

Boris Kanzleiter

21. Gratwanderungen in Kashmir. Krise zwischen Indien und Pakistan ist auch Folge des "Krieges gegen den Terror"

Autor: Lou Marin · Rubrik: Pakistan; Indien; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:46

Eine Million Soldaten stehen sich in der Kashmir-Region an der indisch-pakistanischen Grenze gegenüber. Indien beschuldigt Pakistan der Unterstützung islamistischer Terrorgruppen in der Provinz. Pakistan beschuldigt Indien des Staatsterrorismus gegen die kashmirische Bevölkerung. Beide haben recht. Der seit Jahrzehnten anhaltende Konflikt droht ein weiteres Mal zum Krieg zu eskalieren. Mitverantwortung trägt der US-geführte "Feldzug gegen den Terrorismus", auch wenn US-Vizeaußenminister Richard Armitage in der Region mittels Krisendiplomatie versucht, die Wogen zu glätten.

Die Auseinandersetzungen um die Kashmir-Region haben eine lange Vorgeschichte, die bis zur Teilung des südasiatischen Subkontinents 1947 zurück gehen. Die Parzellierung wurde damals nach heute allzu bekannten und gefürchteten religiös-ethnischen Kriterien durchgeführt: Mehrheitlich von MuslimInnen bewohnte Gebiete sollten Pakistan sein und mehrheitlich von Hindus bewohnte Gebiete wurden Indien zugeschlagen.

Das größte Interesse an der religiös-etnischen Teilung hatten die britischen Kolonialherren. Eine Unabhängigkeit ganz Indiens hätten den Staat nach dem Zweiten Weltkrieg zum mit Abstand bevölkerungsreichsten Land der Erde und sehr schnell zu einer Weltmacht vom heutigen Range Chinas gemacht. Anstatt dessen bekämpfen sich heute zwei Nationalstaaten und setzen alle Ressourcen gegeneinander ein, vier Mal bereits in Kriegen.

Ethnisch-religiöse Teilungsideologie

Der pakistanische Staatsgründer, Mohammad Ali Jinnah, muss als zweite Quelle der Teilung genannt werden. Er konnte durch das britische Teilungskonzept selbst zum Staatsmann aufsteigen. Die interreligiös und säkular orientierten indischen Staatsgründer Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru trifft sicherlich am wenigsten Schuld an der Teilung. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass schon damals viele Aktivisten ihrer Indian National Congress Partei hindu-nationalistisch beeinflusst waren. Sie bildeten eine dritte Quelle der Teilung, denn die Pogrome gegen die jeweils andere religiös-ethnisch Gruppe vor und während der Unabhängigkeit gingen sowohl von nationalistisch-fundamentalistischen Muslim- wie auch Hindu-Gruppen aus.

Die permanente Kriegsdrohung zwischen Indien und Pakistan führt zu einer Radikalisierung auf beiden Seiten. So waren die Pogrome gegen MuslimInnen im indischen Bundesstaat Gujarat im März diesen Jahres auch eine Folge der Drohungen gegen Pakistan, das in Indien mit einem extremistischen Muslim-Staat identifiziert wird. Und die aktuelle Kriegsdrohung wiederum verdeckt die hindu-nationalistische Verantwortung der regierenden Indischen Volkspartei (BJP), die jüngst viele Regionalwahlen verlor und nun durch extremistische Pogrome versucht, ihre letzte Bastion in einem großen Bundesstaat, in Gujarat, zu halten.

Der heutige Bundesstaat Jammu und Kashmir ist der einzige mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit in Indien. Die Ansprüche Pakistans beruhen immer noch auf der ethnisch-religiösen Teilungsideologie der englischen Kolonialmacht. Jammu und Kashmir gehört heute zu Indien, weil 1947 der damalige Maharaja von Kashmir, Hari Singh, trotz der muslimischen Bevölkerungsmehrheit einen Vertrag unterschrieb, der Kashmir an Indien angliederte. Darauf drangen von der pakistanischen Armee ausgerüstete Truppen von Norden her nach Kashmir ein und wollten den Bundesstaat annektieren, wogegen die indische Armee von Süden her nach Kashmir einrückte und die Truppen bis zur noch heute gültigen "Line of Control" zurück schlug.

Der nördliche Teil gehört heute zu Pakistan und wird dort offiziell "Free Pakistan" genannt - auch das ist eine nicht ganz zutreffende Umschreibung der Lage. Nach den Kämpfen von 1947 erklärten sowohl die Vereinten Nationen in einer Resolution als auch der indischen Präsident Nehru, dass die Bevölkerung von Kashmir selbst in einer Abstimmung über ihre Zugehörigkeit entscheiden solle. Dabei ging es aber immer nur um den Anschluss Kashmirs entweder an Indien oder an Pakistan. 1951 fanden indische Bundesstaatswahlen in

Kashmir statt und es gewann der ehemalige Bündnispartner Nehrus, Sheikh Abdullah. Einen Artikel in der indischen Verfassung, der Kashmir einen Sonderstatus zuspricht, legte Abdullah nun in Form einer groß angelegten Autonomie aus: nur Außenpolitik, Verteidigung und Medien sollten der Indischen Union überlassen werden, für alle anderen Bereiche beanspruchte Abdullah Autonomie. Das ging Nehru jedoch zu weit, 1953 verhaftete er Abdullah und 1954 erließ er zwei Gesetze, durch die die Autonomie drastisch eingeschränkt wurde. Von den ursprünglichen Versprechen einer Abstimmung der Bevölkerung war nun keine Rede mehr.

In den folgenden Jahren fanden zwar immer wieder Landtagswahlen statt, denen jedoch regelmäßig der Ruch der Wahlfälschung zu Gunsten der delhi-freundlichen Partei National Conference anhing, so auch 1987, als Farooq Abdullah, der Sohn des vormaligen Sheikh Abdullah, die Wahlen gewann. Als er 1988 die Strompreise erhöhte, entwickelte sich die in der Geschichte Kashmirs einzige bisher deutlich ausmachbare Massenbewegung mit primär sozialen Zielen. Abdullah ließ die Bewegung niederschlagen, worauf immer mehr AktivistInnen zur nun Auftrieb erhaltenden Jammu und Kashmir Liberation Front (JKLF) übergingen und einen Guerillakrieg um ein freies Kashmir führten, das auch das nördliche, pakistanische Kashmir umfassen sollte. Dort residierte ihr Anführer, Amanullah Khan, der allerdings auch pakistanischer Repression ausgesetzt war.

Repression und Islamisierung

Gegen die Guerilla setzte Delhi Militär ein, das sich seither einer Vielzahl dokumentierter Menschenrechtsverletzungen schuldig machte. Eingesetzt wurden meist ortsfremde Hindu-Soldaten, die bald nahezu jede/n MuslimIn als SympathisantInnen der Guerilla oder später der IslamistInnen betrachteten und entsprechend behandelten.

Der permanente militärische Belagerungszustand und die Stationierung von 400.000 indischen Sicherheitskräften - jetzt sind es sogar 600.000 - ließ in den vergangenen Jahren immer mehr Menschen in Kashmir sich von Indien abwenden. Diverse Guerillagruppen gewannen an Zulauf. Pakistan nutzte diese Situation aus, denn an einem unabhängigen Kashmir hat es kein Interesse. Als die pakistanische Regierung, und zwar ganz unabhängig davon, ob sie gerade demokratisch gewählt oder vom Militär dominiert war, damit scheiterte, die JKLF durch Infiltration und Waffenhilfe zu ihrem willigen Instrument zu machen, wandte sie sich 1991 ganz von ihr ab. Statt dessen baute sie über den pakistanischen Geheimdienst ISI mit den Hizb-ul-Mujahidin, Harkat ul Ansar und Al-Faran islamistische Gegenguerillas in Kashmir auf. Deren Kämpfer wurden von Pakistan bewaffnet und ausgebildet, bestanden personell aber noch mehrheitlich aus islamistischen Kashmiris. Sie bekämpften nicht nur die indischen Sicherheitskräfte, sondern auch die JKLF und forderten den Anschluss an Pakistan. Als schließlich die indische Armee militärisch die Oberhand behielt, gab Pakistan gegen Mitte der neunziger Jahre ganz die Zurückhaltung auf und infiltrierte die kashmirischen Guerillas mit Söldnerkämpfern, die aus Pakistan, Afghanistan oder diversen arabischen Staaten stammten.

Heute ist in Kashmir nicht nur jede Unabhängigkeitsbewegung zerschlagen oder islamisiert, auch die ganze Gesellschaft hat sich verändert und konnte dem permanenten Kriegsdruck nicht standhalten. Die muslimische Bevölkerung Kashmirs praktizierte eigentlich einen mystischen Sufi-Glauben, der ähnlich dem Hinduismus mit einem Mentor/Guru funktioniert, auf die täglichen Riten und die zentrale Position der Moschee verzichtet, traditionell tolerant gegenüber religiösen Minderheiten ist und Frauen große Freiheiten einräumt. Die Islamisierung des militärischen Unabhängigkeitskampfes brachte jedoch die Purdah (Absonderung der Frauen von den Räumen der Männer) und die Verschleierung der Frauen mit sich. Die Moschee wurde politisiert und nachdem Parlament und bürgerliche Öffentlichkeit auf Grund der indischen Armeepräsenz immer weniger funktionierten, erlaubten die politischen Freitagsgebete in den Moscheen die einzigen Möglichkeiten der Unmutsäußerung. Der Inhalt wurde aber nun von Islamisten diktiert.

Die islamistischen Guerillas führten Anfang der neunziger Jahre auch Anschläge auf die hinduistische Minderheit im Kashmir-Tal durch, worauf eine Massenevakuierung und -auswanderung der sich nicht mehr sicher fühlenden Hindu-Familien aus dem Kashmir-Tal nach Jammu einsetzte - eine Entwicklung, die der indischen Regierung nicht ungelegen kam und die sie mit einem vorschnellen Evakuierungsplan eher förderte. Danach konnten die Armee-Einheiten um so legitimierter und ungestörter handeln. Die indische Regierungspolitik fing damals selbst an, nach ethnisch-nationalistischen Kategorien Politik zu machen, obwohl damals noch die bürgerliche Kongress-Partei regierte, auf deren Konto schon die Hindu-Muslim-Zusammenstöße 1992/93 gehen, und nicht wie heute die hindu-nationalistische BJP.

1999 haben Indien und Pakistan in Kargil am nördlichen Rand der "Line of Control" einen Grenzkrieg geführt und damit gezeigt, dass sie trotz ihrer jeweiligen Atomtests von 1998 jederzeit zu einem Krieg bereit sind. Ob das Konzept der atomare Abschreckung im Falle Indiens und Pakistans greift, ist durchaus offen. Viele Tendenzen deuten in Richtung Krieg, und daran trägt der Westen erhebliche Verantwortung.

Die USA haben Indien schließlich vorgemacht, wie sie "Terrorismus" bekämpfen, nämlich durch Krieg auf dem Territorium, aus dem die "TerroristInnen" vermeintlich herkommen. Seit 1989 gibt es immer wieder von Pakistan inoffiziell unterstützte islamistische Attentate in Kashmir mit Opferzahlen, die oft den 34 vom jüngsten Anschlag am 14. Mai nahe kommen oder sie sogar übersteigen. Bis zum "Antiterrorkrieg" in Afghanistan hat selbst die indische herrschende Klasse bei diesen Attentaten nie ernsthaft darüber nachgedacht, deswegen einen Krieg mit Pakistan auf dessen Territorium zu inszenieren. Selbst Kargil war ja in indischen Augen ein Verteidigungskrieg.

Der nationale Diskurs der BJP-Regierung und der dominanten Medien in Indien hat mittlerweile Maßstäbe gesetzt, hinter die sie schwerlich zurück können, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn selbst der gemäßigte Premier Atal Behari Vajpayee bereits nach dem Anschlag vom 13.12.01 auf das indischen Parlament in Delhi davon sprach, dass eine Milliarde InderInnen eine Antwort erwarteten, dann schwang dabei auch tatsächlich mit, dass davon ausgegangen wird, Indien habe vier Mal mehr EinwohnerInnen als die USA und daher auch vier Mal so sehr das Recht, einen Krieg gegen den "Terror" nach deren Vorbild zu führen. Die US-Diplomatie wird sich angesichts der jüngsten Krise schwer tun, diese mobilisierende Rhetorik einzudämmen, noch dazu wenn sie immer wieder erklären muss, was sie nicht erklären kann: Dass nämlich die USA etwas dürfen, was Indien wiederum keineswegs zugestanden wird, nämlich Krieg führen wo immer und wann immer sie wollen.

USA Vorbild beim "Krieg gegen Terror"

Der pakistanische Militärherrscher Pervez Musharraf andererseits hat am 12.1.02 fünf islamistische Organisationen in Pakistan verboten und versprochen, die Waffenhilfe für Organisationen in Kashmir einzustellen, ohne seine Ansprüche auf Kashmir aufzugeben. Praktisch hat sich an der Situation jedoch nichts verändert. Anschläge gibt es nach wie vor, und die inoffizielle Unterstützung der TerroristInnen durch Pakistan ist höchst wahrscheinlich.

Indien wiederum wird Kashmir keinesfalls aufgeben. Im öffentlichen Diskurs wird dabei meist ein Argument angeführt, das auch von europäischer Seite nach der Erfahrung Jugoslawiens nicht ganz von der Hand zu weisen ist: Das Dominoprinzip, wonach die Unabhängigkeit eines Bundesstaates eine ganze Kettenreaktion nach sich ziehen könnte. Gerade in Indien ergäben sich da vielerlei Möglichkeiten und ganze Horrorszenarien nationalistischer Gemetzel täten sich auf, ist das Land doch durchzogen von ethnisierten Konflikten.

Lou Marin

Dieser Artikel ist eine vom Autor aktualisierte und von der ak-Redaktion bearbeitete Version eines Artikels aus graswurzelrevolution februar 2002/266.

22. Für ein Ende des Embargos. Internationale Friedensdelegation in den Irak.

Internationale Friedensdelegation war im Irak

Autor: Karin Leukefeld · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:25

Im April reiste ak-Autorin Karin Leukefeld mit einer Delegation in den Irak. Sie berichtet auf den folgenden zwei Seiten über Ziele und TeilnehmerInnen der Delegation, über den Alltag in Bagdad und sprach mit der Umweltexpertin über ökologische und gesundheitliche Langzeitfolgen der zwei Kriege.

Michel Collon ist Journalist und Buchautor aus Belgien. Seit dem 2. Golfkrieg analysiert Collon die imperialistische Kriegsstrategie und die Rolle der Medien. "Mit dem Golfkrieg hat sich mein Leben und meine Arbeit völlig verändert", erzählt er. Seine damalige Zeitung habe ihn eher zufällig für die Berichterstattung über den Golfkrieg abgestellt. Dann habe er "eine große Überraschung" erlebt. Die Informationen der offiziellen Medien und die Nachrichten aus den Arabischen Staaten und von alternativen Quellen seien wie "zwei völlig verschiedene Welten" gewesen, erinnert er sich. Heute schreibt Collon regelmäßig in Solidair, der Wochenzeitung der Arbeiterpartei Belgiens (PVDA), macht Filme und veröffentlicht Bücher. Der kompromisslose Friedensaktivist war im April Leiter der Delegation "Inspektoren des Friedens" in den Irak. Zunächst sei es eine Initiative von SOS Kinder im Irak, einer belgisch-niederländischen Nichtregierungsorganisation gewesen. Dann schloss sich eine weitere belgische NGO an, die Ärzte für die Dritte Welt. Schließlich kam noch eine Gruppe aus Algerien hinzu. Collon war überrascht, "dass so viele Leute sich gemeldet haben, die trotz der Gefahr ihre Solidarität zum Ausdruck bringen und gegen den Krieg ein Zeichen setzen wollten", sagt er. 90 Leute aus siebzehn Ländern starteten in Brüssel. Den weitesten Weg hatte Tony Maturin, ein Quäker aus Neuseeland, hinter sich gebracht. Die meisten kamen aus Belgien, Frankreich und den Niederlanden. Aus Deutschland waren es ganze acht TeilnehmerInnen. In Damaskus wartete schließlich noch eine Gruppe von 30 Algeriern: ProfessorInnen, LehrerInnen, JournalistInnen, KünstlerInnen, ÄrztInnen, StudentInnen. Warum diese Fahrt? Collon zögert nicht lange. "Wir hoffen, dass die Reisenden nach ihrer Rückkehr darüber berichten, was sie gesehen haben. Die Situation ist anders, als es die meisten Medien darstellen. Die Iraker sind genau solche Menschen wie du und ich."

KünstlerInnen scheinen das leichter erkennen zu können als andere. Ende März reiste mit dem bekannten "Theater an der Ruhr" (Mülheim) und seinem streitbaren Leiter Roberto Ciulli zum ersten Mal ein deutsches Ensemble zu einem Gastspiel nach Bagdad. Ein voller Erfolg sei das gewesen, so Ciulli nach seiner Rückkehr. In Bagdad erinnert sich der Choreograph und Tänzer Talat Samawi voller Begeisterung an die Aufführungen der deutschen Truppe und an die intensiven Diskussionen, die man während des Gastspiels gehabt habe. Hunderte KünstlerInnen besuchten Anfang Mai drei große Kunstausstellungen in Bagdad: eine internationale Fotoausstellung, eine Skulpturen- und eine moderne Kunstausstellung. Die IrakerInnen zeigen sich dankbar für diese Besuche, auch wenn dadurch weder der Hunger gestillt, noch die Kinder gerettet werden können, die - vergessen von der Welt - Monat für Monat sterben, weil den ÄrztInnen Medikamente und intakte Geräte fehlen. Immer wieder bedanken sie sich und wünschen - wie paradox - alles Gute. Und dann: "Vielleicht gelingt es ja euch, ein Ende des Embargos zu erreichen."

Tatsächlich aber wird ein neuer Krieg angekündigt. Gemeinsam mit FriedensaktivistInnen verschiedener Länder arbeitet Collon an einer europäischen Vernetzung der Antikriegsfront. Die Aufhebung des UN-Embargos gegen den Irak steht oben auf der Liste.

Anders in Deutschland. Hier werden die laufenden und angekündigten Kriege in der außerparlamentarischen Bewegung kaum reflektiert. Dafür wird erörtert, ob es überhaupt vertretbar sei, in den Irak zu reisen. Man werde doch nur instrumentalisiert. Angesichts der Realität der Menschen dort ist diese Debatte zynisch. JournalistInnen, die berichten, was sie im Irak sehen und hören, wird vorgeworfen, sie machten "billige Propaganda für einen abscheulichen Diktator", wie es kürzlich in einem "Offenen Brief" hieß, der per Internet von der "Initiative für einen demokratischen Irak" vertrieben wurde. Diese Art von Ein- und Aufmischung der genannten Initiative, wobei Argumente durch Denunziation ersetzt werden, verhindert eine starke

Antikriegsbewegung. Wem das nutzt, sehen wir an den Kriegsschauplätzen der "neuen Weltordnung": Kriegstreibern und Kriegsgewinnlern auf allen Seiten.

23. Leben in Bagdad: Krieg, Embargo - und wieder Krieg? Eine Reportage über den Alltag im Irak.

Autor: Karin Leukefeld · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:14

Bis zu 30 Stunden dauert die Fahrt von Amsterdam über Damaskus nach Bagdad. Die strengen UN-Sanktionen gegen den Irak verbieten seit dem 6. August 1990 Direktflüge nach Bagdad. Doch seitdem sich vor zwei Jahren die Beziehungen zwischen Syrien und dem Irak verbesserten, kann man die Grenze zwischen den beiden Ländern wieder passieren. So nimmt man ab Damaskus den Bus oder eins der bequemen, aber teuren Taxis und begibt sich auf die Fahrt über die einsame Wüstenpiste. Ab und zu trifft man auf eine Kolonne Schwerlaster, die im Rahmen des UN-Programms "Öl für Nahrungsmittel" fahren. Beladen geht es in Richtung Irak, leer kommen sie zurück.

Trotz der internationalen Isolation zeigt sich das Leben in der irakischen Hauptstadt laut und farbenfroh. Gehandelt wird mit allem, was man auftreiben kann, auch wenn das Geld knapp ist. Menschenmassen schieben sich über die Märkte und vorbei an kleinen Geschäften. In den frühen Morgenstunden warten Schlangen von Tagelöhnern auf Arbeit. Frauen, eingehüllt in ihre Abaya, einem schwarzen Umhang, der auch den Kopf bedeckt, drängen sich vor den Stadtteilbüros der Baath-Partei. Dort werden die Essensmarken für die vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen rationierten Lebensmittel verteilt. Wenn auch auf niedrigstem Niveau, die Menschen sind versorgt.

Heute leben in Bagdad sieben Millionen Menschen, das ist 1/3 der Gesamtbevölkerung des Irak. Inmitten des allgegenwärtigen Mangels gibt es nagelneue Sachen. Vietnam schickte kürzlich eine Ladung moderner Müllbeseitigungsfahrzeuge, aus China kamen Hunderte von knallroten Doppeldeckerbussen, die sich vollbepackt durch den chaotischen Verkehr schlängeln. Auf den Straßen drängt sich ein Gemisch von Fahrzeugen, die unterschiedlicher nicht sein könnten: von den Eselskarren und den dreirädrigen Schubkarren der Lastenträger über klapprige Fahrräder, rostige und verbeulte Cadillacs aus den 60er-Jahren bis hin zum protzigen Mercedes 320 der S-Klasse.

Das 12-jährige UN-Embargo, die "Belagerung", wie manche es nennen, hat den in den 80er-Jahren hoch entwickelten und reichen Irak in ein Entwicklungsland verwandelt. Die Sanktionen verbieten jeden Handel. Der Staat darf nicht über sein eigenes Geld verfügen. Die Einnahmen aus dem reglementierten Ölverkauf gehen auf ein Sperrkonto, das von der UN kontrolliert wird. Schwarzmarkt und Korruption sind die Folge, eine kleine Schicht von Reichen steht einem Heer von Armen gegenüber. Die Menschen sind müde von der nicht enden wollenden Demütigung ihres Landes. Die neue Generation kennt ein Leben ohne Sanktionen gar nicht. Man hat gelernt, in jeder Lebenslage zu improvisieren und versucht, den kargen, rationierten Speiseplan aufzufrischen. Obst, Gemüse, Fisch müssen dazu gekauft werden, was nicht billig ist. Wer sich das nicht leisten kann, durchwühlt den Abfall der Hotels und Restaurants. Die Mehrheit der IrakerInnen lebt unter entwürdigenden Bedingungen. Glücklich sind die Familien, die einen Angehörigen als Fremdarbeiter im arabischen oder auch europäischen Ausland haben. Deren Geldsendungen lindern die materielle Not.

Zwölfjährige Belagerung

Die ehemals gut situierte irakische Mittelschicht ist völlig zusammengebrochen. Für die Bezahlung der LehrerInnen und ProfessorInnen, der ÄrztInnen in den Krankenhäusern, der Soldaten, Offiziere oder der staatlichen Angestellten, die vor dem Embargo ein sattes Einkommen hatten, reicht das durch illegalen Ölverkauf vorhandene Bargeld nicht aus. Infolge der drastischen Inflation liegt ein Monatslohn für Angestellte heute bei etwas unter sechs US-Dollar oder 12.000 Irakischen Dinar (ID). Ein Liter Trinkwasser kostet 1.000 ID. Vor dem Embargo erhielt ein Lehrer monatlich rund 450 ID, das waren damals 1.350 US-Dollar. Die Menschen sind gezwungen, ihr Hab und Gut zu verkaufen und weitere Jobs anzunehmen. Viele Ärzte arbeiten morgens an den staatlichen Krankenhäusern, wo die Grundversorgung nach wie vor kostenlos ist. Nachmittags und abends arbeiten sie in privaten Praxen und Kliniken, die es früher nicht gab, die heute aber geduldet werden.

Viele junge Menschen verlassen den Irak aus wirtschaftlicher Not, berichtet Bischof Ishlemon Warduni vom Chaldäischen Patriarchat in Bagdad. Das betrifft nicht nur die Mitglieder seiner Gemeinde. Der Staat versucht diese Tendenz zu kontrollieren, indem den ExilarbeiterInnen die Ein- und Ausreise erleichtert wird. Ihre

Geldanweisungen können von den Familien unbürokratisch in Empfang genommen werden. Seit zwei Jahren sucht das Handelsministerium mit den arabischen Nachbarstaaten auf bilateraler Ebene nach einem Ausweg aus der ökonomischen UN-Knebelung. Mit sieben Staaten seien inzwischen Freihandelsabkommen unterzeichnet worden, so Dr. Fakri Rashan, Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen im Irakischen Handelsministerium. Das sind Ägypten, Syrien, Tunesien, Algerien, der Jemen, die Vereinigten Arabischen Emirate und Oman. Anfang Juni kam Katar hinzu; mit dem Libanon wird verhandelt. Die irakische Regierung verfolge damit nicht nur ökonomische Fortschritte, so Dr. Rashan. Durch die Stärkung des gemeinsamen Handels "stärken wir gleichzeitig die freundschaftlichen Beziehungen zu unseren arabischen Nachbarn." Langfristiges Ziel, das auch die Arabische Liga verfolge, sei eine Arabische Wirtschaftsunion.

In Al Mansur, einem ruhigen Bagdader Wohnviertel am Westufer des Tigris, wird auf dem Gelände der ehemaligen Rennbahn eine neue Moschee gebaut. Der Name steht schon fest: Es wird die "Saddam-Hussein-Moschee", deren Fertigstellung für das Jahr 2010 geplant ist. Daneben soll eine islamische Universität entstehen. In der 2001 fertig gestellten Umm El Mahare, der "Moschee der Mutter aller Schlachten", einem architektonischen Kunstwerk inmitten künstlich angelegter Seen, kann man einen Koran besichtigen, der mit 28 Liter des Blutes von Saddam Hussein geschrieben worden sein soll.

Schwarzmarkt und Korruption

Was bringt den Irak, der von der pan-arabischen sozialistischen Baath-Partei immer strikt säkular regiert wurde, in diese islamische Ausrichtung? Man brauche sich keine Sorgen über den "religiösen Trend im Irak" machen, beruhigt der stellvertretende Premierminister Tarik Aziz im Gespräch. Aziz selber ist Christ. "Die gläubigen Christen und Moslems im Irak" seien eine "große Hilfe angesichts des Unrechts", das den Menschen widerfahre. "Es gibt hier keinen blinden, fanatischen Fundamentalismus." Die Religion solle helfen, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des 12-jährigen Embargos aufzufangen, vor allem die Armut und die Korruption, erklärt ein Prediger.

Die staatlich angeordnete "Glaubenskampagne" begann 1998. Neben dem Neubau und der Renovierung von Moscheen gehört dazu auch die Übertragung des Freitagsgebets in Rundfunk und Fernsehen. Sunniten und Schiiten geben, wie auch die christlichen Kirchen im Irak, eigene Zeitschriften heraus. Die schiitischen Moscheen in Samara, Kerbela und Najaf sind wichtiger Treffpunkt der Gläubigen. Dort herrscht am Freitag reges Treiben im Innenhof. Es wird gekocht, gegessen, Tee getrunken und stundenlang miteinander geredet. Ganze Busladungen von Schiiten aus dem Iran reisen selbstverständlich zu ihren heiligen Stätten in den Irak. Die Schäden, die während der Niederschlagung des schiitischen Aufstandes durch die irakische Armee 1991 an den Moscheen in Kerbela entstanden waren, sind inzwischen großzügig behoben. Manchem ist der neu entstehende islamische Prunk zu viel. Doch gleichzeitig gibt es ein unschlagbares Argument für die vielen neu gebauten Moscheen, Schulen, Krankenhäuser, Wohnanlagen und nicht zuletzt Paläste. Die meisten der Neubauten werden gebraucht und es verhilft zehntausenden Arbeitern zumindest zu einer schmalen ökonomischen Absicherung.

Bemerkenswert ist die enorme Veränderung beim Zugang zu neuen Medien. Irak hat seit 1998 ein eigenes Satellitenfernsehen und auch Al Jazera, der respektlose Störenfried unter den arabischen Sendern, ist zu empfangen. Der in Katar ansässige Fernsehsender unterhält in Bagdad ein eigenes Büro, ebenso wie CNN und alle großen Nachrichtenagenturen, die meist mit lokaler Besetzung arbeiten.

28 Liter Saddam-Blut

Rasant auch die Verbreitung des Internet, das allerdings teuer ist. Ein einfacher Arbeiter kann sich einen Computer oder einen Besuch im Internetcafé niemals leisten. Ausländische BesucherInnen, Geschäftsleute und Studierende nutzen das Angebot in den großen Hotels, die teilweise einen eigenen Internet-Service anbieten. Computer aus Taiwan, China und Indonesien sind privat erhältlich, wenn auch mit rund 400 US-Dollar Kaufpreis kaum erschwinglich. Der Staat seinerseits versorgt zunächst Universitäten, Krankenhäuser, Zeitungen und Fernsehstationen sowie die Ministerien mit Computern. Die müssen bezahlt werden, doch gibt es 20% Rabatt. Der irakische Präsident habe persönlich angeordnet, dass jeder Haushalt Zugang zum Internet haben solle, erläutert Nasra Al-Sadoon, die resolute Chefredakteurin der englischsprachigen Irak Daily in Bagdad. Auch ihre Zeitung ist inzwischen online. (1)

Menschen, keine Teufel

"Unser Land steht seit mehr als einem Jahrzehnt unter Sanktionen", sagt Nasra Al-Sadoon. "Sämtliche Kommunikationsanlagen wurden während des Angriffes 1991 zerstört, uns fehlt die notwendige Infrastruktur." Auch wenn es oft technische Probleme gebe, habe man per Internet endlich wieder Zugang zur internationalen Presse. Das Embargo hat auch diesen Kontakt rigoros abgeschnitten. Die irakischen Medien, so Al-Sadoon, werden mehrheitlich "durch die Regierung gefördert", also finanziert, was in einem "Entwicklungsland" nicht unüblich sei. Sie besteht darauf, dass die Redaktionen in der Wahl ihrer Themen unabhängig seien. Einige gewerkschaftliche und religiöse Wochenzeitungen würden auch privat finanziert. Nasra Al-Sadoon hofft auf mehr internationalen Austausch mit JournalistInnen. "Jede Art von Wechselwirkung wäre für beide Seiten gut", sagt sie. Aufgrund der Sanktionen sei die Entwicklung in der Kommunikationstechnologie am Irak vorbeigezogen, "wir hinken hinterher. Uns fehlt dieser Sachverstand, wir brauchen ihn". Inwiefern westliche JournalistInnen profitieren könnten? "Sie können sich selber davon überzeugen, dass die Menschen hier genauso sind wie Sie und ich, keine Teufel."

Währenddessen verbreitet die US-Regierung weiterhin Szenarien für einen Militärschlag gegen den Irak, als sei es selbstverständlich ihr Recht, die irakische Regierung zu beseitigen. "Die USA sprechen über ihr Ziel sehr deutlich", so der stellvertretende Premier Aziz. "Sie wollen die Regierung stürzen. Doch dafür müssen sie mit ihrer Armee einmarschieren, und sie werden um jeden einzelnen Zentimeter in unserem Land kämpfen müssen, von Mann zu Mann. Das ist eine kostspielige Angelegenheit. Sie werden feststellen, dass das nicht geht." Scheinbar ist das auch schon dem Chef der US-Truppen, General Franks, aufgefallen. Vor kurzem riet er Präsident Bush zur Zurückhaltung. Ein Krieg gegen den Irak sei nicht mit dem Feldzug in Afghanistan zu vergleichen. Zumal sämtliche Nachbarstaaten eine Unterstützung dafür ablehnen.

Ob die Bevölkerung tatsächlich "wie ein Mann" hinter Saddam Hussein steht, wie es ein Taxifahrer ausdrückt? Und wenn ja, warum? Aus Angst - oder weil sie ihn bewundern? Von Fassaden und Denkmälern, von Plakaten und Transparenten, von Schlüsselanhängern und Erinnerungsfotos, überall blickt Saddam Hussein einer entgegen. Je mehr er von außen verteufelt wird, desto dichter seine Präsenz, so ein Künstler, der es eher pragmatisch sieht. Jeder kleine Auftrag bringt den arbeitslosen Künstlern ein geringes Einkommen, mit dem die eigene Arbeit dann fortgeführt werden kann. "Sie in Europa sollten nicht von Demokratie sprechen", sagt ein junger Tänzer aufgebracht, der in den nächsten Monaten mit seiner Familie aus Skandinavien wieder in den Irak zurückkehren will. "Wir wissen, dass der Präsident ein Diktator ist, aber wir brauchen ihn, gerade jetzt." Sollte es zu einem Angriff der USA kommen, so ist der Mann überzeugt, werde die Lage sich schlimmer entwickeln als in Afghanistan.

Karin Leukefeld

Anmerkung:

1) www.uruklink.net/iraqdaily

24. Radioaktive Panzerwracks. Alltägliche Umweltkatastrophen im Irak

Autor: Interview: Karin Leukefeld · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:17

Frau Dr. Souad al-Azzawi leitet das Umwelttechnische Institut an der Universität Bagdad. Mit ihr sprach Karin Leukefeld.

ak: Ihr Institut für Umwelttechnik ist mit 20 Studentinnen und Studenten eher klein. Ist das Thema Umwelt nicht aktuell im Irak?

Souad al-Azzawi: Eigentlich ist eher die Verschmutzung unserer Umwelt ein aktuelles Thema. Deshalb untersuchen wir die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden und entwickeln Methoden zur Messung und Kontrolle. Allerdings sind unsere Möglichkeiten sehr begrenzt und das ist für die Studierenden natürlich nicht sehr anziehend. Interessant ist, dass sich viele Frauen für dieses Thema interessieren, früher war das eine reine Männerdomäne. Wir ermuntern Frauen aber auch dazu, dieses Fach zu studieren.

Was sind denn die Hauptprobleme, die der Irak im Bereich der Umwelt hat?

Unsere größten Probleme sind die radioaktive Verseuchung und die Luftverschmutzung in den großen Städten. Schauen Sie sich doch um, unsere Autos sind uralt, die technischen Standards sind völlig unzureichend. Wir haben vorgeschlagen, dass der öffentliche Nahverkehr in den großen Städten wie Bagdad, Basra und Mossul besser ausgebaut wird, aber unsere Möglichkeiten sind sehr begrenzt.

Sie meinen, die UN-Sanktionen behindern Ihre Arbeit?

Ja, natürlich. Früher hatten wir einen sehr guten technologischen Standard, wir hatten Technologie aus Deutschland, aus England, Frankreich. Heute fehlen Ersatzteile; alles, was wir haben, ist hoffnungslos veraltet. Wenn eine Untersuchung normalerweise drei bis sechs Monate dauert, brauchen wir heute zwei Jahre dazu, wenn wir sie überhaupt machen können.

In den vergangenen Jahren herrschte hier in der Region eine große Trockenheit. Wie wirkt sich der Wassermangel aus?

Wenn wir nicht früher so ein gutes Wasserversorgungssystem gehabt hätten, wären die Probleme heute noch gravierender. Die Wasserreglementierung seitens der Türkei (1) hat unsere Schwierigkeiten verschärft. Die Regierung musste die Wasserressourcen in den Stauseen einsetzen, damit überhaupt eine Grundversorgung ermöglicht werden konnte.

Außerdem ist dieses riesige Staudammprojekt der Türkei im Norden mit den 29 Dämmen eine ernste Bedrohung für Euphrat und Tigris. Das sind die wichtigsten Wasseradern im Irak. Keiner der geplanten Dämme entspricht dem Prinzip der Nachhaltigkeit, wie es der UN-Weltgipfel festgelegt hat. Der Wassermangel wirkt sich auf die gesamte Spezies aus, schon jetzt sind hunderte Arten verschwunden. Auch die Dattelpalmenwälder sind betroffen, und natürlich ist auch die Wasserqualität betroffen; wir können nicht alle Menschen mit sauberem Wasser versorgen.

Die Probleme im Südirak sind aber doch auch auf die Folgen der zwei Kriege zurückzuführen?

Ja, die Kriegsschäden sind groß. Und wir haben nicht die Mittel, sie angemessen zu beseitigen. Besonders die Folgen der radioaktiven DU-Munition belasten die Natur und die Menschen.

Gibt es einen Bericht der Weltgesundheitsbehörde darüber?

Wir kennen die Schäden, reicht das nicht? Die Vereinten Nationen werden von den USA kontrolliert, wir haben den Eindruck, ihnen ist das alles egal. Außerdem ist es für sie natürlich auch ein sehr kritisches Thema, denn sie haben selber Veteranen, die von der DU-Munition betroffen sind und krank wurden. Wenn die USA und ihre Verbündeten zugeben würden, dass es dieses Problem im Irak gibt, müssten sie ihre vielen kranken Soldaten auch entschädigen. Aber sie haben ja nicht einmal ihre eigenen Soldaten darüber informiert, was für Waffen sie einsetzen. Ich glaube nicht, dass sie es jemals zugeben werden.

Zu welchen Ergebnissen sind Sie denn bei Ihren Untersuchungen im Südirak gekommen?

Wir haben bisher zwölf Untersuchungen in verschiedenen Gebieten durchgeführt, wo diese Waffen in großem Umfang eingesetzt wurden. Im Südirak wurden rund 1 Millionen Patronen und Projektile eingesetzt und zwar besonders während der Phase, in der sich die irakische Armee aus Kuwait zurückzog. Die Verseuchung betrifft nicht nur den Südirak, sondern genauso Kuwait und Saudi-Arabien.

Wir haben Luftmessungen vorgenommen, Bodenproben gemacht, das Wasser geprüft, die Vegetation. Dabei fanden wir verschiedene Radioisotope, die auf DU zurückgeführt werden müssen. In der Provinz Basra haben wir die höchste Dosis festgestellt. Anhand von Fallstudien haben wir die Verseuchung der Menschen in Basra und bei irakischen Soldaten gemessen. Sie wurden einerseits bei den Kämpfen selbst kontaminiert, aber später auch durch das Einatmen der verseuchten Luft und durch verseuchtes Essen. Außerdem haben Sandstürme die DU-Partikel weit verbreitet. Die radioaktive Belastung, die wir für die ersten sechs Monate des Jahres 1991 errechnet haben, liegt gut das 200fache höher als eine normale Jahresdosis. Nach unseren Berechnungen waren in al-Basra 44% der Bevölkerung dieser viel höheren radioaktiven Dosis ausgesetzt. Damals haben wir gesagt, nach acht bis zehn Jahren wird die Zahl der Krebserkrankungen und Missbildungen massiv ansteigen. Und genau das geschieht jetzt. Die Krebserkrankungen haben sich vervielfacht. Wir gehen außerdem davon aus, dass die eingesetzten Soldaten der Alliierten sehr stark verseucht sind, denn sie standen genau in der Windrichtung. 80% des Windes in dem Gebiet weht von Nordwesten nach Südosten, nach Saudi-Arabien, Kuwait und in den Golf. Noch heute geht die Hauptquelle der radioaktiven Verseuchung von den Panzerwracks aus, die nicht entsorgt werden können.

Welche Konsequenzen zog die irakische Regierung aus diesen Untersuchungen?

Sie kann nicht viel tun. Immerhin wurden die Panzerwracks von den Orten entfernt, wo sich Kinder aufhalten und wo Tiere grasen. Und die Bevölkerung wurde informiert.

Was würden Sie als erstes tun, wenn die Sanktionen morgen beendet wären?

Ich würde als erstes zwei, drei gute Labors für unser Institut anschaffen. Ja, was soll ich sagen: Wir können essen und trinken und manchmal gehen wir auch aus. Das kann nicht jedeR, unsere Situation als WissenschaftlerInnen ist privilegiert. Was uns aber fehlt, sind gute wissenschaftliche Bedingungen; zum Beispiel auch die Möglichkeit, internationale Konferenzen zu besuchen und an den Informationen dort teilzuhaben. Ja, es wäre schön, mal wieder rauszukommen, andere Leute zu treffen und uns über unsere Untersuchungen mit anderen WissenschaftlerInnen austauschen zu können.

Anmerkung:

1) Die Planung des Südostanatolienprojektes (GAP) im Südosten der Türkei umfasst mit sechs Provinzen gut 10% der türkischen Staatsfläche. Euphrat und Tigris samt ihren Nebenflüssen sollen mit 22 Dämmen aufgestaut werden. Neunzehn Wasserkraftwerke sollen entstehen. Beide Flüsse sind Hauptwasserspender für Syrien und Irak. Allein im Jahr 2000 drosselte die Türkei entgegen anderslautender Abkommen mit Syrien und Irak die Durchflussmenge drastisch und begründete dies mit der großen Trockenheit.

25. "Der Galizier ist der Neger Spaniens." Zwischen Stillstand und Aufbruch in Galizien

Autor: Gaston Kirsche · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:32

Das muss schon ein merkwürdiges Völkchen sein. In Spanien gelten sie als die Ostfriesen des Landes. In Lateinamerika allerdings werden alle Spanier nach ihnen benannt: Gallegos. Die BewohnerInnen des Nordwestens der Iberischen Halbinsel bewegen sich also nicht nur klimatisch in Extremen. Ein bisschen Selbstbewusstsein kann da nicht schaden, haben sich vor diesem Hintergrund die galizischen NationalistInnen gedacht und sind seit Jahrzehnten damit erfolgreich.

Das Logo des Nationalistischen Galizisches Blocks (BNG) besteht aus der galizischen Fahne, die ein roter Stern ziert. Seit seiner Gründung 1982 ist das Wahlbündnis die zweitstärkste politische Kraft in Galizien. Auch bei den letzten Wahlen zum Regionalparlament im vergangenen Oktober erreichte das Bündnis mit 23 Prozent wieder das zweitbeste Ergebnis. Allerdings musste der BNG zum ersten Mal einen leichten Stimmenrückgang um 2 Prozent hinnehmen. Die absolute Mehrheit erhielt die spanische Volkspartei (PP), deren Spitzenkandidat Manuel Fraga seit 13 Jahren in Galizien regiert. Die lokalen SozialdemokratInnen der PSOE lagen mit 21,9 Prozent an dritter Stelle hinter den LinksnationalistInnen.

Der BNG regiert in vielen größeren Städten Galiziens, darunter in Ferrol, Pontevedra und Vigo. Zwar ist die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit in Galizien nicht sehr populär, doch die LinksnationalistInnen werden vor allem als linke, reformistische Alternative gewählt, die gute Kommunalpolitik macht und zudem den Vorteil besitzt, nicht mit den politischen Eliten Spaniens verbunden zu sein. Die galizische NationalistInnen beziehen sich wie die BaskInnen und KatalanInnen darauf, eine der - wie es in der Verfassung von 1978 heißt - historischen Nationen Spaniens zu vertreten, die sich auf eine eigene Sprache und eine frühere Autonomie berufen können. Das Gallego, das während der Franco-Diktatur bis 1976 verboten war, ist ebenso wie das Euskara und das Catala heute als regionale Amtssprache neben dem Spanischen anerkannt. Im Gegensatz zum Baskenland und Katalonien gehört Galizien jedoch zu den ärmsten Regionen Spaniens. Während die baskischen und katalanischen Industrieregionen viele Einwanderer aus Südspanien anzogen, müssen viele GalizierInnen auswandern, um einen Job zu finden. Etwa 2,8 Millionen Menschen leben derzeit in Galizien, ebenso viele haben im vergangenen Jahrhundert die Region verlassen. Im letzten Jahrzehnt wanderte alleine 140.000 Jugendliche aus Galizien ab. "Die größte Stadt Galiziens scheint immer noch Buenos Aires zu sein. Der größte Friedhof Galiziens ist der Cristóbal Colón in La Habana", wie Manuel Rivas in seinem Essay "Galicia: contada a un Extraterrestre" ("Galizien, an einen Außerirdischen erzählt") schreibt.

In der Küstenregion Galizien hängt das Bruttoinlandsprodukt zu knapp 30 Prozent von den seit Jahrzehnten sinkenden Fischfangerträgen ab. Immer noch sind die Fischkonservenfabriken die größten Betriebe in der Region. Der agrarindustriell betriebenen Milch- und Fleischwirtschaft steht eine große Zahl von kleinbäuerlichen Betrieben gegenüber. Jede zweite Stelle ging im letzten Jahrzehnt in der Landwirtschaft verloren. Ein Fünftel der Bevölkerung lebt unter der offiziellen Armutsgrenze, und die Arbeitslosenquote liegt mit 18 Prozent weit über dem spanischen Durchschnitt.

Buenos Aires - die größte Stadt Galiziens

Bezeichnend für die sozioökonomische Situation in Galizien ist auch eine Studie der katalanischen Bank La Caixa, nach der die Region nach der EU-Ost-Erweiterung weiterhin mit Strukturfördermitteln der Gemeinschaft rechnen kann. Zwar wird durch die mitteleuropäischen Beitrittskandidaten der Durchschnitt des EU-Bruttoinlandsproduktes nach unten gehen und viele westeuropäische Regionen wie die Ex-DDR werden dadurch aus der Förderung herausfallen, aber Galizien dürfte wohl auch weiterhin bei weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts liegen. Denn statt Hightech-Produkten mit einer hohen Wertschöpfung werden von dort hauptsächlich Miesmuscheln exportiert - diesen Weltmarkt beherrscht Galizien zur Hälfte. Auch noch aus einem anderen Wirtschaftsbereich sind Erfolge zu vermelden. Seit 1991 wuchs die Textilbranche um 1.000 Prozent. Der Boom basiert jedoch vor allem auf dem niedrigen Lohnniveau und den prekären Arbeitsbedingungen in Hunderten von kleinen Zulieferbetrieben in der Region und weniger auf den Designerbüros der in ganz Spanien präsenten Ladenkette Zara, wie immer wieder behauptet wird.

Unterstützt wird der Boom in der Textilindustrie von der konservativen Regionalregierung, die die Designerbüros mit günstigen Krediten bedient. Dabei verfolgt sie allerdings auch ganz eigennützige Ziele. Fast 90 Prozent ihrer Investitionen gehen in meist ländliche Gemeinden mit konservativen Bürgermeistern. Die größeren Städte Galiziens gingen hingegen leer aus, werden sie doch fast ausnahmslos von SozialdemokratInnen oder LinksnationalistInnen regiert. Klientelbeziehungen spielen angesichts knapper Ressourcen eben eine große Rolle. Neben dem in Galizien dominierenden erzkonservativen Dorfleben ist nur das urbane Milieu linksnational bis sozialdemokratisch geprägt. Frauen sind in der Politik kaum vertreten - nur vier Prozent der Bürgermeister sind weiblich, der Frauenanteil im Regionalparlament ist der niedrigste in ganz Spanien. Der Kult um den heiligen Jakob, dessen Grab in der Krypta der Kathedrale von Santiago de Compostela liegt, nimmt seit einigen Jahren mit der Wirtschaftskrise sogar wieder zu.

Die wirtschaftlichen Probleme der Region sind ein willkommenes Agitationsfeld für die galizischen Nationalisten, unter ihnen die Union des galizischen Volkes (UPG). Die Partei wurde 1964 während der Franco-Diktatur als "patriotische kommunistische Partei" gegründet, um "die Interessen der arbeitenden Klassen unserer Nation zu verteidigen". Bis heute geht die UPG davon aus, dass Galizien politisch und wirtschaftlich eine vom spanischen Nationalstaat ausgebeutete Nation ist. Die UPG ist die organisatorisch bei weitem stärkste Partei im Wahlbündnis BNG.

Als es 1987 zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb des BNG um die Unterstützung der Wahlkandidatur der baskischen Herri Batasuna für das Europaparlament kam, war es vor allem die UPG, die dagegen opponierte. Später setzte sie dann eine deutliche Abgrenzung von Herri Batasuna durch und sorgte dafür, dass dem Konzepte des bewaffneten Kampfes durch die galizischen NationalistInnen eine Absage erteilt wurde. "Ausschließlich für die Interessen Galiziens wollen wir fortschreiten im Prozess der Verwandlung seines nationalen Bewusstseins," formulierte Francisco Rodríguez, einer der drei Abgeordneten des BNG im spanischen Parlament und Mitglied der UPG, damals. Dafür sei auch eine Mitarbeit in allen Institutionen erforderlich. Während Herri Batasuna ihre parlamentarischen Aktivitäten oberhalb der kommunalen Ebene weitgehend auf Propaganda beschränkt, arbeitet der BNG auch im spanischen Parlament mit.

Konservativ, katholisch, klientelistisch

Mehrmals seit der Gründung des BNG 1982 spalteten sich militante LinksnationalistInnen ab. Daraus entstanden Gruppen wie die Volksfront. Am 26. Juli vergangenen Jahres, dem alljährlichen "Tag des Vaterlandes", konnte die Volksfront allerdings nur einige Hundert DemonstrantInnen "Für Unabhängigkeit und Sozialismus" mobilisieren, darunter eine Delegation der baskischen Batasuna. In der folgenden Nacht attackierten dann einige militante Jugendliche Geldautomaten in Santiago de Compostela mit Molotow-Cocktails, ein aus dem baskischen Straßenkampf übernommenes Ritual.

Bei der Demonstration des BNG sah es allerdings anders aus. An ihr nahmen mehrere Tausend Leute teil. Der nationale Sprecher des BNG, Xosé Manuel Beiras, nutzte die Gelegenheit, um den Anti-Terrorismus-Pakt der beiden großen spanischen Parteien PP und PSOE vehement zu kritisieren: "Unter dem Vorwand eines vermeintlich antiterroristischen Paktes konstituieren sie eine nationale spanische Front für eine erbarmungslose xenophobe und sektiererische Offensive gegen alle emanzipatorischen Nationalismen in der Art einer Neuauflage der ‚nationalen Bewegung` aus früheren Zeiten". Eine deutliche Anspielung auf die faschistische Falange des Generalisissimus Francisco Franco.

Beiras ist Mitglied einer kleinen sozialdemokratischen Partei im BNG. Die Nationalistische Linke (EN) lehnt im Gegensatz zur UPG eine Unabhängigkeit Galiziens ab. Bei vielen anderen Forderungen aber herrscht Einigkeit. Alle Parteien im BNG verlangen von der Zentralregierung eine stärkere Förderung des Gallego als Alltags- und Amtssprache, die Abtretung politischer Kompetenzen an die Region und eine weit reichende Selbstregierung. Soziale Konflikte beurteilen die Nationalisten meistens nach nationalen Kriterien. So erklärte Beiras, "dass die spanische Regierung Brigaden der Zerstörung in die Region schickt, die getarnt sind mit Uniformen der Xunta," wie die Regionalregierung auf galizisch heißt, "um unsere strategischen produktiven Sektoren zu sprengen." Tatsächlich hatte die von der Regierung in Madrid beschlossene "Modernisierung" vor allem die Konsequenz, dass die Werften und die meisten ehemaligen staatlichen Industriebetriebe geschlossen wurden.

Diese Umstrukturierung war aber eine Auswirkung des spanischen EU-Beitritts von 1986, in dessen Folge Subventionen und Staatsbetriebe abgebaut werden mussten. Selbst eine direkte galizische Vertretung in der EU-Kommission hätte an dieser Entwicklung wenig ändern können. Dennoch fordern alle RegionalistInnen in Spanien derzeit eine Beteiligung an den spanischen Delegationen in den EU-Institutionen. Und auch der BNG verlangt eine direkte Vertretung bei der EU, um als Region bei den Verteilungskriterien für EU-Fördermittel oder bei Verträgen über Fischfangquoten mitentscheiden zu können.

Im April stellte der BNG auf seiner 10. Vollversammlung fest, dass "sich die sozioökonomische Situation in Galizien während der mehr als 20 Jahre bestehenden Autonomie und besonders in der Zeit, in der die PP regiert habe, nicht verbessert hat". Die Ursache liegt nach Meinung der RegionalistInnen darin, dass "die galizische PP Galizien nicht als eine historische Nationalität verteidigt, sondern sich den Interessen der Staatsregierung untergeordnet" habe. Der BNG will deshalb die Autonomierechte weiter ausbauen. Von sozialem Widerstand ist nur insofern die Rede, als die galizische Gesellschaft gestärkt werden soll. "Die positiven Potenziale der galizischen Gesellschaft ermöglichen dem BNG an erster Stelle ein Projekt der Nation, begründet auf den Werten, welche in der galizischen Gesellschaft existieren."

Fraga - immer für eine Überraschung gut

Der BNG will in Zukunft verstärkt auf eine Mitarbeit in den Institutionen setzen und die Fundamentalopposition gegenüber der PP aufgeben. Hintergrund dieses Kurswechsels dürfte sein, dass die galizischen NationalistInnen - gegen den Widerstand der kommunistischen UPG - nun auch verstärkt um WählerInnen der PP konkurrieren wollen. Auch die Volkspartei gibt sich den Linksnationalisten gegenüber mittlerweile aufgeschlossener. Der ultrakonservative Fraga, ein absoluter Gegner einer Unabhängigkeit Galiziens, erklärte Ende April, er sei zu Treffen mit PolitikerInnen des BNG bereit, schließlich wolle er vor allem den Separatismus und den Kommunismus bekämpfen. Mit den gemäßigten NationalistInnen, die auf dem Boden der spanischen Verfassung stünden, würde er hingegen sprechen. Mittlerweile kokettiert Fraga sogar damit, die Idee einer eigenen Vertretung für Galizien in der EU zu übernehmen. Auf dem letzten Kongress der galizischen PP hielt ein Neffe von Fraga jedenfalls ein entsprechendes Referat mit dem Titel: "Galizismus im 21. Jahrhundert".

Fraga scheint erkannt zu haben, dass er den Regionalismus nicht der Linken zu überlassen braucht. Damit beweist er erneut die politische Beweglichkeit seiner Person. Unter Franco war er bereits sieben Jahre lang Informationsminister, in dieser Funktion hatte er 1968 die regimekritische Zeitung Revista de Economía de Galicia verboten. Der Redaktionsleiter dieser Zeitschrift war Xosé Manuel Beiras.

Gaston Kirsche

(gruppe demontage)

*) Zitiert nach M. Rivas

26. Eine Justiz im Exil. Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen in Guatemala. Kampf gegen Straflosigkeit in Lateinamerika

Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen in Guatemala Kampf gegen die Straflosigkeit in Lateinamerika - Teil 4

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:33

Kampf gegen die Straflosigkeit in Lateinamerika - Teil 4

Nachdem ak-Autor Knut Rauchfuss über den Prozess der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen in Chile, Argentinien und Peru berichtet hat (ak 458, 459 und 460), beschreibt er im vierten Teil dieser Artikelreihe die schwierigen Bedingungen, unter denen Menschenrechtsorganisationen und Wahrheitskommission in Guatemala um Aufklärung und Verurteilung der unzähligen Verbrechen kämpfen, die vor allem von staatlichen Organen verübt worden sind.

Einer der Hauptfaktoren für die vielen Menschenrechtsverletzungen ist die Straflosigkeit der Täter", bekräftigte Comandante Gaspar Ilom anlässlich der Unterzeichnung des Menschenrechtsabkommens von 1994, das zwei Jahre später in einen Friedensvertrag zwischen Regierung und dem guatemaltekischen Guerillaverband URNG mündete. "Deshalb muss Straflosigkeit unterbunden werden."

Bei den 1990 aufgenommenen Verhandlungen hatten Regierung und Guerilla zunächst ein Rahmenabkommen und später zehn Teilabkommen mit mehr als 300 Einzelvereinbarungen abgeschlossen, die Grundlage des endgültigen Friedensvertrages wurden. Neben Abkommen zu sozialen und ökonomischen Fragen, zu kulturellen Rechten der indigenen Bevölkerung und der Rückkehr der Flüchtlinge, beschäftigten sich vier Teilverträge mit Menschenrechtsfragen, Entmilitarisierung und Demokratisierung des Landes. Die Regierung verpflichtete sich, Todesschwadronen zu demobilisieren, und garantierte Reformen zum Umbau der Justiz.

Bischof Gerardi: erschlagen

Fast sechs Jahre später versinkt Guatemala erneut in Rechtlosigkeit und Terror. JournalistInnen, Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und Justizangehörige stehen ebenso wie Gewerkschaftsleute, AktivistInnen linker Parteien und Basisorganisationen wieder auf den Abschusslisten von Todesschwadronen. Doch allen Drohungen und Attentaten zum Trotz wird der Kampf gegen die Straflosigkeit unermüdlich fortgesetzt.

Im Sommer 1997 nahm die guatemaltekische Wahrheitskommission (CEH) ihre Arbeit auf. Ihr waren von Beginn an enge Grenzen gesetzt, denn ein halbes Jahr zuvor hatte das Parlament eine Generalamnestie für alle "im Zuge des Konflikts" begangenen Menschenrechtsverletzungen erlassen. Zugleich war es der CEH untersagt, in ihrem Bericht Verantwortliche namentlich zu benennen, und der Bericht selbst darf nicht als Beweismaterial in Strafverfahren genutzt werden.

Dennoch verstand es die CEH, die verbliebenen Spielräume maximal zu nutzen. Es gelang ihr, die Verbrechen als Verstöße gegen internationale Abkommen zu definieren, so dass sie nicht länger unter das Amnestiegesetz fielen. So wurden z. B. die Verbrechen an der indigenen Bevölkerung erstmals eindeutig als Völkermord klassifiziert. Völkermord und Folter werden nicht durch die Amnestie gedeckt.

Der Bericht beziffert die Zahl der Ermordeten und der "Verschwundenen" zwischen 1962 und 1996 auf mehr als 200.000 und dokumentiert 669 Massaker, von denen 626 durch Staatsorgane verübt wurden. Die detaillierte Dokumentation von Zeit- und Ortsangaben sowie die Benennung von verantwortlichen Institutionen erlaubt den mühelosen Rückschluss auf die Namen der Täter, obgleich der Bericht diese nicht explizit nennt.

Darüber hinaus analysierte die CEH die gesellschaftlichen Ursachen, die zum Ausbruch des Bürgerkrieges geführt haben, einschließlich ihrer sozioökonomischen Faktoren, und leitete daraus Empfehlungen für eine gesellschaftliche Umgestaltung ab, die für eine langfristige Demokratisierung des Landes unerlässlich ist. Die von der CEH empfohlenen Maßnahmen umfassen in sechs Paketen das Gedenken an die Opfer, die

Entschädigungsfrage, die Schaffung einer Kultur des gegenseitigen Respekts und der Achtung der Menschenrechte, den Demokratisierungsprozess, die Förderung des Friedens und die Etablierung einer Überwachungskommission zur Umsetzung der insgesamt 84 Empfehlungen. Zu diesen zählen u.a. einschneidende Beschränkungen staatlicher und militärischer Macht, wie die Auflösung des militärischen Geheimdienstes und des Generalstabs des Präsidenten, die Beschränkung militärischer Aufgaben auf die Landesverteidigung, die Trennung von Armee und Polizei und die Einführung eines Zivildienstes. Guatemala solle als multiethnische Nation die Rechte der indigenen Bevölkerung garantieren und Rassismus über strukturelle Reformen im Rechts- und Bildungssystem bekämpfen.

Aber nicht nur die CEH arbeitete an der Aufklärung der Verbrechen. Bereits 1995 hatte das Menschenrechtsbüro der katholischen Kirche das Projekt zur Wiedergewinnung der historischen Erinnerung REHMI begonnen. REHMI steht für eine Wahrheitssuche "von unten", die neben der Beweisaufnahme auch das kollektive Gedächtnis in den ländlichen Gemeinden zu stärken sucht, Forderungen der Opfer aufgreift und Namen von Tätern nennt.

Zwei Tage, nachdem Bischof Gerardi den Abschlussbericht von REHMI öffentlich vorgestellt hatte, wurde er am 26. April 1998 erschlagen. Die Untersuchung des Mordes wie auch der nachfolgende Prozess gegen die Täter zeigen, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit für MenschenrechtlerInnen heute abermals zum Kampf auf Leben und Tod geworden ist.

So präsentierte das Innenministerium vier Tage nach dem Mord zunächst einen 24-jährigen Alkoholiker als verdächtigen Einzeltäter. Dieser sei bei der Tat beobachtet worden. Wer dies einen politischen Mord nenne, so Innenminister Mendoza, verbreite unbegründete Spekulationen. Doch selbst PolizeiexpertInnen meldeten Zweifel an. Nicht zuletzt hatte der Verdächtige ein Alibi für die Tatnacht. Trotzdem wurde er für drei Monate in Haft gehalten. Als schließlich erste Spuren für eine Tatbeteiligung des Priesters Mario Orantes sprachen, wurden ein Mord aus Eifersucht konstruiert und Gerüchte über eine gemeinsame Geliebte bzw. eine homosexuelle Beziehung zwischen den Priestern in die Öffentlichkeit lanciert.

Staatsanwalt und Richterin: geflohen

Das Menschenrechtsbüro des Erzbistums glaubte an einen politisch motivierten Mord und ermittelte selbst. Die Spur führte zu zwei weiteren möglichen Tatbeteiligten: zu dem ehemaligen Oberst Disrael Lima Estrada und zu seinem Sohn Byron Lima Oliva, Mitglied der Präsidentengarde. Gegen beide wurde jedoch mehr als anderthalb Jahre lang keine Anklage erhoben. Der Anwalt der Militärs lenkte die Verdächtigungen gegen den Schatzkanzler des Erzbistums. Andere "Ermittlungen" bezichtigten den Direktor des Menschenrechtsbüros als Drahtzieher. Ein knappes Jahr verstrich, ohne dass der amtierende Untersuchungsrichter Beweise vorgelegt hätte. Auf Drängen des Erzbischofs wurde er abgelöst und Richter Henry Monroy mit dem Fall beauftragt.

Monroy entließ die Untersuchungshäftlinge. Ein Taxifahrer hatte ausgesagt, er habe am Tatort ein Militärfahrzeug beobachtet. Nach einer Serie von Morddrohungen flüchteten Zeuge und Untersuchungsrichter nach Kanada ins Exil. Ihnen folgte ein weiterer Zeuge, ein Unteroffizier, der in einem Club des Generalstabs erfahren hatte, dass vier Personen unter der Leitung des Sicherheitschefs in der Tatnacht die Residenz Gerardis überwacht hätten. Staatsanwalt Otto Ardon schickte Blutproben verdächtiger Offiziere an Speziallabors des FBI, welches einige der Proben der Tat zuordnete. Danach musste auch Ardon fliehen. Viele andere Prozessbeteiligte berichteten von Drohungen und ergriffen die Flucht. Neun Augenzeugen des Verbrechens bezahlten ihre Aussage mit dem Leben.

Ardons Nachfolger Celvin Galindo trug weitere Beweise zusammen und erhob im September 1999 Anklage. Einen Monat später erhielt er, nach Todesdrohungen gegen seine Kinder, in Deutschland politisches Asyl. Im Haus der dann vorsitzenden Richterin Yasmín Barrios explodierte eine Granate. Barrios - zugleich auch Vorsitzende des Verfassungsgerichtes - erhielt weitere Drohungen und wurde von einem Militärhubschrauber verfolgt, bis sie schließlich kurz vor der Urteilsverkündung das Land verließ.

Am 8. Juni 2001 verkündete ihr Nachfolger schließlich unter massiven Todesdrohungen das Urteil. Das Gericht befand einstimmig drei hohe Militärs für schuldig, an dem Mordkomplott beteiligt gewesen zu sein: neben jenen Militärs, auf deren Spur die Ermittlungen des Menschenrechtsbüros geführt hatten, auch den ehemaligen Geheimdienstler Obdulio Villanueva.

Sie wurden zu 30 Jahren Haft verurteilt. 20 Jahre erhielt der Priester Orantes wegen Komplizenschaft. Die Urteile schlossen einen Straferlass explizit aus, betonten ausdrücklich politische Motive als Beweggründe für den Mord und ordneten die zusätzliche Eröffnung eines Prozesses gegen dreizehn weitere mutmaßlich Tatbeteiligte an, unter ihnen auch der Chef der Präsidentengarde, die in der Urteilsbegründung als Institution für den Mord verantwortlich gemacht wird. Die Richter stützten sich dabei auf Aussagen, die der geständige Byron Lima Oliva im Prozess gemacht hatte. Dieser hatte erklärt: "Das war kein persönliches Verbrechen. Es geht um ein Problem des Generalstabs des Präsidenten und des nationalen Heeres."

Menschenrechts-Büros: überfallen

Mit dem Mord an Gerardi begann eine bis heute andauernde Kette von Übergriffen. Amnesty International (AI) zählte 81 Drohungen gegen Justizangehörige alleine in der ersten Hälfte des Jahres 2000. Im Folgejahr wurden acht AnwältInnen, RichterInnen und ZeugInnen ermordet und mehrere Büros von Menschenrechtsorganisationen überfallen. Der Entführungsversuch an einer Berichterstatterin von AI scheiterte. Unmittelbar nach dem Mord an Gerardi warfen Unbekannte Handgranaten in die Wohnung eines Journalisten, der über ein Massaker der Armee aus dem Jahr 1995 recherchiert hatte, und in das Haus von Miguel Angel Albizúrez, der zum Präsidium der Allianz gegen die Straffreiheit gehört. Julio Arango, der staatliche Menschenrechtsbeauftragte, erhielt in diesen Tagen mindestens 40 telefonische Todesdrohungen. Roberto González, der stellvertretende Generalsekretär der linken Oppositionspartei "Demokratische Front Neues Guatemala" (FDNG), wurde von einer Gruppe schwerbewaffneter Männer auf offener Straße erschossen. Auch Jorge Soto, Generalsekretär der URNG, berichtete von massiven Drohungen gegen VertreterInnen der ehemaligen Guerilla-Organisation.

Nach Angaben der UN-Verifikationsmission für Menschenrechte in Guatemala (MINUGUA) wurden seit Unterzeichnung des Friedensabkommens 215 Menschen ermordet, die meisten von ihnen nach April 1998. Nur in 3% der Fälle verhafteten die Behörden Tatverdächtige.

Gleichzeitig versuchen Menschenrechtsorganisationen in Guatemala selbst, weitere Verbrechen zur Anklage zu bringen. Überlebende von Massakern erhoben im Mai 2000 Klage gegen den ehemaligen Diktator Lucas García (1981-1982.) Zeitgleich mit der Urteilsverkündung im Fall Gerardi reichten 20 Gemeinden Klage gegen den Ex-Diktator (1982-1983) und heutigen Parlamentspräsidenten Ephraim Rios Montt ein.

Seine Immunität war im März 2001 wegen Betruges bei der Festsetzung von Alkoholsteuern aufgehoben worden. Das Gericht hatte die Klage zunächst angenommen, das Verfahren jedoch nach wenigen Monaten wieder eingestellt. Auch ein Verfahren gegen drei weitere hohe Militärs, die des Mordes an der Anthropologin Myrna Mack beschuldigt werden, wurde nach sieben Jahren im Oktober 2001 ausgesetzt.

Verantwortlich: niemand

Keiner der für diese Verbrechen Verantwortlichen wurde bislang zur Rechenschaft gezogen. Die Mehrzahl der Vereinbarungen des Friedensvertrages wurden ebenso wenig erfüllt wie die Empfehlungen der Wahrheitskommission.

Vor diesem Hintergrund reichte die Stiftung der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú im Dezember 1999 Klage wegen Völkermordes gegen zunächst acht hohe Militärs vor dem obersten Gerichtshof Spaniens ein. Unter ihnen drei ehemalige Staatschefs, ein Verteidigungs- und ein Innenminister sowie ein Generalstabs- und zwei Polizeichefs. Im Vorfeld einer Anhörung über die Zuständigkeit des spanischen Gerichts im Mai dieses Jahres wurde der Schatzmeister der Stiftung in einem Café erschossen.

Knut Rauchfuss

27. Mörderischer Saubermann. Uribe Vélez' Verbindung mit Drogenmafia und Paramilitärs

Alvaro Uribe Vélez' Verbindung mit Drogenmafia und Paramilitärs

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:18

Mit dem Siegeszug des Alvaro Uribe Vélez bei den Wahlen in Kolumbien Ende Mai erreicht eine Entwicklung ihren Höhepunkt, die von Menschenrechtsorganisationen schon seit längerem besorgt beobachtet wird: Die Etablierung eines ultra-rechten politischen Projekts.

Die von einer Allianz aus Viehzüchtern, Unternehmern, Militärs und Drogenhändlern getragenen Paramilitärs bemühen sich bereits seit einigen Jahren sehr erfolgreich, die kolumbianischen Institutionen zu durchdringen. Nach Angaben des Paramilitär-Kommandanten Salvatore Mancuso konnten die verdeckt angetretenen Kandidaten der Ultra-Rechten bei den Kongresswahlen im März ein Drittel der Sitze in Senat und Abgeordnetenhaus erobern. Zwar können die unter dem euphemistischen Namen "Vereinigte Bauernselbstverteidigungen" (AUC) agierenden Paramilitärs seit jeher auf Unterstützung aus dem Staatsapparat zählen, doch mit den letzten Wahlerfolgen wird diese verdeckte Kooperation zunehmend zur offiziellen Politik. Uribe hat angekündigt, nach seiner Wahl eine Million Kolumbianer in zivilmilitärische Verbände zu integrieren.

Uribes Parteinahme für die illegale Rechte ist nicht weiter verwunderlich, wenn man seine Biografie kennt. Der Ex-Gouverneur der Provinz Antioquia, der, wie die Newsweek im März schrieb, "eher wie ein Mathematiklehrer als wie ein ideologischer Hardliner" aussieht, stammt aus einem jener Großgrundbesitzer-Clans, die den schmutzigen Krieg auf dem Land Anfang der 80er-Jahre mit initiierten. Bereits 1982 wurden gewerkschaftlich organisierte Landarbeiter auf Uribes Finca La Mundial zu Opfern von Mordanschlägen. Kurze Zeit später übergab die Familie ihre Finca Guacharacas der XIV. Armeebrigade, die das Gelände wiederum an die Paramilitärs abtrat. Ende 1988 diente dieser Stützpunkt als Ausgangspunkt für ein Massaker an 20 Bauern in der Nähe der Kleinstadt Remedios. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Tatsache, dass Alvaro Uribes Vater Alberto von der Guerilla ermordet wurde, etwas anders dar als in der Version des Kandidaten.

Darüber hinaus hat Uribe Vélez, der sich im Wahlkampf als Saubermann gegen die Korruption anpreist, offensichtlich auch enge Verbindungen zur Drogenmafia. Vater Alberto war ein Freund des Drogenbarons Fabio Ochoa und konnte, so das Standardwerk über den Drogenhandel "Los Jinetes de Cocaína", nur durch die Intervention eines befreundeten Regierungsbeamten vor der Auslieferung in die USA gerettet werden. Sohn Alvaro selbst soll seinen Job als Leiter der Zivilluftfahrtbehörde 1980-82 genützt haben, Drogenhändlern die benötigten Fluglizenzen zu verschaffen. Als Bürgermeister von Medellín förderte Uribe in Zusammenarbeit mit Drogen-Capo Pablo Escobar 1982-83 ein "soziales Wohnungsbauprogramm", mit dem die Kokainmafia ihre politische Akzeptanz in der Stadt zu erhöhen versuchte.

Ende der 80er-Jahre dann gehörte Uribe (ebenso wie Paramilitärkommandant Carlos Castano) zu jenen Männern im Umkreis des Medellín-Kartells, die sich rechtzeitig vom Drogenbaron Pablo Escobar absetzten, als dieser dem Staatsapparat den Krieg erklärte. Doch die Verbindungen zur Kokainmafia kappte Uribe nicht. Nach Angaben der DEA importierte Pedro Juan Moreno, während Uribes Amtszeit in der Regionalregierung von Antioquia rechte Hand des Gouverneurs, 1997 und 1998 50 Tonnen zur Kokainproduktion notwendiger Chemikalien illegal nach Kolumbien. Und auffällig ist auch, dass der wegen Drogenhandels zu fünf Jahren verurteilte Ex-Mitarbeiter Uribes in der Luftfahrtbehörde, Cesar Villegas, Anfang dieses Jahres im Gefängnis ermordet wurde.

In der kolumbianischen Öffentlichkeit sind solche Details nicht zu lesen. Nur wenige Journalisten wagen darauf hinzuweisen, dass Uribe als Gouverneur von Antioquia mit den "Sicherheitskooperativen" CONVIVIR den Paramilitarismus bereits einmal legalisierte und damit zur systematischen Ausbreitung der Terrorkommandos in Nordwestkolumbien beitrug. Die Tatsache, dass die Menschenrechtsorganisation ASFADDES den Ex-Gouverneur der Mittäterschaft am Mord an zwei Studenten 1995 in Medellín bezichtigt, blieb in den kolumbianischen Medien sogar völlig unerwähnt. So erklärt sich Uribes Erfolg bei den Wahlen auch mit der mehr oder weniger offenen Unterstützung der großen Medienkonzerne.

Trotz dieses düsteren Panoramas glauben kolumbianische Gewerkschafter, dass die Wahlkampfkonjunktur auch ihr Gutes hatte. Vor dem Hintergrund, dass die Ultra-Rechte die Pfründe von Teilen der traditionellen Polit-Eliten in Frage stellt und in verschiedenen Regionen dazu übergegangen ist, Kandidaten der Liberalen Partei zu bedrohen, hat deren Kandidat Horacio Serpa zum ersten Mal das Problem des Paramilitarismus auf die politische Tagesordnung gesetzt. Nebulös erklärte Serpa, dass "die Paramilitärs einen eigenen Kandidaten" hätten und sich dieser zu erkennen geben solle. Serpas Haltung ist einigermaßen amüsant, wenn man weiß, dass er es selbst war, der als Innenminister Mitte der 90er-Jahre die Ausrüstung der von Uribe gegründeten CONVIVIR-Milizen mit Gewehren autorisierte. Nichtsdestotrotz trägt sie dazu bei, das größte Tabu der kolumbianischen Politik zu durchbrechen: die Tatsache, dass sich die Oberschicht seit 1982 nur deswegen an der Macht hält, weil sie einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg gegen jede Art von Opposition führt.

Raul Zelik

28. Präsident der Paramilitärs. Rechtsextremer Uribe Vélez erobert Macht in Kolumbien

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: US-Imperialismus; Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:16

Der rechtsextreme Kandidat Alvaro Uribe Vélez ging mit etwa 53% der Stimmen als klarer Sieger aus den kolumbianischen Präsidentschaftswahlen am 26. Mai hervor. Da er bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichte, muss er nicht einmal in die Stichwahl gehen. Weit abgeschlagen an zweiter Stelle befindet sich der offizielle Kandidat der Liberalen Partei, Horacio Serpa Uribe, mit etwa 32%. An dritter Stelle folgte der linke Einheitskandidat Lucho Garzón mit etwa 6,2%.

Sehr aussagekräftig sind die Resultate allerdings nicht, da sich nur knapp die Hälfte der Wahlberechtigten überhaupt am Urnengang beteiligt haben. Viele der Stimmen für Uribe Vélez wurden in ländlichen Regionen von den Paramilitärs - die ihn als "ihren Kandidaten" ansehen - mit der Waffe in der Hand erzwungen. Auch direkter Wahlbetrug war weit verbreitet. Dennoch wird im Ergebnis ein erheblicher Rechtsruck der urbanen Mittelschichten sichtbar, die fernab von den zentralen Kriegsschauplätzen zunehmend eine Politik der "harten Hand" gegen die Guerilla unterstützen. Dazu beigetragen haben in den vergangenen Monaten sicher auch eine Reihe schwer vermittelbarer Anschläge der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), wie etwa auf die Wasserversorgung der Städte. Gleichzeitig beschert der von den USA geführte internationale "Antiterrorkrieg" den kolumbianischen Hardlinern Aufwind.

Rechtsruck der urbanen Mittelschichten

Eine weitere Verschärfung des Konfliktes in Kolumbien ist mit der Wahl Uribes zum Präsidenten bereits vorprogrammiert. Uribe Vélez profilierte sich im vergangenen Jahr als Hardliner und forderte wiederholt den Abbruch der Gespräche mit der FARC und den Einmarsch der Armee in die entmilitarisierte Zone. Er gilt als Pate der Paramilitärs und ist tief in das Drogengeschäft verwickelt.

Nun gibt sich der frisch gewählte Präsident, der am 7. August die Amtsgeschäfte übernehmen wird, zwar verhandlungsbereit und erklärt, er werde um "internationale Vermittlung für Friedensgespräche" ersuchen, doch fordert er zugleich als Vorbedingung von den Guerillas, einen einseitigen Waffenstillstand auszurufen. Das ist angesichts des in Einheit mit der offiziellen Armee von den Paramilitärs ausgeübten Terrors, der jährlich Tausenden von Menschen das Leben kostet, eine für die Guerilla inakzeptable Forderung. Uribe vergisst außerdem zu erwähnen, dass bereits vom amtierenden Präsidenten Pastrana zumindest mit der zweitgrößten Guerilla Nationale Befreiungsarmee (ELN) ein Abkommen unterschrieben wurde, um Gespräche einzuleiten. Allerdings wurde es von der Regierung bisher nicht umgesetzt.

Eine Kostprobe für die zu erwartende Verschärfung des Krieges lieferte eine Polizei- und Militäroperation eine Woche vor den Wahlen, bei der Tausende von Bewaffneten einige Armenviertel der Großstadt Medellin - die Heimatstadt von Uribe Vélez - stürmten, um gegen vermeintliche urbane Kommandos der ELN vorzugehen. Dabei wurde die Bevölkerung auch aus Hubschraubern unter Beschuss genommen. Polizei und Armee eröffneten unter anderem das Feuer auf eine Gruppe von Anwohnern, die unbewaffnet und mit weißen Fahnen versuchten die Erstürmung ihres Viertels zu verhindern. Insgesamt waren nach der Aktion mindestens neun Tote und zahlreiche Verletzte zu beklagen.

Eine der ersten Glückwünsche für seinen Wahlsieg bekam Uribe von den Paramilitärs, deren militärischer Führer Salvatore Mancuso - ein persönlicher Bekannter Uribes - in einer Erklärung darlegte, der Wahlsieger sei "ein würdiger Präsident". Bereits im Vorfeld hatten die Paramilitärs Uribe zu "ihrem Kandidaten" gemacht. In von Paramilitärs kontrollierten Gebieten befanden sich seine Wahlkampfbüros der Einfachheit halber gleich in Paramilitärlagern.

USA forcieren "Krieg gegen die Subversion"

Alvaro Uribe Vélez ist auch der Kandidat der Bush-Administration, die sich weder an seiner Nähe zu den Paramilitärs der AUC - die erst im vergangenen Jahr auf die Terrorliste gesetzt wurden - noch an seinen Aktivitäten im Drogenhandel stören. Im Gegenteil: Als im vergangenen Jahr Beschlagnahmeaktionen der kolumbianischen Polizei zu Tage förderten, dass sich die Firma GMP, der größte kolumbianische Importeur

von Kaliumpermanganat, neben Azeton und Ether der wichtigste Zusatzstoff zur Herstellung von Kokain, im Besitz von Pedro Juan Moreno Villa, Kampagnemanager und seit Jahren enger Vertrauter von Uribe Vélez, befindet und zudem alle Unterlagen über den Weiterverkauf der Chemikalie in Kolumbien gefälscht wurden, half die US-amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde DEA den Fall zu vertuschen. GMP musste nicht einmal Bußgelder zahlen.

International regte sich bisher kaum Widerstand gegen den rechtsradikalen Uribe Vélez. Allein die Menschenrechtsbeauftragte der Vereinten Nationen äußerte schwere Bedenken gegen seine Pläne "eine Million Zivilisten gegen die Guerilla zu bewaffnen". Es sieht vielmehr alles danach aus, als würde international eine Situation vorbereitet werden, um den Krieg in Kolumbien zu intensivieren und eine Intervention zu ermöglichen. Die USA genehmigten kürzlich die Nutzung aller gelieferten Waffen - die bisher ausschließlich auf die Drogenbekämpfung beschränkt war - im "Krieg gegen die Subversion", stellte weitere 98 Millionen US-Dollar für den Aufbau einer Sondereinheit zur Verfügung und sagte weitere 600 Millionen US-Dollar für die nächsten Monate zu. Die kolumbianische Regierung drängt gleichzeitig auf die Aufnahme der Guerillas FARC und ELN in die Terrorlisten der EU. Uribe Vélez wünscht sich freie Hand. Besorgnis erregend und unverständlich ist daher die Reaktion Frankreichs auf seinen Wahlsieg. Der französische Außenminister gratulierte Uribe Vélez im Namen der Regierung und äußerte das Vertrauen, dass Alvaro Uribe Vélez "die Wege findet, um den Konflikt zu lösen, der Kolumbien seit geraumer Zeit zerreißt".

Die schmutzige Weste scheint im Falle Uribe Vélez ein zusätzlicher Grund für die USA - und auch Teile der EU -, ihn als ihren Mann anzusehen. Die Erpressbarkeit vereinfacht die Kontrolle über ihn, so wie es auch bei Noriega in Panama, Carlos Salinas in Mexiko oder auch Alberto Fujimori in Peru der Fall war. Das traditionelle Parteienspektrum kann hingegen seine Hände in Unschuld waschen, da es sich ja bei Uribe Vélez um einen unabhängigen Kandidaten handelt. Es würde wieder zur Verfügung stehen, wenn Uribe Vélez die "Drecksarbeit" erledigt hat und "untragbar" wird. Ähnlich wie es mit Fujimori der Fall war.

Dario Azzellini

29. Widersprüchlich Widerständig. Erstes Europäisches Sozialforum im November in Florenz

Autor: Monika Bricke/ Till Baumann · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:11

Drückte sich die neue globalisierungskritische Bewegung in den vergangenen Jahren medial hauptsächlich in Massenmobilisierungen gegen Gipfeltreffen von WirtschafslenkerInnen, Militärs und PolitikerInnen aus, ist gleichzeitig ein internationales Netzwerk von Basisgruppen, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften entstanden. Nach zwei Treffen des Weltsozialforums im brasilianischen Porto Alegre Anfang 2001 und 2002 werden im Herbst nun kontinentale Sozialforen stattfinden, das europäische in Florenz. Die Diskussion über Neoliberalismus, Krieg und die Perspektiven des Widerstandes stehen auf der Tagesordnung.

Dabei zeichnen sich zwei Tendenzen ab. Einerseits ist die internationale Mobilisierung einer breiten Koalition aus Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften, linken Organisationen, die als "Bewegung der Bewegungen" bezeichnet wird, auch nach den Anschlägen vom 11. September und dem seither folgenden "Krieg gegen den Terrorismus" nicht abgebrochen, wie manche KommentatorInnen vermutet hatten. Dafür sprechen die großen Demonstrationen zum EU-Gipfel in Barcelona und der erfolgreiche Generalstreik in Italien in den vergangenen Monaten. Andererseits brechen innerhalb der überraschend bunten Protestkoalitionen, die sich seit dem Sturm auf das Treffen der Welthandelsorganisation in Seattle im Herbst 1999 gebildet haben, immer größere politische Differenzen auf.

Zentrale Fragen sind dabei etwa, ob sich die Bewegung letztlich als "antikapitalistisch" versteht oder ob es lediglich um eine neue Regulierung des Kapitalismus geht. Daran knüpfen sich Auseinandersetzungen um die Rolle des Staates, den Gruppen wie ATTAC als Regulationsinstanz wieder stärken wollen, während radikalere Netzwerke wie People's Global Action (pga) ein grundsätzlich anti-etatistisches Politikverständnis haben. Die Debatte darüber ist in vollem Gang.

Finanzstarke Gruppen statt Basisdemokratie?

Doch auch jenseits der politischen Differenzen werden Probleme sichtbar. Die Kraft der "Bewegung der Bewegungen" liegt bisher in ihren basisdemokratischen Strukturen und deren Breite und Offenheit, die sich für verschiedenste Inhalte nutzen lassen. Allerdings ist das gleichzeitig auch ihr Pferdefuß. Bei den bisherigen internationalen und deutschlandweiten Vorbereitungstreffen waren neben ATTAC vorrangig VertreterInnen von Parteien, parteiähnlicher Strukturen oder von Gewerkschaften anwesend. Auf den ersten Blick ist die Struktur der Treffen und der Arbeitsgruppen transparent und unhierarchisch. Alle, die sich berufen fühlen, können mitmachen. Aber wie viele AktivistInnen von Graswurzelbewegungen und Basisnetzwerken können es sich leisten, für ein, zwei Tage nach Brüssel, Wien oder Thessaloniki zu reisen, um an einem solchen Treffen teilzunehmen? Dadurch, dass nicht über Machtkonzentrationen und "In-Groups" gestritten werden kann, weil es so etwas offiziell nicht gibt, dadurch, dass von jeder Gruppierung eine beliebig große Anzahl von Leuten auf einem Treffen auftauchen und durch massives Dominieren von Diskussionen Meinung bilden kann, besteht die Gefahr, dass das ESF-Programm nur von denen gemacht wird, die eine genügend strukturierte und finanzstarke Organisation hinter sich haben. Es ist gar nicht nötig, finstere Machenschaften zu wittern, die normative Kraft des Faktischen reicht völlig aus, um in einem solchen Prozess die Basisbindung zu zerstören.

Nun gibt es jedoch vor allem innerhalb der italienischen Vorbereitungsgruppe, aber ebenso in Partei- und Gewerkschaftskreisen die Einsicht, dass ohne diese Basis von Netzwerken wie People's Global Action oder dem No-Border-Network, die sich im Rahmen der Gipfelproteste von Seattle, Prag und Genua formierten, gar keine Bewegung existieren würde. Dementsprechend eifrig sind die Beteuerungen, wie wichtig es sei, diese Gruppen in die Vorbereitung miteinzubeziehen und ein möglichst repräsentatives Forum zu schaffen. So wurde beispielsweise das Thema Migration ebenso wie die Einbeziehung von osteuropäischen Gruppen ganz oben auf die Agenda gesetzt.

Wenn es allerdings nicht bei der Äußerung frommer Wünsche bleiben soll und den OrganisatorInnen die Beteiligung von MigrantInnen, Menschen aus Osteuropa und den Balkanländern und von VertreterInnen von Basisgruppen und -netzwerken wirklich wichtig ist, dann müssen Räume geschaffen werden, in denen diese selbstbestimmt Themenkomplexe bearbeiten können - und nicht nur unter ferner liefen, etwa in einem

Jugendcamp, wie in Porto Alegre. Es geht sowohl um die Schaffung eigener Räume innerhalb des ESF, beispielsweise für Austausch und Mobilisierung zu den europaweiten Consulta-Aktivitäten, als auch um Präsenz auf den Konferenzen, die einen Großteil der Medienaufmerksamkeit erhalten werden. Angesichts der dezentralen Strukturen vieler Netzwerke und Basisgruppen, in denen Individuen immer nur für sich selbst sprechen sollen, es also keine "RepräsentantInnen" geben kann, kein leichtes Unterfangen.

Voraussetzung für die unübersehbare Präsenz eines antikapitalistischen Basisgruppenspektrums ist allerdings, dass sich diese auch aktiv in den ESF-Prozess einmischen und nicht auf eine explizite Einladung warten. Bisher gibt es nur einige wenige Ansätze. Die "Europäische Soziale Consulta" will hauptsächlich von Spanien aus aktiv das ESF mit vorbereiten, People's Global Action gibt sich bisher eher beobachtend und das No-Border-Network will eine eventuelle Beteiligung auf dem nächsten Grenzcamp in Strasbourg beraten. Die Hemmschwelle, sich mit Partei- und GewerkschaftsfunktionärInnen und ATTAC-VertreterInnen auseinander zu setzen ist hoch. Auch die wenigen Diskussionen, die sich auf dem letzten Treffen der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) in Frankfurt mit dem Thema Sozialforum befassten, waren von Skepsis dominiert.

Mehr als Gipfelstürmen notwendig

Doch gerade die aktuellen Umarmungsstrategien von RegierungspolitikerInnen, die GlobalisierungskritikerInnen als "Frühwarnsystem" zur Rettung der sozialen Marktwirtschaft loben, zeigen, wie wichtig der basisorientierte und klar antikapitalistische Teil der "Bewegung der Bewegungen" ist. Eine Mitgestaltung des Europäischen Sozialforums und eine Einmischung in globalisierungskritische Diskurse ist mühsam und erfordert mehr Offenheit und Auseinandersetzungsbereitschaft als eine reine "GipfelstürmerInnenpolitik", doch anders sind tief greifende gesellschaftliche Veränderungen nicht zu erreichen - und um die geht es.

Monika Bricke/ Till Baumann

Monika Bricke war für felS (für eine linke Strömung), Till Baumann für das INKOTA-Netzwerk beim zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre. Beide sind im ESF-Vorbereitungsprozess aktiv.

30. Globalisierungskritik in der Praxis. Zur Gründung des "social forum" in Tübingen

Autor: Vorbereitungsgruppe des · Rubrik: Sozialpolitik; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:30

Im Februar 2002 gründeten rund 200 Leute das social forum Tübingen/Reutlingen - Plattform globalisierungskritischer Gruppen. Es ist ein Versuch, jenseits der klassischen linken Bündnispolitik eine neue Form der Zusammenarbeit von linksradikalen Gruppen, Gewerkschaften, sozialen Initiativen und Einzelpersonen zu ermöglichen. Die bisherigen Erfahrungen sind viel versprechend.

Auslöser für unsere Initiative war die Mobilisierung gegen den G-8-Gipfel in Genua im Juli 2001. Wir wollten die dortigen Erfahrungen für Tübingen und das nahe gelegene Reutlingen nutzen: den Impuls der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung aufgreifen, Differenzen innerhalb eines Bündnisses aushalten (oder gar kreativ nutzen), die vielen verschiedenen sozialen Auseinandersetzungen in einen gemeinsamen politischen Zusammenhang stellen, neue Leute gewinnen. Mit der Namenswahl social forum wollten wir an die politischen Prozesse in Italien anknüpfen und mithelfen, dass die dortigen Funken auf Deutschland überspringen. Das aus Genua übernommene Label social forum sollte auf ein oppositionelles Politikverständnis verweisen, das sich nicht durch "Runde (Katzen-)Tische" vereinnahmen lässt.

Wir, die Vorbereitungsgruppe für die Gründung des social forum im Februar 2002, waren knapp zehn Leute. Einige kennen sich schon seit den 1980er-Jahren aus der überschaubaren linken Szene in Tübingen. Andere kamen aus Zusammenhängen, die erst in den letzten paar Jahren entstanden sind: Soli-Arbeit zu politischen Gefangenen in der BRD, Internationalismus, Kommunikationsguerilla, Gentechnik/Bevölkerungspolitik, Antifa, food not bombs, Infoladen, Anarcho-Syndikalismus, Kirchengemeinde. Einige von uns waren selbst in Genua gewesen oder haben gute politische Kontakte nach Italien. Direkt miteinander gearbeitet hatten allerdings bisher nur wenige.

Im Herbst verschickten wir einen ersten Aufruf über die einschlägigen örtlichen e-mail-Verteiler und einen Einladungsbrief an rund 80 örtliche Gruppen - nicht nur an die üblichen linksradikalen Verdächtigen, sondern auch an soziale (teilweise professionalisierte) Initiativen (Aids-Hilfe, Kreisarmutskonferenz etc.) und an gewerkschaftliche/betriebliche Kontakte. Zu einem ersten Treffen kamen rund 25 Leute. Daraus entwickelte sich das "Hearing Tübinger und Reutlinger Initiativen zu den lokalen und globalen Folgen der neoliberalen Politik" im Februar 2002. Diese sechsstündige Veranstaltung mit rund 200 Leuten fand in einem evangelischen Gemeindehaus statt und mündete in die Gründung des social forum (per Akklamation).

Für die Redebeiträge auf dem Hearing wählten wir aus der Vielzahl der interessierten Gruppen elf aus, die u.E. einigermaßen die politische und praktische Bandbreite abdeckten: Vom Klinikums-Personalrat über die Tübinger Attac-Ortsgruppe bis zu "Kein Mensch ist illegal" und der Koordinationsstelle Tübinger Behindertengruppen. Andere Gruppen waren mit Info-Tischen präsent. Parteien mussten draußen bleiben. Anhand einiger vorher verschickter Leitfragen (siehe Kasten) stellten sich die Gruppen vor und erklärten, was ihre jeweilige Arbeit mit "der Globalisierung" zu tun hat. Die sechs Stunden waren von einer erstaunlichen Bereitschaft geprägt, einander zuzuhören und Gemeinsamkeiten herauszufinden.

Diese konstruktive (Aufbruchs-)Stimmung hält an. Seither gab es mehrere Plenums-Treffen mit jeweils 50-70 Leuten sowie etwa ein halbes Dutzend Arbeitsgruppen. Am 1. Mai mobilisierten DGB und social forum gemeinsam rund 1.000 Leute zu Demo und Kundgebung - so viele wie seit vielen Jahren nicht mehr. Der DGB bat das social forum um einen ausführlichen Redebeitrag - wohl wissend, dass dabei auch Kritik an gewerkschaftlicher Politik zur Sprache kommen würde.

(siehe www.social-forum.de/daten.html).

Als nächstes gemeinsames Projekt planen wir für den 12./13. Oktober eine "Volx-Uni" in Tübingen.

Vertrauensbildende Maßnahmen

Die politischen Essentials der Vorbereitungsgruppe sind inzwischen die Arbeitsgrundlage des social forum (siehe nebenstehenden Artikel zum Selbstverständnis): Skepsis gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Modellen (à

la "zurück zum Keynesianismus"), Abgrenzung gegenüber rechter Globalisierungskritik, Vielfalt des Widerstands, Netzwerk-Charakter. Eine politische Plattform im engeren Sinn mit "abhakbaren" Forderungen gibt es nicht. Im "Plenum", in dem auch Organisationen wie der DGB oder Attac mitarbeiten, ist der erste Punkt ("Kein Keynesianismus") naheliegenderweise nicht Konsens. Diese politische Differenz haben alle bisher gut ausgehalten.

Noch im Fluss ist unsere interne Struktur. Es gibt keinen Sprecherrat oder Vorstand, sondern nur eine Kontaktperson für Presse-Anfragen. Eine "Strukturgruppe" bereitet die monatlichen Plenumssitzungen vor, die Arbeitsgruppen tagen autonom, die interne Kommunikation läuft über e-mail und persönliche Kontakte. Dadurch besteht die Gefahr, dass sich informelle Hierarchien herausbilden und die Struktur vor allem für "Neulinge" undurchsichtig wird. Ob und welche Lösungen es dafür gibt, muss sich erst noch herausstellen.

Fließende Strukturen

Bei aller Vielfältigkeit gibt es doch einige gesellschaftliche Gruppen, die bisher im social forum nur wenig vertreten sind: MigrantInnen, Frauengruppen und Kulturschaffende. Auch an einem anderen Punkt lösen wir unsere selbst gesteckten Ansprüche nicht ein: Bisher gibt es nur wenig inhaltliche Kontroversen im Plenum. Man hört einander zu, man weiß um die Differenzen - aber eine offene Auseinandersetzung darum gibt es bisher nicht.

Trotz dieser Einschränkungen sind wir von der Vorbereitungsgruppe überrascht darüber, wie gut sich dieses Projekt im vergangenen halben Jahr entwickelt hat. Auch in anderen Städten scheinen unsere bisherigen Erfahrungen auf Interesse zu stoßen (wobei wir bisher nur sporadische Kontakte haben). Unser Projekt lässt sich sicher nicht einfach auf andere Städte übertragen. In Tübingen gab es eben auch etliche günstige Umstände: Die InitiatorInnen kennen einander schon länger persönlich und haben weit über die linksradikale Szene hinaus Kontakte, der DGB existiert in Tübingen nur als informeller Arbeitskreis und agiert relativ unkompliziert (und ist sich bewusst, dass er allein kaum gesellschaftliche Mobilisierungskraft besitzt), Attac hat hier relativ spät Fuß gefasst und konnte das Feld "Globalisierungskritik" nicht sofort monopolisieren.

Attac dürfte zahlenmäßig etwa gleich stark sein wie das social forum, agiert aber vor allem im studentischen Milieu. Interessanterweise gelang es Attac, viele Einzelpersonen zu organisieren, die in den bisherigen linken Strukturen noch nicht eingebunden waren - im Unterschied zum social forum, dessen Rückgrat bestehende örtliche Initiativen (plus Einzelpersonen) mit einer eigenen Praxis sind. Attac ist auch formal überregional organisiert und durch eine Gründung "von oben" entstanden, während das social forum praktisch ausschließlich lokal und "von unten" entstanden ist. Einige Leute sind sowohl bei Attac als auch im social forum aktiv.

Mit dem social forum ist es gelungen, in Tübingen ein vielfältiges globalisierungskritisches Bündnis "von unten" zu Stande zu bringen - auch mit Kräften links von Attac, d.h. herrschaftskritischer und weniger staats-fixiert. Es ist kein am grünen Tisch entwickeltes Modell, sondern ein Experiment, das sich in der Praxis bewähren muss. Bisher ist es gut gegangen. Wir haben noch viel vor.

Vorbereitungsgruppe des social forum Tübingen/Reutlingen

socialforum-tuebingen@gmx.de

www.social-forum.de

Die 36-seitige Dokumentation des Gründungs-Hearing (Vorbereitungstexte, Vorträge der Gruppen, Flugblätter, Zeitungsartikel) gibt es für drei Euro in Briefmarken bei: Ralf Jaster, Provenceweg 3, 72072 Tübingen

Tübinger Hearing über die globalen und lokalen Folgen der neoliberalen Politik, 23.2.02

Leitfragen für die teilnehmenden Initiativen:

1. Gruppenvorstellung:

Name und Arbeitsfeld der Organisation

2. Globalisierung konkret:

Welche unmittelbaren Erfahrungen macht Ihr / machen Sie mit der derzeit vorherrschenden neoliberalen Politik der totalen Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche (Deregulierung, Privatisierung, Kürzung von Mitteln, Tagessätzen, usw.)?

3. Sichtbare und versteckte Konsequenzen:

Welche praktischen Auswirkungen hat die Ökonomisierung in Eurem / Ihrem Arbeitsfeld? Was ist davon öffentlich sichtbar? Was bleibt unsichtbar?

4. Gegenmaßnahmen im eigenen Arbeitsfeld:

Welche Strategien werden diskutiert? Wie sieht die tägliche Auseinandersetzung damit aus? Mit welchen politischen Mitteln arbeitet die Gruppe?

5. Konkrete Utopie:

Unabhängig von den gegenwärtigen ökonomischen, politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen: Wie sehen Eure / Ihre Forderungen und Ideen für eine bessere Lebensqualität im besonderen und eine lebenswerte Gesellschaft im Allgemeinen aus?

6. Globalisierung von unten:

Worin seht Ihr / sehen Sie eine gemeinsame lokale Handlungsperspektive, sich gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche lokal zur Wehr zu setzen?

31. Selbstverständnis des social forum Tübingen. Zur Notwendigkeit neuer Politikformen

Rubrik: Sozialpolitik; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:31

1. Neoliberale Politik und Globalisierung fordern viele Opfer: Lokal wie global. Ihre ideologischen Absicherungen lassen eine für soziale Veränderungen offene Zukunft kaum noch denkbar erscheinen. Ob wir den Verheißungen einer rationalisierten Ökonomie widerstehen können, ist ganz entscheidend auch eine Frage der Denkbarkeit von Alternativen.

2. Es gibt zahlreiche Proteste gegen die Folgen von Neoliberalismus/Globalisierung, die aber in Deutschland großteils individuell und vereinzelt geführt werden. Inzwischen ist aber weltweit eine soziale Bewegung entstanden, die nicht mehr Ja und Amen sagt, die nicht mehr die Unausweichlichkeit der kapitalistischen Globalisierung hinnimmt. Um politische Bedeutung hier zu Lande zu erlangen, muss die Vereinzelung überwunden werden.

3. Die globalisierungskritische Bewegung darf sich jedoch nicht auf symbolische Inszenierungen wie in Genua und Seattle beschränken (so wichtig diese sind), sondern braucht eine Verankerung im politischen Tagesgeschäft lokal arbeitender Gruppen und Einzelpersonen. Daher muss der Protest gegen die Ökonomisierung des Lebens hier vor Ort deutlich werden. Unser heutiges Hearing ist ein Schritt in diese Richtung.

4. Dabei geht es auch um eine Re-Politisierung der sozialen Frage. Die Gesellschaft ist durchzogen von vielen isolierten Auseinandersetzungen. Sie sind oft wenig spektakulär. Ihre Einbindung in ein lokales gesellschaftliches Forum gibt ihnen einen größeren Rückhalt und treibt sie im gegenwärtigen Rückenwind für die globalen Bewegungen von unten weiter voran. Ein social forum wäre ein Schritt zur Re-Politisierung der sozialen Frage. Wir sind nicht so naiv anzunehmen, dass die klassischen Interessensorganisationen mit eher karitativer Ausrichtung und mit staatlichen Subventionen von heute auf morgen re-politisierbar sind. Aber ein Bezug auf ein social forum könnte auch ihrem Agieren einen anderen, einen politisch-oppositionellen Hintergrund geben.

Vorschlag: Gründung eines Tübinger social forum

Dieses lokale Netzwerk versteht sich als Teil der internationalen Globalisierungskritik bringt die lokal arbeitenden politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Initiativen in einer Plattform zusammen. Wie soll das funktionieren?

1. Proteste sichtbar machen. Das bedeutet, soziale Auseinandersetzungen transparent machen und wieder auf die Tagesordnung setzen. Damit können wir der herrschenden neo-liberalen Ideologie der Verwertung, Bewertung und Abwertung menschlichen Lebens andere Sichtweisen auf die Organisation menschlichen Zusammenlebens gegenüber stellen. Dazu müssen wir uns

2. Aufeinander beziehen statt Vereinheitlichen. Das Ziel soll nicht eine vorschnelle Vereinheitlichung sein, sondern wir schlagen ein Zueinander-in-Beziehung-Setzen vor. Sich gegenseitig informieren/mobilisieren über/für jeweils geplante Aktivitäten ist ein Aspekt der Zusammenarbeit, sie sollte sich aber darin nicht erschöpfen.

3. Voneinander lernen. Das social forum soll einen Prozess ermöglichen, in dem alle Beteiligten ihre politischen Positionen schärfen, weiterentwickeln, neu definieren wollen und können.

4. Solidarität in der Praxis. Die Vernetzung macht Zusammenhänge erkennbar, auch für uns selbst. Das Netzwerk, das wir anstreben, beinhaltet eine Dynamik und die Möglichkeit eines Prozesses, der sich nicht so schnell vereinnahmen und befrieden lässt, weil wir durch unsere manchmal lockere, manchmal engere Form der Zusammenarbeit nicht so einfach gegeneinander ausspielbar sind.

5. Spaltungen verhindern. Es kommt dabei darauf an, sich nicht in einen bösen und guten, militanten und konstruktiven Protest spalten zu lassen. Schon gar nicht von denen, die militärische Mittel zur Grundlage ihrer Außenpolitik gemacht haben. Wir müssen verstehen, dass wir hierfür die Vielheit ("Multitude") des Protests

brauchen. Dazu ist Offenheit notwendig. Wir müssen jenen Respekt füreinander entwickeln, den eine so neue Form der (Nicht-)Organisationen nötig hat. Es geht nicht um den Sieg einer Linie, sondern es geht darum, die Kräfte der Selbstregierung zu stärken. Wer hier mit sozialdemokratischen, leninistischen, maoistischen, autonomen, anarchistischen oder gar grünen Führungsansprüchen daherkommt, der ist bereits zu spät gekommen.

6. Abgrenzung von der rechten Globalisierungskritik. Die von uns vorgeschlagene Plattform globalisierungskritischer Gruppen hat nichts zu tun mit Überfremdungsängsten, sie hat nichts zu tun mit der Verteidigung von Pseudo-Identitäten, seien sie ethnischer, kultureller oder biologistischer Herkunft. Das bedeutet eine klare Trennlinie zu rechten und nationalbornierten Positionen gegen Globalisierung. Die von uns vertretene Kritik der Globalisierung meint nicht die Verteidigung des "Standort Deutschland" oder "deutscher Interessen" bzw. der "Festung Europa".

7. Politische Differenzen offensiv thematisieren. Wir müssen zwei unterschiedliche Spielarten von Kritik zusammendenken und zusammenbringen. Da sind auf der einen Seite diejenigen, die sich die Verteidigung des fordistischen Wohlfahrtsstaates zur Aufgabe gemacht haben. Sie setzen nach wie vor auf die bisherige Sozialstaatspolitik. Auf der anderen Seiten finden sich diejenigen, die keinen großen Sinn in der Verteidigung des Sozialstaates sehen und die Krise des Fordismus als Ausgangspunkt für eine umfassende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse sehen. Sie verweisen auf die Kontrollmechanismen und die Bevormundungen des Sozialstaates. Dieser Widerspruch wird uns weiter beschäftigen.

8. "Diffusität" als Vorteil. Die mit unserem Vorschlag notwendigerweise verbundene Diffusität sollten wir als Vorteil empfinden. Was nicht fassbar ist, lässt sich nur schwer denunzieren, in Schubladen packen und ablegen. Darin besteht ja gerade der Charme der ganzen Angelegenheit. Die Verortung in einer globalen außerparlamentarischen Bewegung verleiht den eigenen Anliegen eine größere Bedeutung. Eine solche Perspektive ermutigt das "Sich Einmischen", sie befördert das Engagement und sie verstärkt unsere Bedeutung in den kommenden sozialen Kämpfen. Wir schlagen vor, ein social forum in Tübingen als inhaltliche Plattform zu gründen, das sich als vielfältige Opposition versteht und auf die Stärkung der Selbstregierung abzielt.

Tübingen, 23.2.02 (gekürzt)

32. Mehr als gute Laune. Kanak Attak entdeckt Kampagnenpolitik

Autor: Silvester Stahl · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:24

Der Termin hätte kaum passender sein können: Jedes Jahr zu Pfingsten erlebt Berlin mit dem Karneval der Kulturen seinen Ethno-Overkill. Dieser Event hat einen deutlichen Kontrapunkt verdient und den setzte in diesem Jahr der Konkret Konkrass des überregionalen antirassistischen Netzwerkes Kanak Attak. Unter dem programmatischen Titel "No integracion!" trafen sich zwei Tage lang etwa 300 Menschen, um bei parallelem Musik- und Performanceprogramm über Rassismus, Migration und Globalisierung zu diskutierten.

Anders als bei Veranstaltungen dieser Art üblich waren die künstlerischen Darbietungen - Filme, Visuals, Hip-Hop und Schauspiel - jedoch mehr als Feierabendunterhaltung für geschwächte Diskutanten. Denn was Kanak Attak von anderen antirassistischen Aufbruchsversuchen der letzten Jahre unterscheidet, ist der Anspruch, nicht auf der "politischen" Ebene alleine zu verharren. Rassistische Zuschreibungen und Spaltungen sollen breiter angegangen werden: einerseits an den gesellschaftlichen Repräsentationen, Identitäten und Codes, die den Rassismus zum verinnerlichten Common Sense einer Bevölkerungsmehrheit machen und an den Selbstbildern andererseits, die den so Marginalisierten vermittelt werden. Dazu gilt es zu provozieren, zu verwirren, (Denk-)Räume, Worte und Bilder zu schaffen oder zu erobern. Hierzu sind auch andere Ausdrucksformen als das explizite politische Argument nötig. Unpolitisch oder beliebig - so eine zuweilen geäußerte Kritik an Kanak Attak - muss das nicht sein.

Speerfeuer der guten Laune

Entsprechend kreisten auch die künstlerischen Programmpunkte um die Kanakenbilder der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Dies geschah immer im Gestus des Niederreißens identitärer Schranken und Definitionen, wie er bereits im Namen Kanak Attak zum Ausdruck kommt. Dessen Ambivalenz als deutsches (!) Schimpfwort trifft die Doppelstrategie, mit der einerseits die Projektion des "Ausländers" (der zu seinem, wenn nicht in sein "Heimatland" gehört) geknackt werden, gleichzeitig aber auf die Anerkennung der Mehrheitsgesellschaft (bis auf weiteres) gepfiffen und das "Angebot" zur Integration denunziert werden soll. Schwerpunktmäßig um Fragen der öffentlichen Zuschreibung und Wahrnehmung von Menschen mit (vermeintlicher) ethnischer Differenz ging es dann auch im inhaltlichen Teil des ersten Veranstaltungstages, wobei die Referate auch rechtliche und soziale Aspekte des kanakischen Alltags behandelten und durchweg gutes Niveau hatten, obwohl nur wenig neues zu hören war.

Den Platz für das viergleisige Parallelprogramm bot einmal mehr die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. Auf deren Nebenbühne läuft zur Zeit ein Nummernprogramm unter dem Titel "Ein Sperrfeuer der guten Laune", was gut das Motto der ersten Kanak-Attak-Veranstaltung an gleichem Ort hätte gewesen sein können, mit der im April letzten Jahres der ganz große Wurf gelungen war. Getragen vom Charisma der versammelten Polit-Boheme und dem Charme eines allen offen stehenden neuen kanakischen Selbstbewusstseins war es seinerzeit um die Wiederaneignung der Geschichte migrantischen Widerstands in der Bundesrepublik gegangen. Damals hatte die zeitweilig euphorische Aufbruchsstimmung die Beliebig- und Zusammenhanglosigkeit der einzelnen Veranstaltungspunkte zurecht unwichtig erscheinen lassen.

Doch an den Vorjahreserfolg konnte Kanak Attak diesmal nur bedingt anknüpfen. So war schon die Beteiligung deutlich schwächer als beim ersten Mal. Wohl zum Teil wegen des Doppelprogramms in Berlin (19./20. Mai) und Frankfurt, wo die Veranstaltung gekürzt wiederholt wurde (1. Juni), sicher aber auch wegen des Eintrittspreises von stolzen 24 EUR für beide Tage. Unter denen, die sich das leisten konnten und wollten, waren diejenigen in der Mehrheit, für die Kanake zu sein - wenn überhaupt - eine eigene Entscheidung ist. Der an sich ehrenwerte Anspruch, die Logik der Zwangszuschreibung ethnischer und nationaler Zugehörigkeit ganz praktisch zu durchbrechen und es angeblichen Deutschen selbst zu überlassen, ob sie nicht auch Kanaken sind, gerät zumindest in eine Schieflage, wenn wie beim Konkrass Menschen mit eigenem Migrationshintergrund nur vielleicht ein Drittel der Teilnehmer stellen. Unangemessen war jedenfalls die Leichtigkeit mit der die Veranstalter die Frage, jedes Mal wenn sie angeschnitten wurde, vom Tisch wischten, um zu erklären man werde "bestimmt keine Stellvertreterpolitik" machen.

Vorbehalte und Chancen

Am zweiten Tag, welcher deutlich nachdenklicher geriet als der Vortag mit seinem Happening-Charakter, ging es in einem ersten Panell um illegale Migration. In einem Globalisierungsworkshop wurde gleichzeitig Empire-Exegese mit dem zurzeit obligaten genauen Blick nach Italien betrieben. Hier wurden die Erfahrungen migrantischer Selbstorganisierung und das erfolgreiche Unterlaufen weltweiter Migrationsregime als "Autonomie der Migration" theoretisiert und nach den sich mit der neoliberalen Globalisierung verändernden Rahmenbedingungen gefragt.

Kontrovers gestaltete sich die Diskussion um den Kampagnen-Vorschlag von Kanak Attak. Die Verve, mit der die Legalisierung von Migranten ohne Aufenthaltstitel noch im Mobilisierungspapier zur Alleinforderung eines neu zu schmiedenden Bündnisses beschrieben worden war, wurde vor allem durch den Hinweis auf die schlechten Erfahrungen mit Legalisierungsmaßnahmen in anderen Ländern deutlich gedämpft. Dem gegenübergestellt wurde die Forderung, für statusunabhängige Grundrechte einzutreten. Denn tatsächlich ist hier wirklich einmal die radikalere Forderung auch die Realistischere. Nur Einzelpersonen zu legalisieren, und sei es in großer Zahl, ändert rein gar nichts an der völligen Entrechtung Illegaler, die es auch danach weiter oder wieder geben wird.

Einen Bruch im System der totalen Ausgrenzung kann nur die Entkopplung möglichst weiter Rechtsbereiche vom Aufenthaltsrecht sein. Dabei geht es nicht um utopische "Gleiche Rechte für Alle!", sondern um Mindeststandards etwa in den Bereichen Gesundheitsversorgung, (Rechts-)Sicherheit, Kinderrechte und Grundversorgung. Konkrete Forderungen liegen hier auf der Hand und werden von Kirchen, Ausländerbeauftragten etc. bereits gefordert, z.B. die Streichung des Denunziationsparagrafen im Ausländergesetz oder die vollständige Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention. Eine Legalisierung in welcher Form auch immer scheint gegenüber Erfolgen in dieser Richtung sehr viel unwahrscheinlicher, hat aber, wie Kanak Attak betonte, als Forderung strategischen Wert für die antirassistische Bewegung. Sie kann eine Klammer sein zwischen Flüchtlingen und den etablierteren Communities, die stärker als öffentlich wahrgenommen von Illegalisierung betroffen sind. Ob es zu einer solchen Großkampagne, kommen wird, bleibt abzuwarten.

Trotz aller Ungereimtheiten bleibt Kanak Attak der viel versprechenste Neuanfang im antirassistischen Spektrum seit langem. Es wird weiter gehen, neue Mitstreiter und Kooperationspartner sind willkommen. Die Anfangseuphorie ist verflogen, aber die Luft noch lange nicht raus, das hat der Konkrass gezeigt. Und besser, als im Baströckchen durch den Kreuzberger Regen zu tanzen war's allemal.

Silvester Stahl

Informationen zum Kampagnen-Vorschlag: www.kanak-attak.de

33. Der Frieden findet nicht im Jungle statt. Friedensdemos im Mai und antideutsche Antworten

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:36

Die Deutschlandvisite von US-Präsident Bush am 22. Mai nahmen mehrere zehntausend Menschen zum Anlass, um in Berlin und in vielen anderen Städten gegen die Militärpolitik der USA und der Bundesregierung zu demonstrieren. Die Beweggründe waren sehr heterogen, genauso wie die Argumente, die auf den Demonstrationen vorgetragen wurden. Einige kritische Anmerkungen zur politischen Orientierung der "traditionellen" Friedensbewegung und zur Position der "Freunde des Dschungels".

Mit der großen Beteiligung hatte wohl niemand gerechnet. Mehr als 50.000 Menschen waren es, die sich bei der Demonstration des Bündnisses "Achse des Friedens" am 21. Mai in Berlin vom Bebel-Platz auf den Weg zum Alex machten. Dass die Polizei anschließend von 17.000 und die Veranstalter von mehr als 100.000 TeilnehmerInnen schwadronierten, gehört zum üblichen Spiel. Auffällig war die Bandbreite der politischen Meinungen. Die PDS hatte ebenso intensiv mobilisiert wie attac. Die (Splitter-)Parteilinken waren ebenso in voller Stärke aufgelaufen wie ehemalige Antiimps. Die radikale Berliner Linke hatte sich ihre Kräfte für Demo und Aktionen am nächsten Tag aufgespart.

Nette Episoden gab es vor dem Demobeginn: Die Partei der Grünen hatte es sich nicht nehmen lassen, auf einer eigenen kleinen Bühne eine Kundgebung mit dem US-Linken Norman Birnbaum durchzuführen. Natürlich war es nicht nett, ausgerechnet die Rede des Bush-Kritikers Birnbaum zu stören. Aber die Erwartung der grünen Kriegspartei, sie könnte bei einer Anti-Kriegskundgebung ungestört einen Auftritt zelebrieren, grenzt zumindest an politische Naivität. Wahrscheinlicher ist, dass Bütikofer und Co. diese Störungen mit eingeplant hatten, um sich als Opfer militanter Linksradikaler zu inszenieren. Das Mitleid mit Bütikofer, Roth und Co. hielt sich in aber Grenzen. Die Medienresonanz bekamen sie.

Friedenspolitische Blökereien

So erfreulich der Auftakt und der Verlauf der Demonstration war (sieht man von den elenden Gleichsetzungstransparenten "Israel/4.Reich" ab), so notwendig ist die Kritik an der inhaltlichen Ausgestaltung der Kundgebung. Wie in alten Friedensbewegungszeiten wurde ein "breites Bündnis gesellschaftlicher Kräfte" präsentiert. Der Hauptfeind war eindeutig die USA, die Kritik an der Bundesregierung und deren Kriegspolitik kam nur unter ferner liefen vor. Besonders hervorzuheben ist dabei die Rede des Schweizer Soziologen Jean Ziegler, der für die folgende Textpassage auch noch tosenden Beifall bekam: "Traurig als Europäer und Sozialdemokrat stimmt mich die unterwürfige Lakaienmentalität, die so viele meiner Freunde und Freundinnen aus der Sozialistischen Internationale dem stumpfsinnigen Weltherrscher-Aspiranten in Washington gegenüber an den Tag legen. Gerhard Schröder und Anthony Blair sind nicht die einzigen. Die europäische Untertanenmentalität muss ein Ende haben. Wir dürfen uns nicht weiterhin wie blökende Schafe dem Diktat des Cowboy-Häuptlings im Weißen Haus unterwerfen."

Da Ziegler die deutsche und europäische Großmachtpolitik geflissentlich ausklammerte, lief sein Vortrag de facto auf ein Starkreden der europäischen Aufrüstung hinaus. Wer die "europäische Untertanenmentalität" geißelt, will die Chancen für ein militärisch erstarktes Europa im "Triadenkampf" verbessern. Mit antimilitaristischer Politik hat das nichts, viel aber mit verbaler Unterstützung europäischer und deutscher Großmachtpolitik zu tun.

Dass man dagegen bei einer "Analyse" der Weltlage aus der rein antideutschen Sicht in Konsequenz bei der Stärkung der US-Politik landen muss, dieser Beweis wird in der jungle world angetreten: "Wenn die Tagesthemen wie sonst nur Indymedia ausführlich und liebevoll noch aus den letzten Provinznestern berichteten, in denen sich einige hundert Demonstranten zu ‚originellen Protesten` zusammenfanden - etwa dem landesweit rituell veranstalteten ‚Bushtrommeln` - und wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck erklärte, mit ihm gebe es keinen Krieg gegen den Irak, dann geschah das, weil auf der Straße und im Parlament dasselbe Ziel - auf unterschiedliche Weise verfolgt wurde." (jungle world, 29.5.02)

Konsequenzen der Antideutschen

Udo Wolter und Thomas von der Osten-Sacken verdeutlichen (mindestens) viererlei: ihren abgrundtiefen Hass gegen "letzte Provinznester"; ihren großen Unwillen, reale Verhältnisse zu analysieren; ihren ausgeprägten Wunsch, alles Sein in ihre plumpe antideutsche Gedankenwelt zu pressen; und ihren absoluten Willen, die USA und ihr militärisches Handeln zu rechtfertigen. Auch die Menschen, die am 22. Mai in Berlin demonstrierten und die in ihren Demo-Aufrufen die deutsche Politik deutlich kritisierten und sich gegen plumpen Antiamerikanismus und Antisemitismus aussprachen, finden nicht das Wohlgefallen der Herren Wolter und von der Osten-Sacken. Denn auch diese bestätigten nur das "medial vermittelte Bild ... bei den Massenaufmärschen handele es sich um ‚berechtigte Kritik an den USA`".

Die Schlussfolgerung ist eindeutig: Eine "berechtigte Kritik an den USA" gibt es für die jungle-world-Autoren nicht. Bis zur offenen Propagierung der amtlichen Mitteilungen aus dem Pentagon ist es da nicht mehr weit. Für die Antideutschen steht der Feind links, wie das abschließende Zitat von Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer zeigt: "So genannte Globalisierungskritiker mögen andere Motive haben (als die Nazis; Anm. ak), wenn sie gegen Bush auf die Straße gehen. Wie schon zu Zeiten der Friedensbewegung aber klaffen der subjektive Anspruch und die objektive Wirkung weit auseinander. So wie diese sich zu einer die Wiedervereinigung mental antizipierenden, nationalen Erweckungsbewegung entwickelt, fällt es heute der globalisierungskritischen Bewegung schwer, Distanz zum völkischen Antisemitismus zu erzeugen." (jungle world, 22.5.02)

Während die Antideutschen wohl auch weiterhin unbeirrt ihren antilinken Kampfauftrag ausführen werden, zeigen die Berliner Demonstrationen der radikalen Linken: Sie sollte sich zu ähnlichen Anlässen wieder aktiv bündnispolitisch einmischen, aber auch eigene Demonstrationen sowohl gegen die US-Kriegspolitik als auch gegen die deutsche/europäische Militärpolitik organisieren. Eine Reduzierung antimilitaristischer Positionen auf die Kritik an den USA stärkt die europäischen Kriegspläne, die Antipolitik der antilinken Antideutschen zwangsläufig die der USA.

Georg Wißmeier

34. Ohne Buko ist alles Käse. Eindrücke vom BUKO 25 in Frankfurt/M. 9.-12. Mai 2002

Autor: Stefanie Gräfe/Georg Wißmeier · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:48

Ein lauer Sommerabend. Tagsüber eine Diskussion über Perspektiven internationalistischer Publizistik. Danach vegetarisches Essen aus der Volxküche. Ein abendlicher Spaziergang vom Campus der Uni Frankfurt zum IG-Farben-Haus, vorbei am US-Konsulat. Bei einigen GenossInnen werden Erinnerungen an Demonstrationen zu Zeiten der Startbahn West wach. Eigentlich könnte mensch jetzt auch eine Demo machen - genug Leute sind da, immerhin mehrere hundert. Aber nein, man ist ja bloß TeilnehmerIn des BUKO und auf dem Weg zur Israel/Palästina-Veranstaltung. Natürlich mit einigen Befürchtungen, was den Verlauf dieser Veranstaltung angeht. Grundlos. Denn die Diskussion ist sachlich und der riesige IG-Farben-Saal ist voll und bleibt voll. Dann, zum Abschluss des Tages und der Nacht, nimmt man, wiederum auf dem Campus, einige Getränke inmitten hunderter anderer Menschen ein. Seltene Momente in der radikalen Linken.

Es war unter anderem diese Stimmung, die den Jubiläums-Buko 25 in Frankfurt/Main prägte. Natürlich wurde viel in Arbeitsgruppen und auf Podien diskutiert; natürlich gab es qualitative Unterschiede, und natürlich gab es inhaltliche Differenzen. Immerhin war der BUKO (ehemals Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionssgruppen) nicht nur mit einem neuen Namen - die BUKO (Bundeskoordination Internationalismus), sondern auch mit einem neuen Anspruch angetreten, mit dem Anspruch nämlich, "sich zu öffnen". Was das heißen soll? "Der neue Name verweist auf das, was die BUKO noch nicht ist, aber sein will. Ein Zusammenschluss, Netzwerk oder was auch immer von Gruppen und Menschen, die sich innerhalb des herrschaftskritischen Spektrums der internationalen Protestbewegung verorten und die BUKO als Möglichkeit nutzen, über die Ambivalenzen dieser Protestbewegung zu streiten. Und wir hoffen, dass aus den oben angeführten Gründen antimilitaristische, antirassistische und antifaschistische ebenso wie patriarchatskritische Gruppen stärker Teil dieses offenen Prozesses werden." (1)

Zumindest die Vorbereitungsgruppe versuchte bei der Besetzung der Podien und beim Angebot an Arbeitsgruppen diesem selbst gestellten Anspruch gerecht zu werden. Nicht nur das "übliche" internationalistische Spektrum war vertreten, sondern es diskutierten zur Organisierungsfrage etwa Vertreterinnen von Kanak Attak und der AAB (Antifaschistische Aktion Berlin) auf dem Podium gemeinsam mit VertreterInnen von BUKO und BUKO-Spektrum. Fazit: Die Erfahrungen, Ansätze und Ziele sind ziemlich unterschiedlich, die Bereitschaft, sich über Perspektiven linksradikaler Organisierung ernsthaft Gedanken zu machen, ziemlich groß. Wohltuend blieben Jammereien à la, wir sind noch nicht mal eine kleine, radikale Minderheit, wir haben nichts erreicht und werden nichts erreichen, nicht nur auf diesem Podium vollkommen aus.

Doch blieb die Frage, wie denn das Ziel der Öffnung über den Kongress hinaus in naher und ferner Zukunft erreicht werden kann. Zwar wurde viel von Netzwerkstrukturen und Seminarangeboten geredet. Wie diese Netzwerkstrukturen konkret aussehen, wer sich um die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Seminare kümmert, wo Entscheidungen über Beteiligungen der (geöffneten) BUKO an Aktionen, Demonstrationen etc. getroffen werden, das wurde bisher aber nicht ersichtlich.

Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Immerhin ist es der neuen BUKO gelungen, erstaunlich viele Leute (die Angaben reichen von realistischen 600 bis optimistischen 1000 TeilnehmerInnen) zu mobilisieren, die sich links von attac mit Perspektiven von Globalisierungskritik beschäftigen wollen, und da es so viele waren, dass sie schon statistisch nicht alle aus BUKOs Kernland kommen konnten, war die propagierte Öffnung zum Teil schon Realität auf dem Kongress.

Das und die insgesamt entspannte, engagierte Stimmung haben manches Unerfreuliche erträglicher gemacht; z.B. die von vielen TeilnehmerInnen bemängelte Podiumslastigkeit. Absolutes Highlight in dieser Hinsicht war das Abschlusspodium, in dessen Zentrum John Holloway und seine Predigt zur Antimacht standen. Sonntag morgen, 10 Uhr, Holloway spricht und man fühlte sich eigenartig, wiewohl nicht angenehm vertraut in der Situation, merkt irgendwann, dass man kurz davor ist, die Hände zum Gebet zu falten und beginnt dann, sich wirklich zu ärgern. Umso erfreulicher dann, dass Holloway freundlich-scharf, feministisch fundiert von seinen

Podiumskolleginnen Susanne Schultz und Ariane Brenssell (respect-los, Berlin) angegangen wurde; wiederum ärgerlich, dass er dazu absolut nichts zu sagen hatte, und das, obwohl er die Kritik an seinem idealisierenden Machtbegriff mit Sicherheit nicht zum ersten Mal gehört hat. Das ist Prominenten-Hype, auf den man gut verzichten kann.

Wie auch immer: Lust auf eine starke radikale Linke ist da. Jetzt ist die Bundeskoordination Internationalismus gefordert.

Stefanie Gräfe/Georg Wißmeier

Anmerkung:

1) Die Zeitung zum BUKO, siehe Beilage in ak 461.

35. Widerstand oder Repatriachalisierung? Frauen in islamistischen Bewegungen

Autor: Tanja Scheiterbauer · Rubrik: Kirche und Religionen; Nahost allgemein; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:35

Nicht erst seit dem 11. September beschäftigen sich die mediale Öffentlichkeit und die Wissenschaft mit der Frage, wie die Entstehung und Bedeutung des sogenannten Islamismus zu interpretieren sind. Die Flut der Literatur zu diesem Thema ist schier unüberschaubar - bereits Mitte der 80er Jahre wurde geschätzt, dass pro Jahr 200 Bücher über den Islamismus erscheinen. Seit den Terroranschlägen im September pflegen die BuchhändlerInnen wieder mit besonderer Hingabe die Ecken "Nahost/Internationales".

Als Ausgangspunkt der Islamismus-Hysterie- und Euphorie wird zumeist die iranische Revolution zitiert. Danach erlebte die Islamismus-Welle ein Auf und Ab, das den jeweiligen Krisen in der Region folgte. Was den Westen in ganz besonderer Weise bewegt(e), ist die Tatsache, dass es eine rasant wachsende Zahl von Frauen gibt, die ihre (wieder-)gewonnene Religiösität öffentlich kundtut und bewusst zum Schleier greift. Anfang der 90er haben sich viele - nicht nur westliche - feministische ForscherInnen und Frauen-Forscherinnen auf den Weg ins "Feld" gemacht, um den Ursachen dieses Phänomens nachzuspüren.

Im Kontrast zu der vorherrschenden Sichtweise, in der der Anstieg der Kopftuch-tragenden Musliminnen als Zeichen einer Repatriarchalisierung wahrgenommen wird, kommen neuere Forschungen zu dem Ergebnis, dass selbstbewusste junge Frauen nicht länger Objekte der islamistischen Körper- und Repräsentationspolitik sein wollen, sondern ihre Subjekte. Die Aktivistinnen der islamistischen Bewegung jedoch als Repräsentantinnen eines "islamistischen Feminismus" zu beschwören, schafft nicht nur ein stilistisches Oxymoron, sondern deutet auch auf die postmodernen Diffusionen des Feminismus hin.

Schon seit Jahrzehnten beschäftigt sich die Forschung mit den Ursachen und Auswirkungen des Islamismus. Weit verbreitet ist die These, Islamismus sei eine ideologische Reaktion auf die Krisenerfahrungen, die die Menschen in den arabischen und islamisch geprägten Ländern seit Anfang der 70er Jahre durchleben. Demnach habe die Niederlage der ehrgeizig vorangetriebenen nationalen Entwicklungsprojekte der autoritären Regime des Nahen und Mittleren Ostens der islamistischen Bewegung Tür und Tor geöffnet. Zum einen verengten die repressiven, post-kolonialen Staaten den Raum für politische Partizipationsformen derart, dass die Moschee (respektive der islamistische Diskurs) als einzig möglicher Raum für Protest und Kritik blieb. Zum anderen erzeugte die schnelle, staatlich vorangetriebene Industrialisierung der 60er Jahre (Importsubstitution) eine neue Dimension von Urbanisierung. Die Integration der sich neu herausbildenden städtischen Mittelschichten in das politische System scheiterte an der Undurchlässigkeit der überdimensionalen Bürokratisierung und der darin eingewobenen Klientelstrukturen.

Dem politischen und ökonomischen Bankrott der Regime kam das gerade erwachte Interesse des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems für das Öl als Hauptenergieträger der industrialisierten Welt zuvor. In der Folge der Reorganisation des Weltenergiemarktes (1970-74) konnten Erdölstaaten wie Saudi-Arabien, Iran, Libyen sowie die Golfstaaten ihre Systeme sowohl stabilisieren als auch modernisieren. Dieses Einkommen stattete die Regime mit erstaunlichen externen Ressourcen aus, die ihnen eine extreme Autonomie nach innen erlaubte. Um den Fluss des Erdöls zu garantieren wurden auch die Nachbarstaaten mit in diese neuen "Stabilitätspakte" einbezogen, indem Nebenflüsse dieser Ölressourcen in ihre Staatshaushalte gelenkt wurden (Entwicklungshilfe, Ausgleichszahlungen, finanzielle Geschenke, günstige Kredite, etc.).

Islamismus: Moral statt Markt

Dieser Wandel im sozio-ökonomischen Gefüge des Nahen und Mittleren Ostens, der oft als "New Arab Social Order" bezeichnet wird, habe den Aufschwung des Islamismus - so der weitere Gang der Argumentation - auf zwei Ebenen befördert: Der arabische Nationalismus - als dessen Fahnenträger Ägypten agierte - wurde als hegemoniale säkulare Ideologie vom saudischen Petro-Islam abgelöst. In dieser regionalen Neuordnung entfaltete sich Saudi-Arabien als kulturelles und ökonomisches Zentrum. Der Aufstieg des saudischen Staates, in dem nun die Petro-Dollars in einem bis dato nicht gekannten Ausmaß flossen (die Golfstaaten widerlegten damit auch alle bis dahin schwer erarbeiteten Entwicklungsmodelle), wurde von seinen Staatseliten als Beweis dafür verkauft, dass das saudisch-islamische Staatsmodell dem säkularen westlichen Entwicklungsentwurf

überlegen war. Der kulturelle Siegeszug des Petro-Islam wurde darüber hinaus auf der praktisch-politischen Ebene der finanziellen "Unterstützung" islamistischer Netzwerke untermauert.

Obwohl diese Erklärungsansätze einige Argumente liefern, die die Bedingungen für ein Krisenbewusstsein erhellen, bleiben sie in einem Strukturfunktionalismus verhaftet, der ideologische Formierungen rein aus dem sozio-ökonomischen System ableitet. Darüber hinaus leiden sie an einer systematischen Ausblendung des Konflikts um Israel und Palästina. Der Antisemitismus wird bestenfalls noch als ein Bestandteil des allgemeinen antiwestlichen Diskurses der islamistischen Bewegungen angeführt. Um jedoch die zukünftige Rolle des Islamismus für die muslimischen Gesellschaften zu erfassen, muss vielmehr gefragt werden, inwieweit der Antisemitismus ein konstitutives Element des Islamismus darstellt (d.h. eine Ausgeburt des 20. Jahrhunderts ist) oder den post-kolonialen muslimischen Nationalstaaten inhärent ist.

Im Hinblick auf die subjektive Dimension des Islamismus ist die Frage zu stellen, warum sich Menschen ausgerechnet autoritär religiösen Bewegungen anschließen. Der schon vor zehn Jahren prognostizierte "Kampf der Kulturen" liefert dafür eine scheinbar einfache Erklärung: Der Islam wird als wesenhafte Essenz der muslimischen Gesellschaften interpretiert. Alle gesellschaftlichen Erscheinungen, insbesondere das Patriarchat, werden so vom Islam abgeleitet.

Dem gegenüber ist es wichtig, den religiösen Gehalt dieser Bewegungen nicht auf die Dimension der bloßen politischen Ideologie oder auf das Wesen des Islam zu reduzieren. Das Phänomen der "Rückkehr der Religionen" ist eben nicht auf den Islam beschränkt, vielmehr ist es ein weltweites Phänomen, das in allen Religionen zu Tage tritt. Dies zeigt zum Beispiel der protestantische Fundamentalismus in den USA oder der hinduistische Fundamentalismus in Indien.

Die Frage nach der "Rückkehr der Religionen" ist aufs Engste mit der Frage nach der aktiven Mitwirkung von Frauen in islamistischen Bewegungen verknüpft. Warum unterstützen Frauen heute noch religiöse Bewegungen, deren öffentlich proklamiertes Ziel es ist, die traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern zu zementieren, den weiblichen Körper zu kontrollieren und zu normieren sowie patriarchale Macht in Reinform zu etablieren? Zahlreiche ForscherInnen haben sich mittlerweile mit diesem Thema beschäftigt. Sie erweitern politisch-ökonomisch argumentierende Analysen um den Aspekt der Subjektivität, indem sie die Frauen in Form von empirischen Studien selbst zu Worten kommen lassen.

Trotz der unterschiedlichen Ansätze und nationalstaatlichen Kontexte kristallisieren sich übergreifende Topoi heraus. Die Forscherinnen suchen und finden ihre Interviewpartnerinnen meist an den Universitäten der Metropolen. Als Exponentinnen der neuen urbanen Mittelschichten wird ihre Lebenswelt als kultureller Konflikt zwischen Tradition (traditionell-religiöses Elternhaus) und Moderne (Universität in der Metropole) charakterisiert. Sowohl die islamische Tradition als auch die modernen westlichen Entwicklungsideologien wie Nationalismus, Kapitalismus oder Sozialismus haben ihre Wirkung als identitätsstiftende Gesellschaftsmodelle verloren. Die islamistischen Netzwerke an den Universitäten bieten angesichts der fehlenden staatlichen Infrastrukturen nicht nur materielle Unterstützung (Stipendien, günstige Zimmer, studienunterstützende Seminare). Der Islamismus bietet auch ein Konfliktbewältigungssystem, das vorgibt den traditionellen Lebensstil durch eine rationalisierte Form der Religionsausübung (Ausmerzung von abergläubischen und mystischen Praktiken, detailgetreue Nachahmung der schriftlichen Vorgaben, intensives Pauken des Koran, etc.) zu überwinden und dem westlichen Modernismus der nationalen korrumpierten Staatseliten ein authentisches Gesellschaftsmodell entgegenzusetzen. In dieser islamistischen Utopie regelt nicht der Markt die ökonomischen Probleme, sondern die Moral. Verteilungs- und Eigentumsfragen sind damit nachrangig oder werden schlichtweg überhaupt nicht thematisiert. Das symbolische Zentrum der Repräsentation dieser moralisch besseren Gesellschaft ist der weibliche Körper. Bezeichnender Weise entstammt die in Europa geäußerte Forderung nach "Miniröcken für afghanische Frauen" (Michel Houellebecq) derselben symbolischen Verortung von Weiblichkeit.

Schleier bietet Schutz

Die Gretchenfrage nach dem Grund der selbsterwählten Bedeckung beantworten Islamistinnen mit dem Bedürfnis nach Schutz: Schutz vor männlichen Blicken, Schutz vor männlicher Anmache und vor westlicher "Unmoral". Wie brüchig diese Dichotomisierung zwischen westlicher Unmoral und islamistischer Hypermoral ist, wird an den endlosen Debatten um die Rechtmäßigkeit von Schminke und Minirock unter dem Schleier

deutlich. Solcherlei Diskussionen werden gerne in den "to do and not to do"-Rubriken islamistischer Frauenzeitschriften geführt oder können in den zahlreichen Sammlungen von Benimm-Regeln nachgelesen werden, die mittlerweile alle nationalen Märkte erobert haben.

Die meisten Forscherinnen betrachten die islamistische (Selbst-)Disziplinierung des weiblichen Körpers im Spannungsfeld zwischen Repatriarchalisierung und Widerstand. Zwar verweise der Schleier auf die traditionelle Rolle der Frau als Ehefrau und Mutter und die Privatsphäre, gleichzeitig erlaube ihnen der Schleier sich im öffentlichen Raum (z.B. Besuch der Universität, Treff mit anderen Frauen) zu bewegen ohne dem Verdacht der Unsittlichkeit und der Unmoral anheim zu fallen. Durch den Schleier werde ihr Wunsch nach Berufsbildung legitimiert und die Möglichkeit eröffnet, das enge Korsett, das sie in ihrer Rolle als Ehefrauen und Müttern einschnürt, abzulegen. Auch die islamistische Deutung des Geschlechterverhältnisses als gleichwertige Partnerschaft (Gleichwertigkeit statt Gleichheit) wird als offene Tür für Neuverhandlungen interpretiert. Indem die Islamistinnen die Exegese der religiösen Schriften selbst in die Hand nehmen, schafften sie es, patriarchale Arrangements punktuell aufzubrechen, indem sie ihre Forderungen religiös legitimieren. So pochen die Frauen beispielsweise auf ihr Recht auf Berufsausübung, obwohl viele nationale Gesetzgebungen dieses Recht (ganz unislamisch) von der Zustimmung des Ehemannes abhängig machen.

Die oben dargestellten Untersuchungen stellen die Widerständigkeiten von Frauen in den Vordergrund. Dass diese Praktiken mehr oder weniger implizit als Anfang eines neuen Emanzipationsprozesses interpretiert werden, ist meines Erachtens Ausdruck der Vieldeutigkeiten feministischer Politik- und Forschungsansätze. Auch in Deutschland werden schließlich frauenpolitische Maßnahmen mit neoliberalen Ideologiefragmenten verflochten und als Geschlechterdemokratisierung zu Markte getragen. Dabei wird jedoch ausgeblendet, dass die Alltagswiderständigkeiten der Frauen weit davon entfernt sind sich in den islamistischen Politiken und Programmen zu sedimentieren. So zeichnet sich in den islamischen Regimen keine Verbesserung der rechtlichen, politischen oder sozio-ökonomischen Situation von Frauen ab.

Deshalb von einer Re-Patriarchalisierung zu sprechen ist aber ebenso irreführend, da dies voraussetzt, dass es bereits eine Phase der Ent-Patriarchalisierung gegeben hätte. Angemessener erscheint es deshalb, von einer patriarchalen Neuformierung zu sprechen, deren Widersprüchlichkeiten den Feminismus weltweit vor neue Fragen stellt. Um die Ursachen und Auswirkungen des Islamismus - auch in seiner geschlechtsspezifischen Dimension - zu erfassen, bedarf es meines Erachtens einer Betrachtungsweise, die die politischen und sozio-ökonomischen Strukturen auf der einen und die Subjektkonstitutionen auf der anderen Seite aufeinander bezieht und diese in einen historischen und kontextuellen Zusammenhang stellt.

Tanja Scheiterbauer

36. Das Phänomen der Huntington-Linken. Interview mit Gazi Caglar über die Debatte vom "Kampf der Kulturen" nach dem 11.September

Autor: Interview: Tom Binger · Rubrik: Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:04

Gazi Caglar ist Politik-, Geschichts- und Religionswissenschaftler mit Lehrauftrag am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Nach dem Militärputsch 1980 floh er aus der Türkei und war in der Bundesrepublik in der Türkei-Solidaritätsbewegung u.a. als Herausgeber der Türkei-Informationen aktiv. Zuletzt erschien von ihm als Replik auf Samuel P. Huntingtons "Kampf der Kulturen" das Buch "Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt". Beim Kongress "Tatort Globalisierung" der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) in Frankfurt saß Gazi Caglar auf dem Podium der Auftaktveranstaltung "Globalisierung und Imperialismus". Mit ihm sprach Tom Binger.

ak: In den ersten Reaktionen auf die Anschläge in New York und Washington wurden die Selbstmordattentate ganz im Sinne Huntingtons als Angriffe auf die westliche Zivilisation interpretiert. Welche Bedeutung haben die Thesen des Havard-Professors Samuel P. Huntington vom "Kampf der Kulturen" für die amerikanische Außenpolitik nach dem 11.09.01?

Gazi Caglar: Die Thesen vom Kampf der Kulturen sind zu einem Zeitpunkt entstanden, als die USA für ihre Außenpolitik und militärische Überlegenheit nach einem neuen Feindbild gesucht haben. In dieser Phase hat Huntington im Zusammenhang mit seiner Beratertätigkeit für die amerikanische Regierung seine Thesen entwickelt. Sie haben für die Außenpolitik der USA nach dem 11.09. zunächst einmal in der heißen Phase als ein Erklärungsmuster eine gewisse Rolle gespielt und spielen sie - meines Erachtens - nach wie vor. Die Tatsache, dass die USA auf die Allianz mit einigen islamischen Regierungen angewiesen war, um in Afghanistan eine derartige Operation durchführen zu können, hat seine Thesen etwas in den Hintergrund treten lassen. Dennoch hat Huntingtons Behauptung von einer gegenüber dem Westen prinzipiell feindseligen Einstellung der islamischen Zivilisation in den außenpolitischen Eliten der USA immer noch eine große Wirkungskraft. Huntington selbst hat nach dem 11. September vor einer Interpretation der Anschläge nach dem Kulturkampfschema gewarnt. Er sprach vielmehr davon, dass das World Trade Center als Symbol des Kapitalismus und das Pentagon als Symbol der amerikanischen Militärmacht angegriffen wurden.

Warum relativiert Huntington ausgerechnet zu einem Zeitpunkt seine Position, an dem sie als populäre Interpretation der aktuellen weltpolitischen Lage eine überraschende Renaissance erlebt?

Huntington wollte dem Versuch der USA, in der islamischen Welt Bündnispartner zu finden, keine Steine in den Weg legen. Außerdem sind die Anschläge von einer derart neuen Qualität, dass auch Huntington nicht damit gerechnet hat. Er hat letztendlich seine Thesen nicht relativiert, sondern hat die Attentäter und ihre Motive den Motiven von Barbaren gleichgestellt. Er sprach von einem Attentat von Barbaren auf die Zivilisation. Von daher handelt es sich in seinen Augen auch nicht um einen Krieg zwischen zwei Zivilisationen, sondern um einen Konflikt weit unterhalb dieser Ebene.

Sie wenden sich explizit dagegen, die Anschläge als Folge des US-Imperialismus oder der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse zu analysieren. Worin sehen Sie die entscheidenden Ursachen für Islamismus und Selbstmordattentate?

Ich wende mich dagegen, die Anschläge als unvermeidliche Folge des US-Imperialismus und seiner Politik im Mittleren Osten zu werten. Selbstverständlich hat die US-amerikanische imperialistische Politik nach dem zweiten Weltkrieg dazu beigetragen, dass die Krisenpotenziale in dieser Region sich verschärft haben. Aber man muss auch sehen, dass die islamistischen Bewegungen mittlerweile zu Bewegungen mit einer eigenen inneren Dynamik geworden sind. Es sind Bewegungen, die ihre eigenen Zielsetzungen haben, die ihre eigenen Vorstellungen von der Welt haben, die ihre eigenen taktischen und strategischen Überlegungen zu ihren politischen Vorhaben haben. Selbstverständlich sind diese Bewegungen auch ein Ergebnis der US-amerikanischen Politik der Einkreisung der Sowjetunion durch islamistische Bewegungen, vor allem in den sog. Turkrepubliken. Letztlich sind es ja genau diejenigen Djihadisten, die der CIA großgezogen hat, die jetzt in

Tschetschenien und Afghanistan unterwegs sind, um eine Art islamistischer Internationale ins Leben zu rufen. Das zeigt, dass eine eigene Dynamik eingesetzt hat. Man muss sehen, dass diese islamistische Politik mit einer militaristischen Politik des Westens genauestens korrespondiert, dass also zwei Sphären mit eigenen Dynamiken aufeinander treffen, die sich gegenseitig ergänzen.

In welchem Verhältnis stehen Gewalt und Krieg, Terror und Barbarei zur westlichen Zivilisation?

In der Bestürzung über die Attentate in den USA wurden teilweise Krokodilstränen vergossen. Angesichts des alltäglichen Massensterbens von Kindern auf dieser Erde in Folge einer IWF-Politik, einer kapitalistischen Politik, deren agierende Mächte vor allem im Westen sitzen, war die von oben verordnete Trauer eine Farce. Wenn man sich seit Beginn des Kolonialismus - der eine wichtige Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus darstellt - die Gewaltgeschichte der kapitalistischen Barbarei anschaut, deren mächtigste Nationalstaaten nach wie vor in Westeuropa und Nordamerika sitzen, dann haben wir den richtigen Maßstab, von dem ausgehend über die Welt nachgedacht werden kann. Keinesfalls gibt es einen solchen Maßstab in Form von Zivilisationen, von denen einzig die westliche zur Entwicklung fähig ist, während die anderen ewige Gefängnisse darstellen.

Welche Rolle spielt der Kultur- und Menschenrechtsdiskurs in der aktuellen Politik des Westens nach dem Zusammenbruch des Ost-West-Gegensatzes?

Für die Herrschenden spielt dieser Diskurs die Rolle der Rechtfertigung eines doppelten Standards gegenüber Regionen, in denen eine offen terroristische nationalstaatliche Vereinheitlichung - auch im Interesse des Westens - stattfindet. Der Westen bemüht gegenüber diesen Ländern immer dann den Menschenrechtsdiskurs, wenn er mit ihrer aktuellen Politik nicht einverstanden ist.

Nehmen wir das Beispiel Türkei: Es gab vom Westen gegenüber der türkischen Regierung immer wieder den Vorwurf, sie würde sich nicht an die Menschenrechte halten. Die Türkei führt einen Krieg gegen das kurdische Volk. Es ist ganz klar, dass das türkische Militär mit den Mitteln, die der Westen geliefert hat, das kurdische Volk über 15 Jahre lang drangsaliert hat. Trotzdem haben die Menschenrechte den Westen nicht dazu verpflichtet, wenigstens mit der offenen Militärhilfe Schluss zu machen. Die Rolle des gegenwärtigen Menschenrechtsdiskurses würde ich einfach in einem erhöhten Bedarf sehen, die auf offene Ausbeutung und Absicherung von Ressourcen zielende Politik des Westens zu verschleiern.

Angesichts des islamistischen Terrors beziehen sich in der Bundesrepublik auch viele Linke positiv auf die kapitalistische Moderne, deren Glücksversprechen gegenüber einem archaischen Unterdrückungssystem zu verteidigen sei. Ist es nach dem 11. September zu dem absurden Phänomen der Herausbildung einer Huntington-Linken gekommen?

Ich finde diesen Begriff witzig und zutreffend. Aus diesem Grunde werde ich ihn mir merken. Diese Linke sieht einfach nicht, dass die Vormoderne - deren Protagonisten die islamistischen Bewegungen sein sollen - keine Vormoderne ist, sondern integraler Bestandteil der kapitalistischen Moderne. Das heißt, selbst die Taliban-Gesetze in Afghanistan sind durch die kapitalistische Moderne vermittelt worden, und zwar in der Version der sog. asiatischen Werte. Die Linke, die meint, sich gegenüber solchen Ausbrüchen von Gewalt auf die Errungenschaften der kapitalistischen Moderne, also auf bestimmte demokratische Grundregeln, auf bestimmte Menschenrechte und auf bestimmte kulturelle Freiheitsspielräume, zurückziehen zu müssen, unterstütze ich in ihrem Bestreben. Aber um das zu tun, also um die sog. Errungenschaften der bürgerlichen Ära für sich zu reklamieren, muss man sich nicht unbedingt auf die Seite der kapitalistischen Moderne schlagen. Die Alternative ist heute nicht Vormoderne/ Islamismus/ Fundamentalismus auf der einen Seite und die bürgerlich-demokratisch verfasste kapitalistische Ordnung auf der anderen Seite. Die Alternative besteht nach wie vor darin - gerade im Bewusstsein dessen, dass diese islamistischen Bewegungen auch ein Produkt dieser kapitalistischen Moderne sind -, gegen diese kapitalistische Weltordnung für eine sozial gerechte Weltordnung zu kämpfen.

Sie glauben also nicht, dass die Alternative Sozialismus oder Barbarei jetzt abgelöst worden ist durch die Alternative Zivilisation oder Barbarei?

Nein, weil die Alternative Sozialismus oder Barbarei im Bewusstsein der Dialektik von Kapitalismus und Barbarei formuliert ist. Die Tatsache, dass dem Kapitalismus die Barbarei inhärent ist, hat dazu geführt, dass diese Alternative formuliert wurde. Daran hat sich überhaupt nichts verändert. Im Gegenteil: Die Verhältnisse

haben sich weltweit weiter verschärft. Wer sich die Schere zwischen Arm und Reich weltweit anschaut, wer sich also allein die Tatsache anschaut, dass 80 Prozent der Weltressourcen von 20 Prozent der Menschheit verbraucht werden, der weiß, wie aktuell diese Alternative ist.

Gazi Caglars Buch "Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt. Eine Replik auf Samuel P. Huntingtons ‚Kampf der Kulturen`" ist 2002 im Unrast Verlag in einer überarbeiteten und ergänzten Auflage neu erschienen.

37. Kuratieren gegen den Strich. Die documenta_11 will den Blick für postkoloniale Perspektiven auf Kunst schärfen

Die documenta_11 will den Blick für postkoloniale Perspektiven auf die Kunst schärfen

Autor: Matilda Felix · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:10

Eine ideale Ausstellung ist nach Okwui Enwezor wie "eine Zecke im öffentlichen Körper". Der Kurator der elften documenta plädiert für eine "engagierte Kunst", die sich wieder verstärkt auf gesellschaftliche und politische Prozesse bezieht, Missstände benennt und die in ihrem Anspruch auf Veränderung zielt. Ein zentrales Anliegen Enwezors ist es, nicht-westliche Perspektiven aufzugreifen. Ob und wie dies gelingt, kann bis zum 15. September in Kassel geprüft werden.

Seit 1955 findet die documenta alle vier Jahre, mit wechselndem Kurator (und 1998 der ersten Kuratorin), mit wachsendem Budget und ZuschauerInnenzahlen in Kassel statt. Die aktuelle documenta lohnt sich aber nicht nur für an zeitgenössischer Kunst Interessierte. Der Kurator Okwui Enwezor hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen Beitrag zur "Globalisierung" der Kunstszene zu leisten. Dieses Schlagwort ist im Kunstbetrieb ebenso fehl am Platz wie im politischen und/oder wirtschaftlichen Kontext. Wäre es hier angebrachter von Triadisierung zu reden, da es sich um eine Ballung von politischer und wirtschaftlicher Macht in den drei Wirtschaftsblöcken Nordamerika, Europa und Asien (vor allem Japan) handelt, gilt ähnliches auch für die Kunst. Auch im Kunstbetrieb gibt es Zugangsbeschränkungen, die die Teilnahme strukturieren und begrenzen. Ebenso werden und wurden die theoretischen Grundlagen fast ausschließlich im europäischen und nordamerikanischen Raum entwickelt. Die Frage, was Kunst ist, wird in einem diskursiven Raum immer neu verhandelt. Und an diesem Diskurs sind vor allem westliche Institutionen beteiligt, deren Interessen und Fragestellungen aus ihrer westlichen Perspektive resultieren.

In den 80er Jahren begann in der europäischen Ausstellungspraxis die Auseinandersetzung mit nicht-westlicher Kunst. Eine wichtige Frage, die bis heute noch nicht abschließend geklärt wurde, war dabei in welchen Ausstellungsräumen beispielsweise afrikanische Kunst angemessen präsentiert werden kann. Ethnologische Museen schienen weniger Schwierigkeiten zu haben, den Kontext der Kunstwerke zu vermitteln, allerdings wurde den Arbeiten hier nicht der gleiche Status zuerkannt, wie er von Kunstmuseen verliehen wird. Der erste Versuch 1989 in Paris aktuelle Kunst aus unterschiedlichen Regionen der Welt gemeinsam auszustellen, demonstrierte die Grenzen des westlichen Kunstbegriffs. Stehen beispielsweise afrikanische Plastiken zusammenhangslos neben den europäischen Arbeiten, kann als Reaktion des Publikums bestenfalls Unverständnis, schlimmstenfalls die Mystifizierung anscheinend archaischer Ausdrucksweisen erwartet werden. Die Reduktion nicht-westlicher Kunst auf folkloristische Ästhetik ist ein roter Faden, der sich durch die gesamte Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts zieht.

Chris Ofili beispielsweise ist ein schwarzer Künstler, der in England geboren und ausgewachsen ist und an Kunsthochschulen in London und Berlin ausgebildet wurde. Die BesucherInnen seiner Ausstellungen waren jedoch eher auf der Suche nach seinen "afrikanischen Wurzeln". So dass er sich schließlich entschloss seine Bilder auf getrocknete Elefantenköttel zu stellte, die er aus dem Londoner Zoo bezieht. Bezeichnenderweise ist er erst durch diese Arbeiten im westlichen Kunstbetrieb bekannt geworden. Das Fremde ist eben doch nicht so fremd, dass "wir" (EuropäerInnen) nicht sehr genaue Vorstellungen von dem "Anderen" haben, die sich nach Möglichkeit bestätigen sollen.

"Zecke im öffentlichen Körper"

Im letzten Jahrzehnt wurde in der Kunstpraxis immer wieder nach Annährungsmöglichkeiten gesucht. Dabei entwickelten sich Begrifflichkeiten wie "Peripherie" und "Zentrum". René Block beispielsweise nannte 1998 eine Ausstellung in Kassel Echolot. Neun Fragen an die Peripherie. Als Zentrum sollte Kassel verstanden werden, andere Länder wurden ausgeecholotet. Dabei ist es mehr als ein Nebenwiderspruch, wenn die ausstellenden KünstlerInnen aus dem Iran, Ägypten oder dem Libanon stammen, sie aber ihren Lebens- und Arbeitsschwerpunkt längst in westliche Kunstmetropolen wie New York, London oder Paris verlegt haben. Diese Arbeiten als Arbeiten der Peripherie auszustellen ist kontraproduktiv, da dies die gegebenen

Machtkonstellationen im Kunstbetrieb verschleiert. Nach wie vor gilt, dass KünstlerInnen in westlichen Metropolen verankert sein müssen, um in der internationalen Kunstszene beachtet zu werden.

Die vielfältigen Ausstellungen der 90er Jahre zum Thema Welt-Kunst (1) machen die zunehmende Ausdifferenzierung im Umgang mit nicht-westlicher Kunst deutlich. Die Austragungsorte und die KuratorInnen situieren sich allerdings in der überwiegenden Mehrheit weiterhin im Westen. Den Diskurs und damit auch die Kunstproduktion bestimmen also nach wie vor westliche TheoretikerInnen und Institutionen. Dies ändert sich erst langsam durch die Biennalen, in denen zeitgenössische Kunst ausgestellt wird und die in den letzten Jahren auf allen Kontinenten stattfanden.

Einen weiteren Beitrag zu diesen Perspektivwechseln könnte nun die documenta_11 liefern. Das scheint schon in den strukturellen Vorgaben, wie beispielsweise der Teambildung durch Okwui Enwezor, angelegt. Bereits 1997 bei der Biennale in Johannesburg übertrug er die Ausrichtung der Ausstellung an sechs KuratorInnen aus unterschiedlichen Teilen der Welt, von denen er lediglich erwartete, nationale Präsentationen zu vermeiden. Dieses postnationale Konzept setzte er auch in Kassel um. Nachdem die Findungskommission ihn zum Kurator der documenta_11 bestimmt hat, wählte er Carlos Basualdo, Ute Meta Bauer, Susanne Ghez, Sarat Maharaj, Mark Nash und Octavio Zaya zu seinen Co-KuratorInnen. Dieses Team entwickelte die Struktur der Ausstellung. Die documenta_11 - das sind fünf Plattformen. Zum ersten Mal ist Kassel nicht der alleinige und damit zentrale Austragungsort der Kunstschau. Die Parzellierung in fünf Plattformen gibt der documenta_11 ihren Untertitel: "Entortung". Die ersten vier theoretisch orientierten Plattformen wurden im vergangenen Jahr in Wien/Berlin, Neu Delhi, der karibischen Insel St. Lucia und Lagos durchgeführt. Unterschiedliche Auswirkungen der Globalisierung standen im Blickfeld. Wie wichtig es dem KuratorInnenteam erschien, einer Fokussierung auf die documenta in Kassel als einer "westlichen Institution" (Enwezor) entgegenzuwirken, zeigt sich auch darin, dass das Gesamtbudget von 12,8 Millionen Euro gleichmäßig auf die verschiedenen Austragungsorte verteilt wurde.

Die erste mehrwöchige Plattform fand unter dem Titel Democracy Unrealized in Wien und Berlin statt. Ausgangspunkt war der Gedanke, dass die Definition des Begriffs "Demokratie als unvollendeter Prozess eine Möglichkeit biete, das aufzuzeigen, was die liberale Demokratie verspricht, aber nicht halten kann." (2) Zahlreiche WissenschaftlerInnen sowie einige VertreterInnen politischer Kampagnen und Organisationen, wie kein mensch ist illegal oder Arquitectos sin Fronteras, diskutierten über Probleme, die sich aus dem universellen Geltungsanspruch der neoliberalen Wirtschaftsordnung und damit eng verknüpft der liberalen Demokratievorstellung ergeben. Die zentralen Themen waren Menschenrechte, globale Gerechtigkeit, kulturelle Identitäten, Migration, Transformation von Staaten und die Vorstellung von Staatsbürgerschaft.

Experimente mit der Wahrheit: Rechtssysteme im Wandel und die Prozesse der Wahrheitsfindung und Versöhnung lautete der Titel der zweiten Plattform in Neu Delhi. Hier kamen neben WissenschaftlerInnen hauptsächlich VertreterInnen der nationalen und transnationalen Justiz zu Wort. Diskutiert wurden Rechtssysteme, das Problem der willkürlichen Staatsgewalt, die Rolle von Wahrheitskommissionen. Nach Okwui Enwezor ging es dieser Plattform "nicht nur [um] die Untersuchung der zentralen Argumente von Wahrheitskommissionen, die den Kern gerichtlicher und sozialer Methoden angesichts staatlicher Repressionen und Gewaltanwendungen bilden, sondern auch [um] eine sachliche Reflexion anderer komplexer Konflikte (ethnischer, rassistischer, religiöser und sektiererischer) zu ermöglichen, die dem Diskurs von Wahrheitsfindung und Versöhnung vordergründig nicht anzugehören scheinen."

Die karibische Insel St. Lucia war Veranstaltungsort der dritten Plattform: Kreolität und Kreolisierung. Hier wurden postkoloniale und postimperiale Identitätsformen diskutiert, die sich auf Grund wachsender kultureller Diversität innerhalb der Nationalstaaten verändern. Begriffe wie Hybridität, métissage und Kosmopolitismus wurden auf ihre Tauglichkeit überprüft, diese Veränderungen auszudrücken. Anliegen der Plattform war es, Vorstellungen von Kreolität und Kreolisierung als Phänomene der Städte zu untersuchen. "In der Lücke arbeitend, in der altmodische und überholte Begriffe von Zentrum und Peripherie, Authentizität und Andersheit nicht mehr als stabile Kräfte im Bereich der Kultur einsetzbar sind, möchten wir die urbanen Schauplätze der Kreolität und der Kreolisierung erforschen."

Entortung statt Zentralismus

Der Veranstaltungsort der letzten theoretischen Plattform war Lagos. Unter Belagerung. Vier afrikanische Städte. Beleuchtet wurde die urbane Situation der Städte Freetown, Johannesburg, Kinshasa und Lagos. Themen waren u.a. Krieg, Kriminalität, AIDS und Bevölkerungswachstum. Als ReferentInnen geladen waren vor allem ArchitektInnen und SoziologInnen aus verschiedenen afrikanischen Städten, die die Paradoxie zwischen Rückständigkeit und inhärenter Dynamik analysierten. Denn neben den beschränkt arbeitsfähigen staatlichen Institutionen würden sich in diesen Städten neue Arten von Beziehungen und Austausch, Überleben und Auskommen, Solidarität und Widerstand entwickeln. Diese zu benennen, sei - so das Fazit - ein wichtiger Schritt Entwicklungen voranzutreiben, die sich nicht an den Vorgaben der Industrienationen orientieren.

"Die Plattformen sind zunächst einmal ein Weg, nicht nur die intellektuelle Biografie der Ausstellung aufzubauen, sondern auch die Konstruktion und das Umfeld, in dem eine solche Ausstellung entsteht, sichtbar zu machen. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, dass es bestimmte Diskurse gibt, die für die zeitgenössische Kunst von großer Bedeutung sind, die aber nicht als Objekte in eine Ausstellung integriert werden können. Die Idee ist also ein Netzwerk von Beziehungen zu knüpfen." So formuliert Okwui Enwezor die angestrebte Wirkungsweise der Plattformen. Inwiefern sich tatsächlich bleibende Netzwerke und Beziehungen haben knüpfen lassen, ist zum heutigen Zeitpunkt nicht zu beantworten.

documenta als Forum nicht- westlicher Kunst

Natürlich können diese Plattformen keine Antworten auf die komplexen Effekte der Globalisierung bereitstellen, aber sie führen fundiert neue Fragestellungen an die Kunst und den Kunstbetrieb heran, und verlassen inhaltlich und formal den eurozentrischen Standpunkt. Das Konzept, die documenta auch in andere Regionen der Welt zu tragen, wurde oft kritisiert. Befürchtet wurde, dass die Kunst nicht mehr im Mittelpunkt stehe, Einzelne fühlten sich mitunter vom Diskurs ausgeschlossen. Nun ist es richtig, dass die Kunst bisher nicht im Mittelpunkt stand. Ebenso war durch die örtliche Aufteilung die Teilhabe an allen Plattformen fast unmöglich (wie übrigens allzu oft in dieser angeblich so nah zusammenrückenden Welt).

Aber dafür hat das KuratorInnenteam die Chance genutzt, die documenta auch zum Forum nicht-westlicher Themen zu machen. Von den 118 auf der documenta vertretenen KünstlerInnen und Künstlerkollektiven kommen mehr als die Hälfte aus dem Süden bzw. weisen eine migrantische Herkunft auf. Ob sich Enwezors Anspruch, den westlichen Kunstbetrieb für einen postkolonialen Blick zu öffnen, realisieren lässt, wird sich nun in Kassel zeigen. Bestenfalls bleibt am Ende bei den BesucherInnen und KunstkonsumentInnen Irritation, schlimmstenfalls endet die documenta_11 bei der Suche nach Elefantenkötteln.

Matilda Felix

Anmerkungen:

1) Die andere Moderne. Zeitgenössische Kunst aus Afrika, Asien und Lateinamerika, Berlin 1997, Inklusion: Exklusion. Kunst im Zeitalter von Postkolonialismus und globaler Migration, Graz 1997; Vielfaches Echo. Zeitgenössische Kunst zwischen den Kulturen, Stuttgart 1998; Cities on the Move, Wien, Bordeaux, Tokio und London 1998/99; Kunstwelten im Dialog. Von Gaugin zur globalen Gegenwelt, Köln 1999/2000; South meets West, Accra, Bern 1999/2000

2) Die Zitate stammen aus der umfangreichen Präsentation der documenta_11 im Internet (www.documenta.de). Hier sind auch Videomitschnitte aus den Plattformen abrufbar. Alle Plattformen werden in einzelnen Publikationen dokumentiert, die ab Juni im Hatje Cantz Verlag erscheinen.

38. Künstler oder Revolutionär? Neben vielen peinlichen Auftritten hat "Starbuck Holger Meins" durchaus sehenswerte Passagen

Neben peinlichen Auftritten hat "Starbuck - Holger Meins" durchaus sehenswerte Passagen

Autor: Peter Nowak · Rubrik: RAF; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:15

Neben peinlichen Auftritten hat "Starbuck - Holger Meins"

durchaus sehenswerte Passagen

Die Rote Armee Fraktion (RAF) erlebt derzeit eine Auferstehung im Kino. Pünktlich zum 25. Jahrestag der Stammheimer Todesnacht wird mit Christoph Roths Film "Baader", der auf der diesjährigen Berlinale lief, eine der umstrittensten Figuren der ersten RAF-Generation zum Kinostar. Seit Ende Mai läuft nun "Starbuck - Holger Meins" des Filmemachers Gerd Conradt in den deutschen Kinos.

Conradt studierte zusammen mit Holger Meins an der Deutschen Film und Fernsehakademie Berlin; heute so bekannte Filmemacher wie Harun Farocki und Wolfgang Petersen gehörten ebenfalls zu Meins Kommilitonen. Damals studierte man nicht nur zusammen, sondern teilte auch zeitweise die politischen Utopien, beteiligte sich an nicht ganz so friedlichen Demonstrationen und erlebte gemeinsam erste Repressionen. Doch nur zwei wurden Staatsfeinde: Werner Sauber, der bei einem Schusswechsel mit der Polizei in Köln starb, und Holger Meins, der am 9. November an den Folgen von Hungerstreik und falsch dosierter Zwangsernährung sein Leben verlor. Die anderen sind heute angesehene Künstler. Die Ereignisse des "Deutschen Herbst" sind weit genug entfernt, so dass einer künstlerischen Aufarbeitung der Ereignisse nichts mehr im Wege steht. So folgte dem Buch "Starbuck - Holger Meins" vom letzten Jahr nun der gleichnamige Film.

"Starbuck - Holger Meins" denunziert die Person Holger Meins nicht. Im Gegenteil: Der Film will hinter dem "Terroristen" den Menschen und Künstler Holger Meins zeigen. Dabei entstehen äußerst bewegende Sequenzen, wie das Gespräch mit Holgers Vater, Wilhelm Meins. Anders als manch andere Gesprächsteilnehmende weicht er nicht ins Episodenhafte aus, sondern erklärt mit wenigen Worten und sparsamen Gesten, was der "Deutsche Herbst" für die Angehörigen der zu Staatsfeinden Erklärten bedeutete.

Demgegenüber nutzen vor allem die alten Apo-Aktivisten den toten Meins, um sich vor der Kamera zu produzieren. Zu diesen Dauerrednern gehört Rainer Langhans, der ständig seine esoterische Weltsicht zum Besten geben muss. Wenn es da doch nur bei einer Szene geblieben wäre! Muss Langhans gleich zum ständigen Kommentator des Films avancieren? Vielleicht hat der Konkret-Filmkritiker Dietrich Kuhlbrodt Recht, der diese Dauerpräsenz mit den vielen Absagen erklärt, die Conradt von anderen ZeitzeugInnen erhielt.

Eine Absage zumindest ist verbürgt: Der damalige RAF-Anwalt Otto Schily lehnte jeden Kommentar zu den damaligen Ereignissen ab. Doch im Film spielt er trotzdem eine Rolle: als Statist. Bei der Beerdigung von Meins stand Schily neben Rudi Dutschke, als der die Faust ballte und seinen berühmten Spruch "Holger - der Kampf geht weiter" ausrief. Dutschkes Witwe, der die Szene anscheinend noch immer so peinlich ist, dass sie sie erklären will, bringt den Innenminister noch mal ins Spiel: "Otto nahm Rudi am Arm, zusammen gingen sie mit düsterer Miene zum Grab. Rudi erst widerwillig, er wollte sich dem Blitzlichtgewitter nicht stellen. Nach Otto nahm er eine Hand voll Erde und warf sie auf den Sarg ..."

Dass ausgerechnet Gretchen Dutschke das letzte Wort im Film hat, ist sicher kein Zufall. Mit ihr, die seit Jahren die These vertritt, hätte Dutschke noch länger gelebt, wäre er ein überzeugter Grüner geworden, versöhnt sich der Filmemacher mit den aktuellen Zuständen. Was Holger Meins dazu gesagt hätte, muss offen bleiben. Schließlich starb er 1974 im Hungerstreik. Einige seiner ehemaligen MitkämpferInnen, wie die einzige Überlebende der Stammheimer Todesnacht, Irmgard Möller, haben schon Widerspruch gegen Conradts Interpretation angemeldet. Für sie verschwindet hinter dem verhinderten Künstler der Revolutionär Holger Meins. Andererseits gibt es genügend Passagen in "Starbuck", die den Film empfehlenswert machen. Darunter gehören nicht zuletzt die Experimentalfilme, die Meins in seiner Studienzeit produzierte und die durch diesen Film wohl erstmals einem breiteren Publikum vorgestellt werden.

Peter Nowak

39. Afrikanische Kindheit(en). Kinder und Jugendliche in neuen afrikanischen Filmen

Autor: Lutz Gräfe · Rubrik: Afrika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:22

Kinder und Jugendliche spielen im afrikanischen Kino schon lange eine große Rolle, was natürlich auch mit der demographischen Situation des Kontinents zu tun hat, auf dem der Bevölkerungsanteil der unter 25-jährigen exorbitant hoch ist. Beim FESPACO 2001 (Panafrikanisches Filmfestival in Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Fasos) bildeten Filme über Kinder und Jugendliche so etwas wie einen heimlichen Schwerpunkt.

Highlight war dabei die nordafrikanische Produktion Ali Zaoua von Nabil Ayouch, der auch den Hauptpreis des FESPACO erhielt. Aber auch andere Filme erzählten vom mitunter grausamen Schicksal der Straßenkinder in Afrikas Großstädten.

Der deutsch-südafrikanische Dokumentarfilm Hillbow Kids von Michael Hammon (dem Kameramann von Andreas Dresen) und Jacqueline Görgen beschreibt ungeschminkt den von Klebstoff, Betteln und Gewalt geprägten Alltag von Straßenkindern in Johannesburg. Ohne allwissenden Off-Kommentar lässt er die Kids für sich sprechen, gibt so dem Elend Namen und Gestalt und zeigt auch die zumeist teilnahmslosen Reaktionen der Umwelt. Zu sehen ist die verlorene Zukunft eines Landes, dem auch die traditionellen Legenden nicht aus der Misere helfen können, die von einer alten Frau, die das Geschehen beobachtet, erzählt werden. Ohne Schönfärberei, aber auch ohne Miserabilismus zeigen die FilmemacherInnen die Realität, wie sie sich täglich für die Kinder darstellt: das Leben zwischen kurzem Glück und langem Schmerz, in Apathie abgleitend wegen der Droge. Als die FilmemacherInnen einige Zeit später erneut Johannesburg besuchten und sich auf die Suche nach "ihren" Kindern machten, konnten sie so gut wie keines wiederfinden: Offenbar sind alle den "Säuberungen" im Zuge der Bewerbung Südafrikas um die Fußball-WM zum Opfer gefallen.

Auch Hijack Stories von Oliver Schmitz, der in den 80ern mit dem illegal in Südafrika gedrehten Anti-Apartheid-Film Mapantsula auf sich aufmerksam machte, erzählt von verlorener Zukunft und verlorenen Illusionen. Als sich ein junger Schwarzer aus der gehobenen Mittelschicht für eine Rolle als Gangster in einer TV-Serie bewirbt, gibt man ihm den guten Rat, sich möglichst bald "Gangsta"-Dialekt und -Habitus zuzulegen. Dazu begibt er sich in sein heimatliches Township und freundet sich mit einem dortigen Gangboss an. Je tiefer er in die Welt der Gangs eintaucht, sich sogar an ihren Verbrechen beteiligt, desto mehr entfremdet er sich von seiner bisherigen Welt. Und so ist der Rollentausch am Ende nur konsequent: Der Schauspieler bleibt als "Gangsta" im Township und der "Gangsta" bekommt die Rolle.

Der Film reflektiert auf subtile Weise und in einer Ästhetik, die weit weg ist von dem, was man sich in Europa unter afrikanischem Kino vorstellt, vor allem eins: Die Unzufriedenheit der schwarzen Jugend mit einer Lage, in der sich seit dem Ende der Apartheid ökonomisch und sozial für sie so gut wie nichts geändert hat. Folgerichtig begegnen sie ihren etablierten "Brüdern" mit ironischer Distanz bis hin zu offener Verachtung. Leute wie unser Schauspieler, der zudem auch noch eine weiße Freundin hat, sind für sie nur "Mandelas Children" oder Angehörige der "Rainbow Nation".

Während Nabil Ayouch sich für Ali Zaoua - unter anderem mit Hilfe von SozialarbeiterInnen - erst in das Thema "Straßenkinder" einarbeiten musste, befasst sich der Filmemacher Adama Rouamba aus Burkina Faso schon seit einiger Zeit mit Straßenkindern. Er legte beim FESPACO 2001 mit dem Kurzfilm Mouka bereits den zweiten Teil seiner Straßenkinder-Trilogie vor, die er 1998 mit Garba begann. In Garba behandelt er das Thema in Form eines quasi dokumentarischen, auf den Straßen Ouagadougous gedrehten Spielfilmes, der vor allem seiner ungeschliffenen, fast rohen Inszenierung und seines appellativen Charakters wegen im Gedächtnis blieb.

Mouka hingegen ist von ganz anderer Qualität und beweist auch den Reifeprozess des Filmemachers. Der ebenfalls auf den Straßen Ouagas gedrehte Film führt nach und nach zwei Ebenen zusammen, die zunächst nicht viel miteinander zu tun zu haben scheinen. Da ist der zehnjährige taubstumme Mouka, der sich allein auf der Straße durchschlagen muss, weil seine Mutter nach dem Tod des Vaters spurlos verschwunden ist. Täglich besucht er das Grab seines Vaters und manchmal erinnert er sich an die Liebe seiner Mutter. Und dann ist da "die Verrückte", die in einem Knast vor den Toren der Stadt sitzt, der von einer westlich orientierten

jungen Frau geleitet wird, sehr zum Verdruss der machohaften Wächter, die nur ungern Befehle von einer Frau entgegennehmen. In elaborierter Inszenierung und mit einer zur Recht beim FESPACO preisgekrönten Kamera führt er diese beiden Stränge zusammen, und nach und nach erfahren wir die ganze Wahrheit: "Die Verrückte" ist Moukas Mutter und sitzt seit Monaten in Haft, weil sie angeblich ihren Ehemann, Moukas Vater, ermordet haben soll. Doch dafür gibt es nicht den Schatten eines Beweises, was ihr nichts nützen würde, gäbe es da nicht die engagierte Leiterin des Knastes, die für ihre Freilassung sorgt und so Mouka und seiner Mutter ein Happy End beschert. Geschickt verbindet Rouamba die beiden Linien, von der jede ihre eigene Musikfarbe hat, und macht sie zu einer stringenten Geschichte, die ganz nebenbei noch Raum bietet für durchaus ironische Anspielungen auf Gesellschaft und Politik in seiner Heimat Burkina Faso: Allein die kurzen Telefonate der Leiterin des Gefängnisses mit ihrem Gönner und Vorgesetzten verraten mehr über Vetternwirtschaft und Vitamin B als so manch langer Film.

Weniger bitter, ja teilweise komisch, kommen zwei andere Großstadtfilme daher: Dolé erzählt vom Alltag einer Gruppe Jugendlicher in Gabuns Hauptstadt Libreville und mit Yellow Card aus Zimbabwe präsentiert sich Afrikas erste veritable Teeniekomödie.

Bevor die Kinder in Afrikas Großstädten auf der Straße landen, haben die meisten von ihnen auf dem Land gelebt. Un pas, deux pas von Guy Desiré Yaméogo erzählt von der sehr jungen Awa, die mit ihrem Bruder Ali und ihrer todkranken Mutter am Rande der Sahara lebt. Gelockt von den Versprechungen auf viel Geld, mit dem sie Medikamente kaufen könnte, um ihre - offenbar an Aids erkrankte - Mutter zu heilen, macht Awa sich mit einem Schlepper, dessen kleinem Helfer und einer Gruppe gleichaltriger Kinder auf den Weg nach Ouaga. Im letzten Moment jedoch kehrt sie in ihr fast menschenleeres Dorf zurück, auch um ihre Restfamilie nicht völlig zu zerstören, denn auch der Vater starb an dem, was sie im Dorf nur "die Krankheit" nennen. Ein Film in einfachen, klaren, kargen Bildern, dessen melancholische Flötenmusik fast schon wie ein Abgesang klingt, dessen ausdrucksstarke Hauptdarstellerin die junge Awa zwischen Verzweiflung und Lebensmut mit einer Verve verkörpert, dass man nur staunen kann. Kein Wunder, dass nicht nur sie, sondern auch dieser Kurzfilm beim Festival von Abidjan (Elfenbeinküste) mit Preisen bedacht wurde. Denn Yaméogo schuf ein 13-minütiges perfektes Kunstwerk, das zudem auch etwas zur bitteren Realität seines Landes zu sagen hat, ohne dabei ins Jammern zu verfallen.

Weil Afrika so ist, wie es ist, zieht es viele ins gelobte Land Europa, das sich jedoch schon längst als "walo fendo", das Land, in dem (nicht nur) die Erde gefriert, entpuppt hat. Diese Erfahrung müssen auch Afrikas Kinder und Jugendliche machen, wenn sie in Europa leben. So wie der 12-jährige Augustin (Auguy) in Auguy des Kongolesen Tunda Wa Munga Djo. Er lebt mit seiner älteren Schwester in Brüssel, geht auf eine christliche Schule. Das Schulgeld bezahlten bislang seine Eltern aus dem heimatlichen Zaire. Doch als das Geld ausbleibt, lernt Auguy vom Schulleiter so einiges über die christliche Nächstenliebe. Denn dieser verweigert hartherzig jede Hilfe: Kein Geld, keine Ausbildung. Das treibt den Kleinen in so tiefe Verzweiflung, dass er über Selbstmord nachdenkt, sich dann aber doch für einen Akt symbolischen Widerstandes entscheidet: Er zertrümmert eine Heiligenstatue, die auf dem Gang der Schule steht. Ein Film, der seine mehr als deutliche Aussage in einer Bildersprache erzählt, die man nicht so schnell vergisst. Aus wenigen wiederkehrenden Motiven setzt er seine Geschichte zusammen, die sich dem Zuschauenden erst nach und nach erschließt, wie bei einem Mosaik, bei dessen Fertigstellung man gespannt zuschaut. Natürlich sind manche Momente und Figuren - vor allem die Person des Schulleiters - stark überzeichnet; schließlich erzählt der Filmemacher seine Geschichte konsequent aus der Sicht der Jungen, der sich von aller Welt verlassen fühlt: Keine Nachricht von den Eltern; die Schwester muss sich prostituieren, um ihr Überleben zu sichern, und der Schulleiter kennt keine Gnade. Ein eindringlicher Kurzfilm eines Filmemachers, von dem man sicherlich noch hören - besser sehen - wird.

Wenn die Kids älter werden, müssen sie lernen, zwischen den Kulturen zu leben. Davon erzählt Rage von Newton Adouaka, dessen Titelheld sich so schwarz fühlt, wie man nur sein kann, dessen Haut aber leider so weiß wie das berühmte Bettlaken ist. Im Rhythmus von Rap und HipHop erzählt Adouaka von der Suche nach dem richtigen Weg ins Leben, nach eigener Identität. Eine Suche, bei der einem die Kämpfer aus der vergangenen Zeiten nicht weiterhelfen. Das zeigt sich deutlich bei Rages Freund, einem alten Rasta, der mit Musik von Linton Kwesi Johnson - einem in den 80er-Jahren berühmten Londoner Poet und Reggae-Musiker - eingeführt wird. Die vom Filmemacher selbst ausgesuchte Musik britischer Underground-Bands charakterisiert in diesem Film durchgängig die Figuren. Adouaka hatte diese Rolle tatsächlich für Johnson geschrieben, der

jedoch keine Zeit hatte; aber der Schauspieler, den er als "Ersatz" fand, ist ein besserer LKJ, als der selbst es hätte sein können. Auch wenn sich Adoukas Inszenierung visuell und ästhetisch an die Rap- und HipHop-Kultur anlehnt, ist das Ergebnis kein hyperschnell geschnittenes, nerviges Fuchteln mit der Kamera, sondern ein Film, der jugendliches Lebensgefühl zwischen allen Kulturen authentisch und fesselnd einzufangen weiß.

Manchmal kann es jedoch ganz witzig und spannend sein, zwischen den Kulturen zu leben. Diese Erfahrung macht Anfang der 60er-Jahre der siebenjährige Rafik in Premier Noël von Kamel Cherif. Der in der Frühzeit der nordafrikanischen Immigration nach Frankreich spielende Film erzählt auf turbulente Weise, was passiert, wenn man noch an den Weihnachtsmann glaubt. Eine abgedrehte Satire über den Kulturkonflikt, die jedoch viel Wahres über das Fest der Liebe erzählt, auf dem es ja bekanntermaßen so viel Familienstreitigkeiten gibt wie an keinem anderen Tag im Jahr. Und das alles gesehen mit den Augen eines pfiffigen und überaus lebendigen kleinen Hauptdarstellers, dem zuzuschauen eine wahre Freude ist. Ein in sich geschlossener Kurzfilm, der in 15 Minuten mehr über den Zustand der Welt verrät, als andere Filme in zwei langen Stunden.

Lutz Gräfe

All diese - und noch viele andere - afrikanische Filme präsentierte die Kölner Gruppe "filminitiativ" auf ihrem diesjährigen Festival "jenseits von europa VII". Infos zu allen Filmen im Internet unter www.filminitiativ.de; eine für alle FreundInnen afrikanischen Kinos höchst empfehlenswerte Seite, die auch links zu einzelnen Filmen und FilmemacherInnen bietet.

www.fespaco.bf: Website des FESPACO in Englisch und Französisch.

40. Trau einer über dreißig! Graswurzelrevolution feiert Geburtstag, wir gratulieren.

Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:41

Sie wurde 1972 gegründet und bis jetzt hat sie alle Höhen und Tiefen sozialer Bewegungen - nicht nur in der BRD - überstanden: Die alternative und immer noch selbst verwaltete Monatszeitung graswurzelrevolution, die im Untertitel "für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft" ihre politische Programmatik eines gewaltfreien Anarchismus ausdrückt, wird diesen Sommer 30 Jahre alt. Und sie feiert dies, wie es sich für AnarchistInnen gehört: mit einem rauschenden dreitägigen Fest und Kongress vom 21.-23.6. in Münster.

Während viele Zeitungen im Laufe der Jahre kamen und gingen, hat die graswurzelrevolution die Höhen und Tiefen gemeistert und sich heute bei einer Auflage von 4000 Exemplaren pro Monat stabilisiert. 20 AktivistInnen arbeiten ehrenamtlich an der Zeitung mit, lediglich ein Redakteur im derzeitigen Redaktionsbüro in Münster erhält monatlich ein kärgliches Honorar für seine Arbeit.

Die graswurzelrevolution versteht sich als basisdemokratisches Bewegungsblatt und versuchte in ihrer langen Geschichte immer wieder, opponierenden Gruppen und Initiativen sozialer Alternativbewegungen, von der Ökologie- und Anti-AKW- über Antirassismus- und Frauenbewegung bis hin zu diversen Antikriegsbewegungen Raum zu Darstellung und Diskussion zu geben. Gleichzeitig verzichteten die Zeitung und die in ihr jeden Monat aufgeführten, lose assoziierten Aktionsgruppen nicht auf eine eigenständige Programmatik: den gewaltfreien Anarchismus. Seit Anbeginn schreibt die graswurzelrevolution gegen das Klischee des "Bomben werfenden Anarchisten" an und versucht, dagegen das Konzept der gewaltfreien Revolution, der gewaltfreien Aktion und des zivilen Ungehorsams zu verbreiten, das sich ebenfalls in der Tradition der anarchistischen Bewegung findet.

So unterschiedliche Traditionen und Bewegungen wie diejenige Gustav Landauers, Mahatma Gandhis, Michail Bakunins, Leo Tolstois, Martin Luther Kings oder der niederländischen feministischen Antimilitaristinnen Clara Wichmann und Henriette Roland-Holst werden als Inspiration und historische Beispiele herangezogen für das, was GraswurzelrevolutionärInnen in den heutigen sozialen Auseinandersetzungen erreichen wollen.

Gegenwärtig unterstützen GraswurzelrevolutionärInnen mit publizistischen Sonderausgaben antimilitaristische Kriegsdienstverweigerer in der Türkei und begleiten mit Buchpublikationen zu sozialen Bewegungen in Indien und Brasilien die noch junge Bewegung für eine andere Globalisierung.

Wir von der ak-Redaktion gratulieren der graswurzelrevolution zu diesem Jubiläum, wünschen ein rauschendes Fest und uns allen eine herrschaftsfreie Gesellschaft.

weitere Infos unter: www.graswurzel.net

41. Ein Film gegen das Wegschauen. Costa Gavras' "Stellvertreter" und sein Held: SS-Mann Gerstein

Autor: Raphaela Kula · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak463/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:02

Kultur-Event in Bielefeld: Einen Tag vor dem bundesweitem Start stellte Costa Gavras seinen Film "Der Stellvertreter" in der Stadt am Teutoburger Wald vor. Hauptfigur des Films (nach Rolf Hochhuths gleichnamigem Drama) ist der SS-Offizier Kurt Gerstein, der zum Augenzeugen der Morde im Vernichtungslager Belzec in Ostpolen wird. Erschüttert versucht er, die Welt über diese Morde zu informieren. Der junge Franziskanermönch Ricardo unterstützt ihn, ermöglicht ihm Zugang ins Innerste des Vatikans, aber vergebens: Pius XII., "der Papst, der schwieg", weigert sich, vor der Weltöffentlichkeit zur Rettung der vom Völkermord bedrohten Jüdinnen und Juden Europas aufzurufen.

Den 500 Premieregästen erklärte Costa Gavras, ihm gehe es darum, "das Schweigen, das Wegschauen" im Allgemeinen anzuprangern; Kurt Gerstein sei "ein außergewöhnlicher Mensch in einer außergewöhnlichen Zeit" und biete einen zeitlosen Stoff. Zwei Tage später, nach reichlich Lob in den Lokalblättern, verlieren sich gerade mal zehn ZuschauerInnen im Großraumkino. Doch kein so spannendes Kinothema?

Zum Verständnis des Funktionierens des deutschen Nationalsozialismus ist die Person Kurt Gerstein durchaus interessant. Gerstein, ein Querkopf und Eigenbrödler, geboren 1905 im westfälischen Münster, stammt aus einer angesehenen Familie; der Vater ist Landgerichtspräsident. Ziel der Eltern ist die Erziehung ihrer sieben Kinder zu Gehorsam und Pflichterfüllung. Noch 1944 schreibt der Vater seinem Sohn Kurt: "Du bist Soldat, Beamter und hast die Befehle Deiner Vorgesetzten auszuführen. Die Verantwortung trägt der Befehlende, nicht der Ausführende. Ungehorsam gibt es nicht, Du hast zu tun, was befohlen wird..."

Kurt Gerstein, geprägt durch die protestantische Jugendbewegung, wird auf Drängen der Familie 1933 Mitglied in der NSDAP, 1935 macht er seinen Berufsabschluss als Bergassessor. Wegen seiner Empörung über die Gleichschaltung der christlichen Jugendverbände durch die Hitler-Jugend gerät Gerstein in Konflikt mit dem Nationalsozialismus. Er verliert seinen Job, die Existenzgrundlage seiner Familie, während der kurzen Haft im Polizeigefängnis Welzheim denkt er an Selbstmord.

1940/41 tritt er als Freiwilliger der Waffen-SS bei. Als technischer Experte für Hygienefragen macht er schnell Karriere, ihm gelingt die Bekämpfung von Fleckfieber und Typhus bei deutschen Soldaten. Gerstein leistet kriegswichtige Arbeit, er wird zum Chef der "Abteilung Gesundheitstechnik" und zum Obersturmführer befördert. Im Juni 1942 muss er 260 kg Blausäure beschaffen und im August ins Generalgouvernement nach Ostpolen bringen. Als Experte soll er Vorschläge zur Erhöhung der Mordquote in den Vernichtungslagern unterbreiten. In Belzec wird er Augenzeuge der Vergasung. Auch in das Vernichtungslager Treblinka führt ihn seine Dienstreise.

Gerstein, der "Spion Gottes", so sein Biograf Pierre Joffroy, ist entsetzt, er will die Öffentlichkeit aufklären, will das Morden stoppen. Auf der Rückreise nach Berlin vertraut er sich dem schwedischen Diplomaten von Otter an, in Berlin versucht er den evangelischen Bischof Otto Dibelius zum Eingreifen zu bewegen, auch den Vatikan will er erreichen. Alles vergeblich. Gerstein ist weiterhin am Mordprozess beteiligt, 1943 beschafft er von der DEGESCH ("Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung") größere Mengen Zyklon B. Unklar ist bis heute, ob er das tödliche Gift tatsächlich unschädlich gemacht hat. 1945 stellt sich Gerstein den französischen Befreiern, verfasst in der Haft den "Gerstein-Bericht", eines der wenigen Dokumente eines Augenzeugen über die planmäßige Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden, das später in den "Nürnberger Prozessen" Verwendung findet. Gerstein will die Verbrechen bezeugen, wird allerdings als Täter betrachtet und auch so behandelt. Am 25.7.1945 wird er erhängt in seiner Zelle aufgefunden, aller Wahrscheinlichkeit nach hat er Selbstmord begangen.

Kurt Gerstein bleibt eine widerspruchsvolle, uneindeutige Person: So bleibt er in der SS, erfüllt seine "Pflicht", während er gleichzeitig den Völkermord verhindern will. Das evangelische Landeskirchenamt Bielefeld hat Gerstein eine ganze Ausstellung gewidmet, deren Titel "Kurt Gerstein (1905-1945) - Widerstand in SS-Uniform" zweifelhaft erscheint. (Die Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert und war schon in diversen Städten in der BRD zu sehen, sie wurde 2000 in der Gedenkstätte deutscher Widerstand in Berlin

eröffnet.) Gleichzeitig beteuern die AustellungsmacherInnen, es gehe ihnen "weder um die Heiligsprechung eines ‚Märtyrers` noch um die Heroisierung eines ‚Helden` des Widerstandes, sondern darum, Verständnis für den sehr eigenen Weg dieses Mannes aus den Schülerbibelkreisen und der Bekennenden Kirche in die SS und die Vernichtungslager zu wecken und seine Versuche, über den Judenmord zu informieren und ihn zu sabotieren, zu würdigen."

Und was wäre passiert, wäre (auch die deutsche) Öffentlichkeit über den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden informiert worden? Angesichts der wenigen positiven Unterstützungs- und Fluchtangebote, angesichts der Bereicherungen aus Arisierungen, angesichts des weit verbreiteten Antisemitismus und der Propaganda gegen den "jüdischen Bolschewismus" - vielleicht gar nichts? Der Massenmord im Rahmen des Euthanasieprogramms schockierte, wenn nahe Angehörige betroffen waren und zukünftig vielleicht die kriegsversehrten Helden von der Front, deutsche Soldaten. Die Hoffnung auf wirkungsvolle Parteinahme auch zu Gunsten der Jüdinnen und Juden muss zumindest skeptisch betrachtet werden. Das gilt auch für den Fall, dass der Papst einen Appell zu ihrer Rettung gestartet hätte - was seine "Mitschuld durch Schweigen" (vgl. ak 434) natürlich nicht schmälert.

Kurt Gerstein wurde 1965 auf Grund der Unterstützung durch den Präses der evangelischen Landeskirche rehabilitiert. Kurt Georg Kiesinger, der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg und spätere Bundeskanzler, stufte Gerstein in die Gruppe der "Entlasteten" um. Braucht die evangelische Kirche, braucht Gerstein solch eine Rehabilitation - vollzogen ausgerechnet durch den Altnazi Kiesinger, den Beate Klarsfeld wegen seiner Tätigkeit unter Reichspropagandaminister Goebbels öffentlich ohrfeigte?

Costa Gavras' Film endet weniger harmonisch. Pius XII. ergreift nicht Partei für die Jüdinnen und Juden, vielmehr gewährt der Vatikan nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges NS-Tätern Schutz vor berechtigter Verfolgung und Anklage, organisiert Verstecke und Fluchtmöglichkeiten (vgl. ak 367) - die Mörder können sich mit Hilfe von Gottes "Stellvertreter" auf Erden in Sicherheit bringen.

Raphaela Kula

Literatur:

Pierre Joffroy "Der Spion Gottes. Kurt Gerstein - Ein SS-Offizier im Widerstand", Aufbau Taschenbuch Verlag, 2001, 10 Euro

Bernd Hey, Matthias Rickling, Kertin Stockhecke, "Kurt Gerstein (1905-1945) - Widerstand in SS-Uniform", Schriften des Landeskirchlichen Archivs, Band 6, Verlag für Regionalgeschichte, 2000

42. Von Porto Alegre nach Florenz

Die Sozialforen in Bewegung

CD-Datei: daten/aksuche/ak463/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:12

50.000 bis 80.000 Menschen aus mindestens 120 Ländern nahmen im Februar dieses Jahres am zweiten Weltsozialforum (WSF) in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre teil. Das WSF war im Jahr zuvor als Gegen-Event zum alljährlich im Schweizer Nobelort Davos veranstalteten Weltwirtschaftsforum ins Leben gerufen worden. Im Januar 2001 ermöglichte es der "Bewegung der Bewegungen", anderthalb Jahre nach den Protesten von Seattle innezuhalten und gemeinsam über Perspektiven und Alternativen nachzudenken - ohne den Stress, gleichzeitig ein Gipfeltreffen der Regierenden verhindern zu wollen.

Ein Jahr später sprengte das zweite WSF in seiner Größe und Vielfalt alle Dimensionen. Vier Tage lang drängten sich die Anwesenden in 27 Konferenzen und über 700 Work-Shops und Seminaren, um über die Folgen des neoliberalen Kapitalismus zu diskutieren, Kontakte zu knüpfen und sich über lokale und regionale Aktivitäten und deren globale Vernetzung auszutauschen.

Ein drittes WSF soll im nächsten Jahr stattfinden, wieder in Porto Alegre, ein viertes ist für 2004 in Indien geplant. Vor dem nächsten WSF jedoch wird einiges passieren. Der Sozialforumsprozess soll dezentralisiert werden, und so sind mehrere regionale und kontinentale Sozialforen in Vorbereitung, ein lateinamerikanisches im Oktober dieses Jahres in Quito/Ecuador, eines für Asien/Pazifik in Manila im Jahr 2003, ein eigenes indisches Sozialforum noch in diesem Jahr, ein afrikanisches an noch unbekanntem Ort. Und auch die europäischen Delegierten des Weltsozialforums entschieden noch in Porto Alegre, bis zum Jahresende ein Europäisches Sozialforum zu organisieren. Nach längerer Auseinandersetzung fiel die Entscheidung gegen Frankreich und für Italien, und nach weiteren innerialienischen Streitigkeiten gegen Neapel und für Florenz. Dort wird nun das erste Europäische Sozialforum vom 7. bis zum 10. November in einer alten Festung stattfinden. Die OrganisatorInnen erwarten mehrere Zehntausend TeilnehmerInnen.

Die Vorbereitung ist in vollem Gange. AktivistInnen aus ganz Europa trafen sich Anfang März in Brüssel und am 11. und 12. Mai in Wien, um Struktur und Inhalte des Europäischen Sozialforums zu diskutieren. Gestritten wurde um programmatische Weichenstellungen, aber auch um die Organisation. Soll es professionelle, bezahlte ÜbersetzerInnen geben und in welche Sprachen soll übersetzt werden? Es wurde die Frage diskutiert, wie mehr MigrantInnen und osteuropäische Bewegungen in den Vorbereitungsprozess integriert werden können.

Eine wichtige Rolle spielte die Auseinandersetzung über die Teilnahme von Parteien. In Porto Alegre waren Parteien offiziell nicht zugelassen - mit der großen Ausnahme der mitveranstaltenden brasilianischen Arbeiterpartei PT, die allerdings dann gleich omnipräsent war. Parlamentsabgeordnete mussten ihre vielkritisierte Mitwirkung auf ein eigens organisiertes ParlamentarierInnenforum beschränken. Am Vorbereitungsprozess zum Europäischen Sozialforum sind wiederum linke Parteien aus unterschiedlichen europäischen Ländern beteiligt, die sich nun dagegen wehren, auf dem gemeinsam vorbereiteten Event möglicherweise nicht offen auftreten zu dürfen. In Wien wurde beschlossen, dass alle, auch Einzelpersonen, die sich hinter die Statuten des WSF stellen, offizielle TeilnehmerInnen sein können. Der heftig umkämpfte Kompromiss lautet jetzt: Auf der Ebene der jeweiligen für alle offenen Ländergruppen wird individuell je nach Land entschieden ob und welche Parteien teilnehmen sollen. Bei den großen Auftaktveranstaltungen, Konferenzen und Plena sollen Parteien jedoch nicht sichtbar auftreten.

In Deutschland gibt es im Gegensatz zu vielen anderen Ländern bisher noch keinen von einer breiten Basisbewegung getragenen Vorbereitungsprozess für Florenz 2002 und Porto Alegre 2003. Auch regionale Sozialforen, die beispielsweise in Italien für die lokale Verankerung der Bewegungen sorgen, sind bisher eher spärlich über die Republik verteilt. Dies spiegelte bereits die Zusammensetzung der Gruppe der deutschen Delegierten in Porto Alegre wieder: Viele entwicklungspolitische NGOs, Stiftungen und GewerkschaftsvertreterInnen, aber kaum Gruppen, Initiativen und Netzwerke aus dem linken und radikal linken Basisgruppenspektrum jenseits von ATTAC. Am 1. Juni 2002 fand in Hannover ein erstes deutschlandweites Vernetzungs- und ESF-Vorbereitungstreffen statt, zu dem von Gewerkschaftsgruppen und ATTAC bis zu felS sehr unterschiedliche Gruppen und Initiativen aufriefen. In Hannover wurde deutlich, wie schwierig es in einem

Land ohne nennenswerte lokale Verankerung von Bewegungsstrukturen ist, für ein europaweites Forum zu werben. Und ohne Bewegungsbasis gestaltet sich auch die Suche nach einer inhaltlichen Basis schwierig. Das nächste Treffen soll am 3. August stattfinden, wieder in Hannover.

Monika Bricke / Till Baumann

Sozialforen im Internet:

Weltsozialforum: www.forumsocialmundial.org.br

Europäisches Sozialforum: www.fse-esf.org

demnächst deutsche ESF-Website: www.dsf-gsf.de

Vorerst gibt es eine Mailinglist: esf-de@lists.riseup.net

43. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak463/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:13

Mir kommt die Kotze hoch

Betr.: Flexi, Flexi, Flexi, ak 462

Die IG Metall und ihre Mitglieder haben die roten Fahnen wieder eingerollt. Mit Schluss der Tarifrunde bei Metall kann das so genannte Bündnis für Arbeit Händchen haltend weiter tagen, die mit dem Bündnis eingeleitete Sozialpartnerschaft hat trotz einiger Nadelstiche (einige Tage Flexi-Streiks) gut funktioniert. An dieser Stelle sei festgestellt, auch wenn in Württemberg/Baden nur 56,53 Prozent der Kolleginnen und Kollegen dem Tarifergebnis zugestimmt haben, sind die politischen Weichen nunmehr endgültig hin zur Sozialpartnerschaft und Co-Management in den Betreiben gestellt worden. So stehe ich nach über 50 Jahren aktiver Gewerkschaftsarbeit vor einem gewerkschaftlichen Trümmerhaufen.

Mir kommt die Kotze hoch, wenn ich gewerkschaftliche Zeitungen und Flugblätter lese. Denn da werden die Kolleginnen und Kollegen auf der einen Seite zum Kampf aufgefordert und anschließend mit der Schlagzeile, die "4" steht, auch noch vereimert. Hinzu kommt, dass keiner sagt warum im vergangenen Jahr 270.000 Mitglieder den DGB verlassen haben. Ich denke, die haben im Grunde von dem Opportunismus innerhalb der Gewerkschaften die Nase voll. Aber das darf auf keinen Fall für die radikale Linke heißen, nunmehr sich von den Malochern, ob mit oder ohne Arbeit, abzuwenden.

Die Schlussfolgerung für die radikale Linke (und dazu zähle ich mit 76 Jahren auch) heißt, es bleibt auch weiter dabei: Der Feind steht im eigenen Land, der Imperialismus/Kapitalismus, der deutsche Militarismus und Faschismus. Unser Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Sozialpartnerschaft muss, wie und wo auch immer, weiter gehen.

Es grüßt Euch herzlich,

Paul Michalowicz

Unentschieden

Betr.: Scharfmacher, ak 462

Hallo,

den Scharfmacher-Artikel kann ich der Tendenz nach nicht teilen. Gewiss ist Antisemitismus ein Verbrechen. Und ganz gewiss verfällt die deutsche Rechte diesem Verbrechen gern und oft. Aber ich weiß momentan nicht so ganz, was Israel schadet oder nützt. Meine Lebenserfahrung sagt mir, dass die Demonstranten von Tel Aviv am 11. Mai mehr zum Nutzen der Bevölkerung beitragen als Ariel Sharons Politik. Besagte Demonstranten sehen in Sharon ein Sicherheitsrisiko und ein soziales Risiko obendrein, weil dieser Krieg die Taschen der israelischen arbeitenden Bevölkerung ausplündert. Und der Krieg erzeugt natürlich auf palästinensischer Seite eine materielle, soziale und politische Situation, in der es ganz schwer fällt, Anstifter zu Selbstmordattentaten hinter Schloss und Riegel zu bringen. Eine palästinensische Bevölkerung, die keine Perspektiven im Frieden mehr sieht und die ihrer eigenen Führung Friedensperspektiven nicht mehr abkauft (weil es sich nämlich um rein verbal postulierte Perspektiven handelt, nicht um reale), eine solche Bevölkerung wird die Isolierung von Hamas nicht mittragen.

In der Zeit nach dem Oslo-Abkommen ist es gelungen, Terroristen in der palästinensischen Bevölkerung zu isolieren. Aber das war auch in einer Zeit, bevor die Siedlungspolitik in den Autonomiegebieten wieder ausuferte und bevor Sharon seine Provokation auf dem Tempelberg startete.

Mit freundlichem Gruß,

Kurt Bunke

England ist England ist England

Betr.: Privatisierung, New-Labour und der Widerstand, ak 462

Ich habe Euren Artikel über New-Labour und den Widerstand der Gewerkschaften mit großem Interesse gelesen. Leider finde ich schade, dass immer noch im deutschen Sprachgebrauch von "englischen Gewerkschaften und englischen Arbeitern etc." gesprochen wird, da England ja nur ein Teil von Großbritannien ist. Politisch korrekt ist da sicherlich britische Gewerkschaften und britische Arbeiter, da Ihr ja auch vom britischem Staat sprecht. Vielleicht könnten Ihr das ja bei Eurem nächsten Artikel berichtigen, denn die Menschen aus Schottland, Wales und Nordirland haben doch schon genug gelitten unter den Engländern.

Viele Grüße, K.I.

44. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak463/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:27

Männlichkeit und Frauensport

Ein Blick in deutsche Kneipen, Wohnzimmer und Büros zeigt: Er ist nicht ausgestorben - der grölende, Bier trinkende, männliche Fußballjunkie. Dass Sport und der Zugang zu diesem auch irgendwie etwas mit Geschlecht zu tun haben muss, dafür lässt sich nicht nur in Zeiten des WM-Fiebers reichlich empirisches Material finden. In der April-Ausgabe von Forum Wissenschaft wurde nun dieses Material gesammelt und zu einem Schwerpunkt "Sport - Politik - Bewegung" zusammengestellt. Herausgekommen ist eine bunte und äußerst lesenswerte Zusammenstellung rund um das Thema Sport und Politik. Neben Beiträgen zu Sporttourismus, Rechtsradikalismus und Fußball und einem Versuch, Sport zu definieren, finden sich verschiedene Artikel, die sich mit den geschlechts- und klassenspezifischen Zugängen zum Sport beschäftigen. So zeigt Gabriele Sobiech, wie durch den Sport ein geschlechtsspezifischer Umgang mit dem Raum trainiert wird. Bei Frauen und Mädchen ist die Gestaltung des eigenen Körperraums durch Schönheits- und Attraktivitätszwänge begrenzt; so wird den Mädchen auf vielen Ebenen und häufig sehr subtil eingetrichtert, dass sie sich nur wenig Raum aneignen dürfen ("Halt die Beine zusammen"). Demgegenüber werden Jungen dahin sozialisiert, dass sie ihre "Männlichkeit" am besten durch raumgewinnende Gesten manifestieren können ("Reingrätschen"). Trainiert wird dieser männlich codierte Habitus auf öffentlichen Bolzplätzen, die fast ausschließlich von Jungen genutzt werden. Mädchen hingegen tendieren eher zu Freizeitangeboten im häuslichen Bereich (lesen, malen, Musik machen, etc.). Diejenigen Frauen, die trotz der schlechteren Ausgangsbedingungen "am Ball bleiben", müssen sich auch bei einer erfolgreichen Sportkarriere damit abfinden, dass ihre Leistungen geringer geschätzt werden als die ihrer männlichen Kollegen. Ilse Hartmann-Tews und Bettina Rulofs, die sich mit der Repräsentation von Frauen in der Sportberichterstattung beschäftigen, ziehen die Bilanz: "Männer treiben Leistungssport, Frauen treiben ‚Frauensport`".

Forum Wissenschaft, Nr. 2, April 2002, Herausgeber: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V., Gisselbergerstr. 7, 35037 Marburg. 70 Seiten, 7 Euro

Eingänge in das Foucaultsche Labyrinth

Einführungen in Werk und Theorien Foucaults gibt es viele. Das Buch "Das Foucaultsche Labyrinth" unterscheidet sich angenehm von anderen Foucault-Einführungen dadurch, dass es keine ist. Folglich tun die HerausgeberInnen auch nicht so, als gäbe es ein homogenes Werk, das sich Schritt für Schritt in ordentlicher Studierendenmanier abarbeiten ließe. Nein, man nimmt Foucault mit seiner Aufforderung, seine Arbeiten als Werkzeugkiste für den eigenen Gebrauch zu verwenden, ernst, will ihm "durch verschiedene Eingänge in den Irrgarten", der sein Werk ist, folgen. Dabei geht es mal mehr, mal weniger deutlich auch um die Frage nach dem Gebrauchswert von Foucault für linke Praxis. Und das wird dann entlang der üblich-verdächtigen Begriffe angegangen - Biomacht, Ästhetik der Existenz, Diskursanalyse, feministischer Poststrukturalismus - und ausgehend von der Frage, ob Foucault ein Linker war (klar war er das) und wie man das beweisen kann bei einem Autor, der alles sein wollte, nur nicht Autor. Was diesen Band vor allem auszeichnet, sind seine AutorInnen: fast alle unter oder knapp über dreißig, fast alle ohne akademische Titel. Entsprechend sind die Texte teilweise mutiger, origineller und lesbarer als in anderen Einführungen, entsprechend gehen sie aber auch zum Teil nonchalant über Kleinigkeiten hinweg, wie z.B., dass Foucault und Dekonstruktion nicht dasselbe sind, dass es nicht einen, sondern mehrere Foucaultsche Machtbegriffe gibt etc. Man sollte das Buch also eher nicht lesen, um sich auf eine Examensprüfung vorzubereiten, wohl aber, um sich anregen zu lassen. Apropos feministischer Poststrukturalismus: Was die Jungen genauso schlecht machen wie die Alten, ist, dass sie Philosophie offenbar als Artikulationsprojekt männlicher Subjektivitäten verstehen: Sechzehn Autoren und eine Autorin, und die schreibt, wie sollte es anders sein, über Feminismus und Identität.

Marvin Chlada, Gerd Dembowski (Hrsg.): Das Foucaultsche Labyrinth. Eine Einführung. Alibri Verlag, Aschaffenburg 2002, 14,50 EUR

Emanzipatorischer Antikapitalismus

In Deutschland hat die Auseinandersetzung um Antisemitismus und Israel Züge von Dogmatismus, gar Fanatismus angenommen. Dass es anders geht, zeigt eine neue Zeitschrift aus der Schweiz mit dem Namen

Risse. Auch sie ist das Produkt einer längeren Auseinandersetzung um Antisemitismus bei Indymedia Schweiz, ausgelöst durch Karikaturen, in denen Palästinenser mit Juden im Nationalsozialismus gleichgesetzt wurden. Die Gruppe "Für einen emanzipatorischen Antikapitalismus" (FEPA) hat in dieser Debatte eindeutig Position bezogen und sich damit nicht nur Freunde gemacht: Schnell war von einem Schweizer Bahamas-Ableger die Rede. Die erste Ausgabe der Risse, an denen FEPA-Mitglieder wesentlich beteiligt sind, lässt diese Befürchtungen grundlos erscheinen. Hier wird eine Verurteilung antisemitischer Tendenzen mit der Kritik an der Zivilgesellschaft und rechten Tierschützern verknüpft. Besonders aktuell sind die Beiträge über reaktionäre Tendenzen in der Antiglobalisierungsbewegung und über die Vertreibungspolitik in den modernen Städten. Auch die Auseinandersetzung mit dem Kulturbetrieb hat in der Zeitschrift einen hohen Stellenwert. Die Figur der Rebellen im Neuen Schweizer Film ist ebenso Thema wie der Aufbruch der künstlerischen Avantgarden im 20. Jahrhundert und das Dilemma der Neuen Musik.

Risse Magazin, Postfach 3119 CH-8021 Zürich, www.risseinfo.ch oder abo@risse.info, 40 Seiten, 4,50 EUR

Globalisierung und Geschlecht

Das Schlagwort Globalisierung ist allgegenwärtig. Sämtliche Umstrukturierungsprozesse weltweit, ob in der Wirtschaft oder den Arbeits- und Lebensverhältnissen, werden darunter gefasst, meist vor allem unter ökonomischen Gesichtspunkten, alles scheint so neu.... Eher alt oder rückständig wirken Antiglobalisierungstexte (analytische Texte oder Mobilisierungsflugblätter), in denen die Geschlechterfrage wieder nur halbherzig "drangehängt" wird mit Floskeln wie: "wobei Frauen davon besonders betroffen sind". Sabine Hess und Ramona Lenz bieten in ihrem Buch "Geschlecht und Globalisierung" eine Sammlung höchst unterschiedlicher Texte ebenso verschiedener AutorInnen. Die Herausgeberinnen schreiben: "So heterogen die Themenfelder von Liebe über Konsum, Gesundheit und Arbeit bis hin zu ‚Selbstermächtigungsstrategien` sind, so haben sie doch den Blick auf Alltagspraxen, Subjektpositionierungen und Identitätskonstruktionen in globalisierten Alltagswelten gemeinsam. Es wird deutlich, wie Globalisierung für verschieden positionierte AkteurInnen sehr unterschiedlich erfahrbar ist, wie sie Geschlechterverhältnisse in den westlichen postindustriellen Gesellschaften mit Frauen und Männern in peripheren Regionen ungleich verknüpft." Natürlich gelingt es Frauen, die ökonomischen und politischen Veränderungen auch für eigene Belange zu nutzen; deutlich wird aber auch, wie sehr diese Veränderungen bestehende Ungleichheiten, auch unter Frauen, verstärken oder neue schaffen. Aufschlussreich sind hier die Artikel "Das Comeback der Dienstmädchen" (Sabine Hess/Ramona Lenz) und "Objects of Desire - A Suitcase Trade (100 Dollars Limit). Eine Kunstperformance" (Gülsün Karamustafa). Aupairs in der BRD, die zu ausbeuterischen Bedingungen arbeiten, ermöglichen modernen Frauen, Familie und Erfolg im Beruf zu vereinbaren. Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion handeln in türkischen Großstädten mit Waren, die sie im Koffer mitführen und zu niedrigsten Preisen anbieten. Das Startkapital für den Wareneinkauf erwerben sie z.B. durch einmalige Prostitution.

Die Texte sind teilweise sehr wissenschaftlich geschrieben. Die Lektüre gestaltet sich dadurch ein wenig anstrengend, lohnt aber in jedem Fall.

Sabine Hess, Ramona Lenz (Hg.): Geschlecht und Globalisierung. Ein kulturwissenschaftlicher Streifzug durch transnationale Räume, Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Taunus, 2001, 17,90 EUR

45. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak463/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:39

Uran im Irak

Abgereichertes Uran war im Golfkrieg 1991 erstmals in einem Krieg eingesetzt, mindestens 300 Tonnen dieses Materials sind dort verschossen worden. Die betroffene Bevölkerung wurde erst Jahre später gewarnt, so dass durch die Verstrahlung die Krebsrate drastisch gestiegen ist. In einer von der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsgegnerInnen (DFG-VK) organisierten Vortragsreise wird Marion Küpker über die Tragödie im Irak berichten. Küpker war Teil einer Delegation von JournalistInnen und Menschenrechtsorganisationen, die Mitte April den Irak bereisten.

Bargteheide, 24.6., 19.30 Uhr, Autonomes Jugendhaus, Lübecker Str. 45; Stuttgart, 11.6.; Weitere Informationen bei Roland Blach, DFG-VK Baden-Würtemberg, Tel.: 0711-2155112

Queerer CSD

Am 27. Juni 1969 lieferten sich anlässlich einer Razzia im Stonewall Inn in der Christopher Street (NY) Transgender-Menschen, Bisexuelle, Schwule und Lesben eine dreitägige Straßenschlacht mit der Polizei. Die an den Riots beteiligte Latina drag queen Silvia Rivera erklärte in einem Interview: "We were fighting for our lives." Bei Stonewall ging es nicht nur um Rechte für Homosexuelle, sondern um die Verbindung aller möglichen Kämpfe gegen Unterdrückung. Daran wollen die OrganisatorInnen des politischen CSDs in Hamburg erinnern. Zum Auftakt gibt es am 27. Juni ein Picknick im Schanzenpark, im Anschluss wird die Stonewall Inge-Bar am Hafen eröffnet, dort finden die unterschiedlichen Veranstaltungen (Filme, Vorträge, Glamour-Show) statt. Am Freitagabend spielen verschiedene Bands in der Flora unter dem Motto "Come queer - my gender is music", am Samstag um 12 Uhr gibt es eine Demo.

Hamburg, 27.-30.6., Queerrr Street Days, Stonewall Inge-Bar, 3/10 Toleranz (Hafenstr. 126) und Störtebeker (Bernhard-Nocht-Str.). Mehr Infos unter www.querrrstreetdays.de

Israel und Palästina

Die Mehrheit der Israelis ist bereit, einen palästinensischen Staat zu akzeptieren; die Mehrheit der PalästinenserInnen stellt das Existenzrecht Israels nicht in Frage. Dennoch ist eine weitere Eskalation des Krieges wahrscheinlicher als die Wiederaufnahme der Friedensprozesses. Wie ist das zu erklären? Ist eine Lösung des Konfliktes ohne Einmischung von außen überhaupt vorstellbar? Welche Möglichkeiten gibt es für deutsche Linke, die zum Dialog bereiten Kräfte zu unterstützen? Diese und andere Fragen wird unser Autor Achim Rohde auf einer Veranstaltung der ak-Redaktion zu beantworten versuchen.

Hamburg, 27.6., 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32 (Altona)

Gegen die Festung Europa!

In Ingelheim am Rhein befindet sich die sogenannte Landes-Unterkunft Rheinland-Pfalz, zu der ein Abschiebeknast und ein "Ausreisezentrum" gehören. In diesem Zentrum werden Menschen, die zur Ausreise gezwungen werden sollen, angeblich humaner "untergebracht", tatsächlich aber werden sie unter psychischen und sozialen Druck gesetzt oder in die Illegalität gezwungen. Der Knast und das "Ausreisezentrum" bilden den zentralen Abschiebekomplex des Landes Rheinland-Pfalz, der auf Grund seiner Modellhaftigkeit auch bundesweite Bedeutung hat. Die Antifa Nierstein organisiert am 29. Juni eine Demo unter dem Motto "Gegen die Festung Europa! Abschiebeknäste und Ausreisezentren abschaffen!" Mit dem Protest soll gezeigt werden, dass "es nicht möglich ist, Menschen lautlos hinter fünf Meter hohen Mauern verschwinden zu lassen", heißt es in dem Demoaufruf.

Ingelheim, 29.6., 14 Uhr, Ingelheimer Bahnhof, Infos: www.ingelheim.afaktion.de

Chomsky und die Medien

Noam Chomsky wurde als einer der bedeutendsten Kritiker der US-Außenpolitik, der weltpolitischen Entwicklungen und der Macht der Medien bekannt. Mit seinen faktenreichen Untersuchungen zerpflückte er den US-amerikanischen Mythos von der freiheitsliebenden und demokratischen Supermacht und kritisiert die

realen Verhältnisse von ökonomischer Ausbeutung und wirtschaftlicher, sozialer und politischer Macht. Der deutsche Übersetzer Michael Schiffmann zeigt Ausschnitte aus dem Film "Manufacturing Consent: Noam Chomsky und die Medien" und liest Auszüge aus den Büchern "Die politische Ökonomie der Menschenrechte" und "Der neue militärische Humanismus".

Bonn, 18. 7., 20 Uhr, Buchladen Le Sabot, Breite Straße 76

Gelöbnix

Die Bundeswehr wird am 20. Juli ein "feierliches" Gelöbnis am Bendlerblock in Berlin-Tiergarten durchführen. Verschiedene linke Gruppen, wie das Büro für antimilitaristische Maßnahmen, das Gegeninformationsbüro, die Ökologische Linke Berlin u.a. rufen zu einer Großdemonstration "Die Kriegsverbrecher sitzen in Berlin" auf. Im Vorfeld des Gelöbnisses finden verschiedene Gegenaktionen und Infoveranstaltungen statt, so z.B. eine Podiumsdiskussion am 14. Juli zum Thema "20. Juli - Vorbilder oder Verbrecher?" und am 17.7. ein Vortrag über "Militärische Rituale, militarisierte Außenpolitik und der 20. Juli".

Berlin, 20. 7., Demonstration, 15.30 Uhr, Treffpunkt Breitscheidtplatz. Das Programm unter www.kampagne.de

Die Rattenlinie

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus gelingt es vielen Nazis nach Südamerika oder auch in die USA zu fliehen. Neben der von ehemaligen SSlern gegründeten Nazifluchtorganisation ODESSA, unterstützte auch die katholische Kirche und der US-amerikanische Geheimdienst CIA diese so genannte Rattenlinie. nn-tv zeigt die 1990 entstandene Dokumentation "Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis" der FilmemacherInnen Rena und Thomas Giefer. Der Film zeigt, wie die Fluchtwege organisiert wurden und welche Interessen dazu führten, dass zahlreiche hochrangige Nazis einem Prozess entgehen konnten.

Bonn, 28.7, 16 Uhr, Kult 41, Hochstadering 41, 53119 Bonn, Infos: www.kult41.de

Crossover in Cottbus

Nach dem großen Erfolg der Crossover-Konferenz im Januar in Bremen findet nun vom 3. bis zum 11. August in Cottbus das Crossover Summer Camp statt. Mit Crossover (Überschneidung/Kreuzungsstelle) soll zum Ausdruck gebracht werden, dass "Macht- und Unterdrückungssysteme niemals voneinander getrennt, sondern eng miteinander verbunden sind" - so die OrganisatorInnen. Es finden AGs u.a. zu folgenden Themen statt: Orientalismus, Rassismus und Sexismus; Queer, Transgender und Intersex, Pornografie und Repräsentation sowie zu Körpernormen und Körperpolitik. Die Vorbereitungsgruppe weist angesichts ihrer geringen Kapazitäten darauf hin, dass "zum Gelingen und zu der Gestalt des Camps alle beitragen". Also nicht konsumieren, sondern aktiv teilnehmen.

Cottbus, 3.-11. 8, Infos: summer camp c/o A6-laden, Adalbertstr. 6, 10999 Berlin, Tel.: 01212-533672053 oder www.summercamp.squat.net

46. Melting Pot der Multitude

Internationales "noborder"-Camp in Strasbourg

CD-Datei: daten/aksuche/ak463/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:44

Es wird sicher das größte und internationalste Grenzcamp werden, das bisher in Europa stattgefunden hat. 2000 und mehr AktivistInnen von Helsinki bis Malaga, von London bis Kiew werden mittlerweile erwartet, wenn ab 19. Juli die Zelte für zehn Tage voraussichtlich im Parc du Rhin aufgeschlagen werden.

Nach einer ersten kleinen Aktion Mitte Mai in der Strasbourger City hatte die Stadtverwaltung zur allgemeinen Überraschung diesen Platz am Rheinufer, direkt an der Europabrücke inklusive der Bereitstellung weiterer Infrastruktur angeboten. Vom Vorbereitungskreis war bislang eine Fläche favorisiert worden, die sich in unmittelbarer Nähe einer Banlieu, einer der migrantisch geprägten Vorstadtsiedlungen, befindet. Nun mutmaßen einige, dass es den Verantwortlichen darum geht, die CampaktivistInnen vom "sozialen Sprengstoff der Vorstädte" fern zu halten. Dies dürfte jedoch kaum gelingen. Insbesondere die lokale Vorbereitungsgruppe macht seit Jahren die rassistische Polizeigewalt in den Banlieus immer wieder zum Thema. Und auch in der Gesamtvorbereitung herrscht Einigkeit darüber, dass die Situation in den Vorstädten ein zentraler inhaltlicher und praktischer Bezugspunkt des Camps sein soll.

Die Idee, in Strasbourg ein Grenzcamp durchzuführen, bezog sich zuerst auf den dort angesiedelten SIS-Bunker, die Koordinationszentrale des Schengen-Informations-Systems. In dessen supranationaler Fahndungsdatei sind in erster Linie illegalisierte und ausgewiesene MigrantInnen gespeichert, die zur Festnahme und Abschiebung ausgeschrieben sind bzw. deren Einreise verhindert werden soll. Das SIS symbolisiert insofern das moderne europäische Grenzregime, und es wird deshalb sicher nicht nur bei der Abschlussaktion des Strasbourger Camps am 27. Juli im Mittelpunkt stehen, sondern schon während der Woche besucht und belagert werden. Allerdings bietet Strasbourg mit dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof und dem Europaparlament, mit dem Hauptquartier des Eurocorps sowie einem Abschiebeknast zweifellos auch noch andere grenzcamptouristische Attraktionen.

Die entscheidendere Bedeutung dieses Camps liegt aber wohl in der internationalen Zusammensetzung seiner AktivistInnen. Damit ist die Frage verbunden, in wie weit es gelingt, neue Austausch- und Kooperationsformen zu entwickeln. Die erste Initiative zu diesem Projekt ging zwar vom europaweiten, antirassistischen Netzwerk noborder aus. Doch schon beim ersten Treffen in Strasbourg erweiterte sich der Kreis in unterschiedlichste Richtungen: So genannte GlobalisierunsgegnerInnen aus dem Umfeld von PGA (Peoples Global Action) kamen hinzu, Samba- und Pink-Silver-Gruppen, MedienaktivistInnen, HausbesetzerInnen und LandkommunardInnen. Insofern hat das Strasbourg-Camp beste Chancen, inhaltlich-praktische Cross-Over-Prozesse auf internationaler Ebene zu befördern und damit wichtige Impulse für die weitere Entwicklung einer "Bewegung der Bewegungen" zu bringen.

h., ag3f, hanau

Weitere Infos: www.noborder.org

Land in Sicht 16.-22.8.

Rassismus, Militarisierung, Sicherheitswahn, Rechtspopulismus, Privatisierung öffentlichen Raums - fünf fantastische Tage lang wird in Hamburg gegen die autoritäre Formierung der Gesellschaft angecamp(f)t werden. Dabei sollen Widerstandsperspektiven erarbeitet und in Aktionen erprobt werden, wie diese Verhältnisse über den Haufen zu werfen sind.

Weitere Informationen: www.nadir.org/nadir/kampagnen/landinsicht/

47. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak463/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:49

Am Abend des 26. Dezember pflegte Oma zu sagen: "Und jetzt ist alles vorbei." Das könnten wir auch sagen. Wenn wir defätistisch wären. Denn das ak-Event des Jahres, die Dreißigster-Geburtstag-Party ist definitiv vorbei. Aber schön ist's gewesen! Mehr als 250 FreundInnen, Bekannte und Unbekannte aus mehr als drei Jahrzehnten ak-Geschichte sind ins idyllische Hamburger Fundbureau unter den Bahngleisen gekommen, um mit der Hamburg-Berliner ak-Crew zu feiern.

Was dann nach allen Regeln der Kunst in die Tat umgesetzt wurde. Charakter: Familientreffen mit Chance, neue Gesichter zu sehen. Man ergoss sich in Erinnerungen, klönte, tanzte, trank und ließ es sich gut gehen.

Über dreißig Jahre Arbeiterkampf, Analyse, Kritik, fundierte linke Publizistik und Lust auf die kommenden Jahre. Diese günstige Grundstimmung wurde gewinnbringend angereichert mit einer selbstproduzierten Dia-Show (Thema: dreißig Jahre linksradikaler Aktivismus in- und außerhalb von ak); mit Thomas Ebermann und Rainer Trampert, die Altes und Neues zum Besten gaben und die ZuhörerInnen mit taktischen Hinweisen bezüglich zukünftiger Interventionsfelder versorgten (die derzeit wichtigsten Massenbewegungen: Heimwerker und Jogger); mit der Microphone Mafia aus Köln und ihrem erstklassigen kölsch-italienisch-türkisch etc. multitude-HipHop (bei dieser Gelegenheit konnte man auch die eine oder den anderen GenossIn älteren Jahrgangs abhotten sehen, und zwar grad die, die vorher Stein und Bein geschworen hatten, dass sie nach "solcher" Musik nicht tanzen könnten: "Stones oder nix") und schließlich mit den DJs Hanni und Nanni, die zwar nicht die Stones, aber auf jeden Fall Musik für alle Lebens- und Alterslagen spielten. So ging es bei den einen bis in die frühen und bei den anderen bis in die späteren Morgenstunden.

Gut, dass wir nicht defätistisch sind! Sicher ist: Nix ist vorbei. Straight ahead das nächste Jubiläum ansteuern, heißt die Devise. Ob das die fünfhundertste ak-Ausgabe sein wird (in dreieinhalb Jahren) oder die 35-Jahr-Feier (in viereinhalb Jahren) oder das 10.000. Abo (könnte schon ganz bald sein, liebe Leute, wenn...), wissen wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Nur - so viel ist klar - the show must go on.

So viel guter Wille braucht kreative Pausen. Weswegen wir euch und uns mit dieser Ausgabe für einen Monat in die Ferien schicken. Aber: Es gibt diesen Sommer wirklich keinen Grund, auf Amrum, in der Bretagne oder sonstwo zu zelten, und erst recht keinen, sich in irgendwelchen Hotelbetten zu lümmeln: Schließlich stehen sechs Grenzcamps zur Auswahl. Für ungeübte CamperInnen bzw. geübte, die Profis werden wollen, haben wir deshalb auf der Titelseite diesbezüglich ein paar nützliche Hinweise zusammengestellt.

Nicht selten hört man ja von der einen oder anderen LeserIn (oder RedakteurIn), wie gerne mensch mal ak "richtig" lesen würde, wenn es nur Zeit gäbe... also, die habt ihr jetzt und wir auch, und das ist gut so, denn: ak, Fantômas (okay, und anderes) lesen, ist schließlich ein bewährtes Mittel zur Therapie intellektueller und politischer Burn-out-Syndrome. A propos Fantômas: Das aktuelle Heft "zu rebellieren und zu denken wagen" kann noch unter der Verlagsadresse bestellt werden.

Gute Reise und gute Lektüre wünscht bis zum August

Eure ak-Redaktion.

48. aktiv - passiv - aktiv - passiv - aktiv

CD-Datei: daten/aksuche/ak463/aktiv.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:463:aktiv

Die Deutschen sind zu passiv! Mit größter Besorgnis betrachten Politik und Wirtschaft seit Jahren diesen bedrohlichen Gemütszustand, der nicht nur Fettleibigkeit und Knochenschäden, sondern auch Dauererwerbslosigkeit und sozialen Absturz zur Konsequenz hat. Nicht nur die Volksgesundheit, nein, gleich die gesamten Sozialversicherungssysteme und der Solidaritätsgedanke laufen Gefahr, in den Strudel von Passivität, Faulheit und Versorgungsmentalität gerissen zu werden. Aber zum Glück gibtÆs die Sozialdemokratie an der Macht, die eisern gewillt ist, hier die Notbremse zu ziehen. Getreu dem alten ArbeiterInnenbewegungsslogan "Die Müßiggänger schiebt beiseite" hat sie den "aktivierenden Sozialstaat" erfunden. Jetzt ist Schluss mit lustig, es wird wieder in die Hände gespuckt, die Deutschen werden aktiv. Damit gar keine Missverständnisse entstehen, wird "Aktivität" gleich zur ersten BürgerInnenpflicht erklärt. Und wo weder der Volkssportgedanke der joggenden Spaßgesellschaft, noch eine verinnerlichte treue Pflichterfüllung zur gewünschten "Aktivierung" ausreicht, dort helfen die Institutionen des "aktivierenden Sozialstaates" nach. Arbeits- und Sozialämter werden zu "Activity-Zentren", wo notorisch passive Erwerbslose mit detaillierten Eingliederungsvereinbarungen und einer bunten Palette lustiger "Trainingsmaßnahmen" durchleuchtet und "aktiviert" werden. "Fordernde Beratung" oder auch "Fördern und Fordern" heißt das, was früher schlicht und banal Schikane, Zwang und Entrechtung genannt wurde.

Zur Situation auf dem Arbeitsmarkt und über aktivierende Arbeitsämter als Statistikfälscher ab Seite 12

Auf unerwartet fruchtbaren Boden trifft die staatlich verordnete Verknüpfung von "sozial" und "aktiv" bei der Bevölkerungsgruppe der politischen Linken. Eigentlich wenig verwunderlich, gehört doch der Gedanke vom "aktiv sein" oder "aktiv werden", am besten "gemeinsam", zur Basisausstattung linker Denk- und Verhaltensweisen. Linke AktivistInnen entwickeln - wie der Name schon sagt - eine "Aktivität" nach der anderen, oftmals auch und gerade, wenn sie damit allein auf weiter Flur stehen. Dennoch überrascht die Betriebsamkeit, die anlässlich von Globalisierung, Neoliberalismus und autoritärer "Aktivierung" an den Tag gelegt wird und die sich in unterschiedlichen "Sozialforen", Konferenzen, Camps und Demonstrationen manifestiert. Man darf allerdings gespannt sein, ob sich der neue Aktivismus tatsächlich zu einer neuen sozialen Bewegung mausert. "Aktiv gegen Aktivierung" wäre nicht das Schlechteste.

Zum neuen sozialen Aktivismus von links Seite 14 und ab Seite 25